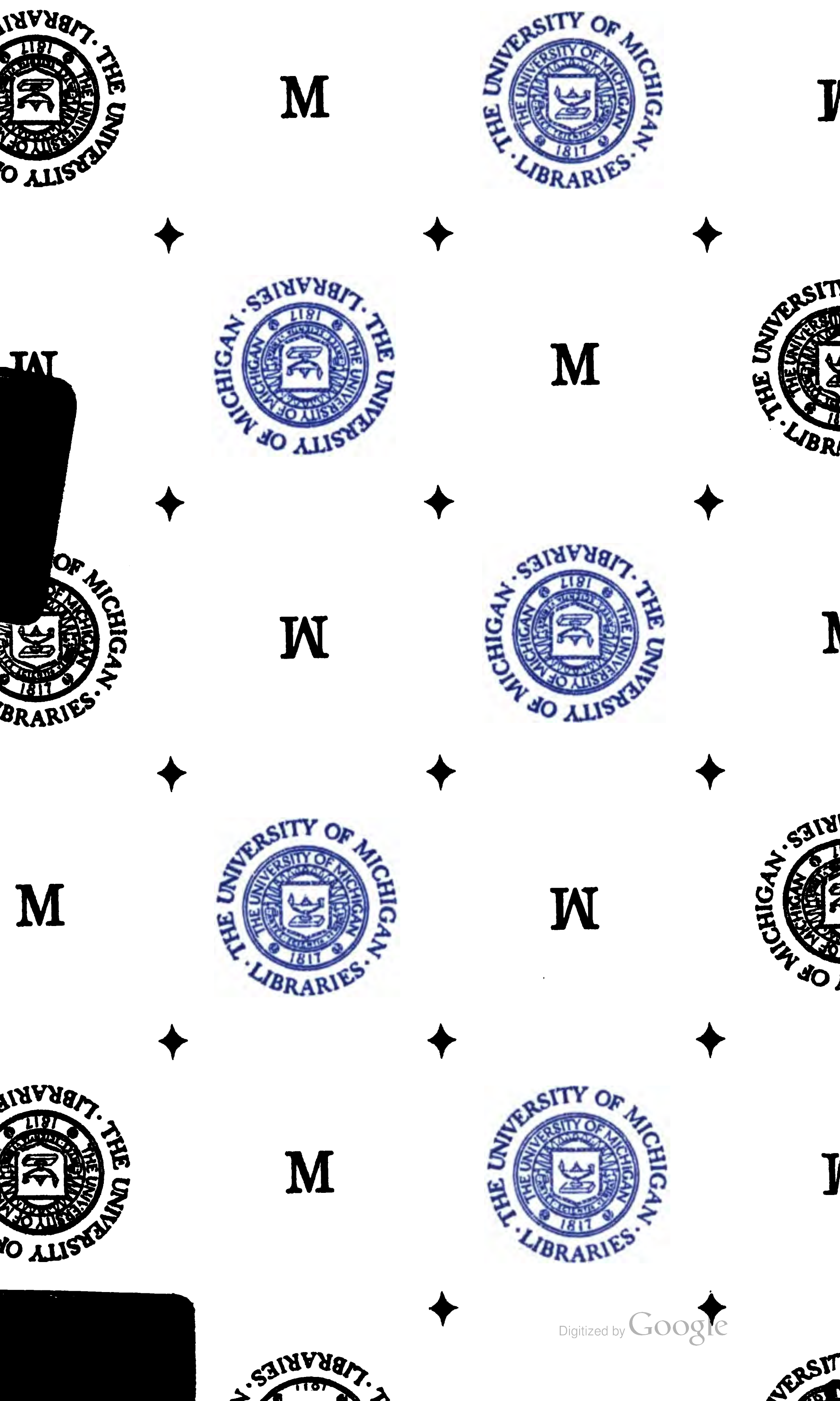




Die deutsche Revolution

bis zum Zusammentreten der National-versammlung

Die deutsche Revolution

Ein Beitrag zur Zeitgeschichte

von

Dr. Ferdinand Runkel

1tes bis 20tes Tausend



1919

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig

Druck: Roßberg'sche Buchdruckerei in Leipzig

Vorwort

Wer die Geschichte seiner Zeit schreibt, kann nicht objektiv sein, wenn er nicht zum ganz unpersönlichen Annalisten herabsinken will. Und zumal in einer Zeit so gewaltiger Umwälzungen wird er, ob er will oder nicht, Partei ergreifen. Das liegt im Blute, und es ist auch gut so. Erst der Geschichtschreiber späterer Tage, der die große Synthese der Geschehnisse gewonnen hat, wird unsere Aufzeichnungen als Quellenwerke werten und objektivieren können.

Ich habe mich bemüht, allen Erscheinungen und Persönlichkeiten gerecht zu werden. Die Mißstände des alten Obrigkeitsstaates mußte auch der bürgerliche Geschichtschreiber erkennen und ihre Beseitigung lebhaft wünschen, aber er hätte es lieber gesehen, wenn die Änderung auf dem Wege der Reformation geschehen wäre. Die Revolution hat vieles vernichtet, was uns lieb und teuer war, unser alter Tempel ist zerstört, und auch der ehrliche politische Gegner wird unsere Trauer verstehen.

Es ist jedoch keine Zeit zu trauern, die Trümmer fordern gebieterisch den neuen Aufbau, wir können und dürfen nicht tatenlos beiseite stehen, denn es geht um unser höchstes Menschheitsideal, um unser deutsches Vaterland. Auch unsere politischen Gegner sind unsere deutschen Brüder. In dieser Stunde schwerer Not müssen wir daran denken, daß auch sie freudig bereit waren, für dies Ideal ihr Leben hinzugeben, und daß sie mehr als vier Jahre heroisch Krieg und Not mit uns gemeinschaftlich getragen haben. Das gemeinsam vergossene Blut und der gemeinsam ertragene Hunger einigen Bürger und Arbeiter für alle Zeiten. Den Ausdruck „Proletarier“ liebe ich nicht, es sei denn, daß man damit die Urbedeutung des Wortes verbindet, die Bluts-

verwandtschaft bezeichnen will; und in der ältesten europäischen Sprache, im Litauischen, als brolis, das heißt Bruder, erscheint.

Wir bringen unsere Überzeugung als blutendes Opfer auf dem Altar des Vaterlandes dar, und das ist schwerer als das Leben hingeben, wir stellen unsere Kraft in den Dienst der neuen Zeit. Wir werden der deutschen Republik ebenso selbstlos dienen, wie wir der deutschen Monarchie gedient haben, der freie Volksstaat verlangt von uns weder ein religiöses noch ein politisches Glaubensbekenntnis. Unsere Überzeugung ist das Heiligtum unserer Seele, und auch die neue Zeit wird sie ehren und nicht entweihen. –

Über mein Buch möchte ich sagen, daß es keinen Anspruch auf Vollständigkeit macht. Ich habe nur das gegeben, was mir im Augenblick das Wichtigste erschien, ich habe versucht, Ordnung in den Gang der Ereignisse zu bringen. Um die Übersichtlichkeit nicht zu stören, sah ich mich zu äußerster Beschränkung gezwungen. So habe ich die gesamte auswärtige Politik nur gestreift, trotzdem ich mir bewußt war, daß erst ihre erschöpfende Darstellung die großen geschichtlichen Zusammenhänge aufzeigen wird.

Vor allem lag mir daran, so viel wie möglich Aktenstücke der Revolution zu bringen, die später sehr schwer zugänglich, vielleicht gar nicht mehr aufzufinden sein werden. Und so hoffe ich, dem deutschen Volke ein Buch in die Hand gegeben zu haben, worin es die Leitgedanken und Leitereignisse der weltgeschichtlichen Umwälzung wird verfolgen können. Der weitere Ausbau sei einer ruhigeren Stunde vorbehalten.

Berlin-Lichterfelde, 27. Januar 1919.

Dr. Ferdinand Runkel.

Inhalt

Erster Abschnitt

Vorgeschichte der Revolution

Eine große moderne Revolution kann nur auf dem Boden einer entscheidenden militärischen Niederlage Erfolg haben. Das hat am deutlichsten die russische Revolution vom März 1917 gezeigt. Die meisten Darstellungen gehen darauf hinaus, diese Revolution sei ein Resultat englischer Treibereien gewesen. Das ist nur zum Teil richtig. Wohl lag es in den Richtlinien der englischen Politik, den Zaren, der sich immer mehr kriegsmüde zeigte, auszuschalten und dem Krieg gegen die Mittelmächte einen stärkeren Impuls zu geben, aber eine Revolution großen Stils zu erregen, das war bestimmt nicht englische Absicht. Die Staatsmänner der Entente mußten wissen und wußten, daß die Lockerung der militärischen Disziplin, wie sie unweigerlich im Gefolge einer Revolution geht, eine starke Kriegführung gegen äußere Feinde nicht zuläßt.

So war mit dem Abschluß der ersten Phase der russischen Revolution, dem Sturz des Zaren und dem Aufkommen der Diktatur Kerenskis die militärische Macht Rußlands im wesentlichen gebrochen. Den Hauptgrund für den Erfolg der großen Revolution von 1917 muß man daher in den Niederlagen der russischen Armeen erblicken. Die Machtmittel des Zarentums waren zertrümmert, und als Kerenski den Versuch machte, die Reste der zarischen Streitkräfte zusammenzuraffen und zu einer neuen Offensive anzupeitschen, zeigte sich nur ein Teil bereit, seinem Rufe Gehorsam zu leisten.

Die neue Niederlage brachte den endgültigen Zusammenbruch des russischen Heeres und das Ende der Diktatur Kerenskis, der

von der kommunistischen Welle weggespült wurde, die unter dem Namen des Bolschewismus in der Welt bekannt geworden ist.

Nun kann man von einer militärischen Niederlage im eigentlichen Sinne für Deutschland nicht sprechen. Es liegt zunächst nur ein Aufgeben des Widerstandes vor, der im weiteren Verlaufe zur Niederlage geworden wäre. Die eigentliche Niederlage hat die Heimfront erlitten infolge der rücksichtslos durchgeführten Blockade und der systematisch im großen Volke genährten Hoffnungslosigkeit auf einen günstigen Ausgang des Krieges.

Es müssen daher auch die Ursachen für den verloren gegangenen Krieg, die entscheidende Niederlage Deutschlands, zunächst in der Haltung der Heimfront gesucht werden.

Die langen Entbehrungen des Krieges haben im großen Volke Zustände geschaffen, die sich als eine Erschöpfung der Willenskraft kennzeichneten. Das Volk hat diesen Erschöpfungserscheinungen durch vier schwere Jahre hindurch heroischen Widerstand entgegengesetzt. Es hat Unerhörtes ertragen immer in der Hoffnung, daß der Friede vor der Tür stehen müsse. Heute, wo im vollen Umfange bekannt geworden ist, wie viele unschuldige Greise, Frauen und Kinder der erbarmungslosen Hungerblockade zum Opfer gefallen sind, müssen wir uns in tiefer Ehrfurcht vor der Geduld und der patriotischen Gesinnung des deutschen Volkes verneigen.

Den unmittelbaren Anstoß zum Zusammenbruch der Willenskraft des Volkes brachte die große Märzoffensive des Jahres 1918.

Ich stehe noch heute auf dem Standpunkt, daß die Offensive taktisch erfolgreich war, obwohl sie die Hoffnungen des Volkes auf eine siegreiche Beendigung des Krieges nicht gebracht hat. Aber ich bin doch heute zu der Überzeugung gekommen, daß ich mein Urteil, das ich in vielen Vorträgen über die operative Lage zum Ausdruck brachte, wesentlich modifizieren muß.

In weitesten Kreisen waren Meinungen verbreitet, die von außerordentlich hochgesteckten Zielen der Frühjahrsoffensive fabelten. So hieß es, man wolle die Lötstelle zwischen den englischen und französischen Streitkräften durchhauen, die Engländer auf



ihren flandrischen Brückenkopf beschränken und in die Nordsee werfen, und dann mit gesammelten Kräften auf Paris vorstoßen, wodurch der Krieg für uns siegreich beendet worden wäre.

Zur richtigen Beurteilung dieser Ziele beziehe ich mich auf die Äußerungen des Majors v. Olberg:[1])

„Wir dürfen uns nur an das bei der großen deutschen Operation im Westen tatsächlich Erreichte halten. Vollkommen fehlerhaft wäre es, Behauptungen aufzustellen, wie z. B.: ‚Grundgedanke der Operation sei gewesen, die Engländer von den Franzosen zu trennen, den strategischen Zusammenhang unserer beiden Gegner zu zerreißen‘; oder etwa: ‚die Abschließung der Engländer in dem sogenannten Brückenkopf von Calais‘, oder ‚die endgültige Herausmanövrierung dieses Gegners aus Nordfrankreich sei unser Endziel, um uns dann mit gesammelter Kraft gegen Paris zu wenden‘. Alles dies sind Utopien, völlig willkürlich von Unberufenen in die Welt gesetzt. Begnügen wir uns doch mit dem tatsächlich Erreichten, das wahrlich sehr viel mehr darstellt, als die Durchführung einer Trennung zwischen der englischen und französischen Armee jemals bedeuten könnte. Zuerst haben wir die dritte und fünfte englische Armee vernichtend geschlagen, dann die vierte samt ihrer portugiesischen Bundesgenossen zertrümmert, haben die Engländer veranlaßt, ihre sämtlichen verfügbaren Reserven aus Flandern und von der Front Arras—Lens in das Debacle hineinzuwerfen, ja, sogar die Armee Plumer von Italien heranzuziehen, um sie im Ypernbogen die Belgier ablösen zu lassen. Schließlich aber, und darin liegt wohl der größte Erfolg unserer bisherigen Offensive, ist es gelungen, Foch zu einer völligen Zersplitterung seiner Operationsarmee zu veranlassen. Und das alles gerade nur, weil die unserer Heeresleitung untergeschobenen Grundgedanken nicht ihr Operationsziel waren! Wäre eine derartige Aufzehrung der französischen Reserven

[1]) „Die deutsche Frühjahrsoffensive“, ein Vortrag, der mir im Manuskript von dem Verfasser zugänglich gemacht wurde.

möglich gewesen, wenn Amiens fiel und der dortige Keil etwa bis Abbèville zum Meere vorgetrieben wurde? Hätte Foch in diesem Fall überhaupt noch irgendwelche Veranlassung gehabt, seine Armee anders einzusetzen als zur Deckung von Paris, oder zu einer großzügig angelegten eigenen Entlassungsoffensive, die ihm jetzt völlig unterbunden ist? Oder wäre uns etwa damit gedient, wenn durch ein rechtzeitiges Ausweichen der ungeschlagenen britischen Streitmacht auf den stark befestigten Raum von Calais und Bologne die Abschnürung der Engländer sich verwirklicht hätte, während Frankreichs Heere ungerupft schlagbereit in der Pikardie gestanden hätten?"

Das wahre Ziel unserer Frühjahrsoffensive war die Schwächung der feindlichen Streitkräfte und die Bindung seiner Reserven. Wir mußten uns schließlich vor unserer starken Hauptstellung, der Siegfriedlinie, ein Operationsgelände schaffen, damit der Feind nicht schon im Frühjahre diese mit zusammengefaßten Kräften angreifen konnte. Diese Ziele sind erreicht worden.

Aber unsere Offensive trug dennoch den Todeskeim in sich, denn wir waren zu schwach, unsere Erfolge auszubauen und festzuhalten. Das hätte die oberste Heeresleitung erkennen, und die ungeheuren Verluste, die uns die Offensive zugefügt, vermeiden müssen.

Der Ausgang des gewaltigen Ringens hat gezeigt, daß diese Frühjahrsoffensive ein schwerer Fehler war. Hätten wir in unseren starken Stellungen des Gegners Angriffe erwartet und uns dann langsam auf eine kürzeste Linie Antwerpen—Metz zurückgezogen, so hätten wir dort erfolgreich standhalten können. Daß die durch eine viermonatige Offensive dezimierten und ausgepumpten Truppen bei den gewaltigen Angriffen von menschlicher und maschineller Überlegenheit an manchen Stellen versagten, ist verständlich. Daß sie an anderen Stellen sich heroisch wehrten, sogar zu erfolgreichen Gegenangriffen ansetzten, ist das herrlichste Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volksheeres. Und das haben selbst die Feinde im vollsten Umfange anerkannt.

Hier einige Äußerungen feindlicher Blätter:

„Manchester Guardian“ 30. September 1918:

Die Deutschen leisten der Armee Gourand hartnäckigen Widerstand. Sie verteidigen ihre Stellungen auf dem Kalkfelsen nördlich von Py und Dormoise mit größter Zähigkeit und führen wiederholt wütende Angriffe aus. Ihre Soldaten schlagen sich tapfer und standhaft. In einigen Fällen wurde eine Handvoll von Gefangenen gemacht, die den Überrest ganzer Divisionen bildeten.“

„Yorkshire Post“ 3. Oktober 1918:

„Die deutsche Infanterie kämpfte ingrimmig; sie marschierte ohne Zagen in das vernichtende Artilleriefeuer der Kanadier. Sie stürmte, ohne auf unser Sperrfeuer zu achten, das Bautigny-Tal hinauf. Die Kanadier feuerten, bis die Kanonen heiß wurden und die Bedienungsmannschaft erschöpft war.“

„Daily Chronicle“ 15. Oktober 1918:

„Der Hauptzug der heutigen Kämpfe war die Stärke des feindlichen Widerstandes. In den letzten Kämpfen pflegte der Feind seine Front nur schwach zu verteidigen und sich auf seine ‚Hauptwiderstandslinie‘ zu verlassen. Diesmal besetzte er in Erwartung unseres Angriffs seine Frontlinie, und die Truppen erhielten den Befehl, auf Tod und Leben auszuhalten. Sie kämpften vielfach mit äußerstem Mute, und am nördlichen Teil der Front durchbrachen ihre Maschinengewehre unsere Sperre, um den unseren im Freien entgegenzutreten. Darunter befanden sich Truppen der 1. bayrischen Reserve-Infanteriedivision, die zwischen Ledeghem und dem Kazelberg verzweifelt kämpften; ähnlicher Widerstand zeigte sich auf der gesamten Angriffsfront.“

„Journal“ 19. Oktober 1918:

„Trotz des Zusammenbruches ihrer Hoffnungen und ihrer Kriegsmüdigkeit leisten die Deutschen wütenden Widerstand

und machen uns jeden Fußbreit Gelände streitig. Die mit alter Tradition erfüllten Mannschaften der Maschinengewehre bleiben furchtbare Gegner, verteidigen jede Stadt und Brücke Belgiens wie ihr eigenes Vaterland. An der Front der II. Armee mußten die Alliierten die Garde-Ersatzdivisionen buchstäblich Mann für Mann niedermachen. Auch die Bayern bleiben mutige Soldaten. Vier bayrische stark mitgenommene Divisionen befanden sich in Flandern in Ruhestellung; als sie zur Verstärkung herbeigerufen wurden, versuchten sie trotzdem unter den größten Opfern die Engländer vor Cambrai aufzuhalten."

„Echo Belge" 24. Oktober 1918:

„Die Deutschen verteidigen äußerst hartnäckig ihre Stellungen an der Lys. Man bemerkt nirgends ein Nachlassen unserer Offensivkraft, wohl aber einen wachsenden Widerstand der Deutschen. Ludendorff muß jetzt den größten Wert darauf legen, daß kein Fußbreit des eroberten Bodens verloren geht."

„Corriere della Sera" 15. Oktober 1918:

„Ebenso kämpft an der Westfront das deutsche Heer mit Erbitterung in denselben Tagen, wo es erfährt, daß seine Regierung und die seiner Verbündeten davon sprechen, sich Wilson zu ergeben. Die feindlichen Soldaten haben keine Eile, sich an Friedensgedanken zu berauschen."

Ähnlich klangen die Stimmen der Neutralen.

Diese Äußerungen bis auf die beiden ersten erfolgten, nachdem bereits das Angebot des Waffenstillstandes ergangen war, und die Truppen durch die seit dem 20. Juli tobende Rückzugsschlacht in einer schlechten Verfassung sein konnten, wenigstens hätte niemand in diesem Fall nach solchen kriegerischen Anstrengungen einen Vorwurf erheben dürfen.

An unseren Heeren lag es also nicht, wenn der Krieg einen so verzweifelt unrühmlichen Ausgang nahm. Es lag eben am Zusammenbruch der Heimfront, die man psychologisch falsch beurteilt hatte. Mit einer geradezu unverantwortlichen Sorglosigkeit hat man im Volke Hoffnungen auf baldigen Sieg und

Frieden erweckt, man hat die triebhaft nach Frieden verlangenden Massen förmlich in einen Optimismus hineingehetzt, von dem man wissen mußte, daß er grundlos war.

Es kann der Obersten Heeresleitung der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie wie ein wagender Spieler alles auf eine Karte gesetzt hatte: die Offensive, von der sie wissen mußte, daß Deutschland zu schwach war, um sie durchzuführen. Der Mangel an Reserven und der Mangel an Material zwangen uns, zwischen jedem der vier Offensivstöße längere Pausen eintreten zu lassen. In diesen Pausen, die einmal sechs Wochen betrugen, konnte der Feind seine Verbände auffüllen und seine Aufklärung so dirigieren, daß er den neuen Stoß, der sechs Wochen Vorbereitung gebraucht hatte, zeitlich und örtlich feststellte. Daher schied das Moment der Überraschung aus, und unser Stoß ging fehl. Unter starken Verlusten scheiterte unser Angriff am 15. Juli beiderseits Reims.

Die Frühjahrsoffensive hat zweifellos schöne taktische Erfolge aufzuweisen, aber sie war ein schwerer strategischer Mißgriff, und auch ohne den Zusammenbruch unserer Bundesgenossen hätten wir der Übermacht erliegen müssen. Die Offensive kostete uns an Toten rund 5000 Offiziere und 600000 Mann, dazu Verwundete und Gefangene. Auf eine Million Truppen zum mindesten kann man den Ausfall beziffern. Diese Truppenmacht in einer zähen Verteidigung eingesetzt, hätte zwar nicht einen Sieg, aber keine so vernichtende Niederlage gebracht. Nicht einen Verständigungsfrieden, einen Frieden, in dem es weder Sieger, noch Besiegte gab. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum und ein völliges Verkennen der Psychologie des Krieges, wenn man an einen solchen Ausgang dachte und ihn dem Volke durch eine reichliche Propaganda glaubhaft machte. Es gibt im Krieg nur Sieg oder Niederlage.

Wenn ich feststellte, daß nicht der Zusammenbruch der Armee, sondern das Unterliegen der Heimfront die Niederlage herbeiführte, so muß aber doch zur Ehre des deutschen Volkes gesagt werden, es hätte ausgehalten, wenn es nur eine Möglichkeit des

Erfolges gesehen hätte. Letzten Endes trug also der Fehler der Obersten Heeresleitung, die die Offensive ansetzte, die Schuld am Versagen der Heimfront.

Eine Offensive spannt die gesamten Volkskräfte so unnatürlich an, daß sie den Zusammenbruch naturgemäß dann herbeiführt, wenn sie das Angriffsziel nicht erreicht. Und dies Ziel kann nur die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte sein. Lediglich die Schwächung des Gegners ist kein Ziel einer strategischen Offensive, sie kann taktisch der Angelpunkt eines Angriffs werden, aber dann ist sie ein Mittel zu lokalen Zwecken, eine letzte Ausflucht wie die Kavallerieattacke auf dem Höhepunkt einer verlorenen Schlacht. Clausewitz hat mit seinem Urteil in dem klassischen Buch vom Kriege schon recht, wenn er die Verteidigung als die stärkere Form der Kriegführung bezeichnet. Der offenkundig Schwächere muß diese stärkere Form wählen. Warum die Oberste Heeresleitung diesen Urgrundsatz einer gesunden Kriegführung nicht beachtete, will ich der Kriegsgeschichte zu untersuchen überlassen, es genügt mir, darauf hingewiesen zu haben.

Wenn wir uns nun darüber klar geworden sind, daß nur auf dem Boden einer Niederlage eine erfolgreiche Revolution möglich ist, wenn wir diese Niederlage erlebt haben, die uns sicher war — nur über die Frage Rechtsfriede oder Gewaltfriede war für uns noch zu entscheiden —, so muß der Geschichtschreiber der Revolution in eine Untersuchung eintreten, welche Umstände diese Niederlage vorbereitet haben. Was ist geschehen, um das militärisch stärkste Volk der Welt, wohlverstanden nur zu Lande, in eine solche Vernichtung hineinzureißen?

Das tat in erster Linie die Einkreisungsarbeit des englischen Königs Eduard VII., bei dem nicht nur die Erhaltung der britischen Weltmachtstellung, sondern auch ein persönlicher Haß gegen seinen Neffen, Wilhelm II., die Triebfeder zu seiner Politik war.

Über diese Einkreisung äußert sich der französische Syndikalist Francis Delaisi[1]) folgendermaßen:

---

[1]) Zitat bei David: „Wer trägt die Schuld am Kriege?" Berlin 1917.

„So entschloß sich denn England, da es sich im industriellen Wettkampf unterlegen fühlte, ans Glück der Waffen zu appellieren.

Sein Plan war ein doppelter.

Erstens trachtete man danach, Deutschland durch ein System von Annäherungen und Bündnissen so einzukreisen, daß es im Herzen Europas am Tage der Gefahr isoliert und ohne militärischen oder finanziellen Beistand wäre.

In dieser Absicht näherte sich Eduard VII. 1903 Frankreich und knüpfte mit unseren Finanziers die Bande der Entente cordiale, indem er ihnen Marokko überließ, das ihm, nebenher bemerkt, gar nicht gehörte.

Bald darauf versöhnte er sich mit dem russischen Zaren, wobei einige Konzessionen in Persien und auf dem Balkan das Angebinde bildeten. Weiter versuchte er Italien vom Dreibund abzuziehen, indem er ihm Albanien anbot. In Ungarn suchte er den alten Deutschenhaß wieder anzufachen. Die Jungtürken unterstützte er mit Geld und guten Ratschlägen, um den mit Wilhelm II. zu eng befreundeten Abdul Hamid zu stürzen. Und schon sah man den Tag nahen, wo Deutschland, völlig eingekreist von feindlichen Mächten, sich allein sah angesichts seines furchtbaren Feindes."

Dieser durch die Einkreisung gebildeten Koalition hatte Deutschland kein gleichwertiges Bündnis entgegenzustellen. Der Dreibund trug den Keim der Auflösung in sich infolge der alten Gegensätze zwischen Österreich und Italien. So mußte eine Isolierung Deutschlands in einem Kriege die Folge sein, und zwar in der Weise, daß es die Hauptlast zu tragen hatte, und daß die Unterstützung durch seinen Bundesgenossen nicht nur gering war, sondern daß umgekehrt Deutschland einen großen Teil seiner militärischen und wirtschaftlichen Kräfte zur Aufrechterhaltung Österreich-Ungarns verwenden mußte.

Graf Ottokar Czernin hat am 10. Dezember 1918 in einer Rede vor Wiener Politikern und Zeitungsvertretern sich über diese deutsche Hilfe eingehend verbreitet. Daß er dabei zugleich,

um sich selbst als weitblickenden Staatsmann und schuldlos an der Niederlage hinzustellen, alle Schuld auf Deutschland wirft, entspricht durchaus dem üblen Bilde, das die Staatsmänner der ehemaligen Donaumonarchie während des Krieges und besonders während seiner Liquidation zeigten.

Aus Czernins Rede sind folgende Stellen bemerkenswert:

„Immer und immer wieder brauchten wir die deutsche Hilfe. In Rumänien und in Italien, in Serbien und in Rußland haben wir gemeinsam mit den Deutschen gesiegt. Wir waren in der Lage des verarmten Verbündeten, welcher von der Güte des reichen Vetters lebt. In zweiter Linie war unsere Abhängigkeit begründet durch den Stand unseres Ernährungswesens. Die Hungerblockade, welche Ungarn einerseits und die k. k. Behörden mit ihrer Zentrale andererseits gegen die Bevölkerung machten, zwang uns, immer wieder in Berlin um Hilfe zu ersuchen. Drittens endlich war unsere Abhängigkeit bedingt durch die finanzielle Lage. Wir bezogen monatlich von Deutschland über hundert Millionen Mark, um unsere Valuta zu stützen, eine Summe, die im Laufe des Krieges auf über vier Milliarden angewachsen ist. Trotz dieser Abhängigkeit blieb der einzige Weg, zum Frieden zu gelangen, Deutschland zu bewegen, einen Frieden mit Opfern zu schließen. Immer war die Situation nur die, daß wir in denkbar günstigen militärischen Momenten einen Frieden hätten vorschlagen können, der, mit bedeutenden Opfern verbunden, vielleicht die Aussicht gehabt hätte, von dem Feinde angenommen zu werden. Die deutschen militärischen Herren wurden, je glänzender ihre Erfolge waren, desto anspruchsvoller.

Ich glaube, daß es einen einzigen Moment in der Geschichte dieses Krieges gegeben hat, in welchem eine Friedensdemarche wirklich sehr hoffnungsvoll schien. Das war nach der berühmten Schlacht von Gorlice. Damals, als die russischen Armeen zurückfluteten, als die russischen Festungen wie die Kartenhäuser fielen, bereitete sich bei manchem unserer Feinde eine Veränderung der Psyche vor. Ich war damals noch Gesandter

in Rumänien. Majorescu war nicht abgeneigt, sich aktiv auf unsere Seite zu stellen.

Die rumänische Armee, welche nach Bessarabien vorgestoßen wäre, wäre weit in den Rücken der zurückflutenden russischen Heere gekommen und hätte nach menschlicher Berechnung in Rußland ein Debakel herbeiführen müssen. Vielleicht wäre dieser Zusammenbruch, den wir später in Rußland erlebt haben, bereits damals eingetreten, und bereits damals, wo es noch kein Amerika am Horizont gab, hätte man nach einem solchen Erfolge vielleicht den Krieg beenden können. Ein solches Vorgehen aber hatte zwei Voraussetzungen: Erstens verlangten die Rumänen als Preis für ihre Mitwirkung eine ungarische Grenzregulierung, und diese erste Bedingung wurde von Ungarn glatt abgelehnt; und die zweite Bedingung wäre die gewesen, daß wir nach dem großen Erfolge die Kraft finden, dem Feinde einen Verzichtfrieden anzutragen.

Ich will nicht positiv behaupten, daß es in diesem oder einem anderen Falle möglich gewesen wäre, den Frieden zu erreichen. Ich behaupte nur ganz positiv, daß, solange ich im Amte war, ein solcher Verzichtfrieden für Deutschland und für uns stets das Maximum des Erreichbaren dargestellt hätte. Die Zukunft wird beweisen, welche übermenschlichen Anstrengungen wir gemacht haben, um Deutschland zur Nachgiebigkeit zu veranlassen.

Wenn sie alle mißlangen, so lag die Schuld nicht an dem deutschen Volke, auch meiner Ansicht nach nicht an dem Deutschen Kaiser, sondern sie lag bei den führenden deutschen Militärs, welche eine solch unermeßliche Machtfülle an sich gerissen hatten. Von Bethmann bis Kühlmann wollten alle in der Wilhelmstraße den Frieden, aber sie konnten nichts erreichen, weil die Militärpartei jeden stürzte, der anders zu handeln suchte. Die deutschen Militärs hatten eine Machtfülle erreicht, wie sie tatsächlich selten in der Geschichte ist, und welche in ihrer Seltenheit nur durch die Schnelligkeit ihres furchtbaren Zusammenbruches übertroffen wurde.

Ludendorff war ein Mann von großer, ja genialer Konzeption, von einer nicht zu unterdrückenden Energie und großen Gaben; aber dieser Mann hätte eine politische Bremse gebraucht, ein politisches Gegengewicht in der Wilhelmstraße, und das hat er nicht gefunden. Man muß gerecht sein und anerkennen, daß die deutschen Generale Gigantisches geleistet haben, und es hat eine Zeit gegeben, wo sie von dem deutschen Volke wie Götter verehrt wurden. Es ist schließlich nicht die Schuld, aber jedenfalls keine Entschuldigung für General Ludendorff, daß er die einzige Kraftnatur in ganz Deutschland war, und daß er dadurch die ganze Politik auf das Militär geleitet hat. Ein großer Patriot war Ludendorff, der nichts für sich, sondern nur das Glück Deutschlands wollte. Aber er hatte das Unglück, die ganze Welt nur durch Potsdamer Brillen zu sehen und jeden Friedensversuch zu verwerfen, der keinen Siegfrieden brachte. Ludendorff war genau so wie die Staatsmänner in England und Frankreich. Sie alle wollten kein Kompromiß, nur den Sieg. In dieser Beziehung war gar kein Unterschied zwischen ihnen. Mehrmals nach meinem Amtsantritt hatte ich mit der deutschen Regierung Aussprachen, welche den Herren keinen Zweifel über den Ernst der Situation ließen. Im April 1917, also vor anderthalb Jahren, überreichte ich Kaiser Karl ein Exposé, welches von ihm dem Kaiser Wilhelm geschickt wurde, mit dem Bemerken, er teile meine Auffassung."

Dieses Exposé enthielt im wesentlichen das Folgende:

„Wollen Eure Majestät mir gestatten, mit jener Offenheit, die mir vom ersten Tage meiner Ernennung her gestattet war, meine verantwortliche Meinung über die Situation entwickeln zu dürfen. Es ist vollständig klar, daß unsere militärische Kraft ihrem Ende entgegengeht. Ich verweise bloß auf das zur Neige gehende Rohmaterial zur Munitionserzeugung, auf das vollständig erschöpfte Menschenmaterial und vor allem auf die dumpfe Verzweiflung, die sich insbesondere infolge der Unterernährung aller Volksschichten bemächtigt hat und die ein weite-

res Tragen der Kriegsleiden unmöglich macht. Wenn ich auch hoffe, daß es gelingen wird, auch die allernächsten Monate durchzuhalten und eine erfolgreiche Defensive durchzuführen, so bin ich mir doch vollständig klar darüber, daß eine weitere Winterkampagne vollständig ausgeschlossen ist, — mit anderen Worten, daß im Spätsommer oder Herbst um jeden Preis Schluß gemacht werden muß.

Die größte Wichtigkeit liegt zweifellos darin, die Friedensverhandlungen in einem Augenblick zu beginnen, in dem unsere ersterbende Kraft dem Feinde noch nicht zum vollen Bewußtsein gekommen ist. Treten wir an die Entente heran in einem Augenblick, in dem die Vorgänge im Innern des Reiches den bevorstehenden Zusammenbruch ersichtlich machen, so wird jeder Schritt vergeblich sein, und die Entente wird auf keine Bedingung außer auf die, welche die vollständige Vernichtung der Mittelmächte bedeutet, eingehen. Rechtzeitig zu beginnen, ist von kardinaler Wichtigkeit.

Ich kann aber, so peinlich es mir ist, das Thema nicht beiseite legen, auf welchem der Nachdruck meiner ganzen Argumentation liegt. Es ist dies die revolutionäre Gefahr, welche auf dem Horizont ganz Europas aufsteigt und welche, von England gestützt, seine neueste Kampfart darstellt.

Monarchen sind in diesem Kriege entthront worden, und die verblüffende Leichtigkeit, mit welcher jetzt die stärkste Monarchie der Welt gestürzt wurde, müßte dazu beitragen, nachdenklich zu stimmen. Man antworte nicht, in Deutschland oder Österreich seien die Verhältnisse anders. Der Staatsmann, der nicht taub oder blind ist, muß wahrnehmen, daß die dumpfe Verzweiflung der Bevölkerung täglich zunimmt; er muß das dumpfe Grollen hören, das in den breiten Massen zu vernehmen ist, und er muß, wenn er sich seiner Verantwortung bewußt ist, mit diesem Faktor rechnen. Eurer Majestät sind die geheimen Berichte der Statthalter bekannt. Zwei Sachen sind klar: auf unsere Slawen wirkt die russische Revolution stärker als auf die Reichsdeutschen. Euer Majestät wissen, daß der Druck, der auf

der Bevölkerung lastet, einen Grad angenommen hat, der nahezu unerträglich geworden ist. Euer Majestät wissen, daß der Bogen dermaßen gespannt ist, daß ein Zerreißen täglich erwartet werden kann.

Ich glaube nicht, daß die interne Situation in Deutschland wesentlich anders steht als hier, nur fürchte ich, daß man sich in Berlin in den militärischen Kreisen gewissen Täuschungen hingibt. Ich habe die feste Überzeugung, daß auch Deutschland, genau wie wir, am Ende seiner Kräfte angelangt ist, wie dies ja die verantwortlichen politischen Faktoren in Berlin auch gar nicht leugnen. Ich bin fest davon durchdrungen, daß, wenn Deutschland versuchen sollte, eine weitere Winterkampagne zu führen, sich im Innern des Reiches ebenfalls Umwälzungen ergeben werden, welche mir viel ärger erscheinen als ein von den Monarchen geschlossener schlechter Friede. Wenn die Monarchen der Zentralmächte nicht imstande sind, in den nächsten Monaten den Frieden zu schließen, dann werden es die Völker über ihre Köpfe hinweg machen, und dann werden die Wogen der revolutionären Vorgänge alles hinwegschwemmen, wofür unsere Brüder und Söhne heute noch kämpften und starben.

Ich bitte Euer Majestät sich erinnern zu wollen, daß ich, als ich als der Einzige vor zwei Jahren den rumänischen Krieg voraussagte, nur tauben Ohren gepredigt habe, und ebenso überzeugt, wie von meiner damaligen Meinung, bin ich von meiner heutigen. Es mag ja sein, daß Monate vergehen werden, bevor Amerika nennenswerte Kräfte auf den Kriegsschauplatz senden kann. Aber das moralische Moment, daß die Entente solche kräftige Hilfe erhofft, verschiebt die Situation zu unseren Ungunsten, weil unsere Feinde länger warten können als wir."

Czernin spricht dann von der Westoffensive.

„Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, diese Angriffe in zwei bis drei Monaten abzuschlagen. Dann müssen wir, bevor Amerika das militärische Bild neuerdings zu unseren Ungunsten

verschieben kann, einen weitgehenden, detaillierten Friedensvorschlag machen und uns nicht davor scheuen, eventuell große Opfer zu bringen. Man setzt in Deutschland große Hoffnungen auf den U-Bootkrieg. Ich halte diese Hoffnungen für trügerisch. Ich leugne keinen Augenblick seine fabelhaften Leistungen, aber ich konstatiere, daß der von Deutschland erwartete und von ihm vorausgesagte Erfolg nicht eingetreten ist. Euer Majestät werden sich erinnern, daß uns Admiral v. Holtzendorff bei seiner letzten Anwesenheit in Wien positiv vorausgesagt hat, der verschärfte U-Bootkrieg werde in sechs Monaten England matt setzen. Euer Majestät werden sich weiter erinnern, daß wir alle diese Voraussagungen bekämpft und erklärt haben, daß der erwartete Erfolg durch den voraussichtlichen Eintritt Amerikas in den Krieg paralysiert werden dürfte. Es sind heute 2½ Monate, also fast die Hälfte der angesagten Zeit, seit dem Beginn des U Bootkrieges verstrichen, und alle Nachrichten, die wir aus England haben, stimmen darin überein, daß an einen Niederbruch dieses gewaltigen und gefährlichen Gegners auch nicht einmal gedacht werden kann. Nichts ist gefährlicher in der Politik, als jene Dinge zu glauben, die man wünscht, nichts verhängnisvoller als die Wahrheit nicht sehen zu wollen und sich utopistischen Illusionen hinzugeben, aus denen früher oder später ein furchtbares Erwachen folgen muß.

Euer Majestät haben die wiederholten Versuche unserer Feinde, uns von unseren Bundesgenossen zu trennen, unter meiner Verantwortung abgelehnt; aber Eure Majestät haben gleichzeitig vor den Augen der verbündeten Staatsmänner des Deutschen Reiches gesagt, daß wir am Ende unserer Kräfte sind, und daß Deutschland über den Spätsommer hinaus nicht mehr auf uns wird rechnen können. Ich habe diesen Befehl ausgeführt, und alle deutschen Staatsmänner haben keinen Zweifel belassen, daß auch für Deutschland eine weitere Winterkampagne ein Ding der Unmöglichkeit sei. Und in diesem einzigen Satz liegt eigentlich alles Wahre: Wir können noch einige Wochen warten und versuchen, ob sich eine Möglichkeit ergibt, mit Paris

oder Petersburg zu sprechen. Gelingt dies nicht, so müssen wir noch rechtzeitig unsere letzte Karte ausspielen und jene äußersten Propositionen machen, die ich früher angedeutet habe. Eure Majestät haben den Beweis erbracht, daß wir nicht egoistisch denken und dem deutschen Bundesgenossen keine Opfer zumuten, welche Eure Majestät nicht selbst zu tragen bereit wären. Mehr kann niemand verlangen. Gott und Ihren Völkern aber sind es Eure Majestät schuldig, alles zu versuchen, um die Katastrophe eines Zusammenbruches der Monarchie zu verhindern.

In tiefster Ehrfurcht

Wien, am 2. April 1917. Czernin."

Graf Czernin hat mit dieser Dezemberrede und der Veröffentlichung des Exposés an Kaiser Karl versucht, sich selbst als unschuldig an dem Zusammenbruch darzustellen. Seine unangenehme Art, die eigene kleine Persönlichkeit in den Vordergrund zu schieben, macht uns so recht dringend deutlich, an welche Art von Bundesgenossen wir das Blut und die Knochen unseres streitbaren Volkes verkauft hatten.

Eduards Einkreisung hatte den Ring so fest um uns geschlossen, daß eine Lockerung durch die dem alten Metternich schlecht abgelauschte Art Czernins nicht erreicht worden wäre.

Und was der österreichische Staatsmann über eine Friedensmöglichkeit nach dem Durchbruch von Gorlice—Tarnow sagt, ist höchst unglaubwürdig. Um so unglaubwürdiger, als der Plan sich auf eine Mitwirkung Rumäniens stützen mußte. Rumänien war ganz im Fahrwasser der Entente, vor allem aber entschlossen, niemals gegen Rußland zu kämpfen. Dieser Entschluß gehörte zu den Hauptgrundsätzen des Königs Karol, der im weitestgehenden Maße Deutschlands Freund war. Er hatte aber trotzdem keinen Zweifel darüber gelassen, daß er die Neutralität gegen Deutschland aufrechterhalten, niemals aber das Schwert gegen Rußland ziehen würde.

In Rumänien war der Krieg gegen die Mittelmächte eine beschlossene Sache. Ich habe mit hervorragenden Rumänen in

Bukarest und an anderen Orten im März 1918, also kurz vor Einleitung der Friedensverhandlungen, eingehend gesprochen und übereinstimmend die Meinung gehört, daß der Krieg gegen die Mittelmächte unbedingt gekommen wäre, selbst wenn König Karol am Leben geblieben wäre. Die antideutsche oder besser antiösterreichische Welle hätte ihn weggefegt.

Und um hier noch das Urteil eines hervorragenden bulgarischen Staatsmannes über unsere rumänische Politik anzuführen, so sagte er: Die deutsche Politik gegenüber Rumänien war grundfalsch. Deutschland mußte zwanzig bis dreißig Offiziere nach Bukarest senden, aber solche mit guten Beinen. Sie hätten unermüdliche Tänzer sein müssen, denn die Politik in Rumänien geht durch die Unterröcke.

Die deutschen Offiziere haben in Rumänien, wie ich mich aus eigener Anschauung überzeugen konnte, die Politik der Unterröcke zum großen Teil sehr entschieden gepflegt.

Nach der durchaus feindlichen Stimmung in Rumänien, die sich schon im Anfang des Krieges in unflätigen Briefen an den deutschen Generalstab entlud, hätte Graf Czernin wenig Glück mit seiner Aktion im Jahre 1915 gehabt. Die Entente hatte damals noch viel zu starke Trümpfe in der Hand.

Denn als Krönung der politischen Einkreisung hatten England und seine Verbündeten eine systematische Verhetzung Deutschlands in der ganzen Welt in Szene gesetzt. In den Jahren vor dem Kriege war der Boden gut vorbereitet, es war ein Haß gegen alles Deutsche gesät worden, der nun mit dem Beginn der Feindseligkeiten gewaltig in den Halm schoß. Die wildesten Greuelgeschichten wurden in Wort und Bild verbreitet, und wenn die deutschen Untersuchungskommissionen den Gerüchten nachgingen und endlich nach Wochen eine Dementierung brachten, erinnerte sich niemand mehr des Falles. Da waren längst wieder neue Greuel aufgetischt worden. Wir blieben die Hunnen, die Barbaren, die wilden Tiere, die man totschlagen mußte, kurz der Abhub der Welt.

Und hatten wir nicht Veranlassung zu diesem Welthaß gegen

uns gegeben? Gewiß haben unsere Soldaten nicht die Greuel begangen, die man ihnen nachgesagt — Roheitsverbrechen kommen in allen Kriegen und bei allen Völkern vor —. Gewiß sind wir nicht Barbaren und Hunnen, denn wir haben eine hohe Geisteskultur, und der deutsche Arbeiter ist im Durchschnitt gebildeter als der englische, der französische und erst recht der amerikanische bessere Mittelstand. Aber es war etwas anderes, das uns den Haß und die Verachtung der Welt eingetragen hat.

Der Deutsche ist in der Weltwirtschaft ein Anfänger, und zwar ein hochbegabter Anfänger. Und das Kennzeichen des begabten und strebsamen Anfängers ist sein stürmisches Vorwärtsdrängen, das Überflügelnwollen. Dazu kommt eine gewisse Mißachtung der Form, eine rücksichtslose Ausnützung der Schwäche der Konkurrenten auf dem Weltmarkt, alles Eigenschaften, die den eingesessenen Herren des Weltmarktes auf die Nerven fielen. Dazu kamen Unredlichkeiten des einzelnen, die sofort verallgemeinert wurden. So verweigert man seit Jahren allen Deutschen den Zutritt zu den Porzellanfabriken in Limoges. Warum? Ein deutscher Fabrikant, dem man bereitwillig alles gezeigt hatte, versuchte nach dem Besuch Werkmeister und Arbeiter durch Bestechung zur Preisgabe von Fabrikationsgeheimnissen zu bewegen und obendrein noch die besten Kräfte durch hohe Angebote nach Deutschland zu locken. Natürlich wurde diese Sünde des einzelnen dem ganzen Volke in die Schuhe geschoben, und der Deutsche als Nation erntete Verachtung.

Hand in Hand mit dieser Hochschätzung des eigenen Wertes, diesem an und für sich durchaus lobenswerten Selbstbewußtsein, geht beim Durchschnittsdeutschen eine Geringachtung des Wertes anderer Völker. Es gab auch eine andere Zeit, wo in Deutschland nichts galt, als was ausländisch war, wo man sogar das Beste, was der Deutsche besitzt, seine herrliche Sprache, verachtete, diesen kunstvollen Naturbau, der bis ins kleinste wundervoll gegliedert jede Regung menschlichen Geistes und Empfindens wiederzugeben vermag. Wer zu den besseren Klassen gehören wollte, sprach französisch. Das änderte sich um die Zeit der Frei-

heitskriege, als durch Jakob Grimm und die Romantiker das Studium der deutschen Sprache, Kultur und Literatur in den Vordergrund trat. Kleine epigonische Geister haben nur das Äußerliche der großen Führer aufgenommen und glaubten schon das Vaterland gerettet zu haben, wenn sie teutsch statt deutsch schrieben. Heinrich Heine hat diese Sorte mit blitzender Klinge gezeichnet in seinen Lobgesängen auf König Ludwig: „Nur Altdeutsch verstand er, der Patriot, nur Jakob-Grimmisch und Zeunisch; Fremdwörter blieben ihm immer fremd, Griechisch zumal und Lateinisch. Er hat ein vaterländisch Gemüth, nur Eichelkaffee, getrunken, Franzosen fraß er und Limburger Käs, nach letzterm hat er gestunken.“ Es sind dies die direkten Vorfahren unserer Alldeutschen und Fremdwörterjäger. Anstatt die lebendige Kraft des Deutschen zu bewundern, die alles Fremde in sich aufnehmen und in deutsche Werte verwandeln kann, schmähen sie diese Kraft als unverzeihliche Schwäche. Von Wulfilas Bibelübersetzung bis zu Wolframs Parsival und von da bis zu Luthers Bibelübersetzung und von Luther bis zu Grotefends Entzifferung der Keilschrift von Persepolis hat deutsche Geisteskraft fremde Werte seiner Kultur gewonnen.

Aber die Erkenntnis, daß auch andere Völker Wertstücke in der menschlichen Entwicklungsgeschichte darstellen, das ging dem Deutschen schwer ein. Der Krieg war ein harter Lehrmeister dieser Wahrheit.

Immerhin hätte das allein nicht genügt, um diesen tiefen Haß der ganzen Welt auf uns zu ziehen, dazu kam die Bedrohung der englischen Seemachtstellung durch die dauernde Vermehrung der deutschen Kriegsflotte. Wir hätten England niemals zum Feinde gehabt, wenn Deutschland nicht von einer unheilbaren Seepsychose ergriffen worden wäre. Und Englands Feindschaft ist zäh und unerbittlich. Der Ausbau unseres Landheeres hätte uns England nie feindlich gestimmt. Es hätte sich dann auch niemals so fest an Frankreich gebunden, und der unausbleibliche Krieg wäre vermutlich nur zwischen den Mittelmächten und der russisch-französischen Allianz ausgefochten worden. Für die kurz-

sichtigen deutschen Staatsmänner lag die Zukunft auf dem Wasser, nun ist sie zu Wasser.

Dies stürmische Vorwärtsdrängen Deutschlands veranlaßte die um England gruppierten Mächte, äußerlich ruhig und korrekt zu bleiben, im stillen aber den Krieg mit sicherer Hand vorzubereiten. Seine Ziele schildert David[1]) sehr anschaulich:

„Die Entente war im Grunde nichts anderes als ein wirtschaftspolitisches Weltverteilungssyndikat auf größtem Maßstabe. Mit drei großen nächstliegenden Verteilungsprojekten hat es die wachsende Kriegsspannung in Europa verschuldet. Das eine betraf die Küstenländer Nordafrikas. Es fand seinen Abschluß in der völligen Annexion Ägyptens durch England, Marokkos durch Frankreich, Tripolis durch Italien. Der Geheimvertrag zwischen England und Frankreich hinsichtlich Marokkos war ein flagranter Bruch eines internationalen Vertrages, der die Souveränität Marokkos und die offene Tür für alle Mächte garantierte. Deutschlands Protest war also wohl berechtigt. Es ist bekannt, daß die aus jener Länderverschlingungspolitik entstehenden Verwickelungen uns schon im Jahre 1911 dicht an den Abgrund des Weltkrieges vorbeiführten.

Das zweite Aufteilungsprojekt bezog sich auf den Rest des europäischen Besitzstandes der Türkei und auf deren ganzen asiatischen Bestand. Das war das imperialistische Wertobjekt, das dem englisch-russischen Bündnis zugrunde lag: für Rußland Konstantinopel, die südlichen Randländer des Schwarzen Meeres und Nordpersien, für England Südpersien und die türkischen Gebiete von Mesopotamien bis Ägypten, die die Länderbrücke zwischen dem asiatischen und afrikanischen Kolonialreich Englands bilden. Für Frankreich sollte dabei Syrien abfallen. Italien, das man schon durch das Beutestück Tripolis an dem Weltverteilungssyndikat beteiligt hatte, rechnete auf Inseln im Ägäischen Meer.

Das dritte große Verteilungsobjekt war die Donaumonarchie,

---

[1]) A. a. O.

deren innere Lebenskräfte man nur noch sehr gering einschätzte. An diesem Leichenschmaus sollte Italien mit Südtirol und Triest, Serbien mit Bosnien und der Herzegowina, Rumänien mit der Bukowina und Rußland mit Galizien Teil haben.

Die beste Bestätigung dafür, daß in der Tat diese großen Verteilungsprojekte die Politik der Entente vor dem Kriege bestimmten, hat ihr zu Beginn dieses Jahres als Antwort auf den Wilsonschen Friedensvorschlag veröffentlichtes Eroberungsprogramm erbracht. Die dort aufgezählten Kriegsziele decken sich im wesentlichen mit den geschilderten Beuteplänen, zuzüglich des älteren französischen Kriegsziels, der Wiedereroberung Elsaß-Lothringens."

Allen diesen Machenschaften stand man in Deutschland mit jenem Kraftgefühl gegenüber, das eine unverantwortliche Unterschätzung der Gegner hervorgebracht hatte. Die Veröffentlichung des bayrischen Gesandtschaftsberichtes vom 18. Juli 1914 hat zur Genüge dargetan, wie leicht man sich den Sieg zu erringen hoffte:

„Preußischer Generalstab sieht Krieg mit Frankreich mit großer Zuversicht entgegen, rechnet damit, Frankreich in vier Wochen niederwerfen zu können: Im französischen Heer kein guter Geist, wenig Steilfeuergeschütze und schlechteres Gewehr."

Welch eine verhängnisvolle Täuschung des preußischen Generalstabs? Unsere Soldaten wissen, daß die Franzosen ihr furchtbarster Gegner waren; bis in die letzten Minuten des Kampfes von einem ungebrochenen Angriffsgeist erfüllt, obwohl sie seit vier Jahren den Krieg nur im eigenen Lande hatten. Gleich im Anfang erwies sich die französische Artillerie der unseren offenkundig überlegen, und die Infanterie zeigte eine so vorzügliche Gefechtsausbildung, die besonders glänzend in der Geländebenutzung des einzelnen Soldaten in die Erscheinung trat, daß die Meinung des preußischen Generalstabs sich sehr bald als unrichtig erwies. Diese Unterschätzung des Gegners und die Überschätzung der eigenen Kraft ist mit ein Hauptgrund für unsere Niederlage.

Ich werde bei der Behandlung des Ludendorffproblems noch näher darauf einzugehen haben.

Besonders gefährlich und die Katastrophe vorbereitend war dieser Umstand gegenüber der geographischen Lage Deutschlands.

Eingekeilt zwischen zwei feindlichen Großmächten, abgesperrt vom Meere, sobald England in den Krieg eintrat, mußte Deutschland der feindlichen Ermattungsstrategie mit Sicherheit unterliegen. Das haben die Mächte der Entente gewußt und immer zuversichtlich ihren Völkern mitteilen können. Sie hatten ein klares Ziel, einen unbeugsamen Siegeswillen, und so waren wir trotz aller taktischen Offensiverfolge von Anfang an in die strategische Verteidigung gedrängt. Wir befanden uns in der Situation einer belagerten Festung, der alle und jede Zufuhr abgeschnitten worden ist. Die Kapitulation mußte früher oder später erfolgen.

Darüber war sich die Regierung in keiner Weise klar, und noch im Mai 1917 beherrschte unbedingte Siegesgewißheit ihre Politik. Das geht aus dem Exposé des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg hervor, das als Antwort auf das oben mitgeteilte Exposé Czernins an seinen Kaiser dem Schreiben des deutschen Kaisers beilag. Ich gebe dieses Aktenstück nach der Inhaltsangabe der „Vossischen Zeitung“:

„Die Angriffe im Westen seien zerschellt. Weitere würden zerschellen. Dieselbe Zuversicht bestehe für die Isonzo-Front, die durch die Entlastung der Ostfront neu freigewordene Kräfte erhalte. Gegen das Übergreifen der russischen Revolution müsse man eventuell die Ostgrenze absperren. Rohmaterial sei in beiden Monarchien reichlich vorhanden. Die Verpflegung reiche bis zur Ernte (in Österreich durch Zuschuß aus Rumänien).

Amerikas Kriegserklärung und das spätere Abbröckeln anderer Neutraler infolge des U-Bootkrieges sei vorauszusehen gewesen. Aber die Nachteile des U-Bootkrieges würden durch seine Vorteile weit übertroffen. Das Schwergewicht des Krieges sei von Osten nach Westen gerückt, wo England die

anderen Verbündeten immer wieder aufpeitsche. Daher müsse ein entschlossener Angriff auf den Brennpunkt erfolgen.

Die Unterseebootserfolge überträfen weit die Berechnungen und Erwartungen. Mehr Frachtraum für Getreide habe die Entente wegen der Holz- und Erzzufuhren nicht frei. Die Lebenshaltung der Bevölkerung würde daher bei unseren Feinden auf ein unerträgliches Maß herabgedrückt werden. Die Hoffnung, Deutschland an Übermacht von Munition und Geschützen zu schlagen, würden sie aufgeben. Amerikas Mehrleistung in der Munitionserzeugung werde durch den Tonnageverlust wettgemacht. Die angekündigten tausend amerikanischen Holzschiffe würden nach vier Monaten zu spät kommen. Eine englische Autorität sage, es gäbe nur zwei Wege: entweder schneller Schiffe bauen, als sie versenkt werden, oder die U-Boote schneller vernichten, als sie gebaut werden. Das erste sei unmöglich, das letztere ebenfalls, da unsere Verluste durch Neubauten weit übertroffen würden. Daher könne man mit voller Zuversicht auf die aufsteigende Wirkung des U-Bootkrieges schauen.

Ferner habe man eine geheime aber sichere Nachricht: Ribot habe zum italienischen Botschafter in Paris gesagt, Frankreich ginge der Erschöpfung entgegen. Seither seien die französischen Blutopfer ungeheuerlich. Die durch künstliche Anreizmittel hergestellte Stimmung müsse einen schweren Rückschlag erfahren.

Wir würden durchhalten ohne größere Krisen oder eine Bedrohung unseres staatlichen Gefüges. Er sei mit Czernin darin einig, einen ehrenvollen, die Interessen des Reiches und unserer Bundesgenossen gerecht werdenden Frieden sobald als möglich herbeizuführen, einig auch darin, daß die Friedensaktion erfolgen müsse, solange die politische und militärische Initiative noch in unseren Händen sei. Aber in zwei bis drei Monaten? Die Entente hoffe immer noch auf ein Wiedererwachen der russischen Aktivität. Daher würde eine zu stark unterstrichene Friedensbereitschaft jetzt zur Erfolglosigkeit ver-

dammt sein. Sie würde außerdem den Schein der hoffnungslosen Erschöpfung erweisen und den Mut der Gegner heben. Jetzt sei ein allgemeiner Friede nur durch Unterwerfung möglich. Das wäre nur zu ertragen unter verhängnisvoller Gefahr für die Monarchie. Ruhe, Entschlossenheit und nach außen dokumentierte Zuversicht sei mehr denn je geboten.

Der russische Parteikampf beschränke sich mehr und mehr auf Kriegs- und Friedensfragen. Nur die Partei werde sich am Ruder halten, die den Weg des Friedens mit uns beschreite. Russische Sondierungen müßten ohne zur Schau getragenes Empressement sachlich so behandelt werden, daß sie zu Friedensverhandlungen führen. Rußland werde den Schein des Verrates an seinen Verbündeten meiden und einen Modus suchen, der einen faktischen Friedenszustand herbeiführt, sich äußerlich aber nur als Präludium des allgemeinen Friedens darstellt.

Das Exposé schließt: ‚Wie wir 1914 ohne Zögern bündnistreu gewesen sind, so werden wir auch am Ende des Weltkrieges die Grundlage für einen Frieden finden, der den beiden verbündeten Monarchien die Gewähr für eine verheißungsvolle Zukunft bringt.‘“

Bündnistreue, Nibelungentreue, das waren die Schlagworte, mit denen unsere Regierung ihre politische Ethik dem Volke gegenüber begründete. In der Weltpolitik gibt es nur eine Ethik, das ist die des Erfolges. Das haben uns die führenden Männer der Feinde gelehrt. Indessen wir unsere Handlungsweise durch lange völkerrechtswissenschaftliche Gutachten begründeten, brach die Entente mit eiserner Faust und noch eiserner Stirn jedes Recht, sobald es ihr für das Ziel, den Sieg, notwendig schien.

Deutschland hatte schon im ersten Kriegswinter die Möglichkeit, mit Rußland zum Sonderfrieden zu kommen, wenn es sich entschlossen hätte, Österreich und die Türkei fallen und den Russen freie Hand zu lassen. Die Nibelungentreue, die Bündnistreue hat die deutsche Regierung verhindert, das zu tun, was vor den Gesetzen der politischen Ethik vielleicht nicht bestehen konnte, was aber zum Wohle des Vaterlandes notwendig war. Und hier

stand Höheres auf dem Spiel, als das Bewußtsein, dem Bundesgenossen die Treue gehalten zu haben, für die er gar kein Verständnis hatte und die er, wie sich bei der Auflösung Österreich-Ungarns gezeigt hatte, uns nicht einmal dankte.

Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, das sagt schon Clausewitz, und kurz zuvor: „Die Politik also wird den ganzen kriegerischen Akt durchziehen und einen fortwährenden Einfluß auf ihn ausüben, soweit es die Natur der in ihm explodierenden Kräfte zuläßt." Wenn daher die Bundesgenossen ein Hemmschuh für die Erreichung des politischen Zieles, die Niederwerfung des Gegners, sind, so müssen sie eben preisgegeben werden. Italien hat sich keinen Augenblick bedacht, den Dreibund zu verlassen zum Wohle seiner Bürger. Eine kriegführende Regierung muß die Ethik des Friedens opfern zugunsten der höheren Ethik des Kriegs, denn die Erhaltung unseres wertvollsten Besitzes, unseres Vaterlandes, fordert die Gewalt. Der Krieg ist eben ein Akt der Gewalt ... auch ein Wort von Clausewitz.

Ein deutscher Staatsmann, dessen vielgewandte Klugheit selbst seine Gegner anerkennen, der Fürst Bernhard v. Bülow, riet schon um die Wende des Jahres 1914/15 zur Preisgabe Österreich-Ungarns, und zwar mit sehr energischen Worten. Es handelte sich damals darum, Italien beim Dreibunde zu erhalten, was nur möglich war durch Gebietsabtretungen im Trentino und an der küstenländischen Grenze. Österreich wollte sich zu nichts verstehen, und da riet Bülow, den Bundesgenossen fallen zu lassen. Wenn ich mich recht erinnere, lautete der Text seines Telegramms: „Unser Hemd ist uns näher als Österreichs Rock", und ein anderes Mal: „Wir haben nicht nötig, uns neben Österreich ins Grab zu legen."

Welch eine merkwürdige Voraussicht, welch eine frühzeitige Erkenntnis der bitteren Wahrheit! Grund genug, daß die Regierung Bethmann Hollwegs kein Wort davon verstand.

Bülow hoffte sogar bei Befriedigung von Italiens Expansionsgelüsten auf die Irredenta im Frühjahre 1915 Kriegshilfe zu

erhalten, statt dessen kam im Mai desselben Jahres die Kriegserklärung, und damit trat eine Kulturarmee von dreieinhalb Millionen Mann in den Krieg gegen uns ein. Das verdankten wir dem unverantwortlichen Starrsinn unseres Bundesgenossen Österreich-Ungarn.

Nachdem er im Kriege militärisch wie wirtschaftlich auf fast allen Schauplätzen versagt hatte, führte er durch seinen Abfall im entscheidenden Endspiel unsere Niederlage herbei.

Österreich-Ungarn, dessen junger, unfähiger Kaiser und seine intrigante, ganz französisch orientierte Gemahlin uns diplomatische Schwierigkeiten bereiteten, wo sie nur konnten, wird sich damit entschuldigen, daß Bulgarien den Anfang mit dem Abfall gemacht und ihm die Flanke aufgerissen hätte. Das ist richtig, aber Bulgarien konnte nicht anders, denn es war zum Danke für sein energisches Eintreten in den Krieg von uns im Stich gelassen worden. Man darf niemals vergessen, daß wir mit dem Eintritt Italiens in den Krieg in eine sehr gefährliche Lage gekommen waren. Serbien und Montenegro unbesiegt und sprungbereit, die Türkei in schwerer Bedrängnis durch die Flotten der Entente an den Dardanellen und ihre Truppen auf Gallipoli, Rumänien drohend und unfreundlich, dazu in Ost und West überlegene Streitkräfte in voller kriegerischer Aktion. Hätte damals Bulgarien nicht für die Mittelmächte zum Schwert gegriffen, so wäre wahrscheinlich schon damals die Türkei zusammengebrochen und dadurch die Südflanke der Mittelmächte schwer bedroht, vielleicht gar zerschlagen worden.

Bulgariens Zusammenbruch ist entschuldbar. Es kamen verschiedene Momente zusammen, die ihn beschleunigt herbeiführten. In erster Linie hatte der Friede von Bukarest in keiner Weise die bulgarischen Hoffnungen erfüllt. Österreich war wieder der böse Geist der Verhandlungen gewesen. Aus Angst um seine siebenbürgische Grenze und aus Furcht vor den Rumänen im eigenen Staatskörper, trat Österreichs Unterhändler für eine weitgehende Milde gegen das besiegte Rumänien ein. Dadurch wurde Bulgarien in seinen berechtigten Ansprüchen auf die

Dobrudscha geschädigt, und die Folge war der Sturz der Regierung des deutschenfreundlichen Radoslavow. Sein Nachfolger Malinow neigte zu einer Verständigung mit der Entente, um so mehr, als das kriegsmüde und völlig verarmte Volk einsah, daß der Erfolg seiner Anstrengung nicht entsprechend war. Da kam die Niederlage am Dobropolje und der Hilferuf an Deutschland, allerdings zu einer Stunde, wo die Fochsche Gegenoffensive in vollem Gang war. Die Bulgaren hofften durch eine Hilfe in Stärke von zwanzigtausend Mann den Dobropolje-Durchbruch abriegeln zu können. Ludendorff aber antwortete, daß Truppensendungen nicht möglich seien, Geländeverlust ertragen werden müsse. Da bat Malinow die Entente um Waffenstillstand.

Und die Türkei? Ein Bundesgenosse, der dauernd Hilfe brauchte. Ein gewaltiges Reich im tiefsten Verfall und Zerfall, das nur durch die Energie eines einzigen Mannes, Envers, zu einem künstlichen Leben erweckt worden war. Schied Enver aus, so brach die ganze Herrlichkeit kläglich zusammen. Dabei haben sich die türkischen Truppen im einzelnen gut geschlagen, aber es fehlte eben an allem, und so war die Niederlage und die Kapitulation unausbleiblich.

Die deutsche Oberste Heeresleitung kannte die Verfassung ihrer Bundesgenossen nicht von heute und gestern, aber sie baute trotzdem, der eigenen Volkskraft vertrauend, auf ihre Treue. Gewiß, es war bisher gegangen, die deutschen Regimenter, die gleich Korsettstangen in die bundesgenössischen Streitkräfte eingefügt waren, hielten die formlose, schwankende, kriegsmüde und zum Teil deutschenfeindliche Masse zusammen. Wie lange es aber noch gehen würde, diese Frage wagte man sich im großen Hauptquartier gar nicht zu stellen. Man lebte von der Hand in den Mund, hatte keinen strategischen Plan mehr, kein eigentliches Kriegsziel. Von Kriegsanleihe zu Kriegsanleihe suchte man taktische Propagandaerfolge und trieb Raubbau mit den deutschen Kräften.

Das Grundübel war eben die Überschätzung der eigenen Kraft. Sie war staunenswert groß, das deutsche Heer und Volk

hatten Leistungen vollbracht, die ehrfurchtgebietend waren, aber diese Leistungen entsprangen einem politischen Paroxismus, und Paroxismen sind keine Zustände von Dauer.

Aus diesem überspannten Kraftgefühl floß die Unterschätzung des neuen Gegners, der Vereinigten Staaten von Amerika. Italien mit dreieinhalb Millionen Streitkräften, Rumänien mit dreiviertel Millionen hatten keine Entscheidung herbeiführen können, was sollte nun Amerika, dessen Millionen bis jetzt nur auf dem Papier standen?!

Eine Auffassung, die verhängnisvoll war. Der Standpunkt des Großen Hauptquartiers am Ende des dritten Kriegsjahres ist festgelegt in einem kleinen Schriftchen von Karl Hosse, Major im Generalstab der Armee,[1]) dem die Zensur des Großen Hauptquartiers zugestimmt hatte. Hosse schreibt über Amerika:

„Amerikas reguläre Armee ist 100000 Mann stark, seine Nationalgarde 120000. Weder die eine, noch die andere ist für einen europäischen Krieg ausgebildet.

Die reguläre Armee soll auf 293000 Mann gebracht werden. Die Nationalgarde auf 400000 Mann. Beides ist bisher nicht erreicht. Die Rekrutierung schreitet langsam vorwärts.

Eine neue Armee von einer halben Million soll durch Aushebung Wehrpflichtiger im Oktober d. J. aufgestellt werden, ihre Vermehrung auf eine Million für einen späteren Zeitpunkt ist vorgesehen. Die Musterung der ersten halben Million ist für Juli, die Aushebung für den Herbst in Aussicht genommen.

Das einzige, was also Amerika zunächst zur Verfügung hat, ist die reguläre Armee.

General Pershing und einige Transporte landeten Ende Juli in Frankreich. Die Stärke dieses sogenannten Expeditionskorps wird höchstens eine Division betragen und kann auch in diesem Jahre kaum wesentlich gesteigert werden, da die reguläre

---

[1]) „Nach drei Kriegsjahren“ (Verlag August Scherl, Berlin 1917).

Armee nur eine beschränkte Zahl abgeben kann, in der Hauptsache vielmehr als Stamm und Ausbildungspersonal für die zahlreichen Neuformationen dienen muß.

Die schwachen Kräfte, die herübergekommen sind, bedürfen erst selbst der Ausbildung.

Wann die Amerikaner die Ausbildung des erst im Herbst zur Einziehung gelangenden neuen Ersatzes für genügend erachten, wissen wir nicht. Vor dem Sommer 1918 rechnen selbst die Franzosen nicht mehr damit. Die französische Forderung, die Rekruten schon zur Ausbildung nach Frankreich zu senden, scheint abgelehnt worden zu sein.

Amerika wäre mithin frühestens gegen Ende des vierten Kriegsjahres imstande, nennenswerte Kräfte transportbereit zu halten. Wir können zunächst unserer Marine die Antwort auf die Frage überlassen, in welchem Umfange der Transport der Truppen und des Nachschubs durchführbar sein wird. Sollten sie aber kommen, dann werden sie die Wahrnehmung machen, daß Kriegserfahrung nur durch eigenes Blut erkauft wird. Und wenn es Hunderttausende sind und eine Million, so werden sie ebensowenig einen Wendepunkt herbeiführen, wie es die dreieinhalb Millionen Italiener und die dreiviertel Millionen Rumänen vermocht haben."

In Wirklichkeit haben die Amerikaner weit mehr geleistet. Ich gebe im nachstehenden die authentischen Feststellungen des Generalstabs für Ende Oktober 1918:

„In Frankreich werden 39 amerikanische Divisionen angenommen. Die Regimenter der 93. amerikanischen Infanteriedivision (Neger) sind auf französische Divisionen verteilt. Außerdem sollen sich nach nicht bestätigten Nachrichten 5 Kavallerieregimenter in Frankreich befinden (1 Kavallerieregiment zu 3 Eskadrons, zu je 4 Zügen; der Zug = 150 Reiter, jeder Zug 6 leichte Maschinengewehre).

Es wurden angeblich von Amerika nach Frankreich transportiert im:

Juli 1918	300000 Mann	
August 1918	250000 „	(nach anderen Angaben 313000)
September 1918	311000 „	(nach anderen Angaben nur 250000).

Im ganzen bis einschließlich 5. Oktober 1918 1850000 Mann.

Für den Sommer 1919 wird eine Etatstärke von 4 Millionen Mann vorausgesehen.

Eine amerikanische Division hat eine Stärke von 28000 Mann (4 Infanterieregimenter, 2 Feldartillerie-Regimenter, 3 Maschinengewehr-Bataillone, letztere zu je 750 Mann).

Das Gesetz für die Erweiterung der Wehrpflicht auf die 18—45jährigen wurde am 1. September angenommen. Die Zahl der neuen Wehrpflichtigen beträgt angeblich 13 Millionen. Hiervon sollen zunächst nur etwa 2400000 Mann eingestellt werden, beginnend mit den Wehrpflichtigen von 19 bis 20 und von 32 bis 36 Jahren."

Dazu kamen für die Entscheidung an der Westfront: Dreitausendsechshundert kleine Tanks, denen sich noch fünfhundert Sturmwagen des alten Systems anschlossen. Diese kleinen Tanks, die in der modernen Schlacht die reitenden Batterien ersetzten, wurden zur wirksamsten Angriffswaffe des Gegners, weil sie jede Artillerievorbereitung unnötig machten, also einen überraschenden Angriff ermöglichten.

Es ist daher eine unleugbare Tatsache, daß Amerika mit seinen Menschenmassen und Kriegsmaschinen unsere Niederlage herbeigeführt hat.

Und wo blieb der Unterseebootkrieg? Man hatte große Hoffnungen auf ihn gesetzt. Er hat ja auch Großes geleistet; aber die amerikanischen Transporte konnte er nicht verhindern, er konnte auch die Lebensmittel- und Materialzufuhr an die feindlichen Küsten nicht in dem Maße beeinflussen, daß eine Erschöpfung gleich der unseren in den Ländern unserer Gegner entstanden wäre. Er hat also seine Aufgabe nicht zu erfüllen

vermocht, er hat versagt. Im Gegenteil, er hat noch eine nachteilige Wirkung auf die Stimmung unserer Heimfront ausgeübt, indem er hochgespannte Hoffnungen wachrief, die bei ihrer Nichterfüllung eine um so tiefere Niedergeschlagenheit erzeugten.

Dazu stieg durch die englische Hungerblockade der wirtschaftliche Notstand aufs höchste. Die Lebensmittelpreise kletterten auf schwindelnder Leiter empor, die Fettarmut nahm, besonders in den großen Städten, eine katastrophale Höhe an, die furchtbare Unterernährung brach die Willenskraft des Volkes, und die Arbeiterschaft, die zwar ungemein hohe Löhne erhielt, konnte mit ihrem Gelde nichts kaufen. Trotzdem hat sich die Heimfront bewundernswert gehalten, sie nahm geduldig die Verringerung der Brotration hin, immer in der Hoffnung, daß unsere Truppen den Frieden erkämpfen würden.

Und nun kam der Rückzug; lähmend wirkte er auf die Heimfront. Überall tiefste Entmutigung, die sich durch Feldpostbriefe und zurückkehrende Urlauber auch der Kampffront mitteilte. Die Folge war, daß sich auch am Feinde die Ordnung lockerte. Zwar hielt die eiserne Disziplin, die in fast viereinhalb Jahren zur Gewohnheit geworden war, die Verbände im wesentlichen zusammen, aber die entscheidende Schlagkraft war, trotz oft bewundernswerter Gegenangriffe an einzelnen Schlachtfronten, gebrochen.

Das Tragische an dieser Erscheinung war, daß unsere Aussichten für die Fortsetzung des Kampfes durchaus nicht so hoffnungslos waren, wie sie im Lande dargestellt wurden. Ein Durchbruch war infolge des elastischen Nachgebens unserer Front nicht gelungen und wäre auch nicht gelungen, da sich bereits starke Anzeichen von Ermüdung bei dem Feinde bemerkbar machten. Und das erkannte auch der Feind an. So schrieb die Londoner Wochenschrift „The new Statesman“ am 26. Oktober 1918 folgendes:

„Die Jahreszeit für Gefechtshandlungen ist beinahe zu Ende. Alle Armeen der Alliierten sind augenscheinlich ermüdet. Britische Truppen sind die einzigen, die in den letzten

Wochen sich fähig zeigten, in solchen Abschnitten vorwärts zu kommen, wo die Deutschen hartnäckigen Widerstand leisteten. Die Fortschritte der anderen Alliierten bestehen letzthin kaum in anderen als in Nachhutgefechten, die bisweilen den Rückzug des Feindes beschleunigen, aber nirgendwo deutsche Pläne wirklich störten. Insbesondere übte das andauernde Versagen der Amerikaner an der Spitze des östlichen Griffes der Zange des Marschall Foch eine höchst unglückliche Wirkung auf die Ausnutzung der alliierten Feldzugshandlung als ganzes aus. Jede Woche erhöht die Aussichten, daß Hindenburg fähig ist, seine Kräfte ohne größeren Verlust auf rückwärtige Stellungen zurückzuziehen, wo sie ohne großes Risiko während des Winters stehenbleiben können. Die endgültige Linie, wenn nicht für den Winter, so doch für das Frühjahr, würde die Maaslinie bilden. Ihre natürliche Stärke ist sehr groß und würde durch eine dreimonatige Winterarbeit noch ungeheuer vergrößert werden. Die Maaslinie bedeutet eine sehr bedeutende Frontverkürzung und würde dadurch die deutschen Reservedivisionen wieder zu einer wenigstens für die Verteidigung ansehnlichen Zahl anwachsen lassen."

Hätten wir noch wenige Wochen ausgehalten, so wären uns bessere Waffenstillstandsbedingungen sicher gewesen. Der Ausbruch der Revolution hat die Möglichkeit zerstört, die drakonischen Bedingungen des Marschall Foch abzulehnen und weiter zu kämpfen. Ich werde auf die unmittelbare Veranlassung zum Beginn der Umsturzes zurückkommen, und es wird sich zeigen, daß die große Masse des Volkes den geringsten Teil der Schuld daran trug.

Zweiter Abschnitt.

Die revolutionäre Idee

Träger der revolutionären Idee in Deutschland war die Sozialdemokratie, wenn dies auch in den entscheidenden Aktenstücken, vor allem in dem Erfurter Programm, nicht ausgesprochen ist. Der Charakter dieses Programms trug die revolutionäre Idee unausgesprochen in sich. Denn seine Durchführung ist nur möglich, wenn die herrschenden Klassen, die Machthaber des Kapitals, aus ihren Machtstellungen entfernt werden. Freiwillig aber werden sie sich nicht verdrängen lassen, sie müssen gestürzt werden, und dieser Sturz ist nur auf dem Wege der Revolution zu erreichen. Dabei ist es ganz gleichgültig, ob der Gewaltakt blutig oder unblutig verläuft.

Die revolutionäre Idee verlangt die Beseitigung der bestehenden Staatsform, und die Sozialdemokratie als Träger dieser Idee hat, je mehr sie erstarkte, je mehr sie sich wissenschaftlich konsolidierte, diesen Umsturz auf friedlichem Wege durch Aufklärung der Massen zu erreichen gesucht. Anfänglich fast nur auf den politischen Kampf eingestellt, hat sie sich mehr und mehr der positiven Arbeit zugewandt und sich innerlich vorbereitet, die Regierung zu übernehmen.

Da kam der Krieg. Eine ungeheure patriotische Begeisterung fegte in einer Stunde die sorgsame Arbeit von Jahrzehnten weg, die Sozialdemokratie erwies sich als zu schwach, den von ihr verabscheuten Krieg zu verhindern, so tat sie das klügste, was sie tun konnte, sie ließ sich gleichfalls von der Welle mitreißen und stimmte im Reichstag geschlossen für die Kriegskredite. Es war scheinbar der Zusammenbruch der Sozialdemokratie und mit ihr der Untergang der revolutionären Idee. Sehr bald kam die

Reaktion. Schon bei der zweiten Kriegskreditbewilligung lehnte Karl Liebknecht die Kriegskredite ab, ihm folgte Otto Rühle, und im weiteren Verlauf wuchs diese Opposition immer mehr, so daß im Jahre 1916 der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei es für nötig fand, seine Stellung am 4. August 1914 zu begründen und zu verteidigen.[1]) Er erklärte:

„In den großen Auseinandersetzungen, die augenblicklich den Parteikörper der deutschen Sozialdemokratie erschüttern, hört man von den Wortführern der Minderheit immer wieder den Gedanken aussprechen, daß die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten, und daß die aus dieser Zustimmung folgerichtig herausgewachsene sogenannte Politik des 4. August einen schroffen Bruch unserer Partei mit ihrer ganzen Vergangenheit bedeute, daß diese Politik in einem unüberbrückbaren Gegensatz stehe zu den Beschlüssen aller unserer Parteitage und internationalen Kongresse, kurz, daß eine tiefe Kluft gähne zwischen der Sozialdemokratie wie die Welt sie vor dem 4. August 1914 kannte und der Sozialdemokratie von heute.

Was ist an dieser Behauptung richtig und was ist an ihr falsch? Es wäre unehrlich und es wäre unsinnig, wollten wir leugnen, daß die Erfahrungen des Weltkrieges in mehr als einem Punkte gewisse Anschauungen und Erwartungen Lügen gestraft haben, in die sich die große Mehrzahl unserer Parteigenossen hineingelebt hatte. Hatten wir auf der einen Seite die Widerstandskräfte erheblich überschätzt, die das organisierte internationale Proletariat dem Ausbruch eines Weltkrieges werde entgegensetzen können, so hat uns auf der anderen Seite die Lebenskraft und Anpassungsfähigkeit der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise den ungeheuren Kriegserschütterungen gegenüber mehr als eine Überraschung gebracht. Niemand von uns hätte es für möglich gehalten, daß diese Wirtschaftsweise einen Krieg von solcher Dauer und von solchem Umfange würde

[1]) „Sozialdemokratie und nationale Verteidigung.“ Berlin 1916.



aushalten können. Aus diesen neuen Erkenntnissen die notwendigen Schlußfolgerungen für die politische Praxis zu ziehen, das ist eine Selbstverständlichkeit. Der wäre ein netter Sozialdemokrat, der gleichsam mit verbundenen Augen durch die Welt laufen wollte, der Auge und Ohr gewaltsam verschließen wollte vor allem, was um ihn herum vorgeht! Marx, Engels und Lassalle, Wilhelm Liebknecht und August Bebel haben niemals von einer derartigen Sorte von ‚Prinzipienfestigkeit' etwas wissen wollen, und auf sie am allerwenigsten darf unsere Parteiopposition sich berufen.

Ist also ohne weiteres zuzugeben, daß die Sozialdemokratie neuen Erkenntnissen nicht unzugänglich ist, so muß auf der anderen Seite um so lauter betont werden, daß sie in dem entscheidenden Punkte gar keiner neuen Erkenntnisse, gar keines ‚Umlernens' bedurfte. Dieser entscheidende Punkt ist die Stellung der Sozialdemokratie zum eigenen Lande und zu seiner Verteidigung. So sehr die Sozialdemokratie aller Länder, und die deutsche Sozialdemokratie wahrlich nicht zum wenigsten, den Krieg von jeher verabscheut hat und heute noch verabscheut, so unermüdlich sie in ihren Anstrengungen war, die Gegensätze zwischen den Völkern und Staaten auszugleichen, mit so tiefem Ernst sie bis zum letzten Augenblick daran gearbeitet hat, das furchtbare Verhängnis dieses Weltbrandes abzuwenden, so wenig hat sie jemals einen Zweifel daran gelassen, daß sie, sollte es trotz alledem und alledem einmal zum Kriege kommen, das Vaterland, das auch das Vaterland der Arbeiter, das Vaterland ihres Kampfes und ihrer Zukunft ist, in der Stunde der Gefahr nicht im Stiche lassen werde. Mit vollem Recht konnte deshalb in der Erklärung, mit der am 4. August die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten begründete, gesagt werden, daß die Partei mit dieser Tat nur das wahr mache, was wir immer betont haben."

In erster Linie war es der Krieg gegen Rußland, der uns aufgezwungen war, wodurch die Sozialdemokratie bestimmt wurde,

geschlossen für den Krieg einzutreten und ihre Anhänger bedingungslos unter die Fahnen zu senden, und es kam ein Zweites hinzu, das freilich nirgends klar ausgesprochen wurde, was aber doch überall durch die Kundgebungen ihrer Führer durchklang. Der Krieg, mochte er Deutschland Sieg oder Niederlage bringen, führte die Sozialdemokratie zu größerer politischer Macht. Niemand dachte an Revolution. Das Aufflammen des nationalen Gedankens in der Sozialdemokratie hatte sie den bürgerlichen Parteien näher gebracht, und alles schien sich in friedlicher Entwicklung freiheitlich im Innern gestalten zu wollen.

Die Erkenntnis, daß der Krieg die Verwirklichung sozialistischer Ideale bringen würde, war in der Sozialdemokratie allgemein. Deutlich sprach sich Philipp Scheidemann auf dem Würzburger Parteitag 1917 dahin aus:

„In diesem Kriege hat der Imperialismus mit dem Proletariat seine Schlachten schlagen wollen, und durch die Welt der Internationale ging ein Schrei des Entsetzens darüber, mit welcher Leichtigkeit der Imperialismus seine Schlachtreihen aus dem Proletariat bildet und aus ihm immer wieder von neuem füllen konnte. Und doch, Parteigenossen, gibt es meines Erachtens keine kurzsichtigere Behauptung als die, daß der Krieg die Klassenherrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat gestärkt hätte. Das gerade Gegenteil ist meiner Überzeugung nach der Fall. Die Parole gilt überall, daß für ihren Staat alle Proletarier kämpfen in dem Bewußtsein, daß dieser Staat nicht mehr so ganz allein der Staat ihrer Klassengegner war und nach dem Kriege es noch weniger sein könnte als zuvor. Die herrschenden Klassen aber wußten ganz genau, daß sie es bei der Arbeiterklasse nicht mehr mit einer amorphen Masse, sondern mit einem organisierten Ganzen zu tun hatten, und daß der Kriegsentscheid, der Entscheid über ihr eigenes Sein oder Nichtsein, in hohem Grade von dem Verhalten der organisierten Arbeiterklasse abhing. Die organisierte Arbeiterklasse, ich betone: die organisierte Arbeiterklasse, konnte sich deshalb gar nicht gegen den Staat stellen, aus tausend und mehr Grün-

den nicht, und weil sie es nicht konnte, hat sie es auch nirgends getan, denn die prinzipielle Verweigerung der Mittel zur Verteidigung des Landes in Serbien, Bulgarien und Rußland, so hoch ihr Mut und ihre Konsequenz anerkannt werden sollen, sie waren nicht Vertreter organisierter Massen des Industrieproletariats im deutschen, englischen oder französischen Sinne. Wo es wirklich Organisationen gab, haben sie sich nirgends gegen den seinen Existenzkampf kämpfenden Staat gestellt. Die gleiche Art ihres Verhaltens läßt auf ein allgemeines Gesetz schließen. Doch ich will in diesem Zusammenhang auf diese Frage nicht näher eingehen.

Die herrschenden Klassen hätten sich furchtbar geirrt, wenn sie etwa angenommen hätten, daß das Proletariat wegen seiner Anerkennung der Landesverteidigung lediglich Kanonenfutter für ihre imperialistischen Kämpfe geworden wäre. Das Proletariat ist vielmehr überall, in dem einen Lande mehr, in dem anderen Lande weniger, mit einem besonderen Bewußtsein in den Kampf gegangen, mit einem besonderen Klassenideal, mit besonderen Klassenzielen. Das Proletariat ist kein Mietsoldat der herrschenden Klassen, sondern ein durch die Not herbeigezogener Bundesgenosse, ein Bundesgenosse, der respektiert werden muß, und der, wenn einmal die Schlußrechnung gemacht wird, sich mit an den Tisch setzen und seine Forderungen stellen wird. So hat sich während des Krieges eine Machtverschiebung zugunsten des Proletariats ergeben, eine Machtverschiebung, an deren Anfang wir erst stehen, und durch dieses Stück Klassenkampf, das sich inmitten der kriegerischen Entwicklung vollzogen hat, hat auch die sozialdemokratische Partei eine ganz andere Bedeutung gewonnen, als sie vor dem Kriege gehabt hat. Die deutsche Sozialdemokratie — ich will es ganz offen aussprechen — ist durch den Krieg zu einer Partei geworden mit der unmittelbaren Anwartschaft auf die Macht im Staate."

War dies einmal erkannt, so war auch der Weg der Sozialdemokratie zur Macht im Staate vorgeschrieben. Sie brauchte

gar nichts weiter zu tun, als die Masse immer wieder mit dem Geiste ihrer Lehren zu erfüllen und stets das Wort Frieden und Brot dem hungernden Volke zuzurufen. Es mußten ganz von selbst die sozialistischen Gedanken für den Umsturz werben, waren es doch die Sozialdemokraten, die sich zuerst um den Frieden bemüht hatten.

Schon bei der ersten Bewilligung der Kriegskredite hatte Hugo Haase die Forderung aufgestellt, daß dem Krieg ein Ende gemacht werde, sobald das Ziel der Sicherung erreicht und die Gegner zum Frieden geneigt seien. Noch deutlicher sprach sich der sozialdemokratische Parlamentarier bei der dritten Kriegstagung des Reichstags am 15. März 1915 aus:

„Meine Partei, als die Vertreterin des internationalen Sozialismus, ist stets die Partei des Friedens gewesen, und sie weiß, daß dies für die Sozialisten der anderen Länder ebenso wie für sie gilt. Unser Wunsch ist ein dauerhafter Friede, ein solcher, der nicht neue Verwickelungen in sich schließt, nicht Keime neuer Zwietracht enthält. Das wird erreicht werden, wenn kein Volk das andere vergewaltigt, wenn die Völker vielmehr ihre Aufgabe in dem friedlichen Austausch der Kulturgüter erblicken ... Gerade der Starke darf zuerst die Friedenshand ausstrecken."

Immer und immer wieder ist der Friedensgedanke ausgesprochen worden. Sozialdemokratische Vertreter Deutschlands und Österreich-Ungarns sind am 12. und 13. April 1915 in Wien zusammengekommen und haben folgende Entschließung gefaßt:

„Die sozialdemokratischen Parteien, die von jeher und ihrem Wesen nach für die Verbrüderung der Völker wirken, sind die berufenen Verkünder der Friedenssehnsucht. Diese entspringt dem Willen und der Kraft der Selbstbehauptung, nicht etwa dem Gefühl der Schwäche. Daraus aber folgt mit Notwendigkeit, daß nur ein Frieden möglich ist, der kein Volk demütigt, daß nur ein solcher Frieden das dauernde Zusammenarbeiten aller Kulturvölker gewährleisten wird.

Die bei der Zusammenkunft vertretenen Parteien stehen auf dem Boden der Beschlüsse der internationalen Sozialistenkongresse, insbesondere des Kopenhagener Kongresses von 1910, und halten in diesem Sinne beim Friedensschluß folgende Sicherungen für notwendig:

den Ausbau der internationalen Schiedsgerichte zu obligatorischen Einrichtungen zum Zwecke der Schlichtung aller Streitigkeiten zwischen den einzelnen Staaten;
die Unterwerfung aller Staatsverträge und Vereinbarungen unter die demokratische Kontrolle der Volksvertretungen;
die internationale vertragsmäßige Einschränkung der Rüstungen mit dem Ziele der allgemeinen Abrüstung;
die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker.

Weiter erklären die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands, Österreichs und Ungarns:

die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Parteien der kriegführenden Länder ihr Land und Volk verteidigen, darf kein Hindernis sein, die internationalen Beziehungen aller sozialistischen Parteien zueinander aufrechtzuerhalten sowie die Tätigkeit ihrer internationalen Einrichtungen fortzuführen."

Das war aber noch nicht alles, was die Sozialdemokratie für den baldigen Abschluß des Friedens getan hat. Sie entschloß sich, die durch den Krieg zerrissenen internationalen Verbindungen wieder anzuknüpfen. Über diese Tätigkeit hat der Vorstand der Partei am 23. Juni 1915 eingehend Bericht erstattet, dem ich das Folgende entnehme:

„Als das Exekutivkomitee der Internationale mit der Anregung hervortrat, im Haag mit den sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder einzeln über die Möglichkeit einer gleichzeitigen Friedenskundgebung zu verhandeln, stimmte der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie dem unter der Voraussetzung zu, daß auch die französische Parteileitung einverstanden sei. Obwohl deren Zusage noch nicht vorlag, begaben sich auf

Einladung Mitglieder des deutschen Parteivorstandes im März nach dem Haag, wo sie erfuhren, daß wohl die Engländer, nicht aber die Franzosen zu solchen Verhandlungen bereit wären.

Trotzdem haben sie mit den Mitgliedern des Exekutivkomitees dort in freundschaftlicher Weise verhandelt. Sie gaben dabei ihrer Bereitschaft Ausdruck, zunächst auf das Zustandekommen einer Sitzung des Internationalen Bureaus hinzuarbeiten und alle Maßnahmen zur Förderung des Friedensgedankens zu unterstützen, die von den sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder ergriffen werden.

So hat die deutsche Sozialdemokratie durch ihre berufenen Vertretungen den sozialistischen Grundsätzen und den Beschlüssen der Internationalen Kongresse getreu für den Frieden gewirkt.

Mit schmerzlichem Bedauern muß demgegenüber konstatiert werden, daß bisher alle Versuche internationaler Verständigung gescheitert sind vornehmlich an dem Verhalten der sozialistischen Partei Frankreichs, die an ihrer mit dem Zaren verbündeten Regierung durch mehrere hervorragende Mitglieder beteiligt ist. Sie billigt rückhaltlos deren Politik, die darauf gerichtet ist, den Krieg bis zur Niederlage Deutschlands, ‚bis zur Vernichtung des deutschen Militarismus', fortzuführen, und hat sich gegen eine Zusammenkunft des Internationalen Sozialistischen Bureaus ausgesprochen.

Nach der Kundgebung unserer Reichstagsfraktion für den Frieden im Dezember 1914 machte der französische Ministerpräsident am 22. Dezember in der Deputiertenkammer folgende Ausführungen:

‚In der jetzigen Stunde ist nur eine Politik möglich: Kampf ohne Gnade bis zur endgültigen, durch einen völlig siegreichen Frieden gesicherten Befreiung Europas...

Getreu seiner Unterschrift im Vertrage vom 4. September wo es seine Ehre und somit auch sein Leben einsetzte, wird Frankreich die Waffen erst niederlegen, wenn es das verletzte Recht gerächt, die gewaltsam geraubten Provinzen für immer an das französische Vaterland geschmiedet, das heldenmütige

Belgien ... wiederhergestellt und den preußischen Militarismus zerbrochen haben wird, um auf Grundlage der Gerechtigkeit endlich ein neugeborenes Europa aufbauen zu können ...‘

Gegen diese unverhüllte Proklamation des Kampfes bis zum Weißbluten hatten weder die sozialistischen Minister, noch auch die sozialistische Kammerfraktion, noch endlich auch der sozialdemokratische Parteivorstand auch nur ein Wort des Widerspruchs zu erheben! Warum sie schwiegen, erklärten sie kurz darauf in einem ‚Manifest an die Partei‘ („Humanité“ vom 23. Dezember 1914):

‚Getreu der Disziplin der Einigkeit, welche die Nation sich dem Feinde gegenüber auferlegt, hat die sozialistische Fraktion im Parlament auch nicht mit einem Wort die von allen Franzosen beschlossene Einheit trüben wollen. Sie hat sich jeder Erklärung enthalten. Sie hat bei dem allgemeinen Zusammenschluß die Losung akzeptiert, welche die verantwortliche Regierung formuliert hat.‘

Und der Vertreter der belgischen Genossen, der Vorsitzende des Internationalen Sozialistischen Bureaus, Genosse Vandervelde, der in die Regierung seines Landes eingetreten war, hat am 18. April 1915 in einem Vortrage in Paris ausgeführt:

‚Ich komme heute, um über den Krieg und für den Krieg zu sprechen ... Als internationaler und sozialistischer Friedensfreund bin ich für den Krieg bis ans Ende ... ich fühle Zorn gegen jene unserer Gesinnungsgenossen, die möchten, daß man Frieden schließe. Ach nein! Dem Verbrechen muß die Sühne folgen!‘

Gern stellen wir fest, daß es sowohl in England wie in Frankreich sozialistische Gruppen gibt, die ebenso wie die deutsche sozialdemokratische Gesamtpartei und ihre Leitung für den Friedensgedanken wirken. Das kann uns aber nicht über die betrübende Tatsache hinwegtäuschen, daß die große Masse der dem Internationalen Sozialistischen Bureau angeschlossenen

Sozialisten Englands und Frankreichs, ihre Organisationen und Leitungen, mit ihren Regierungen den Krieg fortführen wollen, bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands.

Die Reichstagsfraktion und der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie haben stets einmütig die Eroberungs- und Annexionspolitik bekämpft. Wir erheben erneut den schärfsten Protest gegen alle Bestrebungen und Kundgebungen zugunsten der Annexion fremder Landesteile und der Vergewaltigung anderer Völker, wie sie insbesondere durch die Forderungen großer wirtschaftlicher Verbände und die Reden führender bürgerlicher Politiker der Öffentlichkeit bekannt wurden. Schon die Geltendmachung solcher Bestrebungen schiebt den vom ganzen Volke heiß ersehnten Frieden immer weiter hinaus. Das Volk will keine Annexionen, das Volk will den Frieden!

Im Namen der Menschlichkeit und der Kultur, gestützt auf die durch die Tapferkeit unserer Volksgenossen in Waffen geschaffene günstige Kriegslage fordern wir die Regierung auf, ihre Bereitwilligkeit kundzutun, in Friedensverhandlungen einzutreten, um dem blutigen Ringen ein Ende zu machen."

Diese Erklärung des Parteivorstandes der Sozialdemokratie wirkte belebend auf die Massen, die schon begonnen hatten in stumpfe Ruhe zu versinken. Und wer die Massen zu beleben versteht, belebt zugleich mit ihnen die revolutionäre Idee. Die Sozialdemokratie hat zu keiner Zeit die Revolution als Gewaltakt propagiert, sie wollte stets eine Partei der Entwicklung sein. Solange die Grundlagen für den Umsturz der bestehenden Staatsform nicht gegeben waren, mußte eine Revolution als Unmöglichkeit erscheinen. So war die weitestgehende Aufklärung der Massen von jeher das Ziel der Partei, sie wollte die Köpfe, nicht die Muskeln revolutionieren, und nun erschien ihr der Zeitpunkt gekommen, ihre entscheidende Arbeit zu beginnen.

Daß die Staats- und Gesellschaftsform Deutschlands in den letzten Zügen lag, hatte jeder Einsichtige erkannt. Der Krieg mochte

ausgehen wie er wollte, die letzte Stunde der deutschen, besonders der preußischen Staatsform hatte geschlagen. Die Sozialdemokratie war in ihre Hochsaison eingetreten, die revolutionäre Idee auf dem Marsche. Nur über den Weg war man sich in den einzelnen, verschieden schattierten Gruppen der Sozialdemokratie noch nicht einig.

Diese Gruppen kennzeichneten sich zunächst als zwei große Richtungen: Diejenigen die den Kriegskrediten zugestimmt hatten mit Philipp Scheidemann als Führer und diejenigen, die sie abgelehnt hatten, an deren Spitze Karl Liebknecht stand. Die beiden Richtungen bekämpften sich ziemlich heftig, und so entstand in den Parteien, die der bestehenden Staatsform anhingen, der Trugschluß, die Sozialdemokratie sei gespalten. Der altrömische Herrschaftsgrundsatz, divide et impera, schien der neue, befreiende Gedanke zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, und so wurde versucht, die Kluft zwischen den beiden Richtungen immer mehr zu vertiefen.

Dabei wurde versehen, daß der große Einheitsapostel Karl Marx wie ein Cherub mit dem Flammenschwert seiner Lehre vom Kapital vor der Spaltung stand und die streitenden Brüder mit seiner strengen unerbittlichen Logik zusammenhielt. Die Regierung wollte nicht oder konnte nicht erkennen, daß zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, ja selbst den internationalen Kommunisten vom Schlage der russischen Maximalisten keine prinzipiellen Unterschiede bestanden, sondern daß sie nur in taktischen Fragen auseinandergingen, daß sie aber im Augenblick, wo sie zum Sturz der bestehenden Staatsform auf die Barrikade gingen, sofort geeinigt sein würden.

Der Siegesrausch, den die beispiellosen militärischen Erfolge in den Reihen des alten Beamtenstaates erzeugt hatte, machte diesen blind für das langsame Zurückgehen der patriotischen Begeisterung im großen Volke. Stimmen, die sich warnend erhoben, verhallten ungehört. Man glaubte die patriotische Gesinnung durch Siegesgeläute und Flaggengala erhalten und stärken zu können und vergaß, daß ein Mann, der dreißig Mark in der Woche

verdient und eine Familie davon ernähren soll, kein Anhänger einer Staatsform sein kann, die ihn unbarmherzig zu Entbehrungen verurteilt. Die hohen Löhne der Arbeiter in den Rüstungsbetrieben schienen ja diesen Umstand aufzuheben, der Arbeiter verdiente ein klotziges Geld, und er würde im eigenen Interesse für die Fortdauer des Krieges begeistert sein.

Das war ein neuer Trugschluß, denn hohe Löhne haben nur einen wirklichen Wert, wenn die Preise der Waren nicht mit den Löhnen wachsen. Kaufmittel und Kaufobjekt stehen in einem ursächlichen Zusammenhang. Und im Verlaufe des Krieges stiegen die Preise der Kaufobjekte derart exorbitant, daß eine rapide Entwertung des Geldes eintrat. Schon die notwendigsten Lebensmittel waren im Preise bis vierhundert und fünfhundert, Butter und Fett bis zu zweitausend Prozent gestiegen.

Alle Arbeiter konnten unmöglich in den Rüstungsbetrieben Beschäftigung finden, und diese anderen litten verzweifelte Not. Für sie war die einzige Hoffnung die sozialdemokratische Partei, die Friede und Brot versprach, für sie war der alleinige Gegner die bestehende Regierung, die den Krieg verlängerte und ohne Erbarmen auf die Not der großen Massen blickte.

So hatte die Sozialdemokratie, einerlei welcher Richtung, die Massen an ihre Fahnen gefesselt, und als sie ihrer sicher war, trat sie energisch mit ihren Forderungen hervor; sie machte sich mehr denn früher zum beredten Anwalt der Massen.

Der erste Angriffspunkt war das Wahlrecht zum preußischen Landtag. Die Regierung machte Versprechungen, der Kaiser erließ seine berühmte Osterbotschaft, aber die Ausführung scheiterte an dem Willen der Mehrheit. Das Volk, das so heroisch für sein Vaterland gekämpft hatte, erhielt keine Stimme in der Regierung. So stieg die dumpfe Unzufriedenheit immer höher. Alle Freiheiten, alle Erleichterungen, so Kriegsteuerungszulagen und Kriegsbeschädigtenfürsorge, ließ sich die Regierung abnötigen. Hatten die Armeen Mißerfolge, zeigte sich die militärische Lage ungünstig, war die Regierung nachgiebig, besserte sich die Lage, errang die Armee Siege, so versteifte sich der Widerstand der

Regierung gegen die Forderungen der Masse. Diese Tatsachen machten sie unbeliebt, erhöhten die Unzufriedenheit und förderten die revolutionäre Idee.

So standen die Dinge, als im März 1917 die russische Revolution ausbrach, die mit nie geahnter Leichtigkeit und Schnelligkeit das absolute Zarentum über den Haufen warf. Es war klar, daß dieser gewaltige Umwälzungsprozeß nicht ohne Einfluß auf die deutschen Massen blieb. Urlauber, die von der russischen Front, Gefangene, die aus dem Innern des Zarenreiches zurückkehrten, trugen die Ideen der russischen Revolution nach Deutschland herein. Zwar tat man alles, um das Übergreifen der Umsturzgedanken auf Deutschland zu verhindern, aber vergeblich. Die Stimmung der zurückkehrenden Gefangenen war derart revolutionär, daß die Oberste Heeresleitung den Gedanken, die Gefangenen durch Vorträge der Unterrichtsoffiziere im Sinne der bestehenden Regierung aufzuklären, fallen ließ, weil man ernsthafte Demonstrationen gegen die Offiziere befürchtete.

Allen diesen bedrohlichen Sturmzeichen gegenüber blieb das deutsche Bürgertum merkwürdig kühl. Es verschloß seine kleinen und großen Leiden in seinem Herzen, anstatt seine Stimme zu erheben und die Regierung an ihre Pflicht zu mahnen und vor der machtvollen Gärung unter den Massen zu warnen.

Daher kam es wie es kommen mußte, die revolutionäre Idee war derart erstarkt, daß sie explosiv zum Durchbruch gelangte. Es bedurfte nur eines äußeren Anstoßes.

Dritter Abschnitt

Die unmittelbaren Ursachen der Revolution

Nicht nur im Lager der deutschen Sozialdemokratie herrschte die feste Überzeugung, daß der Umsturz der alten Staatsform kommen werde, sondern auch in einsichtigen Kreisen der Regierung, und es wurde jedes nur denkbare Mittel versucht, die Katastrophe aufzuhalten. Konferenzen über Konferenzen wurden abgehalten, aber es kam zu keinem einheitlichen Vorgehen.

Mindestens seit dem Sommer des Jahres 1917 war man sicher, die weitere Fortdauer des Krieges würde die Massen in eine solche Unzufriedenheit hineintreiben, daß im Falle einer Niederlage die Revolution ausbrechen müsse. Und nun wurde mit Hochdruck gearbeitet. Der vaterländische Unterricht wurde unter den Truppen neu organisiert und auf die Masse durch Volksaufklärung zu wirken gesucht. Aller Orten brachen Streiks aus, die auf die bedrohliche Stimmung im Volke bedeutsam hinwiesen. Die Aufklärung versagte, die Massen kamen entweder nicht in die Versammlungen, oder sie hörten sich die Reden mit dumpfem Gleichmut an. Was konnten noch so schöne Ansprachen nützen, was groß aufgemachte vaterländische Tagungen? Die Sache blieb unverändert. Der Feind zeigte allen Friedensangeboten Deutschlands gegenüber die kalte Schulter und blieb bei seinem Kriegsziel, Vernichtung des deutschen Militarismus. Immer deutlicher prägte sich der feindliche Wille aus, bis schließlich unverhüllt die Forderung nach Entfernung der Hohenzollern hervortrat.

Da griff die Regierung zu dem altbewährten Mittel, das immer in früheren Jahren gewirkt hatte, zu der Militärdiktatur.

Der Belagerungszustand wurde verschärft und seine Bestimmungen in rigoroser Weise durchgeführt. Sozialdemokratische Führer des radikalen Flügels wurden festgesetzt, entweder in Schutzhaft oder nach schweren Anklagen mit Festung, Gefängnis und Zuchthaus bestraft. Die Versammlungen der Sozialdemokraten wurden entweder verboten oder kontrolliert und dabei ganz vergessen, daß die Aufklärungsarbeit der Partei durch ganz andere Kanäle ins Volk drang, als öffentliche Versammlungen.

Dazu kam, daß der Feind mit raffinierten Mitteln die Volksseele systematisch wirksam vergiftete. Trotz der einzig in der Weltgeschichte dastehenden Siege Deutschlands glaubte im Volke niemand mehr an den Endsieg, und so lehnte sich die Masse gegen die Weiterführung des Krieges auf. Sie tat es vor allem durch Streiks. Die Regierung antwortete, besonders nach der großen Januar-Streikbewegung, die ganz Deutschland erfaßt hatte, mit der falschesten Maßregel, die ergriffen werden konnte, mit Einberufung der kriegsverwendungsfähigen Streiker zum Heeresdienst. Nicht allein, daß sie sich damit die Rüstungsindustrie schwer schädigte, nein, sie trug auch die Massenunzufriedenheit in das Heer hinein.

Es fehlten der Regierung alle geistigen Waffen, und die Männer, die sie ihr anboten, wurden einfach mit dem diktatorischen Wort Unsinn in ihre Schranken zurückgewiesen. Das Volk bedarf der Leitung, und es folgt gerne einem klugen und wohlwollenden Führer. Aber der Führer muß mit einem vollen Tropfen demokratischen Öles gesalbt sein, er muß die unsäglichen Leiden der Masse verstehen und mitempfinden. Die Sozialdemokraten verstanden infolge sechzigjähriger Arbeit die Volksseele, und das Volk schloß sich ihnen begeistert und vertrauensvoll an.

Die Regierung versicherte immer, daß Deutschland keinen Eroberungskrieg führe, aber das Volk glaubte diesen Versicherungen nicht, denn es sah, wie unter dem Deckmantel von reiner Verteidigung immer neue feindliche Gebiete besetzt wurden, und es stellte die kitzliche Frage, warum wir nicht klar und deutlich

die bedingungslose Räumung von Belgien und den besetzten französischen Gebieten dem Feinde zwecks Einleitung von Friedensverhandlungen anböten. Darauf wurde die Antwort erteilt, daß wir dann unsere Faustpfänder aus der Hand gäben und daß wir zur Sicherung unserer Grenzen in Feindesland stehenbleiben müßten. Das begriff die Volksseele nicht, sie sah in den Friedensangeboten ein unehrliches Manöver der Regierung, das nur auf die Heimat wirken sollte, um diese zum Durchhalten mit der Begründung zu veranlassen, daß der Feind ja gar keinen Frieden wolle, die Deutschen aber stets bereit seien, Frieden zu schließen: Es fand gerechtfertigt, daß die Entente eine Friedenshand nicht ergriff, die leer dargeboten wurde.

Diese Meinung der Massen schien ihre volle Bestätigung zu erlangen durch den Frieden von Brest-Litowsk, der unter der Maske einer Verständigung das revolutionäre Rußland vergewaltigte. Durch diese Praxis vergewaltigte man zugleich die deutsche Volksseele und nahm ihr das so sehr nötige Vertrauen in die Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit der Regierung. Die offenkundige Doppelzüngigkeit, daß man einen Frieden ohne Annexionen versprach und laut das Selbstbestimmungsrecht der von Rußland losgerissenen fremdvölkischen Randstaaten proklamierte, in Wirklichkeit aber diese Randstaaten durch militärische Besetzung ganz in die deutsche Interessensphäre einspannte, verstimmte in den weitesten Volkskreisen. Die deutsche Presse hielt dann auch mit ihrer Verurteilung des ganzen Friedenshandels nicht zurück, und der deutsche Proletarier sah nichts anderes, als daß der russische Proletarier die Herrschaft der zarischen Knute zerbrochen, um die der deutschen Maschinengewehre dafür einzutauschen.

Es rächt sich stets, wenn ein Volk altbewährte politische Grundsätze in den Wind schlägt, und das hat Deutschland in Brest-Litowsk getan. Man soll dem besiegten Feind goldene Brücken bauen. Hätte die deutsche Regierung dies getan, so hätte die von dem russischen Unterhändler, dem Volkskommissar Trotzki, als leere Formel abgelehnte Redensart, zukünftig in Friede und

Freundschaft mit Deutschland leben zu wollen, wirkliches Leben gewonnen. Das befreite russische Volk wäre uns mit ehrlicher Freundschaft entgegengekommen, und wir hätten aus den unerschöpflichen Naturschätzen des weiten Reiches unserer heimischen Not abhelfen können. Ein Bund wäre gegründet worden, wie ihn Bismarck einst gewollt, zum Segen unseres Vaterlandes.

Daß die Vergewaltigung des russischen Volkes allein auf den Willen der deutschen Obersten Heeresleitung zurückzuführen war, hat Graf Czernin in der oben bereits mitgeteilten Rede bewiesen. Er hatte einen Präliminarfriedensentwurf eingebracht, indem er empfahl, keine Gebietsabtretungen zu verlangen. Polen, Kurland und Livland sollten das Recht erhalten, ihr zukünftiges Schicksal selbst zu bestimmen, sie sollten keine Kriegskostenentschädigung zahlen, auch nicht die Schäden ersetzen, die durch die militärischen Operationen verursacht worden waren. Der gegenseitige Handelsverkehr sollte alsbald ohne zu schwere Beschränkungen wieder aufgenommen werden. Die Grundlage für diesen Frieden war natürlich die Räumung der russischen Gebiete, und Österreich hatte dafür eine Frist von sechs Monaten vorgeschlagen. Die deutsche Oberste Heeresleitung aber wollte in die Räumung erst willigen, wenn der allgemeine Friede abgeschlossen worden sei. Über die Gebietsabtretungen sollte dann der allgemeine Friede entscheiden.

Trotzki sprach damals das prophetische Wort von der Weltrevolution, die den Ungerechtigkeiten dieses Friedens ein Ende machen würde. Heute stehen die deutschen Unterhändler vor derselben Katastrophe, und man ist versucht, an den alten Satz zu glauben, daß die Weltgeschichte das Weltgericht sei.

Die deutsche Oberste Heeresleitung war über die Nachgiebigkeit ihres Unterhändlers sehr ungehalten, sie ließ einen geharnischten Tadel los, und Kühlmanns Stellung schien schwer erschüttert, da trat Czernin energisch auf seine Seite und drohte mit einem österreichischen Sonderfrieden. Auch die Frage des polnischen Staates wurde erörtert. Mit großem Pomp hatte man im November 1916 die Wiederaufrichtung des Königreichs Polen

proklamiert, einer der unverzeihlichsten Fehler der deutschen Regierung. Nun verlangte Rußland eine freie Abstimmung der Polen, aber erst nach erfolgter Räumung des Gebietes durch die deutschen Truppen. Die Abstimmung erfolgte jedoch unter dem Druck der deutschen Besatzung.

Es trat dann eine Verhandlungspause ein, in der die deutsche Militärpartei vollkommen ihren Willen durchsetzte, Czernin hatte infolge der österreichischen Lebensmittelnot keine Machtmittel mehr, er konnte mit dem Sonderfrieden nicht mehr drohen, da er die deutsche Hilfe brauchte. General Hoffmann erklärte auch die Sonderfriedensdrohung für belanglos Deutschland werde unter allen Umständen nach Petersburg marschieren, wenn die russische Regierung nicht zur Nachgiebigkeit bereit sei.

Da erfolgte am 9. Februar morgens zwei Uhr die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der neuerstandenen ukrainischen Republik, die sich von Großrußland losgesagt hatte. Nun brach Trotzki die Verhandlungen ab und erklärte den Kriegszustand zwischen Rußland und den Mittelmächten einseitig für beendet, den Abschluß eines Friedens verweigerte er jedoch. Dadurch sah die deutsche Heeresleitung den Waffenstillstand als beendet an und begann am 18. Februar mittags zwölf Uhr den Vormarsch.

Um einen Rechtstitel dazu zu gewinnen, waren Estland, Livland und die Ukraine veranlaßt worden, die Deutschen zu Hilfe zu rufen. Die Lage war nach der Darstellung des Grafen Czernin folgendermaßen: Rußland sollte die von Deutschland gewünschten Gebietsveränderungen im Friedensvertrag einfach zur Kenntnis nehmen. Trotzki knüpfte jedoch seine Bereitwilligkeit zum Abschluß eines solchen Vertrages an zwei Bedingungen; die eine war, daß die Monesund-Inseln und die Ostseehäfen bei Rußland belassen würden; die andere, daß Deutschland und Österreich-Ungarn mit der ukrainischen Volksrepublik keinen selbständigen Frieden schließen. Dieses Kompromiß scheiterte an einem Ultimatum Ludendorffs, wonach die Verhandlungen mit Rußland binnen drei Tagen zu Ende sein müßten. Ferner erhielt Kühlmann den strikten Auftrag, angesichts russischer Ver-

suche, die deutsche Armee zu revolutionieren, auch noch die Abtretung der unbesetzten Gebiete Livlands und Estlands zu fordern. Diesem Druck hat sich Kühlmann gefügt.

Und nun war es wieder ein Schlagwort, das von der Regierung in die hungernden Massen geworfen wurde: Brotfriede. Aus der Ukraine, dem Getreide-Dorada Europas, würden bald die ungeheuren Weizen- und Roggenzüge ankommen und aller Not ein Ende machen. Man nannte bereits die Tonnenzahlen des Brotgetreides und die Stückzahlen der Rinder, die auf den Bahnhöfen zum Abtransport bereit lägen. Das Volk gewann wieder Vertrauen in die Regierung und wartete geduldig. Es blieb auch dann noch ruhig, als der ukrainische Eisenbahnerstreik die Zufuhren verzögerte, denn es war ein neuer Hoffnungsstern am Kriegshimmel aufgesteckt worden: Die Frühjahrsoffensive. Sie sollte die Entscheidung im Westen und den Frieden bringen.

Als im Sommer 1918 die Herabsetzung der Brotration kam und das dauernde Zurückweichen unserer Truppen die Stimmung immer mehr verdüsterte, war für die Sozialdemokratie die Zeit herangereift, nun den entscheidenden Angriff auf die alte Staatsform vorzubereiten.

Die Regierung zeigte völlige Kopflosigkeit. In Preußen hatte die Verschleppung der Wahlrechtsverabschiedung durch die Opposition die Gemüter des werktätigen Volkes sowohl, wie die liberal empfindenden Intellektuellen aufs schwerste erbittert. Die Haltung der Reichsregierung unter Hertling war schwach und entschlußlos, sie trieb ohne Steuer der Katastrophe entgegen. Jeder, der sehen wollte, sah sie voraus und kannte auch das einzige Mittel, sie aufzuhalten, nämlich an das Volk zu appellieren und eine Regierung aus Männern seines Vertrauens zu berufen, dem Wunsch des Volkes nach durchgreifender Parlamentarisierung Rechnung zu tragen. Statt dessen wieder eine halbe Maßregel, die Berufung des Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler und eine aus Parlamentariern der Mehrheitsparteien des Reichstags zusammengeklebte Regierung, in der der in weitesten Kreisen unbeliebte Erzberger saß.

Die Katastrophe war da. Deutschland bat den siegreichen Feind um Waffenstillstand, es gestand seine Niederlage ein.

Prinz Max von Baden hat in einer längeren Kundgebung die Geschichte seiner kurzen Regierung niedergelegt. Es ist dies ein Dokument von außerordentlicher Bedeutung, ein geschichtliches Aktenstück und stellt sich dar als Entwurf zu einer Rede, die der ehemalige Kanzler vor der Ersten Badischen Kammer zu seiner Rechtfertigung zu halten beabsichtigt hat. Die Revolution hat diese Absicht verhindert, und so wurde die Rede durch die Presse veröffentlicht:

„Ich fühle, daß ich Rechenschaft schuldig bin über die schicksalsschweren Wochen, die hinter uns liegen, und in denen ich für die Führung der Reichsgeschäfte verantwortlich war. Diese Rechenschaft muß einmal abgelegt werden vor dem ganzen deutschen Volke, vor allen Dingen aber vor dem badischen Volk, denn ich weiß, wie schwer vielen meiner Landsleute der Gedanke sein muß: Hat es vielleicht ein Sohn unserer Heimat in der Hand gehabt, dem deutschen Volke das namenlose Leid zu ersparen, das ihm heute auferlegt ist? Sie können sich denken, daß ich mir selbst diese Frage Tag und Nacht vorlege. Ich will sie beantworten, wie ich sie vor meinem Gewissen beantwortet habe.

Als ich nach Berlin gerufen wurde, war ich mir des Ernstes der Lage bewußt. Unsere Offensive war zusammengebrochen, die feindliche in siegreichem Fortschreiten. Der Krieg war verloren. Es konnte sich nur noch darum handeln, Unerträgliches vom deutschen Volke abzuwenden. Ich sah noch einen schmalen Ausweg; er mußte versucht werden. Gewiß, chauvinistische Leidenschaften hatten in allen feindlichen Ländern das Übergewicht in der öffentlichen Meinung. Die großen Hasser Deutschlands waren in England und Frankreich an der Regierung. Der Krieg war zu einem Rachekrieg geworden. Aber es gab noch starke Gegenbewegungen, die in Präsident Wilson einen mächtigen Führer gefunden zu haben schienen. Die Arbeiterschaft in England wie in Frankreich stand zu Wilsons

Programm. Besonders in England hatten sich einflußreiche Gruppen zusammengefunden, die die Ehre ihrer Nation darin sahen, auch dem Feinde gerecht zu werden: der Völkerbund war ihnen das große Ziel dieses Krieges und die einzige Hoffnung zur Wiederaufrichtung der Menschheit. Das war auch mein Glaube, dem ich durch Worte und Taten nachzustreben während des Krieges bemüht war. Mein Name hatte einen versöhnenden Klang: Ich unternahm es, ein Ministerium zu bilden, das nach Möglichkeit aus Männern bestehen sollte, deren Menschheitsgesinnung ebenfalls bekannt war und Vertrauen erweckte.

Mein Programm für die innere Politik habe ich damals den Parteiführern gegenüber ungefähr so zusammengefaßt:

Es sollte nur einen ausschlaggebenden Machtfaktor im Reiche geben, die aus dem Vertrauen der Volksvertretung heraus gebildete Regierung.

Das Zerschlagen der Tradition, den gewaltsamen Riß durch das Volk wollte ich verhindern. Ich betrachtete es als einen wichtigen Teil meiner Aufgabe, die wertvollen Kräfte aus einer vergangenen Epoche in die Gegenwart hinüberzuretten. Überkommene Machtfaktoren sollten zur freiwilligen Unterordnung unter die neue Regierung geführt werden. Die Notwendigkeit des gewaltsamen Umsturzes lag nicht vor, sobald der deutsche Volkswille freie Bahn hatte, sich verfassungsmäßig durchzusetzen. Diese freie Bahn wollte ich ihm schaffen. Vor allem aber hielt ich es für meine Pflicht, zu verhindern, daß Deutschland durch innere Erschütterungen einem raubgierigen und rachsüchtigen Feinde gegenüber völlig wehrlos wurde.

Ich habe meine Ziele der inneren und auswärtigen Politik nicht erreichen können, und ich will Ihnen die Gründe nennen, die meines Erachtens schuld daran waren:

Meine Friedenspolitik wurde entscheidend gestört durch das Waffenstillstandsangebot, das mir fertig vorgelegt wurde, als ich in Berlin eintraf. Ich habe es bekämpft aus Gründen der praktischen Politik. Es schien mir ein schwerer Fehler, den ersten Friedensschritt der neuen Regierung durch ein so über-

raschendes Eingeständnis deutscher Schwäche zu begleiten. Weder das eigene Volk, noch das feindliche Ausland schätzte unsere militärische Lage damals so ein, daß ein derartiger Verzweiflungsschritt notwendig wäre.

Ich machte den Gegenvorschlag, die Regierung sollte als ihre erste Handlung ein detailliertes Kriegszielprogramm aufstellen, das vor aller Welt unsere Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Präsidenten Wilson deutlich machte und unsere Bereitwilligkeit, diesen Grundsätzen auch schwere nationale Opfer zu bringen.

Die militärischen Autoritäten erwiderten mir darauf, auf die Wirkung einer solchen Kundgebung könne nicht mehr gewartet werden; die Lage an der Front erfordere binnen vierundzwanzig Stunden ein Waffenstillstandsangebot. Wenn ich es nicht abgäbe, so müßte es die alte Regierung herausbringen. Darauf entschloß ich mich, die neue Regierung zu bilden und das nunmehr unvermeidlich gewordene Waffenstillstandsangebot mit dem Namen der neuen, unbelasteten Regierung zu unterstützen. Nach einer Woche eröffneten mir die militärischen Autoritäten, daß die sich in der Einschätzung der Lage an der Front am 1. Oktober getäuscht hätten.

Die Wirkung des Waffenstillstandsangebots rechtfertigte meine schlimmsten Befürchtungen. Eine Welle des Übermutes fegte durch Frankreich und England. Viele vermeintliche Anhänger des Verständigungsfriedens schwenkten dort zu einer Politik des Gewaltfriedens und forderten die Fortsetzung des Krieges bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands, das die Schrecken der Invasion am eigenen Leibe kennen lernen müsse. Die sonst Wortführer des europäischen Gewissens gewesen waren, schwiegen verlegen. In Amerika verschob sich das Kräfteverhältnis in der öffentlichen Meinung zugunsten der Republikaner, die die Wilsonsche Friedenspolitik bekämpften. Überall wurde unser Waffenstillstandsangebot als ein Zeichen des bevorstehenden Zusammenbruches betrachtet und wirkte als eine große Versuchung, den Krieg fortzusetzen. So erklärt

sich die hinschleppende Taktik der Ententeregierungen. Die Alliierten steigerten immer aufs neue ihre Forderungen nach den außerordentlichen Garantien, die dem Abschluß des Waffenstillstandes vorauszugehen hätten. Lloyd George rühmt sich heute mit zynischem Freimut:

> Wir verzögerten die Absendung der Bedingungen an Deutschland, um erst die Stützen unter den Füßen unseres Feindes zu zerbrechen und seine Flanke aufzureißen. Darum haben wir gewartet.

Präsident Wilson selbst verlangte immer stärkere verfassungsmäßige Sicherheiten für die Dauer und Ehrlichkeit des demokratischen Systems. Nach seinen ersten beiden Noten ergaben zuverlässige Nachrichten, daß er die Zurückführung der Macht des Kaisers auf die Stellung des englischen Königs als eine reale Garantie ansehen würde, ganz entsprechend der Forderung der deutschen Reichstagsmehrheit. Aber angesichts der bedrohlich anwachsenden republikanisch-chauvinistischen Bewegung kurz vor den Wahlen warf er die Frage der Abdankung des Kaisers in die öffentliche Diskussion. Es genügte für ihn nicht mehr, selbst überzeugt zu werden, sondern er wollte sensationelle Erfolge seiner Diplomatie aufweisen, um den Chauvinismus in seinem eigenen Lande bewältigen zu können.

Die Wirkung des Waffenstillstandsangebotes auf die Zentralmächte war womöglich noch verderblicher. Die Sonderaktionen unserer Verbündeten wurden beschleunigt. Auf den machtlos werdenden Freund wurde keine Rücksicht des Gewissens und der Treue mehr genommen. Es bemächtigte sich unseres Volkes eine große Bestürzung und Ungeduld.

Es war wie ein schwerer moralischer Zusammenbruch. Gewiß mußten wir uns selbst nach dem Abfall Österreichs sagen, daß weiterer Widerstand keine Aussicht auf Erfolg mehr bot, aber wir mußten vor den Feinden wenigstens die Möglichkeit aufrechterhalten, daß es bestimmte Forderungen gab, gegen die wir selbst einen hoffnungslosen Kampf aufnehmen würden.

Das war der Rat, den uns wiederholt wohlwollende Neutrale gaben:

Nehmt nicht den Friedensparteien in Feindesland ihr letztes wirksames Argument, das lautet: es gibt Grenzen deutscher Nachgiebigkeit.

Das deutsche Nationalgefühl war unterhöhlt worden. Ein Wunder, wenn es anders gekommen wäre nach all den namenlosen Leiden und Enttäuschungen dieser vier Kriegsjahre und nach dem Mißbrauch, der mit dem Patriotismus getrieben worden war. An der Front geschah freilich dieses Wunder. Gewiß, auch da gab es Zersetzung, Hoffnungslosigkeit. Aber an entscheidenden Punkten fanden sich immer Helden, Soldaten und Offiziere, die auf ihren verlorenen Posten ausharrten und kämpften, wie nur je in den Tagen unserer Siege, weil sie wußten, daß alles darauf ankam, bis zum Waffenstillstand den feindlichen Einfall vom Heimatlande fernzuhalten. Viele von ihnen haben die Waffenruhe nicht mehr erlebt. So erklärlich auch die Vorgänge in der Heimat sein mögen, in unsere Dankbarkeit gegen diese Toten wird sich immer etwas von schmerzlicher Scham mischen.

Ich will nun versuchen zu erklären, aus welchen Gründen unsere innere Politik Schiffbruch erlitt, als wir fast schon im Hafen zu sein glaubten.

Die Herstellung einer alles entscheidenden Zivilgewalt war gelungen. Die gesetzmäßigen Festlegungen sind hier nicht das wichtigste gewesen. Die Ausschaltung unverantwortlicher Einflüsse und Druckmittel, die Beseitigung aller Nebenregierungen war im besten Gange; wer sich nicht freiwillig fügte, wurde ersetzt. Beim ersten Konflikt gab der General Ludendorff nach, beim zweiten nahm er seinen Abschied. Viel blieb noch zu leisten übrig, aber die Zeit war sehr kurz gewesen.

Da kam die Aufrollung der Abdankungsfrage durch Präsident Wilson. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, den Kaiser über die nationale und internationale Bedeutung der Abdankungs-

frage dauernd zu orientieren. Nur ein freiwilliger Entschluß konnte nach meiner Meinung das Reich vor schweren Erschütterungen bewahren. Man darf das Zögern des Kaisers nicht falsch verstehen. Es waren gewichtige Einflüsse am Werk, die ihn davon überzeugten, daß seine Abdankung das Signal zur Auflösung der Front gegeben hätte.

Als ich nach den Kieler Vorgängen die Gefahr des Bürgerkrieges immer näherrücken sah, suchte ich am Donnerstag eine Unterredung mit dem Abgeordneten Ebert und teilte ihm mit, daß ich noch am gleichen Abend ins Hauptquartier reisen wollte. Er versprach mir, das Seinige dazu zu tun, damit seine Partei und die Massen das Ergebnis meines Besuches abwarteten. Am Nachmittag desselben Tages aber überbrachten mir Herr Scheidemann und Ebert das Ultimatum der Sozialdemokratie, das mich zwang, meine Entlassung einzureichen, denn es bedeutete den Zusammenbruch meiner Politik, nicht zu vergewaltigen, sondern zu überzeugen.

Sie werden es mir ersparen, über die Schritte zu sprechen, die ich nach meinem Entlassungsgesuch unternommen habe. Sie hatten nur den einen Zweck, den unvermeidlich gewordenen Umsturz sich ohne einen Bruderkampf vollziehen zu lassen. Ich will mit denen, die den Umsturz herbeigeführt haben und ihn unterstützten, nicht rechten. Ich glaube noch heute, daß sich der Volkswille ohne Gewalt hätte durchsetzen können auf dem Wege der gesetzgebenden Versammlung, die nach dem Zerfall Österreichs eine Ehrenpflicht geworden war. Ich kann den Gedanken nicht los werden, daß vielleicht doch unsere Arbeiter und Soldaten noch 24 Stunden Geduld gehabt hätten, wenn Führer aus ihrer Mitte ihnen die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Heimatfront so deutlich gemacht hätten, wie den Soldaten an der Front es deutlich war, daß die Schlachtfront halten mußte. Dann wäre nicht der Zusammenbruch gekommen einen Tag vor der Waffenruhe.

Der Umsturz hat sich unwiderruflich vollzogen. In die Hände der neuen Regierung ist eine ungeheure Verantwortung

gelegt. Sie kann uns als Nation retten, und sie kann uns als Nation zerstören.

Ich habe den Reichskanzler Ebert als einen Mann kennen gelernt, der reinen Willens ist und dem es Überzeugungssache ist, daß Deutschland nur seinen internationalen Pflichten genügen kann, wenn es sich als Volkseinheit erhält. Die Regierung kann uns vor dem Bürgerkrieg bewahren, wenn sie demokratisch regiert, und ihre erste, nicht aufzuschiebende Pflicht ist es, sich durch eine verfassunggebende Nationalversammlung die Rechtsgrundlage für ihre Macht geben zu lassen. Usurpierte Macht erträgt das neue befreite deutsche Volk nicht. Es hat sich durch die Bildung der Volksregierung am 3. Oktober von der Diktatur Ludendorff befreit; es wird keine andere Diktatur einer Minderheitsgruppe ertragen. Aber eine Schande wäre es für Deutschland, wenn uns die Feinde, die nur mit einer rechtmäßigen deutschen Regierung unterhandeln wollen, erst die Einberufung einer konstituierenden Versammlung anbefehlen müßten.

Hier darf die Regierung sich nicht die Initiative nehmen lassen; wenn sie demokratisch handelt, dann kann sie sicher sein, daß ihr die freiwilligen Kräfte aus allen Lagern zuströmen werden, um ihr bei der übermenschlichen Aufgabe zu dienen.

Die äußere Disziplin ist zerbrochen, aber es gibt die Treue gegen das eigene Volk und die freiwillige Selbstzucht, die aus ihr entspringt. Und diese Treue hat uns im Westen vor der feindlichen Invasion bewahrt; nur sie allein kann uns vor dem Bruderkampf und der Anarchie retten und der Versuchung zur Grausamkeit.

Noch eine andere Forderung möchte man in dieser Stunde an die Regierung stellen: An einen Widerstand mit Waffengewalt gegen die Bedingungen der Feinde ist heute nicht mehr zu denken. Es gibt aber einen moralischen Widerstand gegen das Unrecht, zu dem gerade diejenigen verpflichtet sind, die sich immer dagegen gewehrt haben, daß Deutschland seinen Feinden Unrecht tut. Die Feinde sollten den Zorn des ganzen

deutschen Volkes vernehmen, und wenn die Regierung fühlt wie das Volk, so soll sie es sagen.

In den Auseinandersetzungen zwischen Wilson und den Alliierten hat Wilson den Sieg des Wortes errungen — seine Verbündeten haben die vierzehn Punkte angenommen, die Alliierten aber haben den Sieg der Tat davongetragen: Die Waffenstillstandsbedingungen sind vom Geist der Geheimverträge diktiert, hinter denen nicht der Völkerbundgedanke stand, sondern der Gedanke an Raub und Ruhm und die Rüstung für künftige Kriege. Der Friede von Brest-Litowsk, der wahrlich nicht nachahmenswert ist, ist ein Verständigungsfriede im Vergleich zu der Vergewaltigung, die heute Deutschland zugedacht wird.

Am 22. Oktober sprach ich aus, daß der Gedanke der Liga der Nationen jetzt eine große Probe besteht. Werden die Waffenstillstandsbedingungen der Entente ausgeführt, so ist der Völkerbund tot, noch ehe er geboren war. Seine Grundidee verlangt, daß kein Volk in Ketten an den Verhandlungstisch geführt wird, sondern daß ihm die Kraft gelassen wird, sich aus freiem Willen der neuen Rechtsordnung zu fügen. Die Bedingungen der Entente aber sollen uns wehrlos machen auch gegen die größte Unbilligkeit — sollen unserem Volk die Kraft nehmen, seine Wunden zu heilen. Das Zurückbehalten unserer Gefangenen als Geiseln widerspricht jedem Gefühl der soldatischen Ritterlichkeit und findet nur in den Gepflogenheiten alter Barbarei seine Vorbilder.

Man glaube nicht, daß heute die Stimme des deutschen Volkes wirkungslos verhallt. Das Recht, auch unser Recht, hat Anhänger in allen Ländern, aber sie werden lahmgelegt, wenn wir selbst mit Unterwürfigkeit die Schmach hinnehmen, als ob wir sie verdient hätten.

Ich möchte mit den Worten schließen, die ein Soldat mir in diesen Tagen geschrieben hat:

‚Gebe der Himmel, daß Deutschland nicht charakterlos aus diesem Kriege hervorgeht'."

Dieses außerordentlich wichtige Dokument gibt nicht nur einen guten Überblick über die Geschehnisse in den Wochen vor Ausbruch der Revolution, sondern es zeigt auch, wie verderblich die halbe Maßregel der Mehrheitsregierung war. Nichts wurde damit erreicht, nur das unproduktive Lavieren fortgesetzt. Maßgebende Kreise hatten schon vor der Bildung des neuen Kabinetts den Kaiser auf die kommende Katastrophe aufmerksam gemacht und ihm eine rein sozialdemokratische Regierung empfohlen als sicherstes Mittel, die Revolution aufzuhalten. Auch die Abdankung wurde ihm damals schon nahe gelegt, um wenigstens den monarchischen Gedanken zu retten. Man hoffte für den Hohenzollernenkel eine Staatsform wie die englische Monarchie zu erreichen, wo der König, wenn er unfähig ist, dem Wohl des Staates nicht schaden, wenn er fähig ist, seine Fähigkeiten nutzbringend anwenden kann. Der Kaiser sah das nicht ein, er verließ sich auf die Tragkraft der Militärdiktatur Ludendorffs.

Wilhelm II. ist eine äußerst komplizierte Persönlichkeit, der völlig gerecht zu werden für den, der Zeitgeschichte schreibt, nicht ganz leicht ist. Der hervorstechendste Zug seines Wesens ist seine stark mystisch gefärbte Frömmigkeit. Er betrachtete sich als Instrument des Himmels und all sein Wirken als eine besondere göttliche Mission. Daß es schwer ist, einen solchen Mann zu beraten, leuchtet ein, wiederum aber wird er sich leicht in den Gang der Weltereignisse einfügen, ja sich ihnen unterordnen, weil er sie als göttliche Schickung ansieht. Trotzdem schien er ein Mann der neuen Zeit, und schon in der ersten Phase seiner Regierung charakterisierte er dies sein Bekenntnis zur neuen Zeit gegenüber dem Bismarckworte: „Man wird die Sozialdemokratie nicht totreformieren können, aber man wird eines Tages genötigt sein, sie totzuschießen." Dagegen sprach Wilhelm II.: „Ich kann meine Regierung nicht damit einleiten, daß ich ein Blutbad unter meinem eigenen Volke anrichte."

Er war ein Mann der neuen Zeit, und dennoch mit allen Gewichten seines Denkens und Empfindens im alten preußischen Junkerstaat verankert. Das war die Tragik seines Lebens und

Handelns. Da aber Leben und Handeln eines Staatsoberhauptes mit so ausgedehnten fast absoluten Machtbefugnissen auch Leben und Handeln des ganzen Landes bestimmen, so war er die Tragik Deutschlands. Er erkannte die Notwendigkeit, sich der neuen Zeit zu fügen, und er tat es reichlich in seinen Reden, aber der altpreußische Absolutismus hielt ihn immer von der entscheidenden Tat zurück, bis der Sturm der neuen Zeit über ihn hinweggebraust war.

Nachdem einmal klar geworden war, daß die Entente mit einem Deutschland, das von einem Hohenzollern regiert wurde, keinen Frieden schließen würde, mußte ein Herrscher, der sein Volk liebte, seine persönlichen Wünsche opfern und zurücktreten. Dies ist dem Kaiser, wie oben ausgeführt, bereits im September 1918 nahegelegt worden, und er schien sich auch den Gründen seiner vertrauten Ratgeber fügen zu wollen. Da trat sein Kabinettssekretär von Berg in die Schranken und widersetzte sich mit leidenschaftlicher Beredsamkeit jedem Rücktrittsgedanken. Die Abdankung würde Deutschland seines Einheitssymbols berauben und zur Auflösung der Armee führen.

Aber die Tatsache, daß die Frage der Abdankung überhaupt aufgerollt wurde, hat dem Kaiser Licht über die Lage gegeben und ihn nachgiebig gegen die Neuordnung der Dinge gemacht, die zunächst durch eine Änderung der Reichsverfassung eingeleitet werden mußte. Der Erlaß an den Reichskanzler, mit dem die Verfassungsänderungen in Kraft traten, ist vom 28. Oktober datiert, und das ist nicht ganz ohne Bedeutung:

„Eurer Großherzogl. Hoheit lasse ich in der Anlage den mir zur Ausfertigung vorgelegten Gesetzentwurf zur Abänderung der Reichsverfassung und der Gesetze betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. März 1878 zur alsbaldigen Veröffentlichung wieder zugehen. Ich habe den Wunsch, bei diesem für die weitere Geschichte des deutschen Volkes so bedeutungsvollen Schritt zum Ausdruck zu bringen, was mich bewegt.

Vorbereitet durch eine Reihe von Regierungsakten tritt

jetzt eine neue Ordnung in Kraft, welche grundlegende Rechte von der Person des Kaisers auf das Volk überträgt. Damit wird eine Periode abgeschlossen, die vor den Augen künftiger Geschlechter in Ehren bestehen wird. Trotz aller Kämpfe zwischen überkommenen Gewalten und emporstrebenden Kräften haben sie unserem Volke jene gewaltige Entwicklung ermöglicht, die sich in den wunderbaren Leistungen dieses Krieges unvergänglich offenbart. In den furchtbaren Stürmen der vier Kriegsjahre aber sind alte Formen zerbrochen, nicht um Trümmer zu hinterlassen, sondern um neuen Lebensgestaltungen Platz zu machen. Nach den Vollbringungen dieser Zeit hat das deutsche Volk den Anspruch, daß ihm kein Recht vorenthalten wird, das eine freie und glückliche Zukunft verbürgt. Dieser Überzeugung verdanken die jetzt vom Reichstag angenommenen und erweiterten Vorlagen der verbündeten Regierungen ihre Entstehung. Ich aber trete diesen Beschlüssen der Volksvertretung mit meinen hohen Verbündeten bei in dem festen Willen, was an mir liegt, an ihrer vollen Auswirkung mitzuarbeiten, überzeugt, daß ich damit dem Wohle des deutschen Volkes diene. Das Kaiseramt ist Dienst am Volke.

So möge die Neuordnung alle guten Kräfte freimachen, deren unser Volk bedarf, um die schweren Prüfungen zu bestehen, die über das Reich verhängt sind, und um aus dem Dunkel der Gegenwart mit festem Schritt eine helle Zukunft zu gewinnen.

Berlin, den 28. Oktober 1918.

gez. Wilhelm I. R.

Max, Prinz von Baden.

Man muß diese kaiserliche Kundgebung von dem Standpunkte aus beurteilen, daß in der großen politischen Aussprache, die wenige Tage vorher im Reichstage stattgefunden hatte, dem Kaiser klar geworden war, die alte Zeit sei endgültig vorüber. Er konnte nach den Worten von Hugo Haase keinen Zweifel mehr hegen, daß der radikale Flügel der Sozialdemokratie nicht mit

einer parlamentarisch regierten Monarchie, wie in England und Dänemark, zufrieden sein würde, sondern daß es um die Monarchie selber gehe. „Die Kronen rollen heute aufs Pflaster. Rings um uns werden sich Republiken auftun, und da soll Deutschland allein einen Kronenträger haben, oder Träger vieler Kronen und Krönlein.“ Das waren Haases Worte, die bei der entschlossenen Minderheit im werktätigen Volke starken Widerhall fanden.

Hätte der Kaiser in jener Stunde seine Mission voll begriffen und das freiwillig getan, wozu er bald darauf gezwungen wurde, so hätte er Deutschland vor der Revolution bewahrt, so wäre die freiheitliche Bewegung ohne schwere Erschütterungen zum Ziel eines neuen Deutschlandes gelangt.

Aber die Dinge drängten zur Entscheidung. Philipp Scheidemann, der Staatssekretär des neuen Kabinetts, richtete an den Reichskanzler eine Denkschrift, worin er die Notwendigkeit der Abdankung des Kaisers darlegte. Im Kriegskabinett war die Meinung sehr geteilt, man konnte zu keinem entscheidenden Entschluß kommen. Da entzog sich der Kaiser jeder weiteren Aussprache, verließ Berlin und reiste ins Hauptquartier ab, um dort seine Stellung deutlich zum Ausdruck zu bringen. Mit aller Entschiedenheit erklärte er, daß er unter Rücksicht auf die Erhaltung der inneren Ruhe und Ordnung unbedingt auf seinem Posten bleiben müsse. Danach hat der Minister des Innern, Dr. Drews, dem Kaiser über die Scheidemannsche Forderung nach Abdankung Bericht erstattet. Bei seiner Rückkehr aus dem Hauptquartier teilte Dr. Drews mit, daß seine Mission erfolglos geblieben sei. Scheidemann hatte das Verhalten seiner Partei damit begründet, daß, wenn der Kaiser Wilhelm nicht abdanken würde, die unabhängigen Sozialisten die Thronfrage aufwerfen und die Einführung der Republik fordern wollten. Die Mehrheitssozialisten würden dann gezwungen sein, Schulter an Schulter mit den unabhängigen Sozialisten zu kämpfen. Der Kaiser erklärte, daß er im Hinblick auf die jetzige verworrene Lage freiwillig unter keinen Umständen seinen Platz verlassen werde. Er könne Deutschland im Augenblick des Friedensschlusses unmöglich der Entente

ausliefern. Seine Abdankung würde eine völlige Anarchie und ein Überhandnehmen der bolschewistischen Ideen zur Folge haben. Für solche furchtbaren Zustände wolle er nicht die Verantwortung übernehmen und deshalb im gegenwärtigen Augenblick nicht abdanken.

Welch eine Verkennung der Lage. Gerade die Weigerung des Kaisers war die unmittelbare Veranlassung zum Ausbruch der Revolution. In der sozialdemokratischen Fraktion hatten eingehende Besprechungen stattgefunden, in denen der Vorsitzende Ebert die Gründe entwickelte, die den Rücktritt des Kaisers notwendig machten. Der „Vorwärts" gibt darüber Bericht:

„Niemand wird den Eindruck gewonnen haben, daß in dieser Sache schon das Stärkste gesagt worden ist. Bei Fortdauer der Diskussion wird es schwerlich zu vermeiden sein, daß sie sich weiter erhitzt. Schon deshalb wäre es gut, wenn sie bald ihre Erledigung fände, die sich ohnehin mit der Zeit als unvermeidlich erweisen wird ... Wenn die Kaiserfrage einmal schon eine offene Frage geworden ist, über die in allen Zeitungen für und wider geschrieben, an allen Straßenecken für und wider geredet wird, dann liegt es im Interesse aller Beteiligten, baldmöglichst zu einem Abschluß zu gelangen ... Kunst der Politik ist, Notwendiges rechtzeitig zu tun. Bleibt der Kaiser im Amte und wird der kommende Friede schlecht, so wird es keinen Beweis gegen die Behauptung geben, der Friede hätte besser werden können, wenn man den Ratschlägen der Sozialdemokraten rechtzeitig gefolgt wäre. Der Verdacht, daß im Interesse einer einzelnen Persönlichkeit die Interessen der Volksgesamtheit geopfert worden seien, würde die Monarchie als solche der denkbar stärksten Belastungsprobe aussetzen. Der ganze Widerstand gegen die sozialdemokratischen Ratschläge erscheint uns als ein Sträuben gegen etwas, was man auf die Dauer doch nicht verhindern kann, also als etwas politisch sehr Unkluges."

Als auch darauf die Abdankung nicht erfolgte, stellte die sozialdemokratische Parteileitung ein Ultimatum, das bis Freitag

Mittag, also den 8. November, den Rücktritt des Kaisers und Kronprinzen forderte, widrigenfalls die sozialdemokratischen Minister den Austritt aus der Regierung erklärten. In Anbetracht der Schwierigkeiten jedoch, die sich einer schnellen Erlangung der Abdankungsakte aus dem großen Hauptquartier entgegenstellten, verlängerte die Parteileitung die Frist bis zum Montag, den 11. November.

Der Kaiser zögerte, und nun erfolgte der Austritt der sozialdemokratischen Minister. Sie konnten die verlängerte Frist nicht innehalten, da das Volk nicht mehr ruhig blieb. Als endlich am 9. November gegen zwei Uhr nachmittags die Abdankung bekannt wurde, war die Revolution ausgebrochen. So ist dieses letzte Zögern und Schwanken des Kaisers die unmittelbare Ursache zum Beginn der Straßenunruhen geworden, gerade was er durch sein Bleiben verhindern wollte.

Wir sind über die letzten Verhandlungen im Großen Hauptquartier durch einen Bericht der „Neuen Politischen Korrespondenz", der auf Mitteilung von Flügeladjutanten beruhte, einigermaßen informiert. Ihre Zuverlässigkeit nachzuprüfen liegt keine Veranlassung vor, da die Tatsache des unheilvollen Zauderns ja feststeht. Das Motiv dazu hat nur biographische, nicht politische Bedeutung. Der Bericht selbst, den ich nach dem „Berliner Lokalanzeiger" gebe, ist unleugbar gefärbt:

> „Die Auffassung des Kaisers über einen Thronverzicht kam am Freitag, den 8. November, übereinstimmend mit seinen Darlegungen vom 3. November, in folgenden Worten zum Ausdruck:
>
> ‚Ich denke nicht daran, abzudanken. Von jedem Offizier verlange ich, daß er treu aushält auf seinem Posten. Als oberster Kriegsherr muß ich treu aushalten, weil ich nur dadurch meinem Volke dienen kann. Denn ich sehe den krassesten Bolschewismus über Deutschland hereinbrechen, wenn ich gehe. Und da muß eine starke Hand sein, um Deutschland vor diesem Chaos zu retten. Und darum bleibe

ich. Auch arbeite ich gern mit der neuen Regierung; mehrere Herren, mit denen ich gesprochen habe, sind mir sehr sympathisch in der Mitarbeit.'

Am Sonnabend, den 9. November, vormittags, fanden dauernde Besprechungen statt. Als einer der ersten erschien Hindenburg in der Kaiservilla Fraineuse zu Spaa. Hindenburg hatte nach dem ersten Vortrag beim Kaiser eine eingehende Besprechung mit 50 Stabsoffizieren der einzelnen Armeen, deren jede fünf bis sechs Vertreter in größter Beschleunigung in das Hauptquartier entsenden mußte. Jeder der Offiziere legte schriftlich seine Auffassung nieder über die Königstreue seiner Truppen. Bei seinem zweiten Vortrag, um ein Uhr in der Villa Fraineuse, überbrachte Hindenburg das Urteil der Stabsoffiziere, das fast einstimmig lautete: Gegen den Feind sind die Truppen sicher, gegen die Kameraden wird wohl niemand kämpfen.

Inzwischen fand ein dauerndes telephonisches Drängen von Berlin aus statt, der Kaiser müsse abdanken; immer wieder kamen Anfragen, ob er noch nicht abgedankt hätte. Im Anschluß daran fand auf Grund von Besprechungen die Formulierung der Antwort nach Berlin des Inhalts statt, der Kaiser dankte ab als Kaiser von Deutschland, nicht aber als König von Preußen. Als nun gegen 2 Uhr mittags diese Antwort nach Berlin übermittelt wurde, kam von dort die telephonische Nachricht zurück: Es ist zu spät; wir haben die Abdankung bereits veröffentlicht.

Der Kronprinz kam gegen 12 Uhr mittags in Spaa an und fuhr gegen 3 Uhr wieder zu seiner Armee ab. Der Kaiser sagte ihm, als er ihn entließ:

,Teile den Soldaten mit, daß es nicht wahr ist, daß ich als König von Preußen abgedankt habe; ich habe als König von Preußen nicht abgedankt.'

Später kam Hindenburg mit Groener und Hintze, kurze Zeit darauf auch Admiral Scheer. Es wurde dem Kaiser nahe gelegt, auch als König von Preußen abzudanken. Als er darauf aus dem Vortragszimmer der Villa trat, sagte er zu dem im Vor-

zimmer sich aufhaltenden Flügeladjutanten Grafen Dohna-Schlodien, dem Kommandanten der ‚Möwe‘: ‚Sie haben keinen obersten Kriegsherrn mehr.‘ Abends kamen die Herren aus seiner allernächsten Umgebung und legten dem Kaiser den Schritt nahe, nach Holland zu gehen. Der Kaiser wollte nicht. Im Laufe des Abends äußerte er: „Man will mich zur Flucht zwingen, ich gehe aber nicht. Wenn auch nur ein treues Bataillon hier ist, dann bleibe ich in Spaa.‘

Im Hofzuge traf eine Hiobspost nach der anderen ein. U. a. kam die Mitteilung, die ‚Bolschewisten‘ seien in Herbesthal; die zurückweichenden Etappentruppen drängten auch auf Spaa zu. Der Kaiser wollte immer noch nicht abreisen. Um 10 Uhr abends drängte v. Hintze erneut zur Abreise. Da entschloß sich der Kaiser zu dem folgenschweren Schritte mit schwerem Herzen.

Aus der Umgebung des Kaisers werden für seinen Entschluß zur Abdankung und zur Abreise folgende Erwägungen mitgeteilt, die eingehend besprochen wurden und ausschlaggebend für die Entscheidung des Kaisers gewesen sind:

> ‚Die Entente betont immer wieder, mit dem Kaiser keinen Frieden schließen zu wollen, um also dem Volke den Frieden zu erleichtern, gehe ich nach Holland. Würde ich nach Deutschland gehen, so läge die Annahme nahe, ich suche eine neue Partei, um mit deren Hilfe einen Putsch zu unternehmen.‘

Da die Armee nicht gegen heranrückende Kameraden für den Kaiser kämpfen wollte, hatte er die Empfindung, daß die Armee ihn verlassen habe, womit der etwaige Vorwurf, er habe die Armee verlassen, hinfällig wurde. Außerdem fühlte sich der Kaiser frei von der Verpflichtung, für sein Reich politische Entscheidungen zu treffen, da die Regierung aus eigener Machtvollkommenheit seine Abdankung veröffentlicht habe.

Um 5 Uhr morgens fand die Abfahrt nach La Reid statt.“

Aus diesem Bericht geht unleugbar hervor, daß der Kaiser daran gedacht hatte, treue Bataillone gegen ihre Kameraden zu

führen. „Da die Armee nicht gegen heranrückende Kameraden für den Kaiser kämpfen wollte, hatte er die Empfindung, daß die Armee ihn verlassen habe, womit der etwaige Vorwurf, er habe die Armee verlassen, hinfällig wurde," das sind die Worte, die man sich als von weittragender historischer Bedeutung wird merken müssen, denn sie beleuchten alle volks- und sozialdemokratenfreundlichen Kundgebungen des Kaisers, zu denen auch die Rede an die Kruppschen Arbeiter gehört, blitzartig. Es war durchaus der Geist des alten Polizei- und Militärstaates, der stets bereit war, Gewalt anzuwenden, wenn es sich um seine Person oder seine Krone handelte, Prätorianerpolitik, die sich nicht scheute, wo der Feind übermächtig andrängte, die Not des Vaterlandes hintanzusetzen und die Armee gegen das Vaterland selbst zu führen, den Bürgerkrieg zu entzünden.

Es bringt dieser Entschluß deutlich die Verderblichkeit von des Kaisers zwiespältiger Natur zum Ausdruck, es war ganz der Geist der alten Zeit, der ihn im Augenblick beherrschte, während er sich doch schon seit Wochen mit dem Gedanken trug, seinen Aufenthalt in Holland zu nehmen. Waren doch lange vor dem Zusammenbruch von der preußischen Eisenbahnverwaltung Wagen gestellt worden, die eine Menge Gegenstände des täglichen Lebens aus dem neuen Palais in Potsdam nach Holland brachten. Nach einer anderen Mitteilung, die jedoch in keiner Weise als verbürgt gelten kann, sollten schon Wochen vor dem Ende auf Schloß Middachten bei Arnheim in Holland Vorkehrungen zur Aufnahme des Kaisers getroffen worden sein. Middachten gehört dem Grafen Wilhelm von Bentinck und Waldeck-Limpurg, der im Jahre 1902 als Leutnant in das Regiment Gardes du Corps in Potsdam eingetreten war.

Diese Flucht nach Holland ist es, was dem Kaiser am meisten in den altkonservativen und königstreuen Kreisen Deutschlands verdacht wurde. Der Träger einer fünfhundertjährigen ruhmreichen Geschichte mußte bei dem Zusammenbruch in Größe zu sterben wissen an der Spitze seiner Truppen. Aber der Kaiser glaubt eben, daß seine Geschicke durch Gottes unerforschlichen

Ratschluß geleitet werden, all sein Denken und Handeln erscheint ihm als göttliche Eingebung und Führung. Eine spätere Zeit als unsere wird diesem vielseitig begabten Fürsten gerechter werden können denn wir, die wir unter dem maßlosen Elend leiden, das über uns hereingebrochen ist. Aber es ist nicht Sache eines deutschen Geschichtschreibers, auf den am Boden liegenden deutschen Kaiser Steine zu werfen, sein Unglück versöhnt uns mit ihm. Verächtlich sind die Hoflieferanten, die geschäftig ihre prunkvollen Wappen von ihren Türen entfernten und rote Fahnen anbrachten. Leider gibt es im deutschen Volke in allen Berufskreisen viele solcher „Hoflieferanten", und mit Recht wenden sich die sozialdemokratischen Blätter mit Verachtung und Ekel von ihnen ab.

Keinesfalls durfte der Erbe Friedrichs des Großen sich mit dem Gedanken tragen, die ihm anvertrauten Truppen gegen seine eigenen deutschen Brüder zu führen. Er mußte dabei bleiben, wie er seine Regierung nicht mit einem Blutbade unter seinem eigenen Volke einleiten wollte, sie auch nicht damit zu beschließen.

Politische Fehler, die ein Herrscher macht, können ihm verziehen werden, denn er ist ein Mensch und als solcher fehlbar, aber wenn er seine Person über das Wohl des Vaterlandes stellt, dann hat die Geschichte ihn verurteilt. Dieses Mal löschen die schönsten Worte nicht aus wie „Das Kaiseramt ist Dienst am Volke." Ein würdiges Wort, aber der Berichterstatter der „Neuen Politischen Korrespondenz" hat uns einen Blick in die Seele des Kaisers tun lassen. Und da erblickten wir den Geist Ludendorffs.

Über Ludendorff als die unmittelbare Ursache zur Revolution muß gesprochen werden, über den Mann mit dem überragenden Größenbewußtsein und Kraftgefühl, daß er glaubte, die ganze Welt militärisch, wirtschaftlich und politisch besiegen zu können. Sein Untergang war der Gedanke, alles selbst machen zu wollen, und er hätte doch schon aus kleinen militärischen Verhältnissen wissen sollen, daß ein Kompagniechef, der sein eigener Feldwebel, Kammerunteroffizier und Schießunteroffizier sein will, die Kompagnie ruiniert.

Ludendorff war, wie Czernin ganz richtig erkannt hatte, die

einzige Kraftnatur in Deutschland, aber eine einzige Kraftnatur reichte nicht aus, beim Feind standen zwei Kraftnaturen, Lloyd George und Clemenceau, und ihnen zur Seite ein kühner und zum äußersten entschlossener General, der seine überlegenen Massen und Maschinen mit beispielloser Rücksichtslosigkeit einsetzte. Foch vermag als Führer, als strategischer Denker, Ludendorff nicht die Schuhriemen zu lösen. Er hat während der Monate seines Oberbefehls nicht einen einzigen neuen Gedanken gebracht. Seine Erfolge verdankte er der ungeheuren Überlegenheit und seinem guten Beobachtungsvermögen. Er hat aus Ludendorffs Schlachten gelernt, wie man durch umfassenden Angriff, die Überraschung ausnützend, Angriffserfolge erzielt. Seinen ersten großen Erfolg, die Abwehr unseres vierten Offensivstoßes am 15. Juli beiderseits Reims, verdankte er der Nachahmung unseres Abwehrverfahrens. Und die Tatsache, daß ihm trotz seiner gewaltigen Überlegenheit und der Erschöpfung unserer Truppen, kein Durchbrechen unserer Front gelang und auch nicht gelungen wäre, zeigt, daß er eben Ludendorff gegenüber ein dilettantischer Nachahmer war.

Aber er hatte einen großen Vorzug vor Ludendorff, und dieser Vorzug hat unsere Niederlage herbeigeführt: Er überließ die Politik Clemenceau und Lloyd George und beschränkte sich lediglich auf die Truppenführung.

Ludendorff dagegen war der typische politische General, der mit Unterstützung heißsporniger untergebener Offiziere extrem alldeutsche Ideen verbreitete. Gewiß war dies seine Überzeugung, aber ein Offizier darf nur eine Überzeugung haben, wenn er in einem so schweren Kriege steht, nämlich den Feind zu schlagen. Das Schlagwort im Hauptquartier war die Führung des „Großen Krieges", das heißt, Deutschlands Beteiligung auf allen Fronten vom Persischen Meerbusen bis zur Nordsee. Überall sollte Ludendorffs Geist regieren, überall wollte er seinen persönlichen Willen durchsetzen. Dadurch zersplitterte er seine enorme Kraft und nahm eine Arbeitslast auf sich, die kein sterblicher Mensch, ohne einen Zusammenbruch der Nerven zu wagen, leisten kann.

Nach der glänzenden Niederwerfung der Russen und Rumänen trieb Ludendorffs ungebändigte Annexionspolitik ihn zu dem verderblichsten Fehler des ganzen Krieges, zu dem Frieden von Brest-Litowsk. Aus den Äußerungen der verbündeten Staatsmänner wissen wir, daß jedem Vorschlag gegen die verkappte Annexionspolitik Ludendorffs scharfes Veto entgegenstand. Wozu brauchte überhaupt ein Friede mit Rußland geschlossen zu werden. Es hätte ein Waffenstillstand genügt, man hätte Rußland die Regelung seines Verhältnisses zu den Randstaaten selbst überlassen können und sich mit einer schwachen Besetzung der strategischen Grenzlinie begnügen müssen. Immer wurde dem Volke mitgeteilt, die Entscheidung falle im Westen, aber Ludendorff tat alles, um diese Entscheidung durch seine Ostpolitik zu schwächen. Er bekümmerte sich um alles, um Heerführung, um vaterländischen Unterricht, um die Presse, um die politische Gesinnung, um die Besetzung der Ministerien, das war zu viel, das brachte notwendig eine Vernachlässigung auf dem Hauptgebiet. Friedrich der Große konnte in seinen kleinen Verhältnissen noch Heerführer und Staatsmann zugleich sein, Napoleon scheiterte bereits an dieser Vereinigung, wieviel erst Ludendorff, der weder die Größe Friedrichs noch Napoleons besaß, an den gigantischen Verhältnissen des Weltkriegs.

Nun kam der furchtbare Angriff Fochs zwischen Ancre und Avre am 8. August 1918, der uns eine schwere Niederlage brachte, und von diesem Zeitpunkte an begann der Nervenzusammenbruch Ludendorffs. Die übermenschliche Arbeit, die er im Laufe von vier Jahren geleistet, hatte selbst die ungeheure Lebens- und Arbeitskraft niedergeworfen. Wer im Endspiel des Krieges die Nerven verliert, hat den ganzen Krieg verloren. Das übereilte Waffenstillstandsangebot war die Folge dieses körperlichen Zusammenbruches.

Es ist die dunkelste Stunde des ganzen Krieges. Man überlege nur, was geschah: Der Vertreter der Obersten Heeresleitung fordert von der Regierung ein Angebot des Waffenstillstandes innerhalb achtundvierzig Stunden, weil er einsieht, daß die Front

nicht mehr standzuhalten vermag. Und acht Tage später gesteht er ein, daß er sich getäuscht habe, die Front halte doch noch. Tatsächlich hielt die Front noch bis zum 9. November, ja sie vereitelte alle Durchbruchsversuche des Feindes, der seinerseits selber durch die seit dem 20. Juli vorwärts drängende Offensive erschöpft war.

Nach einer solchen Probe mußte Ludendorff gehen. Man wird einen General von seinem Ausmaße bedauern, man wird seine großen Vorzüge anerkennen, aber man wird dennoch nicht verschweigen dürfen, daß die Fehlerseite seiner Natur Deutschland die Vernichtung gebracht und so unmittelbar die Revolution herbeigeführt hatte. Wir brauchten zur Umgestaltung unserer Staatsform keine Revolution, es hätte alles auf friedlichem und gesetzmäßigem Wege geregelt werden können. Wir befanden uns in der Lage eines Hausbesitzers, dessen Haus in Brand geraten ist, anstatt nun alle Kraft darauf zu verwenden, den Feuerherd auszulöschen und die Grundmauern zu erhalten, schlägt die Revolution auch das Brauchbare in Trümmer und schreitet über die Männer der Reichsregierung, die sich mannhaft dem Strom entgegenstemmen, hinweg zum Chaos.

Selbst die sozialistische Republik bedarf des Bürgertums, sie kann nicht die gewaltige kompakte Masse ausschalten und will es auch nicht, denn so würde sie Klassengegensätze schaffen, die sie gerade aufheben will.

Begreiflich ist die tiefe Empörung im werktätigen Volke, das viereinhalb Jahre gehungert und gedarbt hat, aber sie richtet sich nicht gegen das Bürgertum als solches, sondern nur gegen den Teil gewissenloser Profitmacher, die den Krieg und die Not des Vaterlandes für ihren eigenen Vorteil ausnützten. Die schändlichen Selbstlinge, die ihre hohen Kriegsgewinne dazu benutzten, zu schwindelhaften Preisen die wichtigsten Lebensmittel aufzukaufen und so die Rationen des großen Volkes zu verringern. Bürgertum und Arbeiterschaft werden sich schon verständigen und sich auf die beiden zusagende Staatsform einigen. Dazu bedarf es keiner russischen Agitation und keiner Wühlarbeit der russischen Gesandtschaft. Der Deutsche ist Herr in seinem Hause und will

es bleiben. Er ist an Ordnung gewöhnt, denn die Ordnung hat ihn groß gemacht. Darum wird er mit jeder Regierung gehen, die Ordnung will und Ordnung hält.

Aber auch Ludendorff gegenüber wird man gerecht sein müssen. Er hat Deutschland vor den Schrecken des Krieges bewahrt, er hat mit einer schöpferischen Genialität sondergleichen die feindliche Überlegenheit bekämpft und das strategische Problem der inneren Operationslinie in einer Weise gelöst, die der Kriegsgeschichte absolut neue Bahnen wies. Mit Ludendorff beginnt eine neue Epoche der Kriegführung. Soll dieser Mann in der Verbannung bleiben? Ihm gebührt der unauslöschliche Dank des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit ohne Ansehen der politischen Überzeugung. Was auch immer er gefehlt haben mag, es muß ihm unvergessen bleiben, daß er mehr als vier Jahre den Feind von unseren Grenzen fern gehalten hat.

Vierter Abschnitt

Der Ausbruch der Revolution

1. Die Umwälzung im Norden und Süden des Reiches

Die Umwelt beeinflußt die Gesinnung des Menschen fast ebensostark wie der Beruf. Der schwer schaffende Landarbeiter und der schwer schaffende Industriearbeiter sind in ihrer Gesinnung himmelweit voneinander verschieden, obwohl ihr Beruf sie beide zu harter und langer Tätigkeit zwingt. Man sollte glauben, daß die Lehren der Sozialdemokratie doch beiden gleich leicht eingehen würden, zumal der Landarbeiter noch vielfach unter dem Hochmut und der Selbstüberhebung des Großgrundherrn zu leiden hat. Es gab noch bis in die neueste Zeit solche Grundbesitzer, die alle ihre Arbeiter mit du anredeten, und in Mecklenburg hatten sie das Recht, ihre Arbeiter mit dem Gendarmen zur Arbeitsstelle bringen zu lassen, wenn sie vor Ablauf des Vertrages den Dienst aufgegeben hatten. Trotzdem waren die Landarbeiter lange Zeit taub für die Lehren des Sozialismus, während die Industriearbeiter schon längst geschlossen organisiert waren. Das lag an der Umwelt, und hätte die Regierung rechtzeitig das Problem verstanden, so wäre sie nicht so kläglich und kampflos zusammengebrochen. Hier war eine schwache Stelle in der sozialdemokratischen Front, aber ihre Gegner haben von ihrem Herrenstandpunkt im Hochgefühl ihrer Macht niemals geistige Waffen gegen die Lehren des Sozialismus besessen, während die Intellektuellen der Arbeiterbewegung sehr bald die richtige Problemstellung fanden und ihre Agitation auf die Eigenart des Milieus zuschnitten.

Aus diesem eben erörterten Grunde kam es, daß bei der Marine zuerst die Revolution offen ausbrach. Die Mannschaften der

Kriegsmarine rekrutieren sich im wesentlichen aus seebefahrenen Leuten, die in der Welt herumgekommen und geistig über die politische Enge des deutschen Obrigkeitsstaates hinausgewachsen sind. Die Vertrautheit mit dem Meere und seinen Gefahren entwickelt die Persönlichkeit zu einer mutigen Selbständigkeit, sie stellt ihre Leute fast täglich vor schwere Entschlüsse, die unverzüglich gefaßt werden müssen, und macht sie gleichgültig gegen das Opfer ihres Lebens.

Dazu kam, daß der Krieg ihre Kraft verhältnismäßig wenig in Anspruch nahm, sie lagen fast immer ruhig im Hafen, und der eintönige Dienst, der ihren Gedanken freie Bahn ließ, erleichterte das Eindringen der revolutionären Idee. Schon lange vor dem Ausbruch der Revolution gelangten spärliche und stark zensierte Nachrichten von Matrosenmeutereien in die Öffentlichkeit. Damals war die militärische Gewalt noch der revolutionären Macht Herr geworden, die Führer der Meuterei wurden erschossen und die sonst Beteiligten mit schweren Freiheitsstrafen belegt. Erst die fortschreitende Niederlage der Landarmeen brachte die mit Zündstoff aller Art hochgeladene Mine zur Explosion.

Die unmittelbare Veranlassung zu dem Aufstand der Matrosen in Kiel war die Nachricht, daß die Flotte geschlossen auslaufen und durch eine gewaltige Seeschlacht die Seeflanke des Landheeres entlasten sollte. Rein strategisch gedacht war das richtig, denn in dem engen Operationsgebiet der Nordsee mit dem in Waffen starrenden Felsen Helgoland inmitten des Kriegstheaters konnte sich die englische Überlegenheit nicht voll entfalten. Ein stürmischer Angriff unsererseits mußte zwar keinen Sieg, aber doch die Vernichtung eines großen Teils der englischen Flotte herbeiführen. Weltpolitisch gedacht brachte diese Schwächung der englischen Marine dem wohlwollendsten unserer Feinde, Amerika, eine Überlegenheit über England und seinem Worte bei den Friedensverhandlungen eine entscheidende Geltung. Aber der deutsche Seeangriff war auch der Untergang der deutschen Marine, denn England hätte nach Vernichtung seiner ersten Staffel eine zweite und eine dritte heranführen können, die unsere Flotte bis

zum letzten Schiff auf den Grund des Meeres zu versenken imstande war.

Dieses Ende mußte jeder strategisch geschulte Seemann voraussehen, wenn auch die leitenden Admirale von einer bewußten Aufopferung der Flotte nichts befohlen hatten. Zwar hatten einzelne Kommandanten vor versammelter Mannschaft Ansprachen gehalten, daß man lieber die ganze Flotte in die Luft sprengen, als sie dem Feinde ausliefern sollte, aber ein Befehl dazu war nicht gegeben. Er brauchte auch gar nicht gegeben zu werden, er lag im Geiste und in der Erziehung des Offizierskorps der Marine.

Das wußten die Matrosen ganz genau, und als am 28. Oktober 1918 der Befehl zum Auslaufen der Flotte gegeben wurde, erhoben sie sich und verweigerten den Gehorsam. Sie wollten angesichts des vor der Tür stehenden Friedens nicht noch ihr Leben nutzlos opfern. Die Stimmung der Mannschaften wird am deutlichsten charakterisiert durch einen Brief, den ein Augenzeuge an seinen Vater schrieb[1]):

An Bord, 2. 11. 18.

„Mein lieber Vater,

Am Montagnachmittag ging die gesamte Hochseeflotte aus dem Hafen, alles, was dazu gehört, wie Torpedoboote, kleine Kreuzer, große Kreuzer und sämtliche Linienschiffe. Obwohl S. M. S. Kaiser, Pillau und Königsberg Maschinenhavarie hatten, sind die Schiffe doch mitgefahren. Das war kein gutes Zeichen... Bei uns stieg nachmittags der gesamte Flottenstab über und quartierte sich für mehrere Tage ein, obwohl bei gewöhnlichem Manöver der Stab nur einen Tag hier am Bord bleibt. Es wurde uns nun am Montagabend bekannt, daß ein großer Vorstoß geplant war, der, falls er zur Ausführung gelangt wäre, uns allen das Leben gekostet hätte. Aber es kam anders. Wir erfuhren, daß andere Schiffe bei Helgoland die Feuer herausreißen wollten. Unsere Besatzung hät sich dem

---

[1]) Erich Kuttner: „Von Kiel bis Berlin."

einmütig und solidarisch angeschlossen. Wir zum Beispiel und noch andere Schiffe mehr wären überhaupt nicht von der Stelle gefahren. Nachts 3 Uhr sollte die gesamte Flotte auslaufen, aber die einzelnen Schiffskommandanten meldeten ihrem Geschwaderchef und dieser dem Flottenchef, Admiral Hipper, daß die Besatzungen gemeinschaftlich den Gehorsam zum Ausfahren verweigern wollten. Daraufhin wurde das Unternehmen um vier Stunden verschoben. Da sich aber die Stimmung nicht gebessert hatte, obwohl uns die Kommandanten durch allerhand schön gehaltene Reden anfeuern und irreführen wollten, wurde es nochmals verschoben und dann noch einmal.

Am Donnerstag früh[1]) sollte es aber unbedingt rausgehen. Es wurde folgendes Geheimsignal an alle abgegeben: ‚Vorhaben ist unbedingt zur Ausführung zu bringen.' 8 Uhr 15 Min. sollte die Fahrt auf Nimmerwiedersehen angetreten werden, aber es kamen ungefähr eine Stunde vorher wieder Geheimsignale zurück: ‚Vorhaben kann unmöglich ausgeführt werden.' Die Offiziere hatten nämlich inzwischen einsehen müssen, daß sie mit diesen Besatzungen ihren verbrecherischen Streich nicht ausführen konnten. Wir fuhren zurück nach Wilhelmshaven, und der Stab mußte unverrichteter Sache wieder von Bord gehen. Da konnte man süßsaure Mienen beobachten, aber wir haben nur alle uns herzlichst die Hand geschüttelt mit den Worten: ‚Sieg auf der ganzen Linie.'

Nun wurden wieder große Reden von den einzelnen Schiffskommandanten gehalten, deren Sinn ich nicht erst wiederzugeben brauche. Jetzt wollten sie es so hinstellen, als sei nur ein harmloses Manöver beabsichtigt gewesen. Daß dies aber nicht der Fall war, will ich Dir im einzelnen beweisen: Zunächst! Auf dem Panzerkreuzer Derfflinger haben die Offiziere ihre ganzen Privatsachen ans Land gebracht, ferner hat ein Offizier einen Abschiedsbrief an seine Eltern geschrieben, in dem u. a.

[1]) Am 31. Oktober.

stand: ‚Diese Schmach wollen wir nicht mitmachen, wir sterben lieber den Heldentod.‘ (Und die 80000 unschuldigen Menschen natürlich mit.) Der Panzerkreuzer Moltke hatte in der Nacht, in der es um 3 Uhr abgehen sollte, seinen hinteren Schornstein rot angemalt. Das ist das sicherste Zeichen, daß wir kein Manöver vorhatten. Als aber die Besatzung, besonders die Heizer, es gemerkt hatten, wurde auf den Befehl zum Auslaufen der Gehorsam verweigert. Nachträglich hat der Schornstein seinen grauen Anstrich wieder erhalten. Unsere Minensuchboote hatten Befehl erhalten, die Fahrstraße nach Skagen und weiter hinaus von Minen zu säubern. Was hatten wir oben bei Skagen verloren? Manövriert wird in der Helgoländer Bucht, aber nicht da oben. Zu dem Unternehmen waren schließlich eine große Menge U-Boote bei Helgoland konzentriert worden.

Lieber Vater! Es bedarf gar keiner Beweise weiter; wir haben es alle gefühlt, daß es unsere letzte Fahrt gewesen wäre, daher die instinktive Gehorsamverweigerung. Auf einzelnen Schiffen sind nun daraufhin noch kleinere und größere Ausschreitungen vorgekommen; bis jetzt sind über 1000 Mann verhaftet und nach Bremerhaven transportiert worden. Ich will Dir noch mitteilen, daß, wenn nicht bald der Waffenstillstand kommt, hier die schönste Militärrevolte ausbricht und man gezwungen ist, den Weg nach der Heimat mit dem Gewehr zu ebnen. Lieber Vater, wundere Dich nicht, wenn ich eines schönen Tages bei Dir erscheine, denn bei mir läuft das Maß schon lange über. Es ist schade um jeden Blutstropfen, der noch für diese Lumpen vergossen wird. Auf jeden Fall: Die Flotte, auf die sie ihre letzte Hoffnung gesetzt hatten, versagt jetzt für alle Zeiten.

Dein Sohn Otto.“

Der Brief gibt den Gedanken der Marinemannschaften wieder, und es konnte den Stäben nicht fremd geblieben sein, daß jeder einzelne Matrose auf demselben Standpunkt stand. In diesem Falle durfte nicht noch Öl ins Feuer gegossen und nach altbewährter Methode mit Zuchthaus und Todesstrafe gegen die Anführer der

Gehorsamsverweigerung vorgegangen werden, wie es nach der Rückkehr der Flotte in die Häfen geschah. Die unglückselige Verblendung ließ die oberen Marinebehörden glauben, durch Anwendung von Machtmitteln die Revolte lokalisieren zu können. Gewalt unterdrückt, aber sie überzeugt nicht, Gewalt ist kein Beweis.

Ich bin keinen Augenblick im Zweifel, daß ein wohlwollender und bei den Mannschaften beliebter Admiral die Lage hätte retten können, wenn er sich herbeigelassen hätte, mit den Aufständischen zu verhandeln. Man hätte den Matrosen klarmachen müssen, daß man vor dem Waffenstillstand stehe, und daß jede Revolution, jede Uneinigkeit nur dem Feinde in die Hand arbeite und die Bedingungen des Waffenstillstandes verschärfte. Die Matrosen, die nachher auf die Mahnung der sozialdemokratischen Vertrauensleute prompt einschwenkten und Ruhe und Ordnung herstellten, hätten den Appell eines wohlwollenden Vorgesetzten sicher verstanden und beachtet. Aber es sollte anders kommen.

Der bürgerliche Geschichtsschreiber steht vor einem Rätsel, und er fragt sich, hatten die Marineoffiziere denn in einer anderen Welt gelebt? Hatten sie denn nicht vor sich, hinter sich, neben sich die Wolken aufsteigen sehen? Wetterkundige Seeleute, die an dem leisen Atem der Luft das Nahen eines gefährlichen Sturmes erkennen, konnten sich so radikal täuschen, daß sie glaubten, durch Kriegsgericht, Verhaftung, ja selbst Todesstrafe die drohende Revolution zu beschwören?

Die Sache des Vaterlandes war verloren, das war offenkundig, infolge der verfrühten Waffenstillstandsforderung Ludendorffs. Was zu retten war, konnte nur durch ein mutiges Zusammenstehen des ganzen Volkes gerettet werden. Nicht etwa durch den Aufruf der nationalen Verteidigung, das hätte den Todeskampf nur bis zum Frühjahre verlängert, wo vier Millionen Amerikaner unsere Verteidigung doch zu Fall gebracht hätten, aber durch eine geschlossene Front, die sich dem Feinde stark genug gezeigt hätte, seine Bedingungen nicht ohne Verhandlung anzunehmen.

Es wäre alles anders gekommen. Keineswegs hätte man uns so despotisch niedergedrückt, wenn wir unerschüttert im Innern und an der Kampffront den Bedingungen hätten gegenüber treten können. Und die Kommandobehörden hatten es in der Hand, die aufgeregten Matrosen zu beruhigen. Nachgiebigkeit war am Platz, Verständnis für die Psychologie der Mannschaften. Zeit gewinnen war alles.

Die alte Zeit mußte unter schmerzlichen Erschütterungen zusammenbrechen, das war klar, das mußte jedem denkenden Kopfe klar sein, aber der Zusammenbruch durfte nicht vor Abschluß des Waffenstillstandes erfolgen, sonst lieferten wir uns dem haßerfüllten Feinde auf Gnade und Ungnade aus. Doch das wurde nicht begriffen, und so trieb man die Matrosen, anstatt sich mit ihnen zu verständigen, durch Gewaltmaßregeln in den Aufruhr, der seinerseits den Anstoß zu der großen Revolution in Deutschland gab.

Die Marinemannschaften hatten erkannt, daß sie die eigentlichen Herren waren, und daß die Vorgesetzten völlig machtlos ihrer geschlossenen Masse gegenüberstanden. „Du bist viel weniger ein Zeus, als ich, o König, ein Titan. Beherrsch' ich nicht, auf dem du stehst, den allzeit kochenden Vulkan." Dies Wort Freiligraths, einem Schiffsmaschinisten in den Mund gelegt, war zur Wahrheit geworden. Und der Titan war sich seiner Macht bewußt geworden.

Die Matrosen des dritten Geschwaders in Kiel forderten die Enthaftung ihrer Kameraden. Diese wurde natürlich verweigert, und so entschlossen sie sich zu einem solidarischen Vorgehen. Sie beriefen auf den 2. November eine Versammlung nach dem Gewerkschaftshause ein, und noch immer erkannten die Kommandobehörden nicht die drohenden Sturmzeichen. Sie hofften durch einen neuen Gewaltakt die Bewegung zu unterdrücken und verboten die Versammlung. Die Matrosen schienen sich zunächst zu fügen, die Versammlung wurde aufgegeben, dafür aber eine Demonstration für Sonntag, den 3. November, auf dem großen Exerzierplatz in Aussicht genommen. Und war die Be-

wegung bis jetzt rein militärischer Natur gewesen, so griff sie nunmehr auf die Arbeiterschaft über, die von den Matrosen aufgefordert wurde, an der Demonstration teilzunehmen.

So strömten mehrere Tausend Menschen auf dem großen Exerzierplatz zusammen, es wurden Ansprachen gehalten, und schließlich kam man zu dem Entschluß, die gefangenen Kameraden zu befreien. Die Massen ordneten sich zum Demonstrationszug. Auf dem Wege drangen die Matrosen in die Kasernen ein, ihre Kameraden schlossen sich ihnen an und bewaffneten sich. An der Ecke der Brunswiker- und Karlstraße kam es zum erstenmal zu einem Gefecht. Ein Trupp Chargierter, von einem Offizier geführt, stellte sich hier dem Zuge entgegen. Nach dreimaliger vergeblicher Aufforderung, auseinanderzugehen, ließ der Offizier Feuer geben. Tote und Verwundete stürzten zu Boden, leider waren auch Frauen und Kinder getroffen worden. Die Matrosen antworteten nun ihrerseits mit Feuer, unter dem der Offizier fiel.

Jetzt war die Bewegung nicht mehr aufzuhalten, es war Blut geflossen, die Matrosen konnten nicht mehr zurück, sie mußten vorwärts, denn Unterwerfung bedeutete Zuchthaus und Tod. Sie wählten also einen Soldatenrat, der nunmehr das Kommando übernahm und alle Matrosen und Landtruppen bewaffnete. Seine Streitkräfte waren am Vormittag des 4. November schon auf zwanzigtausend Mann angewachsen.

Noch zum letzten Male versuchte der Gouverneur Macht gegen Macht aufzubieten, aber die gegen die Matrosen entsandten Infanterieregimenter gingen über. Da ließ er eine Aufforderung an die Matrosen ergehen, ihre Wünsche zu äußern. Endlich war er bereit sich zu verständigen, nun aber war es zu spät. Die Abordnungen der Aufständischen wollten nicht verhandeln, sie versammelten sich im Gewerkschaftshause und stellten ihre Wünsche zusammen.

Vor allem forderten sie: die Anerkennung des Soldatenrates, bessere Behandlung der Mannschaften, Befreiung von der Grußpflicht, Gleichheit der Offiziere und Mannschaften in der Verpflegung, Aufhebung der Offizierkasinos, Freigabe der wegen

Gehorsamsverweigerung verhafteten Personen, die sich zurzeit in den Arrestlokalen befänden und Straflosigkeit der nicht auf die Schiffe zurückgekehrten Mannschaften. Diese Forderungen wurden dem Gouverneur durch eine Abordnung der Matrosen überbracht, und alle Forderungen wurden vom Gouverneur gutgeheißen. Die Matrosen verpflichteten sich, ihren Dienst wieder aufzunehmen und Gehorsam zu üben, verpflichteten sich ferner insbesondere auch zur unbedingten Aufrechterhaltung der Ordnung und gestanden zu, daß jedermann, der beim Plündern betroffen würde, auf der Stelle standrechtlich zu erschießen sei. Inzwischen strömten von den Schiffen zahlreiche Mannschaften in die Stadt hinein. Die Matrosen waren vollständig Herren der Schiffe, die Offiziere hatten völlig ihren Einfluß verloren und mußten sich fügen. Eine Anzahl von Patrouillen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgeboten waren, ging zu den Matrosen über oder wurde von ihnen entwaffnet und mußte sich ihnen anschließen. In den ersten Nachmittagsstunden kam es im Kasernement Wik, im Norden der Stadt, zu einem kurzen Gefecht zwischen einer Kompagnie der Torpedodivision und der Werftdivision. Die letztere wurde von der ersteren aufgefordert, auf ihre Seite zu treten, und sie folgte. Nachdem die aufständischen Matrosen sich in den Besitz der Gewehre und Munitionsvorräte der Kaserne gesetzt hatten, ging die Bewegung weiter, so daß in kurzer Zeit die ganze Garnison auf seiten der Revolution stand. Eine Stunde später kam es zu einer ungeheuren Kundgebung:

Ein Zug von fünfzehn- bis zwanzigtausend Mann Soldaten zog vom Kasernement Wik am Stationskommando vorüber nach dem Arrestlokal in der unteren Feldstraße. Musik ging dem Zuge voran. Die Soldaten trugen zum allergrößten Teile Gewehre. Im Zuge befindliche Arbeiter waren ebenfalls bewaffnet. Unter dem Gesange von Vaterlands- und Soldatenliedern bewegte sich der riesenhafte Zug durch den nördlichen Teil der Stadt. Im Zuge wurden zahlreiche rote Fahnen getragen. Eine Anzahl von Ordnern mit weißen Binden am Arm sorgte dafür, daß

nirgends Stockungen eintraten. Die Leute verhielten sich sonst vollständig ruhig. Vor dem Arrestlokal in der unteren Feldstraße hielt der Zug an. Die Gefangenen wurden entlassen und unter großem Jubel von ihren Kameraden in Empfang genommen. Von der Feldstraße ging der Zug dann weiter an der Stelle vorüber, wo am Tage vorher das erste Gefecht stattgefunden hatte. Der größte Teil des Zuges bog dann nach dem Wilhelmsplatz ein, während ein kleiner Teil zum Bahnhof zog, um dort den Staatssekretär Haußmann und den Reichstagsabgeordneten Noske zu empfangen. Auf den Straßen der Stadt verkehrten eine Anzahl Autos, die rote Fahnen führten. Abends gegen 9 Uhr begaben sich die Soldaten einzeln oder in Trupps mit umgehängten Gewehren nach ihren Kasernen oder auf die Schiffe. Nirgends kam es zu einem Blutvergießen, die Leute verhielten sich vollständig ruhig. Am Abend beschlossen die Vertrauensleute in den Gewerkschaften der großen Betriebe, daß am nächsten Morgen, also dem 5. November, als Sympathiekundgebung für die Matrosen der Generalstreik beginnen sollte, ausgenommen wurden nur die Lebensmittelgeschäfte sowie die Licht- und Wasserwerke.

Die Revolution hatte gesiegt. Auf allen Kriegsfahrzeugen wehte die rote Flagge, alle Kasernen, Forts und militärischen Anlagen waren in der Gewalt der Matrosen: Waffen- und Munitionslager, das Minendepot in Dietrichsdorf und das Artilleriearsenal der Kaiserlichen Werft.

Nach einer unruhigen Nacht, in der fortgesetzt Schüsse fielen, waren am Morgen des 5. November schon in aller Frühe wieder Tausende von Matrosen in der Stadt. Sie zogen meistens in Gruppen oder auch in festgeschlossenen Verbänden durch die Straßen. Als die Arbeiter vor die Tore der Werften kamen, fanden sie diese durch Matrosenabteilungen mit Maschinengewehren besetzt. Nur die Direktoren und höheren Beamten durften eintreten. Alle Arbeiter und Beamte mußten wieder umkehren. Die Matrosen trugen Gewehre, rote Schleifen oder Bänder, einzelne auch rote Kokarden. Alle Offiziere und Deck-

offiziere, Ingenieure und Aspiranten wurden angehalten, mußten ihre Waffen abgeben und die Kokarden abnehmen. Immer auffallender zeigte sich im Laufe des Vormittags das revolutionäre Rot. Die Mützenränder wurden mit roten Bändern bedeckt, rote Bänder waren über die goldenen und silbernen Ärmelabzeichen gelegt.

Männer, Frauen und Kinder liefen mit roten Sträußchen in den Knopflöchern umher. Die Unteroffiziere und Deckoffiziere schlossen sich den Matrosen an.

Plötzlich hörte man heftiges Schießen am Hafen. Dort ist der Verkehr der Hafendampfer beschränkt worden, und alle Schiffe mußten die rote Flagge setzen. Die Schüsse waren gegen das im großen Schwimmdock liegende Linienschiff König gerichtet, das noch die Kriegsflagge trug.

Die Mannschaften des Schiffes forderten das Einziehen der Flagge, aber die Offiziere verteidigten sie mit der Pistole in der Hand, bis sie von Land aus beschossen und von den Matrosen gezwungen wurden, nachzugeben. Zwei Offiziere, darunter der Kommandant, fielen, mehrere wurden verwundet. Als die rote Flagge gesetzt war, hörte das Schießen auf.

Sanitätsautos brachten nunmehr die verwundeten Offiziere ins Lazarett. Auf Handwagen wurde das Gepäck, das den Offizieren, die hatten abreisen wollen, am Bahnhof abgenommen worden war, durch die Stadt gefahren. Dazwischen zogen Abteilungen mit Maschinengewehren und Landungsgeschützen nach verschiedenen Punkten der Stadt, um sie dort in Stellung zu bringen.

Überall sind die Symbole der alten Herrschaft gefallen, vom Turm des Königlichen Schlosses ist die Prinzenstandarte verschwunden. Die Polizeigewalt ging auf den Arbeiter- und Soldatenrat über, dem sich die königliche Behörde unterwarf. Die Lebensmittelverteilung für die Marine haben die Matrosen übernommen, das Kasino des Marineoffizierkorps wurde geschlossen, das Stationskommando besetzt und für jeden Verkehr gesperrt. In den Kasernen und Marineschreibstuben ging die Arbeit ihren

geregelten Gang weiter. An Stelle der Offiziere führten Obermatrosen die Geschäfte.

In den Mittagsstunden fielen in verschiedenen Teilen der Stadt Schüsse. Bewaffnete Matrosen riefen durch die Straßen, die Fenster sollten geschlossen werden, denn sie nahmen an, daß Offiziere und Fähnriche aus den Fenstern auf sie geschossen hätten. Und in der Tat konnte vereinzelt festgestellt werden, daß aus den Fenstern geschossen worden war. In solchem Falle stürmten Soldaten die Wohnungen und nahmen die Betreffenden fest. Nach kurzer Zeit schlief das Schießen ein.

Die streikenden Arbeiter verhielten sich ruhig. Die älteren, die den Streik nur ungern mitmachten, hielten sich zu Hause auf, die jüngeren schlossen sich den Matrosen an und zogen mit ihnen durch die Stadt. Kinder und halberwachsene Burschen sah man die Landungsgeschütze mit ziehen. Das Publikum wurde nicht belästigt, wenn es ruhig seiner Wege ging. Viele Personen versahen sich mit roten Schleifen, und bald hatte sich ein lebhafter Straßenhandel mit roten Bändern und Schleifen aufgetan. Im Marineviertel, im Norden der Stadt, war bewegtes Leben, ständige Matrosenpatrouillen sicherten die Ordnung. Posten wurden vor die Gebäude gestellt, in denen Marinebetriebe untergebracht waren, und auch die größeren Geschäfte erhielten Wachen.

Viele Matrosen zogen mit ihren Frauen oder Bräuten, das Gewehr auf dem Rücken, in aller Ruhe durch die Stadt. Das Verhältnis zwischen ihnen und der bürgerlichen Bevölkerung war durchweg gut, und niemand geschah ein Leid. Die Theater wurden am Abend geschlossen, auch hatten zahlreiche Geschäfte ihre Läden heruntergelassen oder die Schaufenster ausgeräumt, offenbar in der Furcht vor Zusammenrottungen und Plünderungen. Es war eine unnötige Sorge, denn die Matrosen hielten in den Straßen strenge Wache. Nirgends ist ihre Haltung drohend gewesen.

Mit dem Eintreten der Kieler Arbeiterschaft in den Generalstreik war die Matrosenrevolte zur Revolution geworden, und in der Tat enthielten die Forderungen, die von den aufständischen

Marinemannschaften dem Gouverneur vorgelegt wurden, einige rein politische Bedingungen. Aus diesem Grunde sah sich der Gouverneur außerstande, sie zu bewilligen und schlug vor, bis zum Eintreffen der Regierungsvertreter, des Staatssekretärs Haußmann und des Reichstagsabgeordneten Noske, zu warten.

Es handelte sich um vierzehn Punkte:

1. Freilassung sämtlicher Inhaftierten und politischen Gefangenen.
2. Vollständige Rede- und Preßfreiheit.
3. Aufhebung der Briefzensur.
4. Sachgemäße Behandlung der Mannschaften durch Vorgesetzte.
5. Straffreie Rückkehr sämtlicher Kameraden an Bord und in die Kasernen.
6. Die Ausfahrt der Flotte hat unter allen Umständen zu unterbleiben.
7. Jegliche Schutzmaßnahmen mit Blutvergießen haben zu unterbleiben.
8. Zurückziehung sämtlicher nicht zur Garnison gehörigen Truppen.
9. Alle Maßnahmen zum Schutze des Privateigentums werden sofort vom Soldatenrat festgesetzt.
10. Es gibt außer Dienst keine Vorgesetzte mehr.
11. Unbeschränkte persönliche Freiheit jedes Mannes von Beendigung des Dienstes bis zum Beginn des nächsten Dienstes.
12. Offiziere, die sich mit den Maßnahmen des jetzt bestehenden Soldatenrates einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Alles übrige hat ohne Anspruch auf Versorgung den Dienst zu quittieren.
13. Jeder Angehörige des Soldatenrates ist von jeglichem Dienste zu befreien.
14. Sämtliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind nur mit Zustimmung des Soldatenrates zu treffen.

Diese Forderungen sind für jede Militärperson Befehle des Soldatenrates.

Diese Forderungen wurden vom Gouverneur und den beiden Regierungsvertretern beraten und das Resultat vom Arbeiter- und Soldatenrat durch Flugblatt bekannt gegeben:

1. Haußmann nimmt die Forderungen der Matrosen an und verspricht die schleunigste Durchsetzung bei der Regierung.
2. Sofortiges Abbrechen sämtlicher gegen die Bewegung gerichteten militärischen Maßnahmen.
3. Hinwirkung zum Einlaufen der Flotte.
4. Unter Mitwirkung des Arbeiterrats werden dem Soldatenrat die Akten der letzten in Haft befindlichen Personen vorgelegt, um über deren Freilassung mit Ausnahme der wegen unehrenhafter Handlungen Verurteilten zu entscheiden.

Zur Vervollständigung des Ausschusses wurden sodann die Reichstagsabgeordneten Haase und Ledebour telegraphisch nach Kiel berufen.

In der am 4. November auf der Marinestation abgehaltenen Besprechung mit Haußmann und Noske erging folgende Kundgebung:

„Kameraden! Der gestrige Tag wird in der Geschichte Deutschlands ewig denkwürdig sein. Zum ersten Male ist die politische Macht in die Hände der Soldaten gelangt. Ein Zurück gibt es nicht mehr! Große Aufgaben liegen vor uns. Aber damit sie erfüllt werden können, ist die Einigkeit und Geschlossenheit der Bewegung erforderlich. Wir haben einen Soldatenrat eingesetzt, der einmütig mit dem Arbeiterrat handelt. Folgt seinen Anweisungen und Beschlüssen, sorgt für Ruhe und Ordnung, damit sich nichts ereignet, was gegen uns ausgenutzt werden kann. Denkt auch an die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Kasernen!"

Damit hatte die Revolution in Kiel einen vollständigen Sieg davongetragen, und wenn auch Haußmann nachmal bestritt, die

Forderungen der Matrosen angenommen zu haben, so blieb doch alles wie es war. Das Leben in Kiel lenkte allmählich in ruhigere Bahnen ein. Und das war im wesentlichen das Verdienst Noskes, der nicht nach Berlin zurückkehrte, sondern mit dem Gouverneur, der ihm Arbeitsräume im Stationskommando einräumte, energisch auf einen friedlichen Ausgleich hinarbeitete. Die Stadtverwaltung blieb unter Aufsicht des Arbeiter- und Soldatenrats im Amte.

Ein Bild der Stimmung gibt ein Feuilleton des „Vorwärts" unter dem Titel: „Ein Kieler Revolutionstag" offenkundig von einem Augenzeugen, das der Vergänglichkeit der Tageszeitung entrissen zu werden und für die spätere Geschichtschreibung aufbewahrt zu werden verdient:

„Nachdem am Abend des 2. November Bürger- und Soldatenblut das Pflaster der Kieler Straßen gefärbt hatte, war es nur eine Frage von Stunden, um die Flammen des Aufruhrs hell emporlodern zu lassen. Die Stimmung war ungewiß und gedrückt. Am Nachmittag erklang das Alarmsignal in allen Straßen. Ängstlich schlossen sich die Fenster und Häuser, blasse Furcht spiegelte sich in den Mienen der oberen Klassen. Was ging vor? Die gefangenen Kameraden der Schiffe sollten, weil sie sich weigerten, das verbrecherische Vorhaben der Offiziere zu unterstützen, erschossen werden. Eine ungeheure Wut ergriff die Matrosen Kiels, und mit allen Mitteln wollten sie es verhindern. Blitzschnell griff die Bewegung um sich. Im Wiker-Kasernement verließen die Mannschaften demonstrativ die Kasernen. Aber schon starrte ihnen an den Ausgängen ein Wall von Waffen entgegen. Aber nicht lange. Sobald die Kameraden hörten, um was es sich handelte, schlossen sie sich der Bewegung an. ‚Jeder bewaffne sich,' lautete die Parole. Im Handumdrehen waren die Munitionskästen erbrochen, ebenso die Waffenkammern, Pistolen, Gewehre und Säbel flogen aus den Fenstern. Innerhalb einer halben Stunde bildete die 10000 Mann starke Garnison einen starken Schutz der Bewegung. Einige Kameraden hielten Ansprachen. Eine

gute Stunde später verhandelten schon Matrosenabordnungen mit dem Gouverneur.

Die an der Mole befindlichen Torpedoboote hatten Dampf aufgemacht und wollten in See gehen. Einige Gewehrsalven ließen sie von ihrem Vorhaben Abstand nehmen. Auch weigerte sich das Heizerpersonal weiter die Feuer zu bedienen und riß diese heraus.

Unterdessen kehrten die Kameraden vom Gouverneur zurück. Der Führer der Kommission hielt eine Ansprache, die begeistert aufgenommen wurde. Die Forderungen waren anerkannt. Die Gefangenen sollten noch am Abend entlassen werden. Es wurde eine Demonstration beschlossen. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Am Abend wurden die Einwohner Kiels wiederum aus ihrer künstlichen Ruhe gestört. Der wuchtige Schritt der Matrosen hallte durch die Straßen. Ordnungsmäßig wie sonst in Gruppenkolonnen schritten sie daher, um durch ihre Zahl ihrer gerechten Sache Ausdruck zu geben. Waren auch die imperialistischen Elemente Kiels durch die Vorgänge der letzten Tage in beständiger Aufregung und um ihre Herrschaft besorgt, so hatten sie jetzt durch den Schritt der Tausende die Quittung für das Ende ihrer Macht. Durch die Holtenauer und Waitzstraße ging der Zug. Nach dem Gebäude der Ostseestation. Hier stockte er. ‚Die Gefangenen heraus.‘ Vieltausendstimmig drang der Ruf hinein in die Zimmer der Admirale und Kapitäne. Ein Auto kam heran. Vor der Spitze des Zuges hielt es, und von dem Dache der Karosserie herab teilte ein Kamerad mit, daß die Gefangenen frei wären. Jubelnde Hochrufe! Es lebe die Freiheit, es lebe das internationale Proletariat!

Weiter ging der Zug nach der Arrestanstalt, um die befreiten Kameraden abzuholen. Jetzt sahen die Träger des alten Systems ein, daß ihr Spiel verloren war. Vor dem Tore der Arrestanstalt war abermals Halt. Aller Augen richteten sich gespannt auf das Haus. Jeden Augenblick mußten ja die Be-

freiten erscheinen. Da kamen sie. Trommeln wirbeln und gleich darauf hell einsetzende Fanfaren. Dieselben, die oft bei Paraden und militärischen Veranstaltungen die Macht des alten morschen Systems verkündeten, sie schmetterten hier den Anbruch des Völkerfrühlings und den Sieg der sozialen Volksrepublik. Und hinter ihnen die befreiten Kameraden, wohl blaß von der Einwirkung der öden Zellen, aber frisch und ungebrochen, und die Begeisterung des Sieges leuchtete aus ihren Augen. Unendliche Hochrufe empfingen sie. Die Kapelle an der Spitze, setzte sich der Zug wieder in Bewegung. Die Musik ging bald in einen flotten Marsch über, die Sehnsucht nach der Heimat machte sich geltend. Der Gesang ‚In der Heimat, da gibt's ein Wiedersehn' erschallte. Manch nasses Auge sah man. Hingerissen von der Begeisterung des großen politischen Werkes, und getragen von den Gedanken der baldigen Vereinigung mit den Lieben in der Heimat floß es über. Auf einem Umwege wurde das Gewerkschaftshaus erreicht. Hier schloß sich die organisierte Arbeiterschaft Kiels an. Wieder vermehrte sich der Zug um einige Tausend Köpfe. So näherte er sich dem Bahnhof. Wieder eine Stockung. Dort war vor wenigen Minuten ein Zug eingelaufen. Vollbesetzt mit Infanterie, die zum Schutze der alten Gewalt aufgeboten war. Feldgraue Offiziere erschienen an der Rampe, von entrüsteten Pfuirufen empfangen. Brausende Hochrufe galten den im Zug sitzenden Kameraden, und sie wurden erwidert.

Eine neue Niederlage der bisherigen Machthaber, ein Zeichen dafür, daß der Stein bald im ganzen Lande ins Rollen kommen würde.

Auf dem Wilhelmsplatz war unter einer einzigen Gaslaterne die Rednerbühne errichtet worden. Über ihr wehte stolz das Banner der Revolution. Die Ankommenden überfluteten den Platz, und immer neue Massen drängten hinzu. Die führenden Kameraden nahmen nacheinander das Wort. Die Freude und das Gelingen des großen Werkes fand in ihren Reden begeisterten Ausdruck. Ein Auto, die Strahlen seiner

mächtigen Scheinwerfer weit voransendend, kam heran. Durch die zurückweichende Menge fuhr es bis zur Tribüne. Genosse Noske, der von Berlin kam, entstieg ihm und ergriff das Wort. In seiner Rede überbrachte er die Grüße des gesamten sozialistischen Deutschlands, das mit Stolz auf seine Kieler blauen Jungen blicke, die das Große gewagt und durchgesetzt hätten. Er führte weiter aus, daß jetzt die Masse den Beweis erbringen müsse, ihrer selbst Herr zu sein. Dann folgte ein Appell an alle, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, und mit einem Hoch auf die freie und soziale Volksrepublik schloß er die Versammlung.

Langsam entfernte sich die Menge. Aus einigen Häusern wurde plötzlich auf die Versammelten geschossen. Einige Kameraden sanken getroffen zusammen. Eine wilde Panik brach aus. Das Feuer wurde sofort erwidert. Krachend rollten die Salven über den Platz, der sich nun schnell leerte. Der Sieg der Revolution sollte doch nicht ganz kampflos erfochten sein. Nur langsam verlief sich die Menge. Noch spät in der Nacht wogten Menschenmassen durch die Straßen. Hin und wieder ein paar vereinzelte Schüsse. Dichter Nebel fiel und langsam wurde es stiller. Als die Morgensonne durch die Wolken brach, lagen die Schiffe der deutschen Flotte, die gestern noch den alldeutschen Imperialismus verkörperten, unter der roten Flagge der Republik. Der sozialistische Gedanke hatte sich als Wirklichkeit erhoben, und sein war der Sieg."

Die Kieler Bewegung wurde von Führern des alten Obrigkeitsstaates in ihrer weltbewegenden Bedeutung vollkommen verkannt, genau so wie die Matrosenrevolution in Rußland nicht als die furchtbare Explosivkraft gewertet wurde, die sie in der Tat war. Die Regierung in Deutschland hoffte noch die Matrosenmeuterei, denn als solche wurde sie gedeutet, zu lokalisieren und die Monarchie in irgendeiner Form, auch der der völligen Ohnmacht, zu retten. Bereitschaftsbefehle zur Gewalt waren allenthalben die Folgen dieser Auffassung, eine straff durchgeführte Zensur verhinderte

die Presse, die Dinge beim rechten Namen zu nennen, und ein großer Regierungserlaß sollte die aufgeregten Gemüter des Volkes beruhigen:

„An das deutsche Volk!

Die Not der Zeit lastet auf der Welt und auf dem deutschen Volk. Wir müssen diese schweren Tage und ihre Folgen überwinden. Heute schon müssen wir arbeiten für die glücklicheren Zeiten, auf die das deutsche Volk ein Anrecht hat. Die neue Regierung ist am Werk, diese Arbeit zu leisten. Wichtiges ist erreicht:

Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist gesichert.

Eine neue Regierung hat sich aus den Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstages gebildet.

Der Reichskanzler und seine Mitarbeiter bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages und damit des Volkes.

Grundlegende Rechte sind von der Person des Kaisers auf die Volksvertretung übertragen worden.

Kriegserklärung und Friedensschluß unterliegen der Genehmigung des Reichstages.

Die Unterstellung der Militärverwaltung unter den verantwortlichen Reichskanzler ist durchgeführt.

Eine weitgehende Amnestie ist erlassen.

Preßfreiheit und Versammlungsrecht sind gewährleistet. Doch vieles bleibt noch zu tun.

Die Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat, der an politischer Freiheit und sozialer Fürsorge hinter keinem Staate der Welt zurückstehen soll, wird entschlossen weitergeführt.

Die Neugestaltung kann ihre befreiende und heilende Wirkung nur ausüben, wenn sie einen Geist in den Verwaltungs- und Militärbehörden findet, der ihre Zwecke erkennt und fördert. Wir erwarten von unsern Volksgenossen, die in amtlicher Stellung das Gemeinwesen zu bilden berufen sind, daß sie uns willige Mitarbeiter sein werden.

Wir brauchen in allen Teilen des Staates und des Reiches die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch das Volk selbst. Wir haben Vertrauen zu dem deutschen Volk. Es hat sich in vier furchtbaren Kriegsjahren glänzend bewährt. Es wird sich nicht von Phantasten sinnlos und nutzlos in neues Elend und Verderben hineintreiben lassen.

Selbstzucht und Ordnung tun not.

Jede Disziplinlosigkeit wird den Abschluß des baldigen Friedens auf das schwerste gefährden.

Die Regierung und mit ihr die Leitung von Heer und Flotte wollen den Frieden, sie wollen ihn ehrlich und sie wollen ihn bald. Bis dahin müssen wir die Grenzen vor dem Einbruch des Feindes schützen. Den seit Wochen in hartem Kampf stehenden Truppen muß durch Ablösung Ruhe geschaffen werden. Nur zu diesem Zweck, aus keinem andern Grunde, sind die Einberufungen der letzten Zeit durchgeführt worden.

Den Mannschaften des Landheeres und der Flotte wie ihren Führern gebührt unser besonderer Dank. Durch ihren Todesmut und ihre Manneszucht haben sie das Vaterland gerettet.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, damit die von der Front in die Heimat zurückkehrenden Soldaten und Matrosen in geordneten Verhältnissen die Möglichkeit vorfinden, sich ihre und ihrer Familie Existenz wieder zu sichern. Alle großen Arbeitgeberverbände haben sich bereit erklärt, ihre frühern, jetzt eingezogenen Angestellten und Arbeiter sofort wieder einzustellen. Arbeitsbeschaffung, Erwerbslosenunterstützung, Wohnungsfürsorge und andere Maßnahmen auf diesem Gebiete sind teils in Vorbereitung, teils schon ausgeführt. Mit dem Friedensschluß wird sich bald eine Besserung der Nahrungs- wie aller anderen Verhältnisse einstellen.

Deutsche Männer und Frauen! Kampf und Frieden sind unsere gemeinsame Aufgabe. Staat und Reich sind unsere ge-

meinsame Zukunft. Euer Vertrauen, das unentbehrlich ist in der Stunde der Gefahr, ist in Wahrheit nichts anderes als das Vertrauen des deutschen Volkes zu sich selbst und zu seiner Zukunft. Die gesicherte Zukunft Deutschlands ist unser Leitstern.

Berlin, den 4. November 1918.

Reichskanzler Max, Prinz von Baden.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers von Payer.

Der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums Dr. Friedberg.

Die Staatssekretäre: Dr. Solf, Graf von Roedern, Dr. von Krause, Rüdlin, von Waldow, Freiherr von Stein, Scheidemann, Groeber, Erzberger, Haußmann, Bauer, Trimborn, der Staatssekretär des Reichsmarineamts Ritter von Mann, der Kriegsminister von Scheüch."

Revolutionäre Volksbewegungen lassen sich nicht durch Absperrungen eindämmen, sie sind Flugfeuer und überspringen gedankenschnell alle künstlichen Schranken, sie liegen in der Luft wie elektrische Spannungen und entladen sich überraschend.

Die Ausdehnung, die die Kieler Bewegung ins Politische genommen hatte, mußte sich fortsetzen. Der Zündstoff lagerte hochgeschichtet, die jahrelange Unterernährung hatte den physischen Willen gebrochen, die erneuten Einziehungen die Bevölkerung aufs höchste erregt.

Schon am 5. November brachten Kriegsschiffe die Revolution nach Lübeck, Matrosen besetzten den Bahnhof, nahmen den Kommandanten und seine Offiziere fest und wählten einen Soldatenrat, der noch in der Nacht folgenden Aufruf erließ:

„Seit heute abend liegt die Macht in unserer Hand. Wir erklären hiermit, daß mit unserer Sache den Kameraden an der Front wie uns in der Heimat gedient ist. Es mußte mit den korruptiven Zuständen und der Militärdiktatur von gestern

gründlich aufgeräumt werden. Zweck unserer Sache ist, sofortiger Waffenstillstand und Frieden. Wir bitten die Bevölkerung, größte Ruhe zu bewahren. Es wird von uns nichts unternommen, was den Betrieb zwecks Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens ändern könnte. Es geht alles seinen alten Gang. Wir erwarten von der Bevölkerung bereitwilliges Mitarbeiten. Wir können feststellen, daß diese Umwandelung und diese Umwandelungen der militärischen Dinge in Lübeck unblutig verlaufen sind und hoffentlich weiter verlaufen werden. Wir warnen vor Ausschreitungen. Plünderungen und Diebstahl werden mit dem Tode bestraft. Die Lebensmittelausgabe bleibt in den Händen der Zivilverwaltung.

Lübeck, den 5. November 1918.

Der Soldatenrat Lübeck."

Fast zu gleicher Zeit trat Hamburg in die Revolution. Schon am Vormittag des 5. November zeigten die Arbeiter der Vulkanwerft starke Neigung, sich durch einen Sympathiestreik der Kieler Bewegung anzuschließen, aber es gelang den besonnenen Elementen in letzter Stunde den Ausbruch des Streikes zu verhindern. Ordnung und Arbeit sind notwendig, um dem blutenden, geknechteten Vaterland wieder aufzuhelfen.

Am Abend desselben Tages hatte die Partei der unabhängigen Sozialdemokraten eine große Volksversammlung ins Gewerkschaftshaus einberufen, zu der viele Matrosen und Soldaten erschienen. Als Redner war Wilhelm Dittmann gewonnen worden, derselbe Dittmann, der im Januar 1918 wegen seiner Beteiligung an den Berliner Streikunruhen zu fünf Jahren Festung verurteilt, durch die Amnestie der neuen Volksregierung aber aus der Haft befreit worden war. Er wandte sich scharf gegen die Mehrheitssozialisten und nannte die neue Volksregierung, an deren Spitze ein Prinz von Baden stehe, einen blutigen Witz der Weltgeschichte.

In dieser Versammlung wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Redners voll und ganz einverstanden. Sie fordert erneut die Freilassung aller Opfer der hiesigen Zivil- und Militärjustiz. Die Versammlung begrüßt die bei den Kieler Vorgängen zum Ausdruck gekommene Verbrüderung der Arbeiter, Soldaten und Matrosen. Sie erklärt, die von denselben aufgestellten Forderungen in vollem Umfange zu unterstützen, und fordert die Hamburger Arbeiterschaft auf, zu diesem Zwecke unverzüglich in den Sympathiestreik einzutreten.“

Nach Schluß der Versammlung begaben sich die etwa sechstausend Teilnehmer auf die Straße und ordneten sich zu einem gewaltigen Zuge, der sich zunächst nach dem Hauptbahnhof wandte. Von dort ging es zu der Kaserne in der Bundesstraße. Hier kam es zu einem bewaffneten Zusammenstoß mit dem Militär, bei dem mehrere Schüsse fielen. Die Umzüge dauerten bis in die frühen Morgenstunden an.

Mit dem Leben des neuen Tages erwachte auch das Leben der Revolution. Bewaffnete Matrosen durchzogen die Straßen, nahmen allen Offizieren und Soldaten die Waffen ab und überredeten sie, sich der Bewegung anzuschließen. Gewalt wurde nirgends angewandt. Umzüge bildeten sich unter der roten Fahne. Die Werftarbeiter waren in den Sympathiestreik eingetreten.

In den Vormittagsstunden griff die Revolution auch auf die innere Stadt über. Gruppen von Soldaten und Zivilisten bildeten sich, die erregt die Ereignisse besprachen, die Schulen wurden geschlossen, der Elbtunnel militärisch besetzt, an verschiedenen Punkten der Stadt wurden Maschinengewehre aufgestellt, kurz, alles hatte das Ansehen eines bevorstehenden Kampfes. In der Tat kam es an der Kaserne der Sechsundsiebziger zu einem kurzen Gefecht, bei dem mehrere Tote zu beklagen waren. Sonst verlief die Bewegung verhältnismäßig ruhig. Daß Ausschreitungen in so brausenden Tagen immer vorkommen, ist nicht zu verhindern, es sind stets die Scharfmacher von beiden Seiten, die durch allzu hitziges Vorgehen die Leidenschaften aufpeitschen und Blutvergießen veranlassen.

Die Hamburger Bewegung trug von Anfang an den Charakter des Geordneten, darum war sehr bald ein annähernd normaler Zustand hergestellt. Bemerkenswert ist, daß schon am 9. November die Vertrauensmänner der einzelnen Betriebe in einer Versammlung den Versuch machten, eine Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteirichtungen herbeizuführen.

Auch in dieser Beziehung hat die Sozialdemokratie richtig die Zeichen der Zeit erkannt, während das deutsche Bürgertum, anstatt endlich von der siegreichen Taktik seiner politischen Gegner die Geschlossenheit zu lernen, sich in Parteien und Parteichen zersplittert. Wenn das arme, am Boden liegende Deutschland je wieder zu Größe und Glück gedeihen will, darf es in Zukunft nur zwei Parteien geben, die bürgerliche Demokratie und die Sozialdemokratie. Beide sind aufeinander angewiesen zur wirtschaftlichen und kulturellen Arbeit. Der Sozialismus kann des Bürgertums nicht entraten, und das Bürgertum braucht den Sozialismus. Hier gilt das Wort Goethes aus dem Tasso: „Zwei Männer sind's, ich hab es lang gefühlt, die darum Feinde sind, weil die Natur nicht einen Mann aus ihnen formte.“ In der Stunde der vaterländischen Not haben Sozialismus und Bürgertum einander gefunden, beide wollen den Parlamentarismus, das heißt Geltung des Mehrheitswillens, also müssen sich auch beide dem Mehrheitswillen unterordnen. Es ist Geist und Gesetz des Parlamentarismus, daß die Partei, die jeweils die Regierung stürzt, die neue Regierung zu bilden hat. In der Revolution hat die Sozialdemokratie die alte Mehrheitsregierung durch das Ausscheiden der sozialdemokratischen Mitglieder gestürzt, also mußte die Sozialdemokratie die neue Regierung bilden, das war die politische Logik des 9. November. Und dieser muß sich jeder Patriot ohne Aufgeben seiner Überzeugung unterordnen zum Wohle des Vaterlandes.

Während nun der revolutionäre Funke von einer Hafenstadt der Nord- und Ostsee zur andern sprang und auf das Küstengebiet übergriff, also einen ganz natürlichen Weg ging, schlug er fast zu

gleicher Zeit an einem ganz entfernten Punkte des Reiches in heller Flamme auf: in München.

Die Umwälzung, an deren Spitze der Schriftsteller Kurt Eisner trat, begann mit einer von der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften Münchens veranstalteten Versammlung auf der Theresienwiese, die von achtzig- bis hunderttausend Menschen besucht war. Die Arbeiter aller größeren Betriebe zogen geordnet mit roten Fahnen zu der Wiese, wo von zwölf Podien Ansprachen gehalten wurden. Das geschah am 7. November nachmittags zwischen drei und vier Uhr. Nach den Vorträgen wurde eine allgemeine Entschließung angenommen, die in sieben Forderungen gipfelte, darunter die Abdankung des Kaisers, der Thronverzicht des Kronprinzen, die Vereidigung der Truppen auf die Verfassung, Garantie für das Beschwerderecht der Soldaten, sowie völlige Demokratisierung der Verwaltung.

Die Versammlung ging ruhig zu Ende, das zivile Publikum zerstreute sich, während sich die Soldaten zu neuen Zügen ordneten, rote Fahnen wurden erhoben, die Musik spielte, Hochrufe auf die Republik erklangen. So begaben sich die Züge zu den Kasernen, in denen, einem Kommandanturbefehl zufolge, die Soldaten konsigniert gehalten wurden. Die Tore wurden gesprengt, die Soldaten strömten heraus und schlossen sich den Zügen an. Dann wurden die Arrestlokale gestürmt und die Gefangenen befreit. In kurzer Zeit hatten die Soldaten die Gewalt an sich gerissen und die öffentlichen Gebäude besetzt. Im Landtag wurde der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat gebildet, der am nächsten Morgen folgenden Aufruf erließ:

„An die Bevölkerung von München!

Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen ist, hat zu einer elementaren Bewegung der Münchener Soldaten geführt. Ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtag konstituiert. Bayern ist fortan ein Freistaat. Eine Volks-

regierung, die von dem Vertrauen der Masse getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden. Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden. Eine neue Zeit geht an. Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten. Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erzielen, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die letzte Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erbitterung zu ermöglichen, bevor die feindlichen Heere die Grenzen überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten deutschen Truppen das Chaos herbeiführen.

Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Personen und des Eigentums wird verbürgt. Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte selbst regiert und die Disziplin aufrechterhalten. Offiziere, die sich den Forderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangetastet ihren Dienst versehen. Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen. Alle Beamten bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt. Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Stadt und Land wird verschwinden. Der Aufkauf der Lebensmittel wird rationell organisiert werden.

Arbeiter, Bürger Münchens vertraut dem Großen und Gewaltigen, das in diesen schicksalsschweren Tagen sich vorbereitet. Helft alle mit, daß sich die unvermeidliche Umwandlung rasch, leicht und friedlich vollzieht. In dieser Zeit des sinnlos wilden Mordens verabscheuen wir alles Blutvergießen, jedes Menschenleben soll heilig sein. Bewahrt die Ruhe und

wirkt mit an dem Aufbau der neuen Welt. Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt. Es lebe die bayrische Republik! Es lebe der Friede! Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen.

München, Landtag, in der Nacht zum 8. November 1918.

Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern.
Der 1. Vorsitzende: Kurt Eisner.

Der Polizeipräsident unterstellte sich dem Arbeiter- und Soldatenrat Münchens, die Soldaten wurden zu strengster Disziplin angehalten. Im Laufe des Vormittags erschien dann folgende Proklamation:

„Volksgenossen!

Um nach jahrelanger Vernichtung aufzubauen, hat das Volk die Macht der Zivil- und Militärbehörden gestürzt und die Regierung selbst in die Hand genommen. Die bayrische Republik wird hierdurch proklamiert. Die oberste Behörde ist der von der Bevölkerung gewählte Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat, der provisorisch eingesetzt ist, bis eine endgültige Volksvertretung geschaffen wird. Er hat gesetzgeberische Gewalt.

Die ganze Garnison hat sich der republikanischen Regierung zur Verfügung gestellt. Generalkommando und Polizeidirektion stehen unter unserem Befehl. Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt.

Hoch die Republik!
Der Arbeiter- und Soldatenrat.
Kurt Eisner."

Mit dieser Proklamation war die Republik Bayern gegründet. Die Sorge, daß in dieser schweren Stunde die alte Reichsverdrossenheit, der Gegensatz zwischen Norden und Süden emporflammen und die Einheit des deutschen Vaterlandes gefährden würde, verlor glücklicherweise an Schärfe, da die neue bayrische

Regierung sich in ihrem Programm fest und entschlossen auf den Boden der Reichseinheit stellte.

„Wir betrachten, so erklärte sie, es als unsere Aufgabe, auch innerhalb der deutschen Stämme eine innige Gemeinschaft vorzubereiten. Wir glauben und wollen, daß eine Vereinigung des Deutschen Reiches mit der Deutschösterreichischen Republik unaufschiebbar ist. Wir sind ferner entschlossen, diese nationale Politik mit fester Hand durchzuführen, ohne dabei die Freiheit und Selbständigkeit Bayerns anzutasten.

Unsere innere Politik strebt die rascheste Durchführung einer nicht nur formellen, sondern lebendig tätigen Demokratie an. Bevor noch die konstituierende Nationalversammlung, die so schnell wie möglich nach Erledigung der notwendigen Vorarbeiten einberufen werden soll, zusammentritt, muß diese Demokratisierung des öffentlichen Geistes wie der öffentlichen Einrichtungen erreicht werden können. Neben dem provisorischen Zentralparlament und dem in der Regierung verkörperten revolutionären Vollzugsausschuß sollen alle einzelnen Verbände und Berufe der Bevölkerung ihre eigenen Angelegenheiten in vollster Öffentlichkeit erörtern können. Wir wollen die bisherigen Organisationen parlamentarisieren. Neben den bestehenden Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten, die über die Richtung des neuen Staates sowohl im Volk wie im Parlament wie in der Regierung entscheiden müssen, wollen wir der Gesamtheit der Bevölkerung die Möglichkeit und Gewähr geben, ihre Interessen, soweit sie nicht dem Nutzen der Gesamtheit entgegen sind, durchzusetzen. Das Deutsche Theater zu München soll der Sitz dieses Nebenparlaments sein.

Wir sprechen in vollkommener Offenheit aus, daß es uns unmöglich scheint, in einer Zeit, in der die produktiven Kräfte des Landes nahezu erschöpft sind, die Industrie in den Besitz der Gemeinschaft sofort überzuführen. Man kann nicht sozialisieren, wenn kaum etwas da ist, was zu sozialisieren ist. Ferner scheint es uns unmöglich, in einem einzelnen nationalen Gebiete der Weltwirtschaft die sozialistische Organisation durchzuführen. Wir

glauben also, daß erst nach dem Frieden, wenn der einige Völkerbund der Weltdemokratie sich gebildet hat, der entscheidende Einfluß der in neuer Macht auferstandenen proletarischen Internationale in gemeinsamer Arbeit der Völker der Erde die unerläßliche Sozialisierung durchgeführt werden kann. Wir haben drei große Probleme sozialer Erneuerung bereit zur schnellen Erledigung: den Großgrundbesitz, die städtische Bodenfrage, das Bildungs- und Erziehungswesen.

Das gesamte Schulwesen soll einheitlich als Bildungsanstalt für alle ohne Unterschied der sozialen Herkunft eingestellt werden. Die Neuordnung des Finanzwesens wird in Aussicht gestellt, und zwar möglichst nach den gleichen Prinzipien wie im Reich und den anderen Bundesstaaten. Die Demokratisierung der Armee und die Verbesserung im Verkehrswesen, die Vereinfachung des Eisenbahnbetriebes durch Verringerung der Wagenklassen werden durchgeführt werden. Die bäuerlichen und landwirtschaftlichen Angelegenheiten, die in dem neuen Bayern selbst ihre Vertretung finden, werden zur Bildung eines Landwirtschaftlichen Ministeriums führen, in dem die Bauern vertreten sein müssen."

Und was tat der König? Er hatte am Nachmittag des ereignisreichen Donnerstags, des 7. November, ganz ruhig seinen üblichen Spaziergang gemacht, ohne daß ihm etwas geschehen war. Er hatte mit seinen Töchtern den englischen Garten aufgesucht. Als er zur Residenz zurückkehrte, waren die Volksmassen schon im Anmarsch. Ein einfacher Mann sagte zum König: „Majestät, machen's, daß nach Hause kommen! Es geht nicht gut!" Der König mit seinen Töchtern ging darauf ruhig der Residenz zu. In späterer Stunde erschienen Minister beim Monarchen und teilten ihm mit, daß die Republik ausgerufen werde Daraufhin entschloß man sich im Kreise der königlichen Familie zur Abreise. Der Königin, die sich schon zur Ruhe begeben wollte, wurde dieses Vorhaben mitgeteilt, und die Töchter packten rasch das Allernotwendigste an Wäschestücken in eine Handtasche. Durch einen rückwärtigen Ausgang begab sich dann die königliche Familie ohne

weitere Begleitung zum Marstall und bestieg einen Kraftwagen, Der König verließ die Residenz wie er ging und stand. Er nahm für seinen persönlichen Bedarf nur noch Zigarren mit. Der Kraftwagen kam unbehelligt durch die Stadt. Die Fahrt ging nach Wildenwarth, wo die königliche Familie einen Tag blieb. Dorthin kam ein Hofkavalier, der in Berchtesgaden geweilt hatte, und veranlaßte und leitete die Abreise der königlichen Familie.

Am 13. November dann ging der Thronverzicht des Königs ein:

„Zeit meines Lebens habe ich mit dem Volk und für das Volk gearbeitet. Die Sorge für das Volk meines geliebten Bayerns war stets mein höchstes Streben. Nachdem ich infolge der Ereignisse der letzten Tage nicht mehr in der Lage bin, die Regierung weiterzuführen, stelle ich allen Beamten, Offizieren und Soldaten die Weiterarbeit unter den gegebenen Verhältnissen frei und entbinde sie des mir geleisteten Treueides.

Am 13. November. Ludwig."

Auf diese Kundgebung wurde folgende Antwort erteilt:

„Der Ministerrat des Volksstaates Bayern nimmt den Thronverzicht Ludwigs III. zur Kenntnis. Es steht dem ehemaligen König und seiner Familie nichts im Wege, sich wie jeder andere Staatsbürger frei und unangetastet in Bayern zu bewegen, sofern er und seine Angehörigen sich verbürgen, nichts gegen den Bestand des Volksstaates Bayern zu unternehmen.

Der Ministerrat des Volksstaates: Kurt Eisner, Auer, v. Frauendorfer, Jaffe, Roßhaupter, Timm, Unterleitner."

Über die Verteilung der Ämter in der neuen Regierung, deren Mitglieder die Antwort an den König unterzeichnet haben, berichtet eine Bekanntmachung vom 8. November:

„Der Arbeiter- und Soldatenrat, der sich gebildet hat, hielt heute nachmittags im Landtag eine Sitzung ab, an der zahlreiche Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats teilnahmen. Kurt Eisner hielt zur Eröffnung der Sitzung eine längere Rede, in der er auf die letzten Vorgänge hinwies und erklärte, Bayern sei seit heute ein Freistaat geworden und werde ein Freistaat bleiben. Zum Schluß seiner Ausführungen machte er die Vorschläge zur Besetzung der Ministerien der neuen Regierung: Das Ministerium des Äußeren und damit das Ministerpräsidium übernimmt als Symbol des revolutionären Ursprungs dieser Regierung Kurt Eisner, das Vizepräsidium und Kultusministerium der bisherige Abgeordnete Hofmann, das Ministerium für militärische Angelegenheiten der seitherige Abgeordnete Roßhaupter. Es geziemt sich für eine demokratische Regierung, daß ein Zivilist das Kriegsministerium übernimmt. Das Ministerium des Innern übernimmt der bisherige Abgeordnete Auer, das Ministerium für Verkehrsangelegenheiten der frühere Verkehrsminister v. Frauendorfer, das Justizministerium Abgeordneter Timm, das Finanzministerium Dr. Jaffé, das neugebildete Ministerium für soziale Fürsorge Herr Unterleitner, das Polizeipräsidium übernimmt Herr Steimer. Die Vorschläge des Präsidenten Eisner wurden angenommen. Weiter führte Eisner aus: Ich begrüße das erste Parlament der bayrischen Republik und bitte Sie, Vorschläge zu machen für die Konstituierung des Parlaments. Daraufhin machte Auer folgende Vorschläge: Präsident des Parlaments soll der bisherige Abgeordnete Franz Schmitt werden, Vizepräsident das Mitglied des Soldatenrates Fritz Schröder, zweiter Vizepräsident Professor Dr. Quidde, 1. Schriftführer der bisherige Abgeordnete Vogel, 2. Schriftführer Gandorfer, 3. Schriftführer August Schiefer, 4. Schriftführer Abgeordneter Körner. Diese Vorschläge wurden gleichfalls angenommen. Mit der Bekanntgabe einer an das Volk zu erlassenden Proklamation schloß der Präsident die heutige Sitzung."

2. Die Revolution in Berlin

Revolutionen sind wie Naturereignisse, sie lassen sich weder willkürlich hervorrufen noch willkürlich unterdrücken. Was sich hervorrufen und auch unterdrücken läßt, das ist die revolutionäre Idee. Die revolutionäre Idee ist die eigentliche Explosivkraft der Revolution, und sie entsteht, wenn zwei Gegensätze unwiderstehlich aufeinander drücken. Das Bewußtwerden der Druckempfindung ist die revolutionäre Idee.

Die Sozialdemokratie hat Jahrzehnte lang darauf hingewirkt, der Arbeiterklasse den Druck zum Bewußtsein zu bringen, der auf ihr lastete, sie hat die Gegensätze verschärft, die zwischen dem Kapital und der Arbeit bestehen. Gegensätze aber sind auch Naturerscheinungen und lassen sich als solche nicht aus der Welt schaffen, sie lassen sich nur erträglich machen, etwa — ich will mich ganz drastisch ausdrücken — wie der Regenschirm einen relativen Schutz gegen den Platzregen gewährt. Das hat die Sozialdemokratie auch erkannt, und seit dieser Erkenntnis ist sie vom revolutionären zum wirtschaftlichen Programm übergegangen. Sie will nicht durch Gewalt, also Revolution, sondern durch Aufklärung, also Reform, wirken.

Als nun durch die deutsche Niederlage dem Druck der revolutionären Idee nicht mehr der genügende Widerstand von seiten des alten Staates entgegengesetzt werden konnte, erfolgte die Explosion dadurch, daß durch ein zufälliges Ereignis die zentrifugalen Kräfte explosiv verstärkt wurden, das Auslaufen der Flotte zu einem Verzweiflungskampf.

Alle Explosionen richten Unheil an, besonders wenn sie sich von Ort zu Ort, wo Zündstoff aufgehäuft ist, fortsetzen. Es war daher eine gute Tat der Sozialdemokratie, daß sie sich schnell entschlossen an die Spitze der explosiven Bewegung setzte und die Führung übernahm. Wir haben gesehen, wie mit dem Fortschreiten der Revolution die Umwälzungen immer unblutiger wurden.

Es blieb nun abzuwarten, nachdem die revolutionäre Be-

wegung sich in Kiel-Hamburg und München zwei starke Schulterpunkte geschaffen hatte, wie sich die Hauptstadt Berlin stellen würde.

In Berlin waren die stärksten Machtmittel des alten Staates aufgehäuft, hier ruhten tief im Volksbewußtsein die festen Wurzeln des preußischen Königtums. In fünfhundertjähriger, ruhmreicher Geschichte hatten die Hohenzollern Berlin zur Weltstadt emporgehoben, Reichtum und Glanz waren eingezogen, Kunst und Wissenschaft blühten, eine musterhafte Ordnung, freilich auch ein wenig Beamtenzopf, aber das hatte der Berliner mit gutem Humor hingenommen. Der Mittelstand war zufrieden, und auch der Arbeiter hatte eigentlich wenig zu klagen. Vorübergehende Streiks hatten die Lohnverhältnisse der neueren Zeit angepaßt, und die Sozialdemokratie war immer mehr zur positiven Mitarbeit an der Reichsregierung gedrängt worden. Das rote, revolutionäre Gespenst hatte längst seine furchterregende Gestalt verloren. Das Bürgertum setzte sich mit den sozialistischen Denkern wissenschaftlich auseinander, alle Schärfen schienen sich verloren zu haben, nur unverantwortliche Fanatiker von Rechts und Links platzten in den Parlamenten noch hart aufeinander.

Wie würde die Revolution in Berlin auftreten? Das war die bange Frage, die sich jeder in den ersten Novembertagen stellte, als trotz der drakonischen Zensur die wahren Nachrichten von Kiel und Hamburg hier einkamen.

Würde die Militärgewalt stark genug sein, von der Reichshauptstadt die Schrecken des blutigen Aufruhrs fernzuhalten? Niemand hatte den Wunsch, die Kraftprobe zu erleben, es waren ja doch die radikalsten Umwälzungen, die Verfassungsänderung, die Übertragung der Kaisermacht auf das Parlament, die Unterstellung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt ohne die geringste Erschütterung vor sich gegangen.

In weiten Kreisen war es bekannt geworden, daß auf den 4. November ein großer Putsch angesagt war. Die Berliner Bevölkerung lächelte und machte ihre Witze darüber. Angesagte Revolutionen sind noch nie zum Ausbruch gekommen, aber in den

maßgebenden militärischen und regierenden Kreisen, wo man die Ereignisse von Kiel in ihrem vollen Umfang kannte, machten sich lebhafte Besorgnisse bemerkbar. Die Tatsache, daß von Kiel und Hamburg aus bewaffnete Matrosen in verschiedene Städte abgereist waren, schien für Berlin die Gefahr zu enthalten, daß die revolutionären Marinemannschaften den Aufruhr hereintragen würden.

Die Waffenstillstandsbedingungen waren noch nicht eingegangen, ein offener Ausbruch der Revolution konnte keine andere Folge haben, als daß Marschall Foch, dem von den Ententeregierungen die Ermächtigung erteilt worden war, die Bedingungen festzusetzen, seine Forderungen ungewöhnlich verschärfte. Es galt also vor allem, Berlin ruhig zu erhalten, und zu diesem Zweck erließ der Reichskanzler, Prinz Max von Baden, am 6. November eine Mahnung an das gesamte Volk:

„Präsident Wilson hat heute auf die deutsche Note geantwortet und mitgeteilt, daß seine Verbündeten den 14 Punkten, in denen er seine Friedensbedingungen im Januar d. J. zusammengefaßt hatte, mit Ausnahme der Freiheit der Meere, zugestimmt haben, und daß die Waffenstillstandsbedingungen durch Marschall Foch mitgeteilt werden. Damit ist die Voraussetzung für Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen gleichzeitig geschaffen. Um dem Blutvergießen ein Ende zu machen, ist die deutsche Abordnung zum Abschluß des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen heute ernannt worden und nach dem Westen abgereist.

Die Verhandlungen werden durch Unruhen und disziplinloses Verhalten in ihrem erfolgreichen Verlauf ernstlich gefährdet.

Über vier Jahre hat das deutsche Volk in Einigkeit und Ruhe die schwersten Leiden und Opfer des Krieges getragen. Wenn in der entscheidenden Stunde, in der nur unbedingte Einigkeit des ganzen deutschen Volkes große Gefahren für seine Zukunft abwenden kann, die inneren Kräfte versagen, so sind die Folgen nicht abzusehen.

Aufrechterhaltung der bisher gewahrten Ordnung in freiwilliger Manneszucht ist in dieser Entscheidungsstunde eine unerläßliche Forderung, die jede Volksregierung stellen muß.

Mag jeder Staatsbürger sich der hohen Verantwortung bewußt sein, die er in Erfüllung dieser Pflicht seinem Volke gegenüber trägt."

Inzwischen hatte auch der Oberbefehlshaber in den Marken, Generaloberst von Linsingen, seine Maßnahmen zur Unterdrückung revolutionärer Unruhen getroffen, er hatte königstreue Truppen herangezogen, Maschinengewehre, Geschütze und Handgranaten bereit gestellt und sämtlichen in Berlin auf Urlaub befindlichen Offizieren befohlen, sich am 8. November mittags zwölf Uhr feldmarschmäßig ausgerüstet auf der Kommandantur zu melden. Für alle in Berlin bei Militärbehörden, Ersatztruppenteilen, Ministerien und Reichsämtern beschäftigten Offiziere wurden Pistolen ausgegeben und befohlen, die Waffen sichtbar auf dem Mantel zu tragen.

Da erschien am selben Abend ein Ultimatum der sozialdemokratischen Parteileitung an den Reichskanzler:

„Die Parteileitung der sozialdemokratischen Partei hat heute noch einmal die Gesamtlage besprochen und Ebert und Scheidemann beauftragt, dem Kanzler folgendes zu erklären:

die sozialdemokratische Partei fordert, daß

1. die Versammlungsverbote für heute aufgehoben werden;
2. Polizei und Militär zu äußerster Zurückhaltung angehalten werden;
3. daß die preußische Regierung sofort im Sinne der Reichstagsmehrheit umgestaltet wird;
4. daß der sozialdemokratische Einfluß in der Reichsregierung verstärkt wird;
5. daß die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen bis morgen mittag bewirkt werden.

Werden diese Forderungen nicht erfüllt, so tritt die Sozialdemokratie aus der Regierung aus."

Dieses Ultimatum war die Kampfansage der sozialdemokratischen Partei. Ihr Austritt aus der Regierung bedeutete deren Sturz, und es war jedem Einsichtigen klar, daß die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen nicht gefordert waren, um eine Regentschaft einzusetzen und einem Hohenzollernenkel die deutsche Kaiserkrone zu übertragen, also die Monarchie, wenn auch ohne Rechte des Monarchen, zu erhalten. Nein, die Sozialdemokratie, obwohl die Minderheit des deutschen Volkes, fühlte sich stark genug, die Republik zu fordern. Aber — und auch das ist klar — sie wollte dies Ziel ohne Erschütterungen, ohne Blutvergießen und Bürgerkrieg erreichen.

Und es schien auch, als ob sich dieser Wunsch erfüllen sollte, denn Berlin blieb, trotzdem es in der Bevölkerung heftig gärte, am 8. November noch völlig ruhig; freilich war der gesamte Eisenbahnverkehr gesperrt, um den Zuzug revolutionärer Elemente von außerhalb zu verhindern, und umfassende Sicherheitsmaßregeln durch Polizei und Militär waren getroffen. Der Kaiser hatte durch den Reichskanzler über die Lage aufs eingehendste Bericht erhalten. Er hatte darauf den Prinzen von Baden gebeten, einstweilen sein Amt weiterzuführen, bis er einen endgültigen Beschluß über seinen Rücktritt gefaßt habe. Diesen Tatsachen Rechnung tragend hatte die sozialdemokratische Partei die Frist ihres Ultimatums bis zum Abschluß des Waffenstillstandes verlängert und ihrer Gefolgschaft in der Nacht vom 8. zum 9. November durch Flugblatt diesen Beschluß zur Kenntnis gebracht:

Arbeiter, Parteigenossen!

Ein Teil der gestern von uns aufgestellten Forderungen ist von der Regierung und den Mehrheitsparteien erfüllt worden.

Das gleiche Wahlrecht für Preußen und alle Bundesstaaten auf Grundlage der Verhältniswahl soll ohne Verzug durch Reichsgesetz eingeführt werden.

Die sofortige Parlamentarisierung der preußischen Regierung ist gesichert, ebenso die Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Reichsregierung.

Die Einberufungen zum Militär sind rückgängig gemacht.

Noch nicht erledigt ist die Kaiserfrage.

Unsere Forderung auf sofortigen Rücktritt des Kaisers und Verzicht des Kronprinzen wurde aufgestellt unter der Voraussetzung, daß der Waffenstillstand heute mittag abgeschlossen sein würde. Diese Voraussetzung hat sich nicht erfüllt, weil die deutsche Delegation infolge äußerer Hindernisse heute vormittag im feindlichen Hauptquartier nicht eintreffen konnte. Der Abschluß des Waffenstillstands würde aber gefährdet durch unseren Austritt aus der Regierung.

Deshalb haben Parteivorstand und Reichstagsfraktion die gestellte Frist bis zum Abschluß des Waffenstillstandes verlängert, um erst das Aufhören des Blutvergießens und die Sicherung des Friedensschlusses herbeizuführen.

Sonnabend vormittag treten die Vertrauensmänner der Arbeiter erneut zusammen.

Arbeiter! Parteigenossen! Es handelt sich also nur um einen Aufschub von wenigen Stunden.

Eure Kraft und eure Entschlossenheit verträgt diesen Aufschub.

Berlin, 8. November 1918.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
und die Reichstagsfraktion.

Die Parteileitung hatte wohl erkannt, wie gefährlich es war, gerade im Augenblick, da der Waffenstillstand abgeschlossen werden sollte, eine so fundamentale innerpolitische Umwälzung eindringlich zu fordern. Sie erkannte die Notwendigkeit, die Massen ruhig zu erhalten und der hart ringenden Front nicht den Boden zu entziehen, ihr nicht in den Rücken zu fallen.

Zu spät! Die Arbeiterschaft ließ sich nicht mehr ruhig halten, die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung traten vor Ablauf der Frist ihres Ultimatums aus der Regierung aus. Es waren Staatssekretär Scheidemann, die Unterstaatssekretäre Dr. David, Bauer, Schmidt und August Müller.

Nun wurde eine Verständigung mit dem Flügel der Unabhängigen gesucht, um einen gemeinsamen Ausschuß zu bilden. In den großen Betrieben war die Arbeit schon zum Teil niedergelegt worden. Bald darauf wurde der allgemeine Ausstand beschlossen. Von sozialdemokratischer Seite wurde folgende Darstellung verbreitet:

„Die sozialdemokratische Partei hat mit den Fabrikvertrauensleuten einen engeren Ausschuß eingesetzt, der mit der Regierung über die Übernahme der Geschäfte verhandeln soll. Es gehören ihm an: Ebert, Scheidemann, Braun, Wuschick und Hölder. Mit den Unabhängigen war eine Verständigung nicht möglich, da sie keinen bestimmten Standpunkt einzunehmen vermochten. Nachdem sich Jägerbataillone schon am Morgen der Bewegung zur Verfügung gestellt hatten, sprach mittags Reichstagsabgeordneter Wels in der Kaserne der Gardejäger und des Alexanderregiments. Die Regimenter beschlossen den Übergang zur Republik, und die versammelte Mannschaft stimmte in ein Hoch ein auf den freien deutschen Volksstaat.

Die Wilhelmshavener Matrosen schicken eine Abordnung im Luftschiff nach Berlin. Der Flugplatz Johannisthal ist von den Arbeitern besetzt, damit das Luftschiff ohne Schwierigkeiten landen kann. 3000 Kieler Matrosen sind im Anmarsch. Da die Schienen teilweise aufgerissen sind, werden sie zu Fuß erst gegen 3 Uhr in Berlin eintreffen. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter ist ihnen entgegengefahren, um sich an ihre Spitze zu stellen. Um 5 Uhr findet eine große Versammlung der Seeflieger und Matrosen bei Aschinger am Bahnhof Friedrichstraße statt. Auch in ihr wird ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter sprechen."

Vom „Vorwärts" herausgegeben erschien nachstehendes Extrablatt:

„Generalstreik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Berlin hat den Generalstreik beschlossen. Alle Betriebe stehen still. Die notwendige

Versorgung der Bevölkerung wird aufrechterhalten. Ein großer Teil der Garnison hat sich in geschlossenen Truppenkörpern mit Maschinengewehren und Geschützen dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt. Die Bewegung wird gemeinschaftlich geleitet von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Arbeiter, Soldaten, sorgt für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

Es lebe die soziale Republik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat."

Mit dem Generalstreik war Berlin in die Revolution eingetreten. Noch am Vormittag des 9. November hatte sich das Bild der Reichshauptstadt wenig verändert. Nun aber machten die Arbeiter ihre Drohung vom Tage vorher wahr, daß sie, falls die Antwort des Kaisers bis zum Nachmittage nicht eingetroffen sei, die Arbeit niederlegen würden. Die Aufforderung zum Generalstreik war also von der Parteileitung nicht als Parteimaßnahme beschlossen, sondern auf Grund des Willens der Arbeiterschaft, sie mußte erfolgen, damit die Parteileitung die Massen in der Hand behielt. Nur auf diese Weise konnten grobe Ausschreitungen verhindert werden.

Zuerst legten in den großen Betrieben, der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, der Maschinenfabrik Schwartzkopff, der Deutschen Waffen- und Munitionswerke Ludwig Löwe, die Arbeiter die Arbeit nieder und traten in den Ausstand. Bald erschienen Demonstrationszüge von mehreren Tausend Teilnehmern mit roten Fahnen auf der Straße. Die Führer der Straßenbahnwagen wurden zum Halten gezwungen, wo sie sich widersetzten, wurden die Wagen umgerissen und die Leitungsdrähte durchschnitten.

In den Zügen zeigten sich viele Soldaten, Plakate wurden vorangetragen, worauf Frieden! Freiheit! Brot! zu lesen war, und die Aufforderung: Brüder schießt nicht, kommt zu uns!

Bald wurden die Arbeitsniederlegungen allgemein, und von den Betrieben der Vororte bewegten sich gewaltige Züge nach der inneren Stadt.

Der Oberbefehlshaber in den Marken und der Polizeipräsident hatten umfassende Sicherungsmaßregeln getroffen. Das Rathaus war stark mit Polizei besetzt, im Haupttelegraphenamt und Hauptpostamt in der Spandauer Straße lag Militär, das königliche Schloß wurde abgesperrt, überall wurden Maschinengewehre aufgefahren. Trotzdem wurde der Post- und Telegraphenverkehr im wesentlichen aufrechterhalten, nur Geldbriefe und Wertsendungen wurden von den Ämtern zurückgewiesen. Der Eisenbahnverkehr blieb noch beschränkt, besonders nach den Revolutionsherden des Nordens wurden alle Züge eingestellt.

Um die Mittagsstunde traf die Nachricht von der Abdankung des Kaisers ein. Sie wurde lauffeuerartig bekannt, man rief sich auf der Straße, in den elektrischen Bahnen, an den Tischen der Kaffeehäuser, in den Abteilen der Vorortzüge die Kunde zu. Noch wußte niemand etwas über die Form, da erfolgten die Anschläge des Wortlautes an den Postämtern und Zeitungsredaktionen, und man war allgemein überrascht über die kühle, unpersönliche Art, mit der der Kaiser sich von seinem Volke trennte. Nicht fand er selbst ein Wort an die Millionen, die bis zuletzt ihm die Treue gehalten hatten, und die bereit gewesen wären auch in dieser schwersten Stunde an seiner Seite auszuharren. Er ließ seinen Rücktritt von der Regierung durch den Reichskanzler verkünden:

„Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vor-

zuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler: Max, Prinz von Baden."

Nunmehr reichten sämtliche Mitglieder des Kabinetts des Prinzen ihre Demission ein, und die Sozialisten der Mehrheit übernahmen die Regierung. Sie traten sofort mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Verbindung, um eine Einigung, die sich an verschiedenen Orten der Revolution bereits vollzogen hatte, auch in Berlin herbeizuführen. Reichskanzler wurde Friedrich Ebert.

Ebert ist Süddeutscher, er ist in Heidelberg, wo sein Vater Schneidermeister war, am 4. Februar 1871 geboren. Der Geist des freien Baden hat seine Jugend beeinflußt und der Hauch der alten deutschen Universität früh sein Bildungsbedürfnis angeregt. Nach Durchlaufen der Volksschule erlernte er das Sattlerhandwerk, aber sein lebendiger Wissensdrang trieb ihn auf den Weg des Selbststudiums. Die wirtschaftlichen Probleme des Sozialismus waren ihm bald vertraut, und der Anschluß an die Partei vertiefte nicht nur seine Überzeugung, sondern forderte auch seine tätige Mitarbeit. Schon mit einundzwanzig Jahren trat Ebert in die Redaktion des Parteiblattes der „Bremer Bürgerzeitung" ein. Bald darauf wurde er in die Bremer Bürgerschaft gewählt, und im Jahre 1900 beriefen ihn seine Genossen zum Arbeitersekretär. Fünf Jahre später wurde er in den Vorstand der sozialdemokratischen Partei gewählt. Ziemlich spät, erst im Jahre 1912, wählte ihn der Wahlkreis Elberfeld-Barmen in den Reichstag, in dem er bald eine Führerstellung einnahm. Ebert ist ein Mann von Temperament und ungewöhnlichen geistigen Gaben, aber was noch mehr bedeutet, er besitzt Ruhe, Selbstzucht und Wohlwollen auch für den politischen Gegner. Er hat in den schweren Tagen der friedlichen Revolution, in der die Verfassungsänderung durchgesetzt wurde, Außerordentliches geleistet, und er wäre

damals schon in die neue Regierung eingetreten, wenn die Partei ihn im Vorstand hätte vermissen wollen.

Es war jedenfalls ein glücklicher Gedanke des Prinzen von Baden, Ebert zu seinem Nachfolger vorzuschlagen, denn schon die Tatsache allein, daß er an die Spitze der Revolutionsregierung trat, gab der Bewegung in Berlin weit gemäßigtere Formen als man gefürchtet hatte.

Die Truppen, in erster Linie die Naumburger Jäger, die zur Unterdrückung der Unruhen nach Berlin berufen worden waren, sandten eine Abordnung an die sozialdemokratische Parteileitung, daß sie nicht auf das Volk schießen, wohl aber für Ruhe und Ordnung eintreten würden. Im selben Sinne äußerten sich die Alexander-Gardegrenadiere. In der Kaserne der Gardefüsiliere kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Zivil und Militär, die Truppen weigerten sich, den Feuerbefehl ihres Offiziers auszuführen, da schoß der Führer mit seiner Dienstpistole in die Menge, das Feuer wurde erwidert, und der Offizier brach getroffen zusammen.

Gegen halb zwei Uhr erschienen Automobile mit Maschinengewehren und bewaffneten Matrosen vor dem Reichstag. Die dort zusammengezogenen Gardeschützen aus Lichterfelde warteten auf den Befehl ihrer Offiziere zum Einschreiten, aber schon war die Parole ausgegeben, kein Blut zu vergießen, so warfen die Mannschaften ihre Gewehre in die Spree und gingen nach Hause. Ziemlich heftige Kämpfe entwickelten sich am Schloß und Marstall.

Gegen fünf Uhr hißte Karl Liebknecht auf dem alten Schloß der preußischen Könige die rote Fahne und hielt von dem Kaiserfenster im ersten Stock eine Ansprache an die Menge. Eine Stunde später läuteten die Glocken des erleuchteten Domes. Der Arbeiter- und Soldatenrat Berlins verkündete, das Polizeipräsidium und das Oberkommando sind in unserer Hand.

Aber Berlin kam noch nicht zur Ruhe. Die ganze Nacht zum Sonntag, den 10. November, wurden Gefechte zwischen den Sicherheitsposten und Patrouillen und königstreuen Offizieren geführt. Am frühen Morgen knatterten in der Friedrichstadt die

Maschinengewehre, die an Fenstern und auf den Dächern des Viktoriakaffees und des Kaffee Bauer aufgestellt waren, ebenso wurde lebhaft geschossen vor dem Restaurant Aschinger und Zentralhotel am Bahnhof Friedrichstraße. Auch in der Sommerstraße und Dorotheenstraße kam es zu Feuerzusammenstößen.

Auf dem Platz vor dem Marstall wurde am 10. November wieder gekämpft. Eine geheimnisvolle Schützengruppe hatte sich dort eingenistet, die nicht zu vertreiben war, denn sie erhielt Proviant und Munition durch unterirdische Gänge, die mit dem Schloß in Verbindung stehen sollen. Unterirdische Gänge in alten Schlössern gehören in das Fabelreich der weißen Frauen und Schloßgespenster. Man sieht, die Revolution hatte schon ihre Legenden. Soviel ist gewiß, daß die kleine königstreue Gruppe, wahrscheinlich Offiziere, Kadetten und Schloßbeamte, sich wehrhaft verteidigte, ja sogar vom Schloß aus die revolutionären Truppen wirksam beschoß. Über fünfzig Schloßbeamte besiegelten ihre Treue mit dem Tode, aufrechte Männer, die nicht mit sich marchandieren ließen. Die Geschichte gedenkt ihrer mit Achtung, wie sie eines jeden Mannes gedenkt, der für seine Idee sein Leben ließ. „O wählt ein Banner, und ich bin zufrieden, ob's auch ein andres denn das meine sei; ich hab' gewählt, ich habe mich entschieden, und meinen Lorbeer flechte die Partei!" So singt der Dichter der Märzrevolution Georg Herwegh.

Am Sonntag abend war die Umwälzung im wesentlichen vollzogen. Es traten nun die drei Mehrheitssozialisten Ebert, Scheidemann und Landsberg zusammen und bildeten die Regierung, die folgenden Aufruf erließ:

„Volksgenossen!

Der heutige Tag hat die Befreiung des Volkes vollendet. Der Kaiser hat abgedankt, sein ältester Sohn hat auf den Thron verzichtet. Die sozialdemokratische Partei hat die Regierung übernommen und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei den Eintritt in diese Regierung auf dem Boden voller Gleichberechtigung angeboten. Die neue Regierung wird sich für die

Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung organisieren, an denen alle über 20 Jahre alten Staatsbürger beiderlei Geschlechts mit vollkommen gleichen Rechten teilnehmen werden. Sie wird sodann ihre Machtbefugnisse in die Hände der neuen Vertretung des Volkes zurücklegen. Bis dahin hat sie die Aufgabe, Waffenstillstand zu schließen und Friedensverhandlungen zu führen, die Volksernährung zu sichern, den Volksgenossen in Waffen den raschesten geordneten Weg zu ihrer Familie und zu lohnendem Erwerb zu öffnen. Dazu muß die demokratische Verwaltung sofort glatt zu arbeiten beginnen. Nur durch ihr tadelloses Funktionieren kann schwerstes Unheil vermieden werden.

Sei darum jeder seiner Verantwortung im ganzen sich bewußt.

Menschenleben sind heilig.

Das Eigentum ist vor willkürlichen Eingriffen zu schützen.

Wer diese herrliche Bewegung durch gemeine Verbrechen entehrt, ist ein Feind des Volkes und muß als solcher behandelt werden. Wer aber in ehrlicher Hingabe an unserem Werke mitschafft, von dem alle Zukunft abhängt, der darf von sich sagen, daß er im größten Augenblick der Weltgeschichte als Schaffender zu des Volkes Heil mit dabei gewesen ist. Wir stehen vor ungeheuren Aufgaben. Werktätige Männer und Frauen in Stadt und Land, Männer in Waffenrock und Arbeitsbluse, helft alle mit!

Ebert—Scheidemann—Landsberg."

Und nun wurde auch die Einigung mit den Unabhängigen vollzogen. Nach dem Bericht des „Vorwärts" kam sie auf folgende Weise zustande:

„Um $1/_2 2$ Uhr nachmittags erschien in der Reichskanzlei eine von Dittmann geführte Abordnung der Unabhängigen mit folgendem Schriftstück:

An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Auf Ihr Schreiben vom 9. November 1918 erwidern wir folgendes:

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist bereit, um die revolutionären sozialistischen Errungenschaften zu befestigen, in das Kabinett unter folgenden Bedingungen einzutreten:

Das Kabinett darf nur aus Sozialdemokraten zusammengesetzt sein, die als Volkskommissare gleichberechtigt nebeneinanderstehen.

Für die Fachminister gilt diese Beschränkung nicht; sie sind nur technische Gehilfen des entscheidenden Kabinetts. Jedem von ihnen werden zwei Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Parteien mit gleichen Rechten zur Seite gestellt, aus jeder Partei einer.

Eine Fristbestimmung wird an den Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokraten in das Kabinett (in das jede Partei drei Mitglieder entsendet) nicht geknüpft.

Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reiche alsbald zusammenzuberufen sind.

Die Frage der Konstituierenden Versammlung wird erst nach einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände aktuell und soll deshalb späteren Erörterungen vorbehalten bleiben.

Für den Fall der Annahme dieser Bedingungen, die von dem Wunsche eines geschlossenen Auftretens des Proletariats diktiert sind, haben wir unsere Mitglieder Haase, Dittmann und Barth in das Kabinett delegiert.

Der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Haase.

Die drei von der Sozialdemokratie bestimmten Regierungsmitglieder Ebert, Scheidemann und Landsberg erklärten sich mit diesen Bedingungen einverstanden.

Damit war die Einigung vollzogen, und es begann sofort die gemeinsame Arbeit, indem die unabhängigen Regierungsmitglieder ihre Zustimmung zur Annahme der Waffenstillstandsbedingungen erklärten. Die neue Regierung hatte damit schon zu funktionieren begonnen. Auch andere Angelegenheiten wurden mit Vertretern der Unabhängigen rasch und im Geiste der Kameradschaftlichkeit erledigt."

Philipp Scheidemann ist am 26. Juli 1865 zu Kassel geboren, er besuchte die Volksschule, wurde dann Schriftsetzer, Korrektor, Druckereifaktor und schließlich Redakteur sozialdemokratischer Parteiblätter in der Provinz. Seit 1903 saß er im Reichstag für den Wahlkreis Düsseldorf-Solingen. Im Jahre 1912 war er kurze Zeit Vizepräsident des Reichstags. Er ist ein Mann von außerordentlicher Gewandtheit, einem leicht beweglichen Verstand und oft treffendem Humor. In das Kabinett des Prinzen Max von Baden war er als Staatssekretär ohne Portefeuille eingetreten.

Otto Landsberg wurde am 4. Dezember 1869 in Rybnik geboren. Als er im Jahre 1912 für Magdeburg in den Reichstag gewählt wurde, war er Rechtsanwalt dort, ein feingebildeter Mann und besonders literarisch und künstlerisch sehr interessiert.

Hugo Haase, der Führer der Unabhängigen, ist am 29. September 1863 in Allenstein geboren. Er war in Königsberg in Preußen Rechtsanwalt und fünfzehn Jahre lang Stadtverordneter, seit 1912 ist er in Berlin ansässig, im Reichstag vertrat er Königsberg. Bis zur Spaltung in der Partei, im Dezember 1915, war er Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Er ist der Redner scharfgeprägter Antithesen und von unerbittlicher Schlagfertigkeit.

Wilhelm Dittmann, geboren am 13. November 1874 in Eutin. Von Hause aus Tischler, wurde er Journalist und dann Parteisekretär in Frankfurt a. M. Seit 1912 vertritt er im Reichstag den Wahlkreis Lennep-Remscheid. Infolge des Januarstreiks 1918 wurde er vom Kriegsgericht zu fünf Jahren Festungshaft

verurteilt, aber durch die Amnestie im Oktober aus der Haft entlassen.

Emil Barth steht im vierunddreißigsten Lebensjahre. Er war gelernter Metallarbeiter, einer parlamentarischen Körperschaft hat er nicht angehört. Bis zu seinem Eintritt in die Regierung gehörte er der Spartakusgruppe an, deren Sekretär er war.

Die erste Handlung der neuen Regierung war die Unterzeichnung der ungeheuer drückenden Waffenstillstandsbedingungen, aber es war eine bittere Notwendigkeit. Das revolutionierte Deutschland hatte keine andere Wahl, als sich selbst den Strick um den Hals zu legen. Hätte die Heimfront nur noch wenige Wochen ausgehalten — die Entbehrungen wären nicht größer gewesen, als sie jetzt nach der Revolution sind —, so hätten wir bestimmt bessere Bedingungen erlangt. Aber die Heimfront hat geglaubt, die Revolution sei ihr eigener Wille gewesen. Das ist nicht richtig. Sie war der durch geschickte Ententeagenten dem Volke eingeredete Wille des Feindes. Auch ohne Revolution wäre Deutschland zur republikanischen Verfassung gekommen auf dem Wege friedlicher Reformen, denn die Zeit war reif.

Das geht vor allem daraus hervor, daß die neue Regierung, obwohl sie auf dem Wege der Gewalt ans Ruder kam, doch keinen wesentlichen Widerstand bei den Anhängern des alten Systems fand. Sowohl die Beamten, wie ein großer Teil der Offiziere stellte sich ohne Zögern in den Dienst der neuen Zeit, voran der große Feldherr des Weltkriegs, Feldmarschall von Hindenburg. Mit einer wahrhaft erhabenen Größe hat sich der allverehrte Heerführer auf den Boden der neuen Geschicke gestellt. Die Ruhe, die Kraft, die Sicherheit, die sein Erlaß an die Armee atmen, waren für unzählige Deutsche der Hoffnungsstern einer besseren Zukunft:

„An die Armee! Der Waffenstillstand ist unterzeichnet worden. Bis zum heutigen Tage haben wir unsere Waffen in Ehren geführt. In treuer Hingabe und Pflichterfüllung hat die Armee Gewaltiges vollbracht. In siegreichen Angriffsschlachten

und zäher Abwehr, in hartem Kampfe zu Lande und in der Luft haben wir den Feind von unseren Grenzen ferngehalten und die Heimat vor den Schrecknissen und Verwüstungen des Krieges bewahrt. Bei der wachsenden Zahl unserer Gegner, bei dem Zusammenbruch der uns bis an das Ende ihrer Kraft zur Seite stehenden Verbündeten und bei den immer drückender werdenden Ernährungs- und Wirtschaftssorgen, hat sich unsere Regierung zur Annahme harter Waffenstillstandsbedingungen entschließen müssen. Aber aufrecht u[illegible]z gehen wir aus dem Kampfe, den wir über vier Jahre ge[illegible]n eine Welt von Feinden bestanden. Aus dem Bewußtsein, daß wir unser Land und unsere Ehre bis zum äußersten verteidigt haben, schöpfen wir neue Kraft. Der Waffenstillstandsvertrag verpflichtet zum schnellen Rückmarsche in die Heimat — unter den obwaltenden Verhältnissen eine schwere Aufgabe, die Selbstbeherrschung und treueste Pflichterfüllung von jedem einzelnen von euch verlangt, ein harter Prüfstein für den Geist und den inneren Halt der Armee. Im Kampfe habt ihr euren Generalfeldmarschall niemals im Stich gelassen. Ich vertraue auch jetzt auf euch!

v. Hindenburg, Generalfeldmarschall."

Aber auch die Regierung Ebert-Haase hat dieser Größe Rechnung getragen, alle kleinlichen Äußerlichkeiten der Revolution, wie Entfernung der Kokarden und Abzeichen, Ablegen der Seitenwaffen, hat sie von Hindenburg und seinem Hauptquartier ferngehalten, wie sie sich überhaupt bemühte, das Bürgertum rücksichtsvoll zu behandeln und alle revolutionären Forderungen mit größter Schonung durchzuführen.

Daß die Leitung der sozialdemokratischen Partei die Straßenputsche nicht gewollt, wahrscheinlich sogar einem gewaltsamen Umsturz entgegen war, daß vielmehr unvorhergesehene Ursachen, beinahe privater Natur, die Berliner Bewegung auslösten, geht aus einer Darstellung des „Berliner Lokalanzeigers" hervor, die ungemein viel Wahres haben dürfte:

„Als am Freitag, also dem 8. November, der Eisenbahnverkehr eingestellt wurde, führte dies dazu, daß die von und nach der Front gehenden Urlauber sich in Berlin ansammelten. Vor den Kasernen in der Blücherstraße fanden sich daraufhin etwa 500 Soldaten ein, um Löhnung und Verpflegung zu verlangen. Der unerwartete Massenandrang konnte nicht bewältigt werden. Die Soldaten wurden am Sonnabend Vormittag wieder mit ungenügendem Bescheid fortgeschickt, worauf in ihrer Mitte Unzufriedenheit entstand. Da sie nun schon einige Tage ohne Gebührnisse geblieben waren, so wählten sie einen Kameraden, den sie zu Verhandlungen in die Kaserne entsandten. Auch dies blieb erfolglos.

Lediglich aus dieser Unzufriedenheit heraus und ohne direkten Zusammenhang mit der Revolution bildete sich nun der erste militärische Demonstrationszug, der für das weitere Verhalten der Berliner Garnison den Stein ins Rollen brachte. Die Soldaten, denen sich nun auch viele Zivilpersonen anschlossen, marschierten in einem gewaltigen Zuge nach der Kommandantur am Kupfergraben. Die bürgerlichen Teilnehmer befanden sich in dem Glauben, daß es sich um eine Sympathiekundgebung für die Vorgänge in Kiel, Hamburg und anderen Orten handele. Die Soldaten waren indessen bis dahin lediglich übereingekommen, sich bereit zu erklären, für ihre Verpflegung selbst zu sorgen, wenn man ihnen wenigstens Löhnung auszahlen würde. Vor der Kommandantur wurden drei Vertreter gewählt, die sich zum wachthabenden Feldwebelleutnant Manthey begaben und ihm die schwierige Lage der Soldaten auseinandersetzten. Sie forderten Abhilfe und erklärten, daß sie beschlossen hätten, selbst für ihre Ernährung zu sorgen. Es waren jedoch auf der Kommandantur keine genügenden Barmittel zur Auszahlung der Gebührnisse vorhanden. Der Feldwebelleutnant zeigte jedoch das größte Entgegenkommen und versprach, sich sofort mit den zuständigen Stellen im Interesse der Soldaten in Verbindung setzen zu wollen. Die Soldaten wurden dann ersucht, sich in zwei Stunden wieder einzufinden,

um abgefertigt zu werden. Darauf begab sich der Zug von Soldaten und Zivilpersonen, der nun auf mehrere Tausend Mann angeschwollen war, noch einmal durch die Straßen, und nun machte sich bald eine starke revolutionäre Stimmung bemerkbar.

Man entfernte die Kokarden von den Mützen. Ein rotes Taschentuch wurde vorausgetragen. Der Zug ging zum ‚Vorwärts'-Gebäude, und auf dem Wege hielten Soldaten, die in Automobilen fuhren, mehrfach Ansprachen. Aus den Fenstern der Häuser wurden rote Tücher geschwenkt. Der Zug nahm immer mehr revolutionären Charakter an. Vor dem ‚Vorwärts'-Gebäude bestieg der Füsilier Hertel ein Automobil und hielt an die Soldaten und Arbeiter eine Ansprache, die mit einem Hoch auf die soziale Republik schloß, was in der Menge starke Zustimmung auslöste. Alsdann zog man zur Kommandantur zurück. Dort war inzwischen Geld eingetroffen, und es wurden jedem Soldaten, der seine Berechtigung nachweisen konnte, 60 ℳ Vorschuß ausgezahlt. Inzwischen war die Stimmung in der Stadt immer bewegter geworden, und bis zum Nachmittag hatten sich alle Regimenter der Garnison mit der Revolution solidarisch erklärt."

Der Standpunkt, den Reichskanzler Ebert im Augenblick der Umwälzung einnahm, ist in einer Unterredung niedergelegt, die er dem Vertreter des „Hollandsch Nieuws Büros" in der Nacht des 10. November gewährte:

„Die Sache der Freiheit hat heute in Deutschland einen ihrer großen Siegestage erlebt. Das deutsche Volk hat gesiegt und die altverankerte Herrschaft der Hohenzollern, Wittelsbacher, Welfen usw. gestürzt. Deutschland hat seine Revolution vollendet. Formell hat zwar Prinz Max, der bereits seinen Abschied eingereicht hatte, nach der Abdankung des Kaisers die Kanzlerschaft an mich abgegeben. Tatsächlich hat mich jedoch das Volk durch seinen unmittelbaren Willensakt zum Kanzler gemacht. Als wir heute früh aus der Regierung austraten, weil

die Kaiserfrage noch nicht nach unserem Willen erledigt war, haben die Soldaten und Arbeiter Berlins sich fast einmütig für uns erhoben und die ganze alte Regierungsmaschine stillgelegt. Wir haben schon tatsächlich alle Macht in Händen gehabt, ehe die Vertreter der alten Herrschergewalten sie uns übertrugen.

Diese Entwicklung hat sich in Deutschland seit Kriegsbeginn von langer Hand angebahnt und wäre wohl bei jedem Friedensschluß alsbald zum Durchbruch gekommen. Aber jetzt wird wohl auch der Zweifelsüchtigste erkennen, daß es mit dem Monarchismus und Imperialismus in Deutschland endgültig vorbei ist. Wer nur aus Besorgnis vor diesen Mächten oder aus Haß gegen sie uns bekämpft hat, muß nun völlig zufriedengestellt sein. Die deutsche Republik wird keinen höheren Ehrgeiz kennen als den, die Deutschen zu schaffender Friedensarbeit zusammenzufassen. Die konstituierende Nationalversammlung der deutschen Volksrepublik wird eine Regierung einsetzen, die so genau, wie das menschlich überhaupt möglich ist, dem Volkswillen entspricht. Auf die Frage, ob das neue republikanische Regime noch größere Kämpfe zu bestehen haben würde, ehe es sich endgültig befestigt, antwortete Reichskanzler Ebert: Unser Sieg ist fast unblutig, ich möchte fast sagen leicht und vollständig gewesen. Daß die alten Gewalten sich noch einmal zum Kampf um die Macht stellen könnten, scheint mir gänzlich ausgeschlossen. Deutschlands künftige Staatsform ist die Republik, und der freie deutsche Volksstaat wird sich glücklich fühlen, im Völkerbunde der freien Nationen ein gleichgeachtetes Mitglied zu werden."

3. Die Revolution im Reiche

Nachdem Berlin nahezu kampflos in die Gewalt der Sozialdemokratie übergegangen war, wurde nicht nur die Zentralregierung des Reiches revolutioniert, sondern auch der größte Bundesstaat Preußen von der Arbeiterpartei in Besitz genommen. Preußen, das festeste Bollwerk der Monarchie, fiel zusammen

wie ein Kartenhaus. Wer die zielbewußte Unterhöhlungsarbeit der Sozialdemokratie aufmerksam verfolgt hatte, war von der Tatsache nicht überrascht. Wer schon vor einem Jahrzehnt und länger mit Arbeitersekretären, Gewerkschaftsbeamten und sozialdemokratischen Redakteuren Verhandlungen zu führen hatte, war verblüfft über die umfassende Bildung und sichere Ausdrucksweise der oft aus recht einfachen Verhältnissen hervorgegangenen Männer. Es sind nicht immer die Intellektuellen in der Partei gewesen, die bedeutende Führer wurden. Regierung und Bürgertum haben die Tätigkeit der Partei unterschätzt. Wären sie in jenen Jahren in die Buchhandlung des „Vorwärts" gegangen, als sie noch in der Beuthstraße domizilierte, und hätten die Fülle von billiger Literatur gesehen — Kautskys Erläuterungen zum Erfurter Programm, vierundsechzig Seiten stark, für zehn Pfennige, sei bloß ein Beispiel —, dann hätten sie sich nicht über die Bildung der Arbeiter gewundert. Und es war nicht nur politische und wirtschaftliche Literatur, auch Geschichte und Dichtung wurden in wohlfeilen Ausgaben der Masse geboten.

Wie sicher die Sozialdemokratie ihren Weg ging, und wie klar sie das Endziel voraussah, erkennt man aus einem Passus der eben genannten Schrift von Karl Kautsky:

> „Gleich den Proletariern sehen Bauern, Kleinbürger und besitzlose ‚Gebildete' sich ausgeschlossen von all den glänzenden Errungenschaften der modernen Produktion, die einzig und allein den Kapitalisten und Großgrundbesitzern, den Monopolisten der großen gesellschaftlichen Produktionsmittel, zugute kommen, und die nur durch die Verwandlung dieses Privateigentums in Gemeineigentum allen zugänglich gemacht werden können. Die Vorteile, die dem Bauern und Kleinbürger sein Privateigentum bietet, verschwinden immer mehr gegenüber den Vorteilen, die ihm die Aufhebung des Privateigentums an den großen Monopolen in Aussicht stellt.
>
> Nimmt man dazu, daß die verwandtschaftlichen Bande zwischen Bauern und Kleinbürger auf der einen Seite, den Proletariern auf der anderen Seite immer enger werden, je

mehr bäuerliche Landwirtschaft und Handwerk ihren goldenen Boden verlieren, je mehr Söhne und Töchter von Bauern und Handwerkern als Lohnarbeiter sich verdingen müssen, dann darf man sich nicht wundern, daß die Denkart der Proletarier immer mehr auch in den anderen Schichten der unteren Volksklassen Eingang findet, und daß sie immer geneigter werden, sich dem Kampf des Proletariats gegen die Ausbeutung anzuschließen.

Die Arbeiterklasse verficht in diesem Kampfe nicht bloß ihre eigene Sache. Als die unterste der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen, die in letzter Linie unter jeder Art von Ausbeutung und Druck zu leiden hat, auch wenn sie dadurch nicht unmittelbar berührt wird, sieht sie in jedem Ausbeuter und Unterdrücker ihren Feind und bekämpft sie die Ausbeutung und Unterdrückung der kleinen Beamten und sonstigen Kopfarbeiter, sowie der Bauern und Kleinbürger ebenso entschieden wie die eigene.

Erwägt man das alles: das Wachstum des Proletariats und seiner Kraft, sowie das Wachsen seines Einflusses auf die ihm nahestehenden Klassen, indes die besitzenden Klassen an Zahl, Kraft und Einfluß stetig abnehmen, dann kann das Endergebnis nicht mehr zweifelhaft sein. In der Tat machen sich bereits die klügsten Köpfe der herrschenden Klassen mit dem Gedanken vertraut, daß das Proletariat sie einmal in der Herrschaft über den Staat ablösen wird.

Selbstverständlich wünschen und hoffen sie, dieser Zeitpunkt liege noch in weiter Ferne. Aber er liegt vielleicht näher, als die meisten glauben.

Wie bei allen großen politischen Ereignissen wird auch bei diesem das Unerwartete und Unberechenbare eine große Rolle spielen. Wir können daher darüber, wann das Proletariat zur Herrschaft gelangen wird, ebenso nur Vermutungen äußern, wie darüber, in welcher Weise das geschehen wird. Aber, daß dies Ereignis eintreten wird und muß, kann nur ein Blinder noch leugnen oder ein Verblendeter.“

Pah, hieß es da, wenn man auf diese Zuversicht aufmerksam machte, Kautsky, der Theoretiker, der Ideologe, der lebt in Wolkenkuckucksheim, und überhaupt... unsere Maschinengewehre haben da auch ein Wort mitzureden. Und nun kam es über Nacht. Schon am 12. November konnte die neue preußische Regierung bekannt gegeben werden. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen Landwirtschaftsministeriums sind Otto Braun und Adolf Hofer, mit der Wahrnehmung der Geschäfte der inneren Verwaltung Paul Hirsch und Emil Eichhorn, mit der Wahrnehmung der Geschäfte der Groß-Berliner Polizei Eugen Ernst, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen Finanzministeriums Dr. Albert Südekum, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen Kultusministeriums Adolf Hoffmann und Konrad Haenisch beauftragt.

Am folgenden Tage veröffentlichte die Regierung ihr Programm:

An das preußische Volk!

Preußen ist wie das Deutsche Reich und die anderen deutschen Bundesstaaten durch den Volkswillen zum freien Staat geworden.

Aufgabe der neuen preußischen Landesregierung ist, das alte, von Grund auf reaktionäre Preußen so rasch wie möglich in einen völlig demokratischen Bestandteil der einheitlichen Volksrepublik zu verwandeln.

Über die zukünftigen Staatseinrichtungen Preußens, seine Beziehungen zum Reich, zu den anderen deutschen Staaten und zum Ausland wird eine verfassunggebende Versammlung entscheiden; ihre Wahl erfolgt auf Grundlage des gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen und nach dem Verhältniswahlsystem.

Bis zum Zusammentritt dieser verfassunggebenden Versammlung hat eine vorläufige Regierung, die getragen ist vom Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte, die Geschäfte übernommen. Sie sieht ihre Aufgabe darin, im engen Zusammenhang mit der neuen Reichsleitung für die Ordnung und Sicher-

heit im Lande und für die Volksernährung zu sorgen. Sie ist dabei angewiesen auf das Verständnis und den guten Willen der Bevölkerung im allgemeinen und insbesondere auf die gewissenhafte Mitarbeit aller Beamten des Staats und der Selbstverwaltungskörperschaften. Alle Beamten, die sich der neuen Regierung zur Verfügung stellen, sind ausdrücklich in ihren Rechten bestätigt und auf ihre Pflichten hingewiesen worden.

Von den zahlreichen Aufgaben, vor die sich das neue freie Preußen jetzt und in der Zukunft gestellt sieht, seien nur diese hervorgehoben:

Durchführung der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamten. Gründliche Reform der Besoldungs- und Lohnverhältnisse der Arbeiter und Beamten einschließlich der Pensionäre und Altpensionäre, und bis zur endgültigen Regelung die Gewährung ausreichender Teuerungszulagen.

Ausbau aller Bildungsinstitute, insbesondere der Volksschule. Schaffung der Einheitsschule. Befreiung der Schule von jeder kirchlichen Bevormundung, Trennung von Staat und Kirche.

Demokratisierung aller Verwaltungskörperschaften. Beseitigung der Gutsbezirke. Völlig gleiches Wahlrecht beider Geschlechter für alle Gemeindevertretungen in Stadt und Land. Entsprechende demokratische Umgestaltung der Kreis- und Provinzialvertretungskörper.

Raschester Ausbau und Entwicklung aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle.

Hebung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft. Vergesellschaftung der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe.

Umgestaltung der Rechtspflege und des Strafvollzugs im Geiste der Demokratie und des Sozialismus. Reform des gesamten Steuerwesens nach den Grundsätzen strengster sozialer Gerechtigkeit.

Es ist eine ernste und schwere Zeit, in der die neue Regierung an ihre Arbeit gehen muß. Bedrückend ist die Fülle der Aufgaben, vor die sie sich gestellt sieht. In den vier Jahren des furchtbaren Krieges haben sich die menschlichen und materiellen Kräfte des Landes erschöpft. Nur durch einmütiges Zusammenstehen des gesamten Volkes kann der Untergang abgewendet werden. Nur so können wir denen, die jetzt aus dem Felde zurückkehren sollen, zwar nicht ihre Leiden und Opfer vergelten, wohl aber die Fortsetzung dieser Leiden ersparen. Nur so können wir das Gespenst des Hungers bannen, das vornehmlich unsere Frauen, Kinder und Kranken schon jetzt auf das schwerste bedroht.

Was wir alle haben wollen, Freiheit, Frieden und Brot, kann nur gesichert werden, wenn das wirtschaftliche Leben in Stadt und Land aufrechterhalten bleibt.

Darum steht zusammen, helft mit zum Wohl des Ganzen!

Berlin, den 13. November 1918.

Die preußische Regierung.
Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Haenisch, Adolf Hoffmann.

Die nächste Regierungshandlung war die Auflösung des Abgeordnetenhauses und die Beseitigung des Herrenhauses.

Damit waren die beiden größten Königreiche Preußen und Bayern in freie Volksstaaten umgewandelt, und in Sachsen hatte die Bewegung schon am 8. November zu Leipzig begonnen. Sie ging von etwa hundert Soldaten und Matrosen aus, die, vom Hauptbahnhof kommend, mit enthüllter roter Fahne nach dem Volkshaus marschierten. Dort hielten sie die Straßenbahnen an, zwangen alle darin fahrenden Soldaten auszusteigen und in das Volkshaus einzutreten. Urlauber, die nach der Front zurückkehren wollten, wurden gestellt und von der Reise abgehalten. Auf dem Volkshaus wurde die rote Fahne gehißt und in seinen Räumen ein Arbeiter- und Soldatenrat gewählt. Kommandos mit roten

Armbinden durchzogen die Straßen, hielten überall Offiziere und Mannschaften an, nahmen ihnen Waffen, Abzeichen und Kokarden ab. Die Truppen wurden zur Übergabe der Waffen und zum Anschluß veranlaßt, alle Militärgefangenen erhielten die Freiheit.

Am folgenden Tag traten sämtliche Betriebe in den Streik und veranstalteten Demonstrationszüge durch die Stadt. Die Ordnung, die von bewaffneten Soldaten aufrechterhalten wurde, erlitt bis auf kleine Ausschreitungen nirgends eine Störung. Die Revolution in Leipzig verlief völlig unblutig.

Der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat meldete amtlich:

„Der Arbeiter- und Soldatenrat berief am Freitag, dem 8. November, abends gegen 9 Uhr, die Soldaten zu einer Versammlung in der Personenhalle des Hauptbahnhofs zusammen. Der Reichstagsabgeordnete Friedrich Geyer hielt eine Ansprache. Er wies auf die Entwicklung und die Ereignisse in Leipzig hin. Er begrüßte das forsche Eingreifen und die Disziplin, die dabei bewahrt wurde, und führte weiter aus, daß die Bewegung am Anfang stehe, und daß nun der Aufbau der sozialistischen Republik beginnen müsse. Vielfache Bravo- und Hochrufe begleiteten die Ausführungen des Redners. Er ermahnte weiter die Soldaten, jetzt auf der Hut zu sein und den Anweisungen des Soldatenrats Folge zu leisten. Dreifaches Hoch auf die sozialistische Republik und die unabhängige Sozialdemokratie folgte dem Schluß seiner Rede.

Reichstagsabgeordneter Ryssel bekräftigte die Worte des Vorredners und wies besonders darauf hin, daß die ungeheuren Kosten des Krieges auf den Schultern des arbeitenden Volkes lasten würden, wenn die sozialistische Republik nicht errungen würde. Die reaktionären Kräfte würden den letzten Tropfen Bluts geopfert haben, wenn die Bewegung der Soldaten diese Absicht nicht durchkreuzt hätte.

Nach ihm ermahnte noch Schöning zur Disziplin.

Damit war die Versammlung beendet."

Ebenso vollzog sich in Dresden die Umwälzung ohne jede Erschütterung. Die Truppen wurden entwaffnet und ein Arbeiter- und Soldatenrat aus Vertretern der Mehrheitssozialisten zusammengesetzt, die Behörden hatten sich bereit erklärt, unter dessen Aufsicht die Geschäfte weiterzuführen. Am 13. November erfolgte dann die Abdankung des Königs mit folgendem Schreiben aus dem Ministerium des Innern:

„An den Arbeiter- und Soldatenrat, Dresden, Ständehaus.

Auf die heute früh mündlich an Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister gerichtete Anfrage teilte ich mit, daß Seine Majestät der König auf den Thron verzichtet hat. Gleichzeitig hat Seine Majestät alle Offiziere, Beamten, Geistlichen und Lehrer von dem ihm geleisteten Treueid entbunden und sie gebeten, im Interesse des Vaterlandes auch unter den veränderten Verhältnissen ihren Dienst weiter zu tun.

Der Minister des Innern. Dr. Koch."

Die neue Regierung veröffentlichte dann ihr Programm:

„Das imperialistisch-militaristische System ist unter den Wirkungen des völkermordenden und kulturvernichtenden Weltkrieges zusammengebrochen. Ein neues Zeitalter ist im Werden, indem sich der Übergang von der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaftsordnung vollzieht. Die Monarchie ist beseitigt. Die öffentliche Gewalt ist in die Hand der Arbeiterklasse übergegangen. Die Aufgabe der neuen Regierung geht dahin, das Land über die großen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage hinwegzuführen, die demokratischen Errungenschaften sicherzustellen und wirtschaftliche Umgestaltungen nach sozialistischen Grundsätzen zu verwirklichen. Die Arbeiterklasse braucht nicht nur politische Rechte, sondern ebenso die Befreiung aus ökonomischer Bedrückung, die zu vollem Umfang nur der Sozialismus bringen kann. Die neue sächsische Regierung erstrebt die Beseitigung der veralteten bundesstaatlichen Verfassung und die Einordnung Sachsens in die einheitliche

Großdeutsche Volksrepublik, an die auch Deutsch-Österreich seinen Anschluß vollziehen möge. Den einzelnen Teilgebieten des neuen Großdeutschland soll weitgehende Selbstverwaltung und Schutz der Kulturinteressen gesichert werden.

Die Regierung will in Übereinstimmung mit der neuen Reichsleitung wirken. Sofern Anordnungen der Reichsleitung unseren Beifall nicht finden, werden wir unsere Auffassung dagegen geltend machen. Die von der Reichsleitung mit Gesetzeskraft erlassenen Verfügungen werden wir für Sachsen durch Vorschriften ergänzen, denen gleichfalls Gesetzeskraft zukommt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte, die Träger der revolutionären Bewegung, haben die Aufgabe, die sozialistische Volksregierung zu schützen und zu kontrollieren. Ihre Zuständigkeit in den einzelnen Orten wird ein unverzüglich zusammentretender Landesrat der Arbeiter und Soldaten umgrenzen. Mit Beendigung der Demobilmachung und mit Friedensschluß soll an Stelle des stehenden Heeres die Volkswehr treten.

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit wird gewährleistet. Die Beschränkungen im Vereins- und Versammlungsrecht sind gefallen. Die Preßfreiheit ist in vollem Umfange gesichert. Die Gesindeordnung ist aufgehoben; an ihrer Stelle gelten die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Dienstvertrag.

Die Arbeiterschutzbestimmungen für gewerbliche Arbeiter und Arbeiterinnen, die bei Beginn des Krieges aufgehoben wurden, sind wieder in Kraft gesetzt. Der achtstündige Maximalarbeitstag soll am 1. Dezember dieses Jahres in Kraft treten. Unternehmer, die dieser Vorschrift nicht Folge leisten, haben strenge Bestrafung zu gewärtigen. Um die Arbeitsgelegenheit zu steigern, läßt die Regierung in den einzelnen Verwaltungszweigen feststellen, welche Arbeiten unmittelbar in Angriff genommen werden können. Sie ist bemüht, Rohstoffe für die Aufnahme der Arbeit freizumachen.

Die Sicherstellung der Volksernährung ist in unserem Lande besonders schwierig. Die Regierung wird die Interessen Sachsens an Reichsstelle mit größtem Nachdruck vertreten. Sie wird mit den schärfsten Mitteln gegen unberechtigte Zurückhaltung von Lebensmitteln, gegen Wucher und gewerbsmäßigen Schleichhandel einschreiten. Die Wohnungsnot soll durch Bereitstellung von Wohnungen und durch schleunigen Bau neuer Wohnungen bekämpft werden. Die Trennung der Kirche vom Staat ist durchzuführen. Den Religionsgemeinschaften wird volle Freiheit gewährt. Die Schule ist von politischer und kirchlicher Bevormundung zu befreien. Die Volksschule ist unter fachmännischer Aufsicht zur Einheitsschule auszugestalten, Bildungs- und Kunstinstitute sollen gefördert werden. Krongut ist für staatliche Zwecke, insbesondere für Volksbildung und Volksgesundheitswesen zur Verfügung zu stellen.

Die Verkehrsmittel, insbesondere die Eisenbahnen, sollen mit möglichster Beschleunigung ausgebaut und weiter ausgedehnt werden. Die Landwirtschaft bzw. Produktion bedarf der sorgsamsten Pflege zur Überwindung der ihr zugefügten Kriegsschäden. Die Rechtspflege ist zu modernisieren und zu demokratisieren. Es wird alsbald eine weitgehende Amnestie erfolgen, vornehmlich für Personen, die aus Notlage sich gegen Gesetze oder Kriegsverordnungen vergangen haben. Zur Deckung der Ausgaben sind die großen Vermögen und Einkommen, vor allem die Kriegsgewinne heranzuziehen. Die Beseitigung jedes auf Ausbeutung beruhenden Einkommens ist zu erstreben, desgleichen die Vergesellschaftung der dazu geeigneten kapitalistischen Unternehmungen in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr. Verwaltungsreformen grundsätzlicher Art bleiben vorbehalten. Für die Gemeinden ist volle Selbstverwaltung durchzuführen. Die bestehenden Gemeindevertretungen können zunächst im Amte bleiben. Für die Erneuerung der Gemeindevertretungen werden nähere Anweisungen demnächst erfolgen. Für die bisher ungünstig besoldeten Beamten und Staatsarbeiter wird sobald als möglich

zum Ausgleich der bestehenden Teuerungsverhältnisse eine gründliche Reform der Besoldungs- und Lohnverhältnisse erfolgen.

Zur Überleitung aus dem Kriege zum Friedensstand und zum neuen Aufbau des Wirtschaftslebens bedarf es des Aufgebots aller Kräfte. Vornehmlich haben die Organisationen der Arbeiterklasse ihr äußerstes einzusetzen, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Nur so kann das Gespenst des Hungers gebannt und eine bessere Zukunft angebahnt werden. Schwer ist die Not der Zeit. Jeder tue seine Pflicht. Ist die gefahrvolle Übergangszeit überstanden, dann wird das deutsche Volk vermöge der unvergänglichen Kräfte, die in ihm leben, in demokratisch-sozialistischer Entwicklung sich zu neuer Blüte entfalten. Vorwärts! Aufwärts!

Dresden, am 16. November 1918.

Das Gesamtministerium.

Lipinski. Geyer. Dr. Gradnauer. Schwarz. Buck. Fleißner.

In Württemberg dankte der König mit einer würdigen Erklärung ab, nachdem er das Aufziehen der roten Fahne auf seinem Schloß mit der Begründung abgelehnt hatte, das Schloß sei sein Privatbesitz, und da ziehe er die Fahne seines Hauses auf, man könnte ihn nicht zwingen, eine Parteifahne auf den Zinnen seines Schlosses zu hissen.

Es wurde dann eine provisorische Regierung gebildet, die am Abend des 9. November einen Aufruf an das württembergische Volk erließ:

„Eine gewaltige aber glücklicherweise unblutige Revolution hat sich heute vollzogen: Die Republik ist erklärt. Eine neue Epoche der Demokratie und der Freiheit bricht an, die alten Gewalten treten ab, und das Volk, das die Revolution bewirkt hat, übernimmt die politische Macht. Seine nächste Vertretung bildet der aus den freien Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Partei, der unabhängigen sozialdemokratischen Partei und dem Arbeiter- und Soldatenrat berufene Arbeitsausschuß,

dem sich General von Ebbinghaus mit seinem Offizierkorps zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zur Verfügung gestellt hat. Die genannten Körperschaften werden geeignete Fachleute für die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte heranziehen ohne Rücksicht auf ihre politische oder religiöse Gesinnung.

Die Regierung ist provisorisch und betrachtet es als ihre erste Aufgabe, eine konstituierende Landesversammlung auf Grund der in unserem Programm bekannt gegebenen Wahlrechtsforderungen vorzubereiten.

Die Regierung wird eine umfassende Amnestie erlassen.

Sie fordert die Bevölkerung auf, die Sicherheitsorgane bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen, sowie die Arbeit wieder aufzunehmen.

Unberufenen Elementen, die sich öffentliche Ämter anmaßen, ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Berechtigt zu Amtshandlungen sind nur die mit amtlichem Ausweis versehenen Vollzugsbeamten.

Für den Schutz von Leben und Eigentum ist Vorsorge getroffen. Die Soldaten gehorchen dem von ihnen gewählten Soldatenrat.

Von den öffentlichen Beamten, insbesondere dem Personal der Verkehrsanstalten, erwarten wir, daß sie weiter ihre Schuldigkeit tun.

Freies Versammlungs- und Vereinsrecht ist für alle Zivil- und Militärpersonen gewährleistet.

Es werden umfassende soziale Reformen vorbereitet.

Die Bevölkerung der übrigen Gemeinden des Landes fordern wir auf, sich dem von der Stuttgarter Bevölkerung gegebenen Beispiel anzuschließen und in den wirtschaftlichen und sonstigen Beziehungen zur Landeshauptstadt keine Stockung eintreten zu lassen. Wir werden es als unsere besondere Pflicht ansehen, uns der Interessen der gesamten Bevölkerung des Landes und sonstiger Erwerbsschichten aufs nachdrücklichste anzunehmen.

Wir entbieten brüderlichen Gruß den Arbeitern und Soldaten aller Länder und fordern sie auf, mit dem revolutionären deutschen Volk solidarisch zu handeln und damit einen baldigen dauernden Frieden der Gerechtigkeit herbeiführen zu helfen.

Stuttgart, den 9. November 1918.

Die provisorische Regierung.
Crispien.

Vorsitz: Blos. Auswärtiges: Blos. Inneres: Crispien. Arbeitsministerium: Lindemann. Finanzen: Talheimer. Kultus: Heymann. Justiz: Mattutat. Krieg: Schreiner.

Es ist überall das gleiche Bild. Die Bewegung beginnt bei den Soldaten und Matrosen, Militär- und Zivilbehörden unterwerfen sich, und der Monarch dankt ab oder wird abgesetzt. Nur die Form, in der die Fürsten ihren Hoheitsrechten entsagen, ist verschieden. Bei dem einen kühl, förmlich, bei den andern geschäftsmäßig, und bei den besten menschlich sympathisch:

Der badische Staatsminister a. D. Freih. v. Bodman teilte der Regierung folgende Erklärung des Großherzogs mit:

Ich will kein Hindernis derjenigen Neugestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse des badischen Landes sein, welche die verfassunggebende Versammlung beschließen wird. Bis zu deren Entscheidung verzichte ich auf die Ausübung der Regierungsgewalt. Ich wünsche auch für den Fall, daß die provisorische Regierung es für ein Gebot der Stunde erachten sollte, die republikanische Staatsform schon vor der Entscheidung der verfassunggebenden Versammlung zu beschließen, daß die Beamten im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit ihren Dienst weiter führen, und daß niemand sich durch Rücksichten auf meine Person oder die Treue und Anhänglichkeit für mich und mein Haus abhalten läßt, die Anordnungen der neuen Regierung zu befolgen. Gott schütze mein liebes Badener Land!

Karlsruhe, 14. November 1918.

Freih. v. Bodman, Staatsminister a. D.

Darauf erließ die vorläufige Regierung folgenden Aufruf:

1. Der Großherzog hat auf die Ausübung der Regierungsgewalt verzichtet.

2. Alle Staatsgewalt ist in den Händen der badischen vorläufigen Volksregierung.

3. Wir erklären hierdurch, daß Baden eine freie Volksrepublik ist.

4. Endgültig über die Staatsform entscheidet die badische Nationalversammlung.

5. Die Nationalversammlung wird am Sonntag, den 5. Januar 1919 gewählt. Sie tritt innerhalb zehn Tagen nach der Wahl in Karlsruhe zusammen.

6. Die Wahl zur Nationalversammlung findet nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht auf Grund des Verhältniswahlsystems durch alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen statt, welche am Tage der Wahl Badener sind.

Karlsruhe, 14. November 1918.

Die badische vorläufige Volksregierung.
Der Präsident: Geiß.

Es folgte dann der förmliche Verzicht des Großherzogs:

„An das badische Volk!

Wie ich am 14. November 1918 erklärt habe, will ich kein Hindernis sein derjenigen Neugestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse des badischen Landes, welche die verfassunggebende Versammlung beschließen wird. Nachdem mir nunmehr bekannt geworden ist, daß viele Badener sich durch den Treueid in ihrem Gewissen gehemmt fühlen, bei der Vorbereitung der Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung sich so zu betätigen, wie sie es nach den tatsächlichen Verhältnissen und insbesondere nach der Lage im Reiche für geboten erachten, entbinde ich die Beamten, Soldaten und Staatsbürger ihres Treu-

eides und verzichte auf den Thron. Diesen Verzicht erkläre ich mit der Zustimmung meines Vetters, des Prinzen Max von Baden, auch für ihn und seine Nachkommenschaft.

Mein und meiner Vorfahren Leitstern war die Wohlfahrt des badischen Landes. Sie ist es auch bei diesem, meinem letzten, schweren Schritt. Meine und der Meinigen Liebe zu meinem Volke hört nimmer auf! Gott schütze mein liebes Badener Land!

Schloß Langenstein, den 22. November 1918.

Friedrich."

Die badische Regierung bildete sich nicht rein sozialdemokratisch. Den Vorsitz führte der Sozialdemokrat Geiß, neben den beiden sozialdemokratischen Parteien sind auch Nationalliberale, Fortschrittler und Zentrum beteiligt. Das Amt des Auswärtigen wird in die Hände eines Nationalliberalen gelegt. Die Unabhängigen besetzen die Ämter des Krieges und der sozialen Angelegenheiten; die Sozialdemokraten die der Justiz, des Verkehrs und des Unterrichts; das Zentrum die der Finanzen und der Ernährung. Minister des Innern ist der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Haas.

Im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin war die revolutionäre Bewegung durch die Matrosen, die Marineflieger und die Rostocker Werftarbeiter frühzeitig in Gang gekommen. Schon am 8. November erschienen die Vertreter des Schweriner Arbeiter- und Soldatenrates vor dem Großherzog und dem Staatsministerium, um ihre Wünsche vorzutragen. Der Großherzog und das Ministerium nahmen diese entgegen und haben nachmittag 4 Uhr durch den Staatsminister Dr. Langfeld den Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates, sowie den anwesenden Reichstagsabgeordneten Dr. Wendorff und Sivkovich die Entschließung des Großherzogs vorgetragen. Diese lautet:

„Nachdem uns von Vertretern weiter Kreise der Bevölkerung dringende Wünsche wegen der politischen Neuordnung kundgegeben worden sind, bestimmen wir hiermit das nachfolgende:

1. Es soll sofort in Mecklenburg eine auf den Grundsätzen des parlamentarischen Systems beruhende Landesverfassung eingeführt werden, die eine Vertretung des Volkes durch eine Kammer vorsieht, welche auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrechts gewählt wird.

2. Wir haben den Mitgliedern unseres Staatsministeriums auf ihre Bitte die Entlassung aus ihren Ämtern in Gnaden bewilligt.

3. Wir werden bald ein neues Ministerium bilden aus einer größeren Zahl von Angehörigen der in Mecklenburg vertretenen Parteien der Linken des Reichstages.

Friedrich Franz."

Man hoffte, mit diesen Zugeständnissen die alte abotritische Monarchie erhalten zu können, aber ihre Zeit war, wie die der übrigen deutschen Monarchien, vorüber, Friedrich Franz IV. entsagte bald darauf dem Throne und begab sich nach Dänemark.

In Oldenburg wurde am 7. November eine große Versammlung abgehalten, die von den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten geleitet wurde; sie verlief im allgemeinen ruhig. Es wurde ein Soldatenrat gebildet, und dann fand ein großer Umzug durch die Stadt statt, ohne daß Unruhen dabei vorgekommen wären, weil das Militär sich in allen Teilen zurückhielt. Große Teile der in Oldenburg liegenden Regimenter beteiligten sich nicht an der Kundgebung. Die sozialdemokratischen Leiter hielten streng auf Ruhe und Ordnung. Bald darauf meldeten die „Oldenburger Nachrichten":

„Der Großherzog Friedrich August hat für sich und die Dynastie auf den Thron verzichtet. Die letztwillige Kundgebung des Großherzogs ist eine dringende Aufforderung an die gesamte Bevölkerung, Ruhe zu bewahren."

Der Großherzog von Sachsen-Weimar hat am 9. November die Krone niedergelegt. Die Urkunde lautet folgendermaßen:

„Dem von den Vertretern des Soldaten- und Arbeiterrates ausdrücklich ausgesprochenen Wunsch, für mich und meine

Familie auf den Thron zu verzichten, um dem drohenden Bürgerkrieg vorzubeugen, leiste ich Folge und erkläre, daß ich für mich und meine Familie für alle Zeit auf die Thronfolge in Sachsen-Weimar-Eisenach verzichte."

Der Großherzog von Hessen, der immer freiheitlich gesinnt war, ist gleichfalls von der revolutionären Welle weggespült worden. Jedenfalls muß ihm von der Geschichte das Zeugnis ausgestellt werden, daß er sich eifrig bemüht hat, den Frieden herbeizuführen. Er war stets für eine Verständigung mit dem Zaren, und seinen Bemühungen ist es zu danken, daß der Weltkrieg nicht schon früher ausbrach. Welch große Dienste dieser bescheidene und wohlwollende Fürst unserem Vaterland geleistet hat, das wird erst bekannt werden, wenn er sich entschließt, einmal seine Tagebücher zu veröffentlichen. Auch er versuchte zunächst ein Kompromiß. Am 8. November verordnete er:

„Bis zur endgültigen Regelung der schwebenden Fragen und mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage wird zur Mitwirkung bei Regierungsgeschäften ein Staatsrat gebildet, dem neben den im Amt befindlichen Ministern Mitglieder beider Kammern der Landstände angehören. Das Staatsministerium ist mit der Ausführung betraut.

Die Kammer hat die mitgeteilten Beschlüsse betreffend Parlamentarisierung in Hessen einstimmig angenommen."

Aber auch das Großherzogtum Hessen wurde Republik, schon am 10. November wurde vom Arbeiter- und Soldatenrat die Republik ausgerufen und der Großherzog Ernst Ludwig für abgesetzt erklärt.

Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

„Arbeiter und Bürger!

Die Regierungsgewalt ist auf das Volk übergegangen. Es ist frei und mündig, um sein Schicksal selbst zu bestimmen. Soldaten, Arbeiter, Bürger! Schließt die Reihen. Ein freies Volk schafft seine freie Zukunft. In folgenden sieben Punkten faßt der Arbeiter- und Soldatenrat seine Ansicht zusammen:

1. Der sozialistischen Fraktion der bisherigen Zweiten Kammer wird die Bildung des Ministeriums übertragen.

2. Der von dieser gebildeten Regierung wird aufgetragen, binnen drei Tagen ein Gesetz zur Wahl einer Landesversammlung vorzulegen, das den Grundsätzen der Verhältniswahl entspricht. Wahlberechtigt soll jeder großjährige Hesse sein.

3. Großherzog Ernst Ludwig wird abgesetzt und das Großherzogtum als Republik erklärt. Die großherzoglichen Domänen verfallen dem Lande.

4. Alle Sonderrechte der Geburt und des Standes werden beseitigt.

5. Sämtliche im Großherzogtum bestehenden Fideikommisse sind aufzulösen.

6. Vollständige Glaubens- und Gewissensfreiheit wird gewährleistet.

7. Trennung von Kirche und Staat. Das Volk wird aufgerufen zur Tat. Die Vorgänge sind abgeschlossen, das Tor der Zukunft steht offen. Tretet ein mit entschlossenem Geist und helft mit, den neuen Volksstaat stark und gesichert zu errichten."

Am 13. November wurde dann das neue Ministerium gebildet, wie in Baden aus Mitgliedern der verschiedenen Parteien. Ministerpräsident wurde der Abgeordnete Ulrich, der schon seit Jahren mit dem Großherzog befreundet war und den Fürsten in die Lehren der Sozialdemokratie eingeführt hat. Zugleich die Leitung des Ministeriums des Innern und die Leitung der Finanzen übernahm der deutsch-fortschrittliche Abgeordnete Beigeordneter Henrich-Darmstadt, die Justiz der Zentrumsabgeordnete Justizrat von Brentano-Offenbach, die Leitung des Kultusministeriums der deutsch-fortschrittliche Abgeordnete Prof. Uhrstadt-Gießen. Die Leitung der Ministerialabteilung für Ernährungswesen übernahm der sozialdemokratische Abgeordnete Neumann, die des Arbeitsamtes der sozialdemokratische Abgeordnete Rab. Die Ministerialabteilung für Inneres der sozialdemokratische Abgeordnete Fulda.

Nicht so ruhig vollzog sich die Umwälzung im Herzogtum Braunschweig. Schon am 7. November wurde in der Stadt Braunschweig bei allen größeren Betrieben die Arbeit eingestellt. Am folgenden Morgen zog eine große Demonstration vor das herzogliche Schloß. Bewaffnete Matrosen drangen dann ein, zogen die herzogliche Flagge herunter und setzten an ihre Stelle die rote Demonstrationsfahne. Darauf eilten die Matrosen in die herzoglichen Gemächer. Bahnhöfe, Post, Polizei, Kasernen wurden durch bewaffnete Soldaten besetzt. Alle Gefangenen, männliche und weibliche, sind aus den Militär- und Zivilgefängnissen befreit worden und schlossen sich den Aufständischen an.

Nachdem wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der die Regierungsgewalt übernahm. In Wolfenbüttel kam es zwischen der dort garnisonierenden Artillerie und braunschweigischen Soldaten, die in Automobilen angekommen waren, zu scharfen Zusammenstößen. Am Abend wurde folgendes Extrablatt in Braunschweig verbreitet:

„Nachdem ich durch Fühlungnahme mit den verschiedensten Bevölkerungskreisen die Überzeugung gewonnen habe, daß auch die letzten Vorschläge zur Umgestaltung des Landtagswahlrechts zur Erhaltung befriedigender Zustände im Herzogtum nicht ausreichen, haben wir uns entschlossen, sofortige Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts im Sinne des Reichstagswahlrechts dem Landtage vorzuschlagen.

Herzog Ernst August, Staatsministerium."

Etwas später ging eine Deputation des Soldaten- und Arbeiterrates ins Residenzschloß und legte dort dem Herzog ein Schriftstück vor, des Inhalts, daß er für sich und seine Nachkommen auf den Thron in Braunschweig verzichte. Der Herzog hat dieses Schriftstück nach kurzer Bedenkzeit unterzeichnet und außerdem durch seine Minister unterzeichnen lassen.

Ganz ähnlich vollzog sich die Umgestaltung in den übrigen Bundesstaaten, in Sachsen-Altenburg, in Meiningen, in Koburg-Gotha, in Anhalt und in Lippe. Nur der Fürst

von Waldeck-Pyrmont lehnte den freiwilligen Rücktritt ab und wurde vom Arbeiter- und Soldatenrat abgesetzt.

Damit hatte die Revolution im ganzen Deutschen Reiche den Sieg errungen, und nun traten Bestrebungen hervor, auch die alten, geschichtlich geworden Einzelstaaten aufzulösen und in größere Staatsgebilde zusammenzuschweißen. Eine starke Bewegung richtete sich gegen Preußen, das vermöge seiner Größe in dem zukünftigen republikanischen Staatenbund Deutschland einen überragenden Einfluß ausüben würde, dem sich die andern Bundesstaaten zu entziehen strebten. Charakteristisch ist, daß diese Bewegung von dem Westen ausging, dem Rheinland, das schon immer etwas mit den Franzosen geliebäugelt hatte. Nun haben die Rheinländer ernstlich erwogen, sich vom Deutschen Reich zu trennen und eine Republik Rheinland zu gründen, man hat sich sogar in den letzten Novembertragen des Jahres 1918 schon über die Grenzen des neuen Staates Gedanken gemacht. Nach Süden sollen Hessen und Rheinpfalz die Grenze bilden, jedenfalls soll das gesamte Industriegebiet einverleibt werden. Eine andere Idee ging von Elsaß-Lothringen aus, das der französischen Heeresleitung den Wunsch ausdrückte, mit dem Rheinland vereinigt, einen neuen republikanischen Staat zu bilden, eine Idee, die natürlich von Frankreich nur gefördert werden kann.

Die Gründe, die den rheinischen Bürger zu dieser Absage an das Reich veranlassen, sind in erster Linie die Gegnerschaft gegen die sozialistische Republik, die mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel als einem Hauptprogrammpunkte vorgeht. Die rheinische Großindustrie sieht darin eine Gefahr für ihren Besitz und will dieser Gefahr durch ein eigenes Staatswesen, mit Anschluß an das kapitalistische Frankreich, entgehen. Auch die Trennung von Kirche und Staat, die von dem preußischen Kultusminister Adolf Hoffmann ein wenig stürmisch gefordert wurde, hat die sehr kirchlich gesinnten Kreise des Rheinlandes kopfscheu gemacht und dem industriellen Zug nach dem Westen eine starke Gefolgschaft gewährt.

Im Osten sind es Polen und Litauer, die wertvolle Gebiete

von Preußen losreißen wollen und zum Teil schon losgerissen haben. Es sind dies zwei ungeheure Gefahren, die uns die Revolution gebracht hat, und leider ist die Regierung nicht stark genug, beide abzuwehren. Und was sie vor dem Friedensschluß nicht tut, wird nachher nicht mehr zu tun möglich sein, denn die Entente will die Zerstückelung Preußens, sie wird also im Friedensschluß sowohl den Raub der Polen, als auch die Loslösung der Rheinlande gutheißen. Ein starres Festhalten an den programmatischen Doktrinen Erfurts über die Sozialisierung treibt unweigerlich Rheinland dem Westen in die Arme, ein staatskluges Nachgeben würde sie erhalten, während zwei regierungstreue Infanteriedivisionen das degenerierte Polenpack über die Grenze jagen würden.

Fünfter Abschnitt

Entwicklungen und Hemmungen

1. Rechtsstaat oder Diktatur

Jede Revolution hat zwei natürliche Gegner, einen von außen und einen von innen. Demgemäß hat sie auch zwei natürliche Entwicklungsziele, das eine sucht rückläufig die alte Ordnung wieder herzustellen, das andere geht radikal vorwärts zu einem Maximum der revolutionären Forderungen. Oberflächliche Beobachter haben darin eine Kurve sehen wollen, die über einen radikalen Höhepunkt zur Monarchie zurückläuft, und das wohlhabende Bürgertum hat sich von diesem Gesichtspunkt aus mit den gegebenen Tatsachen abgefunden, es glaubt am besten seine Interessen zu vertreten, wenn es ruhig bleibt und seine Zeit abwartet.

Das ist ein verhängnisvoller Irrtum. Solange das Bürgertum nicht das doppelpolige Prinzip der revolutionären Entwicklung erkennt und auf die rückläufige Kurve wartet, wird es plötzlich vor verschlossener Tür halten und seine Lebensinteressen von einer proletarischen Diktatur vertreten sehen.

Das Bürgertum hat die dringende Pflicht, die gemäßigt sozialistische Regierung zu unterstützen und gegen die beiden Bewegungen des doppelpoligen Entwicklungsprinzips mit der Regierung Schulter an Schulter anzukämpfen.

Die deutsche Revolution von 1918 hat von Anfang an klar den Doppelpolarismus gezeigt, aber nicht in dem Sinne, daß eine monarchistische Gegenrevolution einerseits und eine radikale Gegenrevolution anderseits die durch die Novembertage aufgekommenen Machthaber stürzen will, sondern daß die Machthaber durch eine Nationalversammlung des ganzen Volkes einen

neuen Rechtsstaat aufzubauen streben, während eine radikale Minderheit eine proletarische Diktatur aufrichten will.

Einer monarchistischen Gegenrevolution war durch die Flucht des Kaisers die symbolische Führung entzogen, sie tobte sich in unbedeutenden Aktionen aus, in Befehlen einzelner Generale, die Soldatenräte zu verbieten und die roten Fahnen und Abzeichen zu entfernen. Zu einer Gegenbewegung, die der revolutionären Regierung hätte gefährlich werden können, ist es nicht gekommen. Das hat der gesunde Sinn des Bürgers im Zivilkleid und im Waffenrock verhindert. Und der gesunde Sinn — auch das muß gerechterweise anerkannt werden — der sozialistischen Reichsregierung, die sich sofort auf den Boden des Rechtsstaates stellte.

Anders lag der Fall mit den Gegnern aus dem eigenen Lager, der linksradikalen Gruppe, an deren Spitze der Abgeordnete Karl Liebknecht stand. Karl Liebknecht, der Sohn von Wilhelm Liebknecht, dem alten Vorkämpfer der sozialdemokratischen Partei, ist Rechtsanwalt und ein Redner von fanatisierendem Schwung. Mit den wegwerfenden Worten seiner Gegner, wie „irrsinniger Verbrecher", ist diese Persönlichkeit nicht abzutun, auch diejenigen, die seine Ehrlichkeit antasten wollen, lassen sich nur von blindem Parteihaß leiten. Ich werde versuchen, ihm und seinen Ideen geschichtliche Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Zu diesem Zweck müssen wir uns ein wenig mit seinen Gedanken beschäftigen.

Er ist Bolschewist, das beweist seine Verbindung mit den Führern der russischen Revolution, aber der Bolschewismus verliert sofort all seine Schrecklichkeit, wenn man absieht von den äußeren Formen der Gewalt, womit er sich in Rußland durchzusetzen bemüht ist. Bolschewismus oder, wie er früher hieß, Maximalismus, ist die Durchführung aller Forderungen des internationalen Sozialismus, vor allem die Errichtung eines rein kommunistischen Staatswesens. Karl Marx bezeichnet als das Ideal des Kommunismus die Forderung: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen."

Um dies Ideal zu erreichen ist notwendig die Beseitigung des Kapitals als verdienendem Element, die Umwandlung der Lohnarbeit in tatsächliche Werterzeugung und Austausch der erzeugten Werte nach Maßgabe des Bedürfnisses. Dabei ist in Rechnung zu ziehen, wie hoch das Bedürfnis des einzelnen ist, und philosophisch gedacht, kann kein Mensch mehr Werte aufnehmen, als er zur irdischen Glückseligkeit bedarf. Die volle Befriedigung irdischen Wollens und Erlebens muß im kommunistischen Staat für jeden einzelnen erreicht werden. Dies wird immer Gradunterschiede erzeugen, aber nicht mehr den krassen Gradunterschied, der zwischen dem reichen, Kapital anhäufenden Unternehmer und dem besitzlosen Proletarier besteht. Dazu kommt, daß der Gradunterschied des Bedürfnisses an der ideellen Gleichheit der Menschen nichts ändern wird, selbst wenn ganze Volksgruppen in höhere Bedürfnisklassen hineinwachsen. Die Umwelt und die Arbeit, die Veranlagung und die natürliche Aufnahmefähigkeit werden als starkes Korrektiv Ausschreitungen verhüten. Vor allem die Arbeit. Denn die Forderung, daß jeder für seine Bedürfnisse arbeitet, wird im kommunistischen Staat mit aller Strenge gestellt werden müssen. Wer arbeitsfähig ist und keine Arbeit leistet, den wird das Staatswesen ausstoßen, denn für Drohnen ist kein Platz. Es wird aber auch jeder einzelne mehr arbeiten müssen, als er Werte erzeugt, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, denn es ist nötig, daß über die Bedürfnismenge hinaus Werte erzeugt werden, die sich als Kapital oder Waren darstellen, um durch Handel Erzeugnisse anderer Länder erwerben zu können. Das Kapital aber wird nicht einem Unternehmer zugute kommen, sondern wird Besitz der Allgemeinheit, des Staates sein.

Das ist rein philosophisch gedacht der Bolschewismus oder der internationale Kommunismus. Aber er ist für ein oder zwei Völkerkomplexe nicht durchführbar, denn er bedarf zu seiner völligen Auswirkung des Internationalismus. Praktisch gesprochen, wenn Deutschland und Rußland sich in bolschewistische Staatswesen verwandelten, so würden sie an der Gegnerschaft der kapitalistisch-

imperialistischen Entente zugrunde gehen. Beide Staaten würden zwar, vermöge der ungeheuren Gebiete, über die Rußland in Europa und Asien verfügt, ihr Dasein fristen, aber niemals die zur irdischen Glückseligkeit oder auch nur Befriedigung notwendigen Werte erzeugen können. Die Folge würde sein, daß die Arbeit in den beiden verbundenen bolschewistischen Staatswesen nicht genügend hoch bewertet erscheinen würde, und die Lebenshaltung weit unter das Maximalbedürfnis jedes einzelnen sinken würde. Es würde ein Aufspeichern von unverkäuflichen Werten entweder, oder ein Sinken der Arbeit eintreten, beides schwerste Verfallserscheinungen. Zwischen den kommunistischen Staaten und den kapitalistischen würde jener Klassenunterschied im großen eintreten, den der Bolschewismus gerade bekämpfen will, der Unterschied zwischen Unternehmer und Proletarier. Es würde ein Staatsproletaiat erzeugt.

Der Weg zum Kommunismus geht also nur über den Internationalismus.

Und das ist auch der Weg, den Karl Liebknecht gehen will, er will unsere kapitalistischen Gegner durch die Revolution im eigenen Lande stürzen. Durch die heutige Kompromißrevolution, die minimalistische, wird, so sagt sich Liebknecht, unsere westliche Industrie verloren gehen, sie wird aus Angst vor der Sozialisierung eine selbständige bürgerlich-kapitalistische Republik mit dem Anschluß an die Entente gründen. Durch den Nationalismus verliert die deutsche Republik den Osten an die Polen und Litauer, den Norden an die Dänen, und es bleibt ein lebensunfähiger Torso übrig. Wie ist dem zu begegnen? Nur durch den Weltbolschewismus. Bolschewisten gibt es in allen uns umgebenden Staaten, und ich nehme an, daß Liebknecht mit ihnen allen Fühlung gewonnen hat, und daß bereits ein Weltplan besteht, den Kommunismus überall durchzuführen. Und nun würde Deutschland alles das, was es jetzt durch die kapitalistisch-imperialistische Entente verliert, durch die kommunistische Weltrevolution zurückerhalten. Ohne Zweifel ist das ein Weg zur Errettung Deutschlands aus den schweren Nöten, in die es durch den Krieg

gestürzt worden ist. Aber es muß doch sehr fraglich erscheinen, ob der Weg, den Liebknecht und die von ihm begründete Partei einschlägt, die schärfste Opposition der Reichsregierung, gangbar ist, denn es ist der Weg der rücksichtslosesten Gewalt. Er will die Diktatur des Proletariats, also die Herrschaft einer Klasse, einer Minderheit, ein Zustand, der natürlich für jeden politisch denkenden Mann unerträglich ist, und der den heftigsten Bürgerkrieg auslösen muß.

Der Bolschewismus oder Kommunismus ist nicht auf dem Wege der Gewalt einzuführen, nur auf dem Wege der Entwicklung, und auch nicht in einer Zeit wie der unsrigen, wo durch die jahrelangen Entbehrungen die Menschen so furchtbar erregt sind, daß sie sich in wilder Leidenschaft auf jedes Genußmittel stürzen würden, das sich bietet, wo außerdem die körperlichen und geistigen Kräfte derart aufgebraucht sind, daß jenes Maß von Arbeit nicht geleistet werden kann, das nötig ist, um alle Bedürfnisse zu befriedigen. Erst muß eine Sättigung der Bedürfnisse eingetreten sein. Darum ist zur Stunde nur ein Zusammenfassen aller Volkskräfte zum Aufbau nötig, nicht Gewalt, die auch das noch Bestehende vernichten würde.

Die Parteigruppe Liebknechts hat sich in einer Reichskonferenz am 30. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus als „Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (Spartakusbund)“ konstituiert.

Den Namen Spartakusbund führt sie nach dem Pseudonym eines linksradikalen Sozialisten, der im Jahre 1916 politische Briefe unter dem Namen des römischen Sklavenführers Spartacus veröffentlichte. Die Theorie der Partei vertritt Frau Rosa Luxemburg, zweifellos die stärkste Willenskraft der radikalen Gegenrevolution.

Die Opposition des Spartakusbundes gegen die Regierung Ebert-Haase hatte vor allem zum Zielpunkt die Nationalversammlung. Die Opposition sieht darin eine Schädigung der Revolution, deren Errungenschaften durch dies Parlament in Frage gestellt würde. Sie will also durch eine Diktatur der Arbeiter- und

Soldatenräte die Revolution bis zur Erreichung ihrer Maximalforderung durchführen. Dagegen will die Regierung ihr Mandat vom ganzen Volke haben. Ihre Mitglieder nennen sich demnach auch Volksbeauftragte, den Reichskanzlertitel hat Ebert schon in den ersten Tagen der Revolution stillschweigend abgelegt. Sie betrachten die Arbeiter- und Soldatenräte nur als eine Kampforganisation, die vorläufig alle politische Gewalt in Händen hat, die aber von der Bühne abtreten muß, sobald die Nationalversammlung gewählt ist.

Daß eine so vielgestaltige Gruppenorganisation, wie die Arbeiter- und Soldatenräte Berlins, nicht regierungsfähig sein konnte, war schon in der ersten Stunde der Revolution erkannt worden. Darum waren schon am roten Sonntag nachmittags fünf Uhr die Berliner Arbeiter- und Soldatenräte im Zirkus Busch zusammengetreten, um einen Aktionsausschuß zu wählen. Es war dies die denkwürdige Versammlung, in der die Regierung Ebert-Haase berufen wurde. Es waren etwa dreitausend Arbeiter und Soldaten anwesend, und es wurde vorgeschlagen, daß der Aktionsausschuß sich aus zehn Arbeitervertretern, je fünf Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, und zehn Soldatenvertretern zusammensetzen sollte. Dieser Vorschlag fand allgemeinen Beifall, und es wurden demnach gewählt als Arbeiterräte: Barth, Müller, Eckert, Wegmann, Neuendorf, Ledebour von den Unabhängigen; von der Mehrheitspartei: Heller, Fühlig, Rusch, Büchel, Wirt, Mainz. Von den Soldaten: von Behrfelde, Molkenbuhr, Liedke, Gerhard, Hertel, Lemper, Paasche, Walz, Bergmann, Köhler, Portner, Strobel, Eckmann, Bünzel.

Um den Geist der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte zu charakterisieren, diene der Aufruf, den sie am selben Tage, da sie den Aktionsausschuß, oder wie er sich bei seinem Zusammentritt in löblicher Verdeutschung nannte, „Vollzugsrat“, wählten, an das werktätige Volk erließen:

„Das alte Deutschland ist nicht mehr. Das deutsche Volk hat erkannt, daß es jahrelang in Lug und Trug gehüllt war.

Der vielgerügte, dem ganzen Volke zur Hochachtung empfohlene Militarismus ist zusammengebrochen. Die Revolution hat von Kiel aus ihren Siegesmarsch angetreten und hat sich siegreich durchgesetzt.

Die Dynastien haben ihre Existenz verwirkt. Die Träger der Kronen sind ihrer Macht entkleidet.

Deutschland ist Republik geworden, eine sozialistische Republik. Sofort haben sich die Gefängnis-, Arrest- und Zuchthausmauern für die wegen politischer und militärischer Verbrechen Verurteilten und Verhafteten geöffnet.

Die Träger der politischen Macht sind Arbeiter- und Soldatenräte. In allen Garnisonen und Städten, in denen noch kein Arbeiter- und Soldatenrat besteht, wird sich die Bildung solcher Räte rasch vollziehen.

Die Aufgabe der provisorischen Regierung, die von dem Arbeiter- und Soldatenrat Berlins gewählt ist, wird es in erster Linie sein, den Waffenstillstand abzuschließen und dem blutigen Gemetzel ein Ende zu machen.

Sofortiger Friede ist die Parole der Revolution. Wie auch der Friede aussehen wird, er ist besser als die Fortsetzung der ungeheuren Massenschlachtungen.

Die rasche und konsequente Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel ist nach der sozialen Struktur Deutschlands und dem Reifegrad seiner wirtschaftlichen und politischen Organisationen ohne starke Erschütterungen durchführbar.

Sie ist notwendig, um aus den blutgetränkten Trümmern eine neue Wirtschaftsordnung aufzubauen, um die wirtschaftliche Versklavung der Volksmassen, den Untergang der Kultur zu verhüten.

Alle Arbeiter, Kopf- und Geistesarbeiter, welche hierfür eintreten, sind zur Mitarbeit berufen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat ist von der Überzeugung durchdrungen, daß in der ganzen Welt sich eine Umwälzung in der gleichen Richtung vorbereitet. Er erwartet mit Zuversicht,

daß das Proletariat der anderen Länder seine ganze Kraft einsetzen wird, um eine Vergewaltigung des deutschen Volkes bei Abschluß des Krieges zu verhindern.

Er gedenkt mit Bewunderung der russischen Arbeiter und Soldaten, die auf dem Wege der Revolution vorangeschritten sind, er ist stolz, daß die deutschen Arbeiter und Soldaten ihnen gefolgt sind und damit den alten Ruhm, Vorkämpfer der Internationale zu sein, wahren. Er sendet der russischen Arbeiter- und Soldatenregierung seine brüderlichen Grüße.

Er beschließt, daß die deutsche republikanische Regierung sofort die völkerrechtlichen Beziehungen zu der russischen Regierung aufnimmt und erwartet die Vertretung dieser Regierung in Berlin.

Durch den entsetzlichen, über vier Jahre währenden Krieg ist Deutschland auf das fürchterlichste verwüstet. Unermeßliche materielle und moralische Güter sind vernichtet. Aus diesen Verwüstungen und Zerstörungen neues Leben herauszurufen, ist eine Riesenaufgabe.

Der Arbeiter- und Soldatenrat ist sich dessen bewußt, daß die revolutionäre Macht die Verbrechen und Fehler des alten Regimes und der besitzenden Klassen nicht mit einem Schlage gutmachen, daß sie den Massen nicht sofort eine glänzende Lage verschaffen kann. Aber diese revolutionäre Macht ist die einzige, die noch retten kann, was zu retten ist. Die sozialistische Republik ist einzig imstande, die Kräfte des internationalen Sozialismus zur Herbeiführung eines demokratischen Dauerfriedens in der ganzen Welt auszulösen.

Es lebe die deutsche sozialistische Republik!"

Seine erste Kundgebung erließ der neugewählte „Vollzugsrat der Arbeiter und Soldatenräte" am 12. November:

„An die Einwohner und Soldaten Groß-Berlins!

Der von den Arbeiter- und Soldatenräten Groß-Berlins gewählte Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats hat seine Tätigkeit aufgenommen.

Alle kommunalen, Landes-, Reichs- und Militärbehörden setzen ihre Tätigkeit fort. Alle Anordnungen dieser Behörden erfolgen im Auftrage des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats. Jedermann hat den Anordnungen dieser Behörde Folge zu leisten.

Alle seit Beginn der Revolution im Bereiche Groß-Berlins provisorisch gebildete Körperschaften, auch solche, die den Namen Arbeiter- und Soldatenrat führen und bestimmte Verwaltungsmaßnahmen ausgeführt haben, treten sofort außer Kraft.

Alle weiteren Anordnungen und Verfügungen werden von den zuständigen zivilen und militärischen Stellen schnellstens erlassen werden.

Alle Bekanntmachungen und Verfügungen des Vollzugsrates werden von den beiden Vorsitzenden Richard Müller und v. Beerfelde unterzeichnet werden.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates:

Emil Barth, v. Beerfelde; Bergmann, Felix Bernhagen, Otto Braun, Franz Buchel, Cohen, Erich Däumig, Heinrich Denecke, Paul Eckert, Chr. K. Finzel, Gelberg, Gustav Gerhardt, Gierth, Gustav Heller, Ernst Jülich, Georg Ledebour, Maynitz, Brutus Molkenbuhr, Richard Müller, Paul Neuendorf, Hans Paasche, Walter Portner, Colin Roß, Oskar Rusch, Otto Strobel, Waltz, P. Wegmann."

Die Stellung, die der Vollzugsrat gegenüber den Volksbeauftragten, also dem Revolutionsministerium, einnahm, war noch nicht festgelegt, sie bedurfte dringend der Klärung, und so fand schon am Abend des roten Sonntags in der Reichskanzlei eine Besprechung statt, die bis tief in die Nacht hinein andauerte. Deren Ergebnis war, daß der Vollzugsrat als eine Aufsichtsbehörde mit Machtbefugnissen, wie sie im Frieden etwa der Reichstag gehabt hatte, den Volksbeauftragten übergeordnet wurde. Aber sein Machtbereich war noch dahin erweitert worden, daß ihm auch bei Ernennung der Volksbeauftragten und bei Ver-

teilung der Ressorts die Entscheidung übertragen wurde. Er tagte in Permanenz im Plenarsaal des Herrenhauses und war somit die eigentliche Regierungsgewalt, die aber, da er im wesentlichen sich aus Mehrheitssozialisten zusammensetzte, geschlossen hinter Ebert, Scheidemann und Landsberg stand, wodurch diese drei Volksbeauftragten eine starke Stütze gegenüber ihren unabhängigen Kollegen erhielten.

Demgemäß konnte nach Erledigung der zunächst wichtigsten Arbeiten an die Durchführung der Wahlen zur Nationalversammlung herangegangen werden. Auch die unabhängigen Mitglieder der Reichsregierung fügten sich, wenngleich gegen ihre Überzeugung, sie erlangten nur eine Hinausschiebung der Wahlen bis in den Februar 1919.

Nun aber erhob sich ein lebhafter Streit für und wider die Nationalversammlung, der die nächsten Wochen ausfüllte, und der sich im Januar 1919 zu blutigen Auseinandersetzungen steigern sollte.

Die Einleitung zu diesem Streit bildete die Tagung der Berliner Arbeiterräte am 19. November im Zirkus Busch, in der Richard Müller, der Vorsitzende des Vollzugsausschusses, das leidenschaftliche Wort sprach: „Nur über meine Leiche geht der Weg zur Nationalversammlung." Der Berliner Volkswitz, der selbst in dieser schwersten Zeit nicht schweigen konnte, nannte den Redner zum Unterschied von anderen seines Namens in der Revolutionsbewegung den „Leichenmüller". Der Redner war noch ganz von der Sorge über eine Gegenrevolution beherrscht, die von rechts unter keinen Umständen zu erwarten war, und er sah in der Nationalversammlung nur ein Instrument der Gegenrevolution. In diesem Sinne sagte er: „Auf diesem Umwege will man die Gewalt wieder in die Hände der bürgerlichen Parteien zurückverlegen. Wir wollen keine demokratische, wir wollen eine soziale Republik!

Die Frage der Konstituante ist eine Frage der Zukunft. Wir werden die Gewalt nicht mehr aus den Händen geben. Wenn wir die Nationalversammlung jetzt einberufen, so versetzen wir der

Revolution den Todesstoß! Der Weg zur Konstituante geht über meine Leiche! (Lebh. Beifall.) Gewiß betrachten wir uns nur als Provisorium. Wir müssen möglichst bald einen Zentralkongreß aller Arbeiter- und Soldatenräte ganz Deutschlands einberufen. Der Vollzugsrat wird anerkannt. Er hat das Recht, die Regierung zu ernennen. Wenn die Regierung nicht so arbeitet, wie wir es verlangen, so sind wir auch berechtigt, die Regierung zu entlassen."

Für die Reichsregierung sprach der Volksbeauftragte Haase, der Rat der Volksbeauftragten könne nicht unnahbar in Wolkenhöhe thronen, da er seine Kraft aus der Masse des Volkes sauge. Aus den Arbeiter- und Soldatenräten leite die Regierung ihre Macht her. Bisher hat eine kleine Minderheit die große Masse des Volkes gebüttelt und geknechtet. Die Revolution würde ihren Wert verlieren, wenn wieder eine Minderheit über die Massen gebieten könnte. Die Arbeiterschaft bilde die überwältigende Masse des Volkes, das Bürgertum aber nur einen verschwindend kleinen Teil. Der Vollzugsrat hat jeden Augenblick die Regierung zu kontrollieren, und das Proletariat hat die Aufgabe, auch eine sozialistische Regierung fortwährend vorwärts zu treiben, denn jeder Regierung hafte es an, etwas schwerfällig zu werden. Die Regierung hat ihre Existenzberechtigung verloren, wenn sie Gendarmeriedienste tun wollte. Die Konstituante kann nicht schon jetzt zusammenberufen werden, dazu sind Vorarbeiten nötig. Die Wahllisten müssen zusammengestellt werden, auch die Soldaten im Felde müssen dabei sein können. Die Soldaten, denen durch den sogenannten vaterländischen Aufklärungsdienst im Felde die Sinne umnebelt worden sind, müssen jetzt erst aufgeklärt werden. Auch die Sozialisierung großer wichtiger Betriebe sei nötig, wenn Deutschland nicht versklavt werden soll.

Die Versammlung stimmte durch langanhaltenden Beifall dem Redner zu, und auch sein Regierungskollege Ebert gab sein Einverständnis zu erkennen. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Das Bestreben der bürgerlichen Kreise, so schnell als möglich eine Nationalversammlung einzuberufen, soll die Arbeiter

um die Früchte der Revolution bringen. Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins verlangt daher die Einberufung einer Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Diese hat auf Grund eines von ihr festzusetzenden Wahlsystems einen Zentralrat der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte zu wählen, der eine neue, den Grundsätzen der proletarischen Demokratie entsprechende Verfassung zu entwerfen hat. Diese Verfassung ist von einer zu berufenden konstituierenden Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen."

Nunmehr aber erhoben sich bedeutsame Stimmen nicht nur im bürgerlichen Lager für die Nationalversammlung, das ist selbstverständlich, sondern auch unter den Mehrheitssozialisten. Voran ging der Volksbeauftragte Philipp Scheidemann mit einem Leitartikel im „Vorwärts". Er sagt da unter anderem: „Es ist keine Frage, daß gewisse Elemente immer noch von der Nationalversammlung eine Rückwärtsrevidierung der Errungenschaften der Revolution erhoffen und darum die Forderung nach ihr mit besonderem Nachdruck erheben. Wie sie auf den seltsamen Gedanken kommen, ein Volk könne nach den Erlebnissen der letzten Wochen je wieder das aufzurichten wünschen, was sich dem Ansturm einiger weniger Stunden gegenüber als vermorscht und haltlos erwiesen hat, ist kaum zu verstehen. Die vernünftigeren Elemente des Bürgertums haben sich denn auch in überwiegender Mehrzahl auf den Boden des Neugeschaffenen gestellt und suchen selbst nach parteipolitischen Formen, um es zu festigen und zu erhalten.

Man geht überhaupt fehl in der Annahme, die Nationalversammlung habe zum größten Teil die Aufgabe, eine Art amtliches Siegel unter die neuen Verhältnisse zu drücken. Revolutionen tragen ihr Recht und ihre Notwendigkeit in sich und haben es nicht nötig, sich erst beglaubigen zu lassen. Aber die Nationalversammlung wird die andere und nicht geringere Aufgabe haben, innerhalb des umgeschaffenen Grundrisses das Haus aufzubauen, auszugestalten und sicherzustellen. Sie muß die neue deutsche Republik

nach außen hin verhandlungsfähig und nach innen, nach der wirtschaftlichen Seite hin, geschäftsfähig machen."

Und noch andere gewichtige Gründe wurden von seiten der Mehrheitssozialisten geltend gemacht. Vor allem, daß die Entente mit einer Diktatur der Gewalt keinen Frieden zu schließen beabsichtige. Der Feind will eine von der Mehrheit des ganzen Volkes gestützte Regierung, kein Provisorium. Deutschland wird also die Aufhebung der vernichtenden Hungerblockade und die Lieferung amerikanischer Lebensmittel nicht erreichen, wenn es nicht durch eine Nationalversammlung die Revolution beendet und ein gefestetes Staatswesen nach dem Willen des gesamten Volkes aufrichtet.

Eine andere große Gefahr war der Zerfall der deutschen Einheit, denn ganz Süddeutschland forderte einstimmig die Nationalversammlung, der Süden würde sich also vom Reiche trennen, wenn die Rätediktatur verewigt würde. Die Deutschen Österreichs können nur auf dem Wege einer Nationalversammlung in das Reich eintreten, unser ganzer Osten ist teils von den Bolschewisten, teils von den Polen bedroht, nur ein einheitliches Handeln kann ihn retten, der Westen will abfallen, wenn kein Rechtsstaat aufgerichtet wird.

Und schließlich, so argumentierten die Mehrheitssozialisten, ist es ganz undemokratisch, *ein* System der Klassengewalt zu stürzen, um die Gewalt einer *anderen* Klasse dafür einzusetzen, die Demokratie dürfe nicht unter Freiheit immer nur die Unterdrückung der anderen verstehen.

Was haben dem nun die Feinde der Nationalversammlung entgegenzusetzen? Sie sagen, wenn Deutschland eine wahrhaft proletarische Diktatur besitze, so würden die Proletarier aller Länder mit uns gemeinsame Sache machen und uns gegen den Übermut und Vernichtungswillen des Ententeimperialismus durch eine Revolution schützen. Ein schöner Wahn, Revolutionen gedeihen bloß auf dem Boden einer Niederlage, und der Bolschewismus ist nur eine Gefahr für besiegte Länder. In den Ententeländern hat sich für uns keine Hand gerührt, als die drakonischen

Waffenstillstandsbedingungen bekannt wurden, im Gegenteil, dem Marschall Foch ist der Dank des Vaterlandes ausgesprochen worden.

Ein anderer Gegengrund ist die Verbindung mit der russischen Räteregierung, die gemeinsam mit Deutschland am Rhein den Ententeimperialismus bekämpfen will. Das würde Deutschland in einen neuen Krieg hetzen, dessen Schauplatz auf deutschem Boden läge, und zwar in einen Krieg, der völlig aussichtslos wäre, denn ehe die russischen Streitkräfte aufmarschiert wären, stände die Entente in Berlin. Im übrigen scheine die Räteregierung in Rußland ihrem Ende entgegenzugehen, nur der russische Winter hat die Streitkräfte der Entente bis jetzt verhindert, den Vormarsch anzutreten.

Als Hauptargument führten die Gegner an, die Nationalversammlung könnte die Errungenschaften der Revolution nicht schützen und eine wahrhaft sozialistische Republik nicht aufbauen, das könnte nur die Diktatur der Arbeiter- und Soldatenräte. Denn entweder würde sie eine Mehrheit des Bürgertums bringen, die dies verhinderte, oder es würde eine sozialistische Mehrheit erreicht, dann würde das Bürgertum sich mit allen Mitteln widersetzen und alle sozialistischen Arbeiten vereiteln.

Das ist natürlich kein stichhaltiger Grund gegen die Nationalversammlung, denn das Bürgertum würde sich der Rätediktatur erst recht entgegenstemmen, wenn es überhaupt noch so viel Kraft und Willen hätte, zu handeln.

Aber wo ist der Stolz des deutschen Bürgertums hingeschwunden? Feig und zersplittert ist es vom Schauplatz der Revolution geflohen, anstatt selbstbewußt hervorzutreten und in dem neuen Staat seinen Platz zu fordern. Gut, die Monarchie ist zu Grabe getragen, aber das Bürgertum lebt doch noch, und kein Staat kann ohne Bürgertum bestehen, selbst die sozialistische Republik wäre zur Ohnmacht und zum wirtschaftlichen Untergang verurteilt, wenn das Bürgertum streikte. Bis eine proletarische Intelligenz herangewachsen ist, vergehen nach den unabänderlichen biologischen Gesetzen Jahrzehnte. Und in diesen Jahrzehn-

ten ist der proletarische Staat untergegangen, denn er hat ja nicht mit wohlwollenden Nachbarn zu tun, die hilfreiche Hände bieten, um sein Haus aufzubauen, sondern mit haßerfüllten Feinden, die seine Vernichtung mit Genugtuung beobachten und fördern.

Das weiß die Sozialdemokratie ganz genau, und sie ist bereit, dem Bürgertum entgegenzukommen, es in keiner Weise zu entrechten, und selbst aus seiner ehrlichen Opposition wird sie Nutzen ziehen. Von der andern Seite wird das Bürgertum ein starkes Hilfskorps in der proletarischen Intelligenz erhalten. Das durch keine nervenzerrüttende Geistesarbeit degenerierte proletarische Gehirn wird einen gewaltigen Gedankenflug nehmen und seine Schöpferkraft wird die deutsche Wissenschaft und die deutsche Kunst bedeutend bereichern. Dazu bedürfen wir aber vor allem der Ruhe und Einigkeit zwischen Bürgertum und Proletariat, denn nur dadurch kommt die körperliche Sättigung, die gesunde und kräftige Proletarierkinder heranwachsen läßt, deren geistige Auslese durch die Einheitsschule herangezogen, bald unsere Universitäten mit der frischen Erdenkraft ungebrochener Geistesgesundheit erfüllen wird. Wohlstand und Gleichgewicht gehören aber dazu und ein im Willen des ganzen Volkes fest verankertes Staatswesen. Wer also gegen die Nationalversammlung ist, ist gegen das Aufkommen des Proletariats. Wer Gewalt zum Umsturz anwenden will, wo sich der Umsturz bereits fast ohne Gewalt vollzogen hat, versündigt sich gegen den Geist der natürlichen Entwicklung.

Auch das Bürgertum hatte unter dem unpopulären Obrigkeitsstaat gelitten, es sehnte ihn gewiß nicht zurück, aber ebensowenig wollte es die Diktatur einer einzelnen Klasse dulden, und die Regierung Ebert-Haase hat sich auch unentwegt auf diesen Standpunkt gestellt.

Auch der sozialdemokratische Parteiausschuß hatte sich in seiner am selben Tage abgehaltenen Sitzung in gleichem Sinne ausgesprochen. Der Parteiausschuß beschäftigte sich nicht nur mit der Nationalversammlung, sondern auch mit einer Forderung der Münchener Räte, die Mitglieder der Mehrheitssozialisten in der Regierung sollten ihre Ämter niederlegen. Ein ähnlicher Geist

beherrschte auch die Konferenz der deutschen Freistaaten, die auf Einladung der Reichsregierung am 25. November im Kongreßsaal des Reichskanzlerpalastes getagt hatte.

In dieser Konferenz kam trotz aller Krisenstimmung gegen Berlin ein unbedingtes Festhalten an der Nationalversammlung und an der Einheit des Deutschen Reiches zum Ausdruck. Daneben gewann der Gedanke immer mehr Boden, eine neue Zentralgewalt für das Reich zu schaffen, etwa in der Form eines Reichspräsidiums, das die Geschäfte bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung zu führen hätte.

Im Parteiausschuß gab Ebert die Erklärung, daß sie sich mit den von München angegriffenen Kollegen in der Regierung solidarisch erklärten, eine Entschließung in der Kabinettssitzung, daß die Partei ihre Vertrauensleute ohne Einfluß von außen wähle, konnte Ebert bei den unabhängigen Volksbeauftragten nicht durchsetzen. Diese Erklärung beleuchtete blitzartig die schwierige Lage, in der sich die Reichsregierung befand, sie hatte dauernd die Widerstände ihrer radikalen Mitglieder zu überwinden und mußte so ihre besten Kräfte in einem Kabinettskrieg aufbrauchen, anstatt sie nach außen für die großen und schwierigen Aufgaben nutzbar machen zu können. Auch aus dem Vollzugsrat wurde hineinregiert, obwohl die Kompetenzen beider Behörden genau abgegrenzt waren.

Das Ergebnis der Sitzung war folgende Entschließung:

„Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt:

Für die politische Gleichberechtigung aller Volksgenossen hat die deutsche Sozialdemokratie seit einem halben Jahrhundert gekämpft. Sie erblickt in dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht aller erwachsenen Männer und Frauen, getreu der seit jeher vertretenen Auffassung, die wichtigste politische Errungenschaft der Revolution und zugleich das Mittel, die kapitalistische Gesellschaftsordnung nach dem Willen des Volkes in planmäßiger Arbeit zur sozialistischen umzuwandeln.

Indem die Partei ihre Entschlossenheit ausspricht, die Errungenschaften der Revolution gegen alle gegenrevolutionären Bestrebungen bis aufs letzte zu verteidigen, wendet sie sich zugleich mit Entschiedenheit gegen alle, die dem deutschen Volke das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten wollen, sei es auch unter dem Vorwand, es durch die Diktatur gegen seinen eigenen Willen beglücken zu können.

Die sozialdemokratische Partei fordert die schleunigste Einberufung der Nationalversammlung; sie ist jeden Tag bereit, dem Volke über ihre bisherige Tätigkeit Rechenschaft zu geben und erwartet mit Zuversicht sein Urteil.

Die Genossen im Reiche werden aufgefordert, für die schleunigste Einberufung der Nationalversammlung zu wirken und durch rastlose Aufklärungsarbeit den Sieg der Demokratie und des Sozialismus zu sichern."

Bezüglich des Münchener Angriffes gegen einige Mitglieder der Regierung wurde einstimmig eine Erklärung beschlossen, die den folgenden Wortlaut hatte:

„Der Vollzugsausschuß des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats München hat in einer Entschließung den Vollzugsrat Berlin aufgefordert, den Sturz der Reichsregierung herbeizuführen, wenn sie weiterhin einer Reihe von Personen eine entsprechende Stellung einräume, unter denen auch Scheidemann und David genannt werden. Der Vollzugsausschuß München scheint ganz übersehen zu haben, daß die Bildung der bestehenden Regierung auf einer Verabredung der beiden sozialdemokratischen Parteien beruht, die von den Arbeiter- und Soldatenräten Groß-Berlins mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit bestätigt worden ist. Es liegt auf der Hand, daß keine der beiden sozialdemokratischen Parteien es dulden kann, daß ihr das Recht, ihre Vertrauensmänner selbst zu bestimmen, entwunden wird. Der Versuch, den einen oder anderen von ihnen aus der Regierung zu entfernen, muß daher die Abmachung der beiden Parteien erschüttern."

Es fehlte nun noch eine Willensäußerung des Feldheeres, das, durch die schweren Bedingungen des Waffenstillstandes gezwungen, eilig zurückflutete und kaum Zeit gewann, in die politischen Verhältnisse einzugreifen. Naturgemäß konnte aber ohne die Millionen tapferer Männer, die fast viereinhalb Jahre lang unsere Grenzen vor dem Einbruch des Feindes bewahrt hatten, keine bindende Entscheidung über die zukünftige Gestaltung der Reichsrepublik getroffen werden. Hatten sich schon vereinzelt die Soldatenräte des Feldheeres, so der Zentralrat der Ostfront, der Soldatenrat der IV. Armee, der Soldatenrat des 18. Armeekorps, für die Nationalversammlung erklärt, so folgte jetzt der Vollzugsausschuß des Soldatenrats bei der Obersten Heeresleitung mit einem Aufruf, der keinen Zweifel darüber ließ, daß auch das Feldheer sich fest auf den Boden der Nationalversammlung stellte.

Immer mehr trat im Laufe der revolutionären Entwicklung der Gegensatz der Bundesstaaten gegen Berlin hervor. Der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner erklärt die Mißstimmung gegen Berlin aus der Tatsache, daß die Reichshauptstadt der Herd des Weltkrieges gewesen sei, der hessische Ministerpräsident Ulrich sah in der Berliner Diktatur den Hauptgrund des Gegensatzes, kurz, obwohl alle freistaatlichen Regierungsleiter die Einheit des Reiches erhalten wollten, wandten sie sich doch alle gegen Berlin, das nicht einmal in der Hauptstadt Ordnung zu halten vermöge.

Der tiefere Grund zu den Gegensätzen war zweifellos in der gestörten Einheit der Unabhängigen zu erblicken, die als Regierungsvertreter allen Strömungen ihrer Partei Rechnung tragen wollen und so die geschlossene Tatkraft der Reichsregierung beeinträchtigten. Die Zerfaserung der radikalen Gruppe hat seit dem Ausbruch der Revolution immer mehr Fortschritte gemacht. Da bestehen Differenzen zwischen Rühle und Haase, Wurm und Dittmann können den Einigungspunkt nicht finden, Kautsky und Ledebour gehen auseinander, und Liebknecht und Rosa Luxemburg haben sich ganz abgesondert und eine neue Partei gegründet. Eine derart auseinanderstrebende Partei ist nicht regierungsfähig.

Und das Gefährlichste an dieser Zersplitterung war, daß Mißstimmungen in die bundesstaatlichen Republiken getragen wurden. Es mußte daher mit aller Kraft darauf hingearbeitet werden, eine Verständigung mit den Machthabern im Reiche zu erzielen, und deshalb entschloß man sich, eine Delegiertenversammlung aller Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands einzuberufen. Der Aufruf ging von dem Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte aus:

„An die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands.

Genossen! Kameraden!

Vor zwei Wochen habt ihr der Freiheit eine Gasse geöffnet. Euer Mut, eure revolutionäre Tatkraft hat das alte System, die Militärdiktatur und den mittelalterlichen Monarchismus zertrümmert. Jetzt gilt es, die Errungenschaften der Revolution zu sichern und auszubauen. Jetzt gilt es, die Mächte der Gegenrevolution, die nach dem ersten Schrecken aus ihren Winkeln hervorkriechen, niederzuhalten.

Der Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte erblickte in dem Sturm und Drang der ersten Revolutionstage seine Aufgabe darin, eine Regierung von Volksbeauftragten zu schaffen, die die Leitung und Verwaltung des neuen republikanischen Staatswesens in Deutschland und Preußen zu übernehmen hatte. Der Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte maßt sich aber keine Diktaturgewalt über die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands an. Er ist vielmehr der Meinung, daß nur durch eine feste Zusammenfassung aller deutschen Arbeiter- und Soldatenräte die Errungenschaften der Revolution gesichert werden können. Mißtrauen und Mißverständnisse drohen in das Gefüge der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte einen Keil zu treiben. Bestrebungen sind im Gange, das Reichsgebiet zu zerschlagen und die unheilvolle mittelalterliche Kleinstaaterei in neuer Form wieder einzuführen. Die Verwirklichung der großen demokratischen und sozialistischen Ziele verlangt aber die Erhaltung

eines großen deutschen Wirtschafts- und Sprachgebietes. Der Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte will keine feindselige Trennung zwischen Nord und Süd. Er will, daß das befreite Deutschland der Schwierigkeiten, die mit dem Friedensschlusse verbunden sind, Herr werde; er will, daß die Demobilisierung sich in geordneten Bahnen vollzieht, daß die Gefahren, die der Volksernährung drohen, glatt und ohne Reibung beseitigt werden.

Diese Aufgaben können nur erfüllt werden durch ein harmonisches Zusammenarbeiten aller Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Die bisherige Tätigkeit des Vollzugsrates von Groß-Berlin stellt ein Provisorium dar, das so schnell als möglich auf eine breitere Grundlage gestellt werden soll. Solange eine gesetzgebende Versammlung nicht das letzte Wort über die Verfassung und Neuordnung des republikanischen Deutschland gesprochen hat, müssen die Arbeiter- und Soldatenräte den Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen.

Wir fordern euch deshalb auf, so schnell als möglich zu einer Delegiertenversammlung in Berlin zusammenzutreten. Schnelles Handeln tut not. Es ist daher nicht möglich, ein einheitliches, allgemein gültiges Wahlsystem vorzuschlagen. Wir empfehlen vielmehr aus den zur Zeit bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten Delegierte zu wählen und nach Berlin zu senden. Die Delegiertenversammlung darf, wenn sie arbeitsfähig sein soll, im Höchstfall nur fünfhundert Mitglieder umfassen. Unter Zugrundelegung der Volkszählungsergebnisse vom Jahre 1910 würde auf rund zweihunderttausend Seelen ein Delegierter kommen. Für die noch bestehenden großen Heeresverbände ist auf je hunderttausend Mann ein Delegierter zu wählen. Die Wahlen müßten, um zu einem schnellen Ergebnis zu kommen, auf territorialer Grundlage erfolgen. Wir empfehlen bei den Wahlen die Verhältniszahlen der in dem Bezirk vertretenen Arbeiter- und Soldatenräte zu berücksichtigen.

Wir schlagen euch vor, die Delegiertenversammlung spätestens am Montag, den 16. Dezember d. Js. im Sitzungssaale

des preußischen Abgeordnetenhauses zu Berlin zusammentreten zu lassen. Ihre Aufgabe würde sein, die Wahl eines provisorischen Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vorzunehmen; die Ausarbeitung eines für alle deutschen Arbeiter- und Soldatenräte maßgebenden Wahlsystems zu übernehmen. Entschließung über die künftige gesetzgebende Versammlung zu fassen und zu sonstigen politischen Fragen Stellung zu nehmen.

Genossen! Kameraden! Laßt uns schnell, laßt uns einmütig handeln. Nehmt unsern Vorschlag an und führt so schnell als möglich die Wahlen durch. Ihr habt die Revolution gemacht, laßt uns auch gemeinsam ihre Früchte ernten. Die genaue Aufstellung des Wahlschlüssels wird schnellstens veröffentlicht werden.

Berlin, den 23. November 1918.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin.

Rich. Müller. Molkenbuhr.

Für die Ostfront: Bergmann. Georg Maier. Saar."

Damit war das Handeln der Reichseinheit angebahnt, und die Revolution trat in eine neue Phase. Das Ziel der Entwicklung war nunmehr klar erkannt worden, es wehte etwas wie der Atem der Ordnung durch die deutschen Gaue.

Am Anfang dieser neuen Periode steht eine Rede Eberts, die er vor einer Volksversammlung der Berliner Parteiorganisation am 1. Dezember hielt. Sie darf als eine bedeutsame Willenserklärung der Regierung angesehen werden und soll deshalb hier ihre Stelle finden:

„Die große deutsche Revolution wird keine neue Diktatur, keine Knechtschaft über Deutschland bringen, sondern die deutsche Freiheit fest begründen. Die Diktatur der Junker und des Militarismus hat unser Land ins Unglück gestürzt, eine neue Willkürherrschaft erträgt unser Volk nicht. Politische Freiheit ist Demokratie auf der festen Grundlage der Verfassung und des Rechts.

Diese Demokratie unerschütterlich zu festigen ist Aufgabe der Nationalversammlung, zu der wir am 16. Februar wählen werden. Auf Recht und Vernunft soll die junge deutsche Volksrepublik aufgebaut werden. Für die Sozialdemokratie ist dazu der Weg klar vorgezeigt. Das Erfurter Programm der Partei sagt:

'Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.'

Für diese Grundsätze hat die deutsche Sozialdemokratie fünfzig Jahre gekämpft. Dazu muß sie auch heute stehen, wenn sie sich nicht selbst untreu werden will. Sie kämpft nicht nur den Klassenkampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern auch den großen idealen Menschheitskampf gegen jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung. Unter diesem Zeichen sind wir bisher siegreich vorgedrungen, unter diesem Panier werden wir auch den großen Wahlkampf zur Konstituante führen, und wir werden siegen. Die konstituierende Versammlung wird die deutsche Nation, die jetzt auseinander zu fallen droht, wieder fest zusammenfassen. Keine Macht der Welt ist stark genug, die auf der Einheit des deutschen Wirtschaftslebens beruhende politische Einheit der deutschen Stämme dauernd zu entzweien oder die Stämme gegeneinander auszuspielen. Alle sind wirtschaftlich untrennbar miteinander verbunden. Für die Arbeiterschaft wäre nichts verhängnisvoller, als der Rückfall in mittelalterliche Kleinstaaterei mit ihrer naturgemäßen wirtschaftlichen Rückständigkeit und politischen Krähwinkelei. Nicht Separatismus, sondern energische einheitliche

Zusammenfassung aller schaffenden Kräfte des ganzen deutschen Volkes zu tatkräftiger Arbeit ist das Gebot der Stunde. Was auch kommen mag, kein Volk ist verloren, das sich nicht selbst aufgibt. Hier liegt die grundlegende Aufgabe der Nationalversammlung. Von ihr erwarten wir den endgültigen Frieden. Nach der überstürzten Räumung der besetzten Gebiete hängen wir noch mehr von der feindlichen Nahrungsmittelhilfe ab als zuvor. Wir müssen Rohstoffe haben, soll nicht allgemeine Arbeitslosigkeit und tiefstes Elend Herr über unser ganzes Volk werden. Schon heute ist die Lebenskraft unseres Volkes schwer angegriffen. Nur zähe, leidenschaftliche Hingabe und eiserne Energie können das zerstörte Werk wieder aufbauen. Überzeugung und Notwendigkeit gebieten uns das im weitesten Sinne nach sozialistischen Regeln zu tun. In grundsätzlichem sozialistischen Geiste wollen wir Gebiete des Wirtschaftslebens vergesellschaftlichen, die dazu reif sind. Das soll nach wohlüberlegter wissenschaftlicher Einsicht unter Mitwirkung der Praktiker auf großangelegter zentraler Basis geschehen. Der Sozialismus ist nicht Selbstzweck, auch er ist nur ein Mittel, Freiheit, Glück und Wohlstand des Volkes zu erhöhen. Nur dort, wo die sozialistische Wirtschaftsweise höhere Erträge bringt, dem Volke weniger Arbeitslast auferlegt und mehr Möglichkeiten des Verbrauchs und der Freude eröffnet, ist der Sozialismus am Platze, nur dort kann er sich dauernd behaupten. Von links her wird behauptet, man müsse erst sozialisieren und dann wählen; das Volk sei angeblich zum Wählen noch nicht reif. Solch junkerliche Geringschätzung des Volkes steht Proletariern schlecht zu Gesicht. Diese Parole ist ebenso unsinnig wie gefährlich. Sozialistische Experimente in einzelnen Betrieben können nur zum Schaden der Arbeiter und Diskreditierung des Sozialismus ausschlagen. Sozialismus bedeutet die planmäßige Ordnung der Wirtschaft durch die Gesamtheit, zum Nutzen der Allgemeinheit. Sozialismus schließt jede Willkür aus, er ist Ordnung auf höchster Basis. Unordnung, persönlicher Wille und Gewalttat sind Todfeinde des Sozialismus. Es ist sehr bezeichnend, daß

Lenins letzte Schrift den Titel trägt: „Ordnung, Disziplin und Arbeit müssen jetzt die Sowjetrepublik retten!“ Dazu darf es bei uns nicht kommen. Deshalb sind schon jetzt beim Wiederaufbau des Wirtschaftslebens Ordnung, Disziplin und Arbeit unerläßlich.

Um die sozialen Erfolge der Revolution brauchen die Arbeiter nicht besorgt zu sein. Der Kapitalprofit wird scharf gefaßt werden, möglichst völlige Beseitigung des arbeitslosen Einkommens erstreben wir, die Kriegsgewinne müssen möglichst restlos eingezogen, die Erbschaftssteuer verschärft und das Erbrecht der Republik geschaffen werden. Soll die Revolution und ihr Sieg gesichert werden, dann muß jede politische und wirtschaftliche Putschtaktik abgelehnt und aufs entschiedenste bekämpft werden. Die deutschen Arbeiter mögen nach Rußland sehen und sich warnen lassen! Das hochentwickelte Wirtschaftsleben Deutschlands kann auf die Dauer nicht mit Maschinengewehren und Brownings vergewaltigt werden. Wir wollen ein dauerhaftes, innerlich gesundes Werk schaffen, das eine gesicherte Entwicklung der Wirtschaft und ein kräftiges Volksleben ermöglicht.

Freiheit in Wort und Schrift, gleiches Recht für alle, das sind und bleiben unsere Grundlagen. Beseitigung jeder Unterdrückung und Ausbeutung bleibt unverrückbar unser Ziel. Jetzt gilt es, das deutsche Volk nicht in Hunger und Unordnung untergehen zu lassen. Was uns für die Zukunft vor Augen steht, ist ein freies, gesundes, frohes Volk, das keine Schmerzen, kein Elend mehr kennt. Wer das gleiche will, kämpfe mit uns gegen jede Gewaltpolitik, von wem sie auch komme, für Freiheit, Demokratie und Sozialismus, für volle Befreiung des ganzen Menschengeschlechts.“

Mit der festen Erklärung nicht nur der Regierung, sondern auch des gesamten Deutschlands zur Nationalversammlung begann die bewaffnete Opposition des Spartakusbundes gegen die Regierung. Ganz wie in Rußland, wo der Bolschewismus erst in ziemlich unbedeutenden Flämmchen hier und dort aufloderte und

sich schließlich über das ganze gewaltige Reich verbreitete, so begann auch Liebknechts Taktik mit der langsamen Unterhöhlung der Regierung. Seine Hauptwaffe waren die Streiks und die darauf folgenden Versammlungen mit dem Demonstrationszuge als Abschluß. Nicht selten kam es vom Zuge weg zu einem Straßenputsch mit Gewehr und Handgranaten. So in der Nacht vom 21. zum 22. November. Es hatte eine Versammlung in der Müllerstraße stattgefunden, in der Liebknecht über die Aufgaben der Revolution gesprochen hatte. Aus der Erzählung eines Soldaten, daß bei der Erstürmung des Schlosses mehrere seiner Kameraden verhaftet worden seien, leitete sich eine Erregung her, die sich in dem Rufe nach dem Polizeipräsidium auslöste. Der Zug bewegte sich, etwa tausend Männer, Soldaten und Frauen, ruhig seinem Ziel entgegen, und eine zum Kriminalkommissar vom Dienst gesandte Deputation stellte fest, daß keine politischen Gefangenen vorhanden seien.[1]) Offenbar hatte die Sicherheitswache des Präsidiums angesichts der Menschenmenge die Ruhe verloren und telephonisch Hilfe herbeigerufen. Kurz vor ein Uhr kam ein Auto mit bewaffneten Matrosen an, als auch schon ein Schuß fiel, der einem Soldaten der Sicherheitswache das Leben kostete. Sofort setzte ein kurzes energisches Feuer ein und die Menge stob auseinander. Solche Vorfälle blieben glücklicherweise vereinzelt. Im wesentlichen bekämpfte Liebknecht die Regierung durch Wort und Schrift in Versammlungen und seinem Organ, der „Roten Fahne". Er stellte die Ernährungsschwierigkeiten als ein Phantom hin, wir brauchten von Wilson keine Lebensmittel, die folgerichtige Durchführung der Revolution sicherte von selbst die Ernährung. Wenn die Revolution vollendet sei, so würden wir von den französischen, englischen, amerikanischen und russischen Proletariern Rohstoffe und Lebensmittel genug bekommen.

[1]) Wie später festgestellt ist, sind in der Nacht des 21. November im ganzen 49 Personen aus dem Polizeigewahrsam befreit worden. Darunter befanden sich laut einer namentlichen Liste 28 Diebe, Plünderer und Einbrecher, 5 Erpresser, 6 weitere wegen verschiedener gemeiner Verbrechen Festgenommene, 3 Fahnenflüchtige, 1 wegen ungenügenden Ausweises Festgenommener.



Liebknechts Rechnung stimmte nicht, denn die Sozialdemokraten der siegreichen Länder hatten noch nicht das geringste getan, daß ihre Regierungen auch nur die Hungerblockade in etwas milderten. Das Jahr 1919 brach an, ohne daß auch nur das notdürftigste an Lebensmitteln nach Deutschland geliefert worden wäre.

Daran sei, so behauptete die „Rote Fahne", allein der Volksbeauftragte Ebert schuld, denn er habe die Entente veranlaßt, bereits versprochene Lebensmittelsendungen nur dann zu liefern, wenn in Deutschland Ruhe und Ordnung herrsche.

Demgegenüber stellte die Regierung aktenmäßig fest, daß die Wendung ‚Wenn die öffentliche Ordnung in Deutschland aufrechterhalten bleibt' zuerst und allein von Lansing gebraucht worden ist, und daß die Behauptung, der Volksbeauftragte Ebert habe der Entente diese Bedingungen vorgeschlagen, vollkommen erfunden ist.

Zum folgenschwersten Putsch in diesen Tagen kam es am 6. Dezember im Norden Berlins. Wie er entstanden und wer daran die Schuld trägt, ist bis heute noch nicht genügend aufgeklärt. Es scheint aber, daß unverantwortliche Leute ein wenig Vorsehung hatten spielen wollen. Drei Geschehnisse gingen fast gleichzeitig nebeneinander her: Große Spartakusversammlungen im Norden der Reichshauptstadt, Ausrufen Eberts zum Präsidenten der deutschen Republik durch eine Soldatenabordnung und Verhaftung des Vollzugsrates im Abgeordnetenhaus.

Kurz nach fünf Uhr am 6. Dezember begab sich eine Abordnung von etwa zehn Soldaten und Matrosen in den Reichskanzlerpalast und ersuchte den Volksbeauftragten Ebert, heraus auf die Straße zu kommen, wo eine große Menge von Soldaten aller Waffen Aufstellung genommen hatte. Ein Holzblock war zur Rednertribüne hergerichtet, und von dieser hölzernen Rostra hielt der Soldat Spiro eine Ansprache:

„Deutschland steht in dem unermeßlichen Unglück einer vollen Katastrophe, die nur durch bewußte Zusammenfassung aller Kräfte und durch freiwillige Unterordnung jedes einzelnen unter das gemeinsame Wohl überwunden werden kann. Des-



halb verlangen wir, daß in kürzester Zeit die Vertretung des deutschen Volkes zusammentreten soll, daß die Nationalversammlung für den 20. Dezember einberufen wird. Der Vollzugsrat darf nicht mehr mit linkischen Händen in die Regierungsmaschine eingreifen und die Regierung unter Druck setzen. Ist der Vollzugsrat noch immer an seinem unheilvollen Werke? So bringe ich denn das Hoch auf die deutsche Republik und den Genossen Fritz Ebert aus, den ich hier aus Ihrer Mitte, gestützt auf die bewaffnete Macht, und im Bewußtsein, für die ganze Nation zu sprechen, zum Präsidenten Deutschlands ausrufe: Die deutsche soziale Republik und ihr erster Präsident Fritz Ebert Hurra! Hurra! Hurra!"

Nun schlugen die Trommler einen betäubenden Wirbel und die Soldaten brachen in brausendes Beifallrufen aus. Aber Ebert nahm die Sache sehr kühl auf.

Ein Matrose erklärte, die Soldaten wollten weiter nichts als Ruhe, Frieden, Arbeit und Brot und Festsetzung aller unruhigen Elemente. Nach diesem ergriff der Soldatenführer Spiro erneut das Wort und stellte Ebert die Kabinettsfrage:

„Jetzt habe ich an Herrn Ebert die klare Frage zu richten: Herr Ebert ist jetzt zum Präsidenten der deutschen Republik ausgerufen worden. — Folgt er diesem Rufe oder nicht! Ja oder Nein?"

Ebert blieb auch dieser Frage gegenüber ruhig und fest:

„Kameraden und Genossen! Den Ruf, der an mich ergangen ist, kann und will ich nicht annehmen, ohne vorher mit meinen Freunden in der Regierung gesprochen zu haben. Das ist eine hochwichtige Angelegenheit, deren Entscheidung allein in den Händen des Rates der Volksbeauftragten liegt."

Damit mußte sich die Soldatenabordnung zufrieden geben und abmarschieren.

Das ganze Geschehnis machte durchaus den Eindruck des Natürlichen, Ungekünstelten. Die Soldaten, innerlich erregt über die Unordnung, die sie im Vaterland vorfanden, und die Untätigkeit

der Regierung, die aus für sie undurchsichtigen Quellen floß, wollten eine von der Armee gestützte Regierungsgewalt schaffen, die stark genug wäre, die Ordnung wieder herzustellen. Ob die Soldaten Spiros in der Beteiligung der Unabhängigen an der Regierung oder in den Kompetenzkonflikten zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsrat die verderblichen Hemmungen erblickten, ist nicht recht klar geworden. Das gleichzeitige Vorgehen von Soldaten gegen den Vollzugsrat läßt das Urteil nicht unrichtig erscheinen, daß zwischen beiden Geschehnissen ein ursächlicher Zusammenhang bestand.

Zur selben Stunde, da vor dem Reichskanzlerpalast Ebert zum Präsidenten ausgerufen wurde, erschien im Abgeordnetenhaus ein Feldwebel Fischer mit einigen Mannschaften der Minenwerfer und Flammenwerfer und erklärte, er sei von der Regierung beauftragt, den Vollzugsrat zu verhaften. Zufällig war der Volksbeauftragte Barth im Abgeordnetenhause anwesend und setzte sich dem vermeintlichen Regierungsbefehl entgegen. Er wisse nichts davon, und als Mitglied der Regierung müsse er von einem solchen Befehl unbedingt Kenntnis haben. Vor allem forderte er einen schriftlichen Haftbefehl. Einen solchen konnte Fischer nicht vorweisen, er teilte mit, daß er den Befehl telephonisch erhalten habe, aber er wurde unsicher, ordnete an, daß der Vollzugsrat lediglich in seinen Räumen bewacht würde, indes er sich nach dem Reichskanzlerpalast begab, um die mysteriöse Sache aufzuklären. Dort war man sehr überrascht, und die drei anwesenden Mitglieder der Regierung Ebert, Scheidemann und Landsberg erließen sofort eine Erklärung:

„Die Reichsregierung steht der Verhaftung des Vollzugsrates vollkommen fern. Die Truppen, die die Verhaftung ausgeführt haben, sind mißbraucht worden. Die Regierung wird die nötige Aufklärung schaffen und die Bestrafung derjenigen Personen veranlassen, die für die bedauerliche Maßnahme verantwortlich sind. Die Mitglieder des Vollzugsrates sind sofort freizulassen. Die Truppen fordern wir auf, in Ruhe die Kasernen aufzusuchen.“

Durch Untersuchung wurde schließlich festgestellt, daß der Auftrag zur Festnahme des Vollzugsrates dem Feldwebel Fischer von einem gewissen Marten und zwei Beamten des Auswärtigen Amtes, den Legationssekretären Grafen Matuschka und von Rheinbaben erteilt worden sei. Marten und Fischer wurden verhaftet, Matuschka und Rheinbaben flüchteten.

Welches die Beweggründe zu dem Streich waren, ist nicht aufgeklärt, und bevor eine Vernehmung der flüchtigen Beamten möglich ist, wird auch kaum Licht in diese Sache zu bringen sein. Es machte aber durchaus den Eindruck, als ob es sich um einen gegenrevolutionären Streich, Demonstration kann man wohl kaum sagen, handelte, zumal Marten als fanatischer Alldeutscher der Behörde bekannt war.

Leider hatte der Streich im Abgeordnetenhaus blutige Folgen, denn als in den Versammlungen des Spartakusbundes bekannt wurde, daß der Vollzugsrat verhaftet und Ebert zum Präsidenten der Republik ausgerufen worden war, erhob sich ein unbeschreiblicher Tumult. Rufe wie: „Rächen wir den Vollzugsrat!" „Kanzlerbude stürmen!" „Ebert an die Laterne hängen!" reizten die Menge zu wilder Entschlossenheit an. Alles drängte nach dem Ausgang, und auf der Straße formierte sich ein Demonstrationszug nach der Wilhelmstraße.

Inzwischen war bei der Kommandantur die Nachricht eingelaufen, die Demonstranten wollten mit Waffengewalt vorgehen, obwohl sie dem Polizeipräsidenten zugesagt hatten, daß sie unbewaffnet demonstrieren würden. Darauf ordnete die Kommandantur die Abriegelung der Chausseestraße im Zuge der Invalidenstraße an, und der Kommandant der Gardefüsiliere erhielt von dem Generalkommando den Befehl, seine Truppen ausrücken zu lassen. Die Mannschaften waren mit Handgranaten und Maschinengewehren bewaffnet und sperrten die Straße ab. Sie hatten den strengen Befehl, nur in Notwehr von der Waffe Gebrauch zu machen. Es gelang ihnen auch, den ersten Zug durch Zureden dazu zu veranlassen, sich zu zerstreuen, da kam von der anderen Seite her ein zweiter Zug aus einer anderen Spar-

takusversammlung. Er wollte sich mit dem ersten vereinigen und dann nach dem Reichskanzlerpalast ziehen. Auch bei diesem Zuge versuchten die Soldaten in Güte das Auseinandergehen zu erreichen, aber plötzlich fielen Schüsse. Jede der beiden Parteien behauptet, die andere habe zuerst geschossen. Beide Parteien stellen zahlreiche Zeugen für ihre Behauptungen, aber ich bin geneigt, den Regierungstruppen die größere Ruhe zuzutrauen. Und die Tatsache, daß beim Aufräumen der Straße ein Nickel-Trommelrevolver mit fünf Patronen und einer abgeschossenen Hülse gefunden wurde, spricht deutlich dafür, daß in dem Demonstrationszug Bewaffnete waren. Wer aber den Sturm der Revolution am 9. und 10. November als Augenzeuge mitgemacht hat, der weiß, wie leicht die Waffe in der Hand eines erregten Menschen sich entlädt. Und die Wut der Demonstranten war bis zur Siedehitze gesteigert, es ist da wohl begreiflich, daß einer von ihnen in einer triebhaften Bewegung einen Revolver abfeuerte. In diesem Augenblick setzte das Feuer der Truppen ein, und es wurden etwa fünfhundert Schuß abgegeben.

Die Wirkung war vernichtend. Nicht nur Demonstranten, sondern auch ein junges Mädchen in einem Straßenbahnwagen wurde getötet, in wenigen Augenblicken war die Straße rein gefegt, nur die stummen Opfer des Bürgerkrieges lagen auf dem kalten Pflaster.

Aber nicht nur in Berlin, sondern allenthalben im Reiche flammten Unruhen von Spartakusbündlern erregt auf, in Oberschlesien revolutionierten sie das Kohlenrevier, wodurch die Kohlenförderung empfindlich gestört wurde. In Hamburg grollt es kommunistisch im Unterstrom der Revolution. Arbeiter- und Soldatenräte an verschiedenen Orten übten im Stil des Spartakusbundes eine drakonische Zensur aus, so in Halle, in Düsseldorf und Schwerin. In Dortmund tagte eine geheime Spartakusversammlung, die darüber beriet, wie man die Parteikasse der Unabhängigen in die Hände bekommen könnte, kurz allerorten züngelten die Feuer kommunistischer Agitation empor.

In München wurde von den Leuten der Spartakuspartei

geradezu ein Staatsstreich ausgeführt. Ich gebe die Tatsachen nach dem Bericht der „Telegraphen-Union“:

„In der Nacht vom 6. zum 7. Dezember wurden sämtliche Zeitungen Münchens von den Anhängern des Spartakusbundes besetzt. Der Minister Auer wurde gezwungen, seine Entlassung zu nehmen. Die Vorgänge in München stellen sich als ein bolschewistischer Putschversuch dar mit den politischen Zwecken: 1. den Minister Auer zu beseitigen und 2. sich der bürgerlichen Presse zu bemächtigen. Nach Beendigung von zwei kommunistischen Soldatenversammlungen stürmten bewaffnete Soldatenhaufen das Verlagsgebäude des „Bayrischen Kurier“, des „Neuen Münchener Tageblattes“ und der „Münchener Neuesten Nachrichten“ sowie der „München-Augsburger Abendzeitung“. Besonders im „Kurier“ kam es zu lebhaften Auftritten, wobei die Bolschewisten erklärten, die Zeitung gehe von jetzt in den alleinigen Besitz des Personals über. Dies werde die bolschewistischen Ideen vertreten. Das Erscheinen der „München-Augsburger Abendzeitung“ und des „Münchener Tageblattes“ wurde verhindert. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ konnten nach längeren Auseinandersetzungen, zu denen auch der Ministerpräsident Eisner persönlich erschienen war, erscheinen. In die Privatwohnung des Ministers des Innern Auer drangen dreihundert bis vierhundert Bewaffnete ein und erzwangen unter Drohung mit der Waffe und unter groben Beschuldigungen Auers eine schriftliche Rücktrittserklärung des Ministers. Schließlich traf eine Abteilung des Infanterie-Leib-Regiments ein, die sich dem Minister Auer zur Verfügung stellte. Im Ministerrat, der gegen Mittag zusammentrat, war auch Auer anwesend. Bei dem Überfall auf den „Bayrischen Kurier“ wurde erklärt, beim nächsten Male mit Handgranaten gegen die Räumlichkeiten vorzugehen. Der Ministerpräsident Eisner hielt noch in der Nacht vom Ministerium des Äußern aus an die Demonstranten, die ihm den erzwungenen Rücktritt Auers mitteilten, eine Ansprache, in der er sein Bedauern über das Vorgehen aussprach und den Demonstranten den Vorwurf machte, daß sie ihm von ihrem Vorgehen nichts mitgeteilt hätten“.

Offiziell sprach er im Namen des Ministerrates seine tiefste Empörung über den nächtlichen Überfall aus und erklärte die von Auer erpreßte Erklärung für null und nichtig. Auer selbst äußerte sich in der „Münchener Post" über seine Abdankung wie folgt:

„Heute morgen kurz nach Mitternacht kamen dreihundert bis vierhundert bewaffnete junge Soldaten und einige Zivilisten vor meine Wohnung. Nach Pfeifen, Johlen und Schreien und groben Beschimpfungen wurde von einem Redner von der Straße aus an mich die Aufforderung gerichtet, daß ich als Minister des Innern zurückzutreten habe. Bald darauf wurde an meiner Wohnungstüre gepocht und Einlaß gefordert, widrigenfalls gewaltsam geöffnet werde. Als ich öffnete, wurden mir Gewehr- und Browningläufe vorgehalten. Die Bewaffneten forderten meinen sofortigen Rücktritt. Ich verlangte, daß die Gewehre abgenommen und die Brownings eingesteckt werden, was auch sofort geschah. Es wurde ungestüm verlangt, daß ich als Minister abzutreten habe. Darauf schrieb ich sinngemäß folgende Erklärung nieder:

Am 7. Dezember 1918 nachts 12 Uhr 15 Min. bin ich von ungefähr dreihundert bewaffneten Männern in meiner Wohnung überfallen und gezwungen worden, das Ministeramt niederzulegen. Der Gewalt weichend, erkläre ich hiermit, daß ich das Amt als Minister des Innern niederlege.

München, 7. Dezember 1918. E. Auer."

Alle diese Unternehmungen des Spartakusbundes hatten gerade den entgegengesetzten Erfolg. Sie wollten einen Keil in die Mehrheitssozialisten treiben und haben nur erreicht, daß sich diese enger zusammenschlossen. Sie wollten die Regierung stürzen, und sie haben eine Riesenkundgebung der Berliner Sozialdemokraten am Sonntag, den 8. Dezember, ausgelöst. Vierzehn überfüllte Versammlungen wurden abgehalten, in denen die berufenen Führer sprachen, und an deren Schluß eine gemeinsame Resolution für die Regierung und die Nationalversammlung angenommen wurde.

Aber auch Liebknecht und seine Getreuen hatten Versammlungen einberufen, die gleichfalls sehr zahlreich besucht waren. Sie galten dem Protest gegen das Blutvergießen in der Chausseestraße. Gegen Abend vereinigten sich die Teilnehmer der verschiedenen Versammlungen und zogen unter Führung von Karl Liebknecht vor den Reichskanzlerpalast. An einem erleuchteten Fenster erschien der Volksbeauftragte Barth. Erst weigerte er sich zu sprechen, da er heiser sei, als aber die Menge immer stürmischer ihn zu hören verlangte, entschloß er sich endlich ein paar Worte zu sprechen:

„Ich wünschte nur einmal mit Liebknecht in einem der größten Säle Berlins, sagen wir im Zirkus Busch, zusammenzutreffen und ihm zu sagen, was ich ihm zu sagen habe, und ich bürge dafür, daß nicht ein Arbeiter auf seiner Seite bleibt. Daß ich in der Regierung sitze, und daß ich zugegeben habe, daß die Regierung und der Vollzugsausschuß paritätisch zusammengesetzt sind, das ist geschehen, weil im Zirkus Busch am 10. November nicht Scheidemann, sondern Karl Liebknecht auf mich eindrang und sagte: es muß geschehen, wenn die Revolution nicht gefährdet werden soll."

Nun folgten wilde Zwischenrufe, wie „Er lügt!" „Schweinehund!" „Strolch!" „Lump!" „Die Taschen hast du dir gefüllt, Gauner!" „Herunter mit ihm!" „Haut ihn!" Niemand konnte sich in dem Toben verständlich machen, erst Liebknecht drang durch:

„In einer ungeheuren Demonstration haben wir den Willen des Berliner Proletariats deutlich verkündet. Wir haben gezeigt, daß wir die Macht haben, dieses ganze Nest auszunehmen. Aber ich fordere euch auf, heute euren Willen und eure Entschlossenheit nur in dem Rufe zu dokumentieren: es lebe die soziale Revolution, es lebe die Weltrevolution!"

Fanatische Beifallsrufe, Pfuirufe gegen Barth, der in Ruhe, seine Zigarrette rauchend, die Flut über sich zusammenschlagen ließ und am Fenster blieb, bis sich die Demonstranten verlaufen hatten.

2. Die Einheitsregierung

Die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte, die vom Berliner Vollzugsrate am 16. Dezember einberufen war, hatte die stillschweigende Aufgabe, die Zwiespältigkeiten in der Regierung, die sich seit dem Beginn der Revolution bemerkbar gemacht hatten, infolge der paritätischen Verteilung der Ämter im Reichsministerium an die Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, durch ihre Entscheidung aus der Welt zu schaffen. Es kann keinem Zweifel unterliegen und ist auch in allen Parteikreisen des deutschen Volkes sattsam ausgesprochen worden, daß die Regierung Ebert-Haase nicht die nötige Kraft besaß, um die gegenströmenden Bewegungen zu unterdrücken.

Die Besorgnis der Revolutionsregierung und der Revolution überhaupt, daß von dem rechtsstehenden Deutschtum, von den Vertretern der alten Monarchie und der Beamtenherrschaft ein Sturz der sozialistischen Regierung beabsichtigt sei, war sehr bald der Überzeugung gewichen, daß das deutsche Bürgertum sich geschlossen hinter die Regierung gestellt habe und sich mit den neuen Verhältnissen abzufinden gewillt sei. Der 9. und 10. November hatten dem Bürgertum klar gemacht, die alte Zeit habe so völlig abgewirtschaftet, daß eine Möglichkeit, den Obrigkeitsstaat wieder aufzurichten, nicht allein an dem Widerstand der zur Herrschaft gekommenen Revolutionsidee scheitern müsse, sondern daß auch in weiten Kreisen des Bürgertums sich für die Rückkehr zu den alten Verhältnissen keine Neigung mehr fände. Das, was wie eine Gegenrevolution von rechts sich gebärdete, war weiter nichts als der Wunsch des Bürgertums, das politisch Wertvolle, das zweifellos auch die alte Monarchie in sich getragen, denn sie hatte doch Deutschland zu einer bisher ungekannten wirtschaftlichen Höhe und Weltgeltung geführt — dies Wertvolle zu erhalten und mit in die neue Zeit, freilich auf veränderter Grundlage, hinüberzunehmen. Hier und da wurden Bestrebungen dieser Art von Männern mit etwas mehr Temperament als nötig war betont, und so erschien sie vor allem den durch die kommunistische Propa-

ganda Liebknechts aufgereizten Massen als Ansatz zu einer Gegenrevolution von rechts und Gefährdung der revolutionären Errungenschaften. Meist waren Träger dieser Bewegungen Offiziere, die mit ihren Kampftruppen von der Front zurückkehrten und, völlig verblüfft über die veränderten Zustände im Vaterlande, den Kopf verloren hatten und den natürlichen Hemmungsvorrichtungen keine Beachtung schenkten. Die menschliche Triebhaftigkeit, die der letzte Urgrund zu der sozialistischen Revolution der Novembertage gewesen war, machte sich auch dort gemäß dem Grundsatz der doppelpoligen Entwicklung der Revolution geltend.

So zwang ein junger Offizier den Prinzen Friedrich Leopold von Preußen dazu, unter Anwendung von brutaler Gewalt, die rote Fahne von seinem Schloß herunterzunehmen, weil sie angeblich die einziehenden Truppen beleidigte, und der Prinz nichts getan hatte, um den tapferen Frontkämpfern eine Ehrenbezeigung zu erweisen. Aufgeregte Gemüter aus den Revolutionsparteien sahen in großen Truppenansammlungen in Potsdam, die lediglich zu dem Zweck stattgefunden hatten, die feldgrauen Kämpfer feierlich in Berlin ihren Einzug durch das Brandenburger Tor halten zu lassen, eine geplante Gegenrevolution, die mit Waffengewalt die neue Zeit unterdrücken wollte. Zündstoffe überall und ein aufgeregtes Durcheinander, das — oft im besten Glauben — Ruhe und öffentliche Ordnung bedrohte.

Allen diesen Dingen gegenüber, die zum Teil rein äußerliche, man möchte fast sagen symbolische Bedeutung hatten, verhielt sich die Regierung überall abwartend, aber auch in Fragen von grundlegender Wichtigkeit, wie der Bewältigung der Arbeitslosigkeit in Berlin, der Streiks im Kohlenrevier und der Arbeitsniederlegung in den Maschinenwerkstätten, die doch notgedrungen hätten arbeiten müssen, um den Ausfall an Lokomotiven zu decken, tat die Regierung nichts. Sie beschränkte sich auf Reden, Flugblätter, Plakate, Erlasse, um die sich kein Mensch kümmerte. Indessen wuchsen die Mißstände zu einer fast katastrophalen Höhe an, und von allen Seiten erhoben sich laute Proteste gegen die

Untätigkeit und Schwäche der Regierung. Dabei dachte niemand an die gigantische Arbeit, die nach dem Sieg der Revolution als positive Aufbauarbeit zu leisten war, wobei nicht vergessen werden darf, daß die paritätische Beschickung des Reichsministeriums mit drei Mehrheitssozialisten und drei Unabhängigen im wesentlichen den Keim zur Untätigkeit in sich trug, denn die Unabhängigen, die selbst in ihren Zielen zwischen den Mehrheitssozialisten und den Zielen des Spartakusbundes hin und her schwankten, ließen durch ihre Opposition eine einheitliche Regierungshandlung nur nach endlosen Kabinettssitzungen in die Erscheinung treten, aber auch nur dann, wenn sie sich mit ihren Zielen, die sie wohl ahnen mochten, aber nicht klar zum Ausdruck brachten, einigermaßen deckten.

Es ist daher die Signatur der Zeit von der Tendenz beherrscht, eine einheitliche Parteiregierung an die Spitze der Republik zu setzen.

Wie in der Entwicklungsperiode bis zum Zusammentritt des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte des Reiches das Ziel die Festlegung der Nationalversammlung war, so war die einheitliche Parteiregierung das Ziel der neuen Entwicklungsphase, die mit dem Zusammentritt dieses Kongresses beginnt.

Der 16. Dezember, an dem der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte erstmalig zusammentrat, war ein bedeutsamer Wendepunkt in der Revolution, denn die stattliche Versammlung, die den Saal des früheren Abgeordnetenhauses bis zum letzten Platz füllte, stand von Anfang unter dem Zeichen der Mäßigung, der Ordnung und des Aufbaues. Schon die Begrüßungsrede des Vorsitzenden des Vollzugsrates Richard Müller zeigte, daß eine Versammlung ernster, politisch vorzüglich geschulter Männer zusammengetreten war, um dem Chaos der Revolution, den Putschversuchen von rechts oder links unbedingt ein Ende zu machen. Gleich zu Beginn des Kongresses war das Problem der Stunde klargestellt worden: soll die politische Macht, die zur Zeit in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte ruht, ihnen belassen werden oder nicht. Richard Müller ließ schon in der Problemstellung seinen Standpunkt erkennen. Er wollte die Diktatur

der Räte so lange aufrechterhalten wissen, bis die Errungenschaften der Revolution nach allen Seiten hin gesichert wären. Aber schon der erste Redner des ersten Tages, der Volksbeauftragte Ebert, sprach sich klar für das andere Ziel aus, wenn er sich dahin äußerte, daß aus der Gewalt der siegreichen Revolution heraus ein neuer Rechtsstaat zu errichten sei. Denn es könne auf die Dauer in Deutschland nur eine Rechtsquelle geben, den Willen des ganzen deutschen Volkes. Das wäre der Sinn der Revolution. Eine Gewaltherrschaft habe Deutschland ins Unglück gestürzt, für die Zukunft dürfe es keinerlei Gewaltherrschaft mehr geben, komme sie von wem sie wolle. Das siegreiche Proletariat richtet keine neue Klassenherrschaft auf, es überwindet zunächst politisch dann wirtschaftlich die alten Klassenscheidungen und stellt die Gleichheit alles dessen her, was Menschenantlitz trägt. Das ist der große ideale Gedanke der Demokratie. Wer ihn ganz und restlos in sich aufgenommen hat, kann den dauernden Frieden erringen, kann ein vollgültiges Mitglied der Familie der freien Völker werden. Demokratie und Nationalversammlung, die endgültige Überwindung der Willkürherrschaft, die dauernde Garantie der Selbstregierung des Volkes, das muß in dieser Zeit unsere Hauptsorge sein. Die Demokratie ist der Fels, auf dem allein die Arbeiterklasse das Haus der deutschen Zukunft stellen kann. Verrichten Sie hier ein großes Werk der Freiheit und der Demokratie, und die deutsche Volksrepublik wird aller Gefahren Herr werden und einer glücklichen Zukunft entgegengehen.

Der stürmische Beifall, den diese Äußerung Eberts bei dem Kongreß fand, zeigte schon im Beginn seiner Tagung an, daß für alle Diktaturbestrebungen eine Majorität unter den Arbeiter- und Soldatenräten des Reiches nicht zu finden sein würde. Aber auch bereits der erste Tag gab Kunde davon, daß die Entscheidung des Kongresses im Sinne der Mehrheitspartei nicht ohne Stürme abgehen werde, denn schon hatte sich die schärfste Opposition, der Spartakusbund, in Marsch gesetzt, um den Kongreß im Abgeordnetenhause auseinanderzusprengen. Um elf Uhr vormittags etwa bewegten sich gewaltige Züge streikender Arbeiter

von der Siegessäule, wo sie zusammengekommen waren, durch die Siegesallee, durchschritten das Brandenburger Tor, bogen in die Wilhelmstraße ein, um nach dem Abgeordnetenhaus zu marschieren. Dort hielt Karl Liebknecht auf dem Gesims des großen Eingangsportales eine Ansprache, in der er in seiner aufwühlenden, fanatisierenden Art gegen die Nationalversammlung für die alleinige Macht der Räte seine Stimme erhob. Er forderte den Sturz der Regierung, Entwaffnung aller Gegenrevolutionäre, Bewaffnung der revolutionären Arbeitermassen, Aufhebung der Kommandogewalt, und schloß mit den Worten: „Wer die Nationalversammlung beschließt, beschließt die Vergewaltigung der Arbeiterklasse.“

Dieser Angriff des Spartakusbundes auf die Entschlußfreiheit des Kongresses machte keinen allzu großen Eindruck, obwohl der Sprecher der Demonstration, der in den Saal eingedrungen war, als Beauftragter von zweihundertfünfzigtausend revolutionären Arbeitern vor dem Kongreß auftrat und seine Wünsche vortrug. Der Kongreß nahm ihn nicht ernst. Trotzdem erhob sich eine Gruppe der Delegierten zu einem stürmischen Protest. Aber der Vorsitzende bewahrte eine beachtenswerte Ruhe und schnitt jede weitere Erörterung mit der Bemerkung ab, daß der Kongreß die Forderungen der revolutionären Arbeiter zur Kenntnis genommen und in den Verhandlungen darüber entscheiden werde. Die Deputation des Spartakusbundes verließ darauf ruhig den Saal, so daß die Verhandlungen ungestört weiter gehen konnten.

Nachdem Richard Müller am ersten Tag seine lange Rechtfertigungsrede für den Vollzugsrat gehalten, stand der zweite Tag unter dem Zeichen der Kritik an der Tätigkeit dieser Reichsbehörde, und man darf wohl sagen, daß nur eine geringe Minderheit auf ihrer Seite stand. Es hat immer Reibungen und Hemmungen gegeben, und der Volksbeauftragte Landsberg ging äußerlich ruhig und höflich, aber sachlich mit glatter Schärfe ins Gericht. Er traf die Diktatur Müllers ins Herz mit den Worten: „Gerade er hat in öffentlicher Versammlung erklärt, der Rat der

Volksbeauftragten sei vom Vollzugsrat eingesetzt worden und könne jederzeit davongejagt werden, wenn es dem Vollzugsrat passe. Wer so vorgeht, kann sich über den Vorwurf der Diktatur nicht wundern. Fast jeder Tag brachte Konflikte, und noch in den letzten Tagen schon nach Ausschreibung dieses Kongresses ist vom Vollzugsrat der Antrag gestellt worden, den Volksbeauftragten Ebert von seinem Platze zu entfernen. Müllers Verdienst ist es nicht, wenn der Antrag abgelehnt worden ist. Wenn der Berliner Vollzugsrat sich gegen den Verdacht schützen wollte, eine Diktatur für das ganze Reich errichten zu wollen, dann mußte er am ersten Tage nach der Revolution diesen Kongreß einberufen. Wir haben fortgesetzt darauf gedrängt, schon in den allerersten Tagen."

Es folgt nun eine stürmische Auseinandersetzung, die durch Georg Ledebour eingeleitet wird, der Ebert mit ungeheurer Leidenschaft angriff, ihm die Schuld an dem Blutvergießen des 6. Dezember vorwarf und ihn zweideutig nannte in der Affäre des Präsidentschaftsangebots. Den Höhepunkt bildete Ledebours Wort, Ebert sei ein Schandmal für die Regierung. Er wurde zwar dafür zur Ordnung gerufen, aber der Tumult steigerte sich so sehr, daß niemand mehr sein eigenes Wort verstand. Schließlich aber gelang es ihm, sich weiter auszusprechen, und er machte historisch bedeutsame Mitteilungen zur Vorgeschichte der Revolution:

„Schon seit der Mitte von 1916 datiert das Bestreben einiger Vorkämpfer der Sozialdemokratie, durch eine Revolution die nichtswürdige Verbrechergesellschaft zu stürzen. Wir sind verhöhnt worden von Leuten, die jetzt die Früchte der Revolution genießen! Der Entschluß von 1916 verstärkte sich nach dem Januarstreik von 1918. Nach diesem Streik reifte der Entschluß, wenn es noch einmal losginge, dann ganze Arbeit zu machen. Alle Vorbereitungen wurden getroffen, und besonders haben sich Barth, Wegmann, Ecker, Däumig und andere Vollzugsratsmitglieder um die Sache verdient gemacht. Es fragte sich immer nur, wann losgeschlagen werden konnte. So haben wir Monat

für Monat gewartet. Als der Zusammenbruch an der Westfront erfolgte, hielten wir die Zeit für gekommen. Wir hatten auch Verbindungen mit der Front angeknüpft und arbeiteten erfolgreich, denn die Regierung war ja so gütig gewesen, alle Revolutionäre einzuziehen und in die Armee zu stecken. Wir wußten, daß ganze Regimenter übertreten würden. Nun kamen die entscheidenden Novembertage. Am 2. November fand eine Sitzung des Revolutionskomitees statt, an der auch Haase, Dittmann und Liebknecht teilnahmen. Wir beschlossen, am 4. November loszuschlagen, wir wußten, daß wir uns auf die Truppen verlassen und uns nach kurzem Kampf der Herrschaft über Berlin bemächtigen konnten. Am Abend vorher sollte noch eine kurze Zusammenkunft der leitenden Genossen mit Vertretern der Betriebe stattfinden, und in dieser letzten Sitzung warnten Haase und Dittmann und sagten, die Zeit sei noch nicht reif. Sie glaubten eben nicht an den revolutionären Geist der Massen."

Welch ein beschämendes Gefühl für die verflossene Staatsgewalt, daß sie so wenig die Stimmung des eigenen Volkes kannte, ja nicht kennen wollte, denn sie ist von Leuten, die es wußten, zeitig genug auf das dumpfe Grollen in den Massen aufmerksam gemacht worden. Noch gelegentlich des Januarstreiks von 1918 wäre es Zeit gewesen, das Volk durch Zugeständnisse zu beruhigen und dann Ende März, auf der Höhe unserer militärischen Macht, Frieden anzubieten. Hätte die Regierung im Januar das getan, was sie nachher im September tun mußte, so wäre unendliches nationales Unglück verhütet worden. Aber es ist schon richtig, wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Mit dem Vorstoß Ledebours waren die Überraschungen des Tages noch nicht beendet, denn nach Schluß der Debatte über den Bericht des Vollzugsrates, in der Nachmittagssitzung, erschienen plötzlich etwa dreißig Soldaten, von denen jeder ein Schild trug mit der Aufschrift eines Berliner Ersatztruppenteils. Ihr Sprecher stellte folgenden Antrag:

„Die Soldatenräte beantragen bei der im Abgeordnetenhause tagenden gesetzgebenden Körperschaft folgende Dringlichkeitsanträge zum Beschluß zu erheben:

1. Ein oberster Soldatenrat, zusammengesetzt aus gewählten Delegierten aller deutschen Soldatenräte, übt die Kommandogewalt über alle Truppen des Heeres aus, ähnlich wie bei der Marine.

2. Die Rangabzeichen aller Dienstgrade sind verboten. Sämtliche Offiziere sind zu entwaffnen. Das Verbot der Rangabzeichen aller Dienstgrade tritt für die heimkehrenden Truppen in Kraft, nachdem die Niederlegung der Waffen in den Kasernen erfolgt ist.

3. Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und der Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich."

Über das Verlangen der Soldaten, ihren Antrag sofort zu beraten, kam es zwischen den Vertretern der Mehrheitssozialisten und den Radikalen zu lebhaften Auseinandersetzungen. Selbst das Eingreifen des Volksbeauftragten Haase, der Verhandlung des Antrags auf den 18. Dezember zusagte, vermochte den Sturm nicht zu beschwören. Die Abordnung der Soldaten schwang drohend ihre Stöcke gegen den Kongreß und hielt in leidenschaftlicher Erregung Ansprachen bis zum Schluß der Sitzung.

Ein Lichtblick in diesen Stürmen war der Antrag Cohen-Reuß, die Nationalversammlung schon am 19. Januar 1919 zu wählen. Das war der Angelpunkt des ganzen Kongresses, und wenn man auch nach einigen Zwischenfällen und Störungen durch Abgesandte des Spartakusbundes erst am vierten Verhandlungstage zur Frage, Nationalversammlung oder Rätesystem kam, so war doch die endliche Entscheidung eine monumentale Kundgebung der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte für den Aufbau eines Rechtsstaates.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Rede von Cohen, womit er seinen Antrag begründete, die Entscheidung herbeiführte. Er schilderte vorab die trostlosen Zustände Deutschlands,

die einer furchtbaren Katastrophe entgegentrieben, und fuhr dann fort:

„Nur eine starke Zentralgewalt kann uns helfen, die sich stützt auf das feste Fundament des allgemeinen Volkswillens. Keine Zentralgewalt wird im Inland oder Ausland sich Beachtung verschaffen können, wenn sie nicht getragen ist von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes. Das einzige Organ, diesen Willen des Volkes festzuhalten, ist die allgemeine deutsche Nationalversammlung, zu der jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau in allen Gebieten, die zu Deutschland gehören wollen, wählen kann. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind niemals Organe des allgemeinen Volkswillens. Der Zerfall muß kommen, wenn es uns nicht gelingt, der Disziplin- und Einsichtslosigkeit Herr zu werden, die leider sich auch eines großen Teils der Arbeiterschaft bemächtigt hat. Die Arbeiterschichten haben Unrecht, die die deutsche Revolution zu einer bloßen Lohnbewegung herabgedrückt haben. Man kann von den Unternehmern nicht mehr an Löhnen verlangen, als ein Betrieb überhaupt Werte erzeugt. Eine geregelte Verwaltung in Deutschland ist nur durch die Nationalversammlung gegeben, die allein uns eine demokratische Verfassung geben, das Reich wieder aufbauen und seine auseinander strebenden Teile zusammenhalten kann. Wir haben es mit ernsten Loslösungsbestrebungen zu tun. Gerade wir sollten bedenken, daß für diese Loslösungsbestrebungen starke wirtschaftliche Interessen sprechen. Die Loslösungsbestrebungen im Westen werden nur Erfolg haben, wenn die rheinisch-westfälische Wirtschaft zu der Überzeugung kommt, daß Deutschland nicht mehr organisiert werden kann. Dann werden wir die rheinisch-westfälische Republik haben. Mit moralischer Entrüstung können wir gegen diese ökonomische Tatsache nicht ankommen. Ohne die wichtigsten Industriebezirke aber ist Deutschland nicht lebensfähig. Die Deutsch-Österreicher sind uns im Reiche willkommen, und wir erklären, daß wir uns ein geeintes Reich ohne die Volksgenossen in Österreich überhaupt nicht mehr vorstellen können. Nur die

deutsche Nationalversammlung kann auch die moralische Autorität aufbringen, um sich im Inland und Ausland Beachtung zu verschaffen. Bisher ist das auch das Programm der deutschen Sozialdemokratie gewesen, und nicht nur bei uns, selbst in Rußland haben die Besten jahrzehntelang für dieses Ideal gekämpft. Erst dem Bolschewismus war es vorbehalten, hier eine Änderung eintreten zu lassen. Aber auch der Bolschewismus war zunächst für die Konstituante, und erst als sie eine ihm nicht genehme Mehrheit aufwies, jagte er sie auseinander. Man wird dort drüben noch einiges hinzulernen müssen.

Die Diktatur einer Minderheit ist unvereinbar mit Karl Marx, der immer nur an eine Diktatur der Mehrheit gedacht hat. Mit Marx hat der russische Bolschewismus nichts, aber auch gar nichts zu tun. Der Bolschewismus in Rußland hat aber den Sozialismus auf Jahrzehnte hinaus diskreditiert. Ganz Rußland friert und hungert, und nicht einmal die vorhandenen Rohstoffe konnten richtig ausgenutzt werden. Man hat die alte Ordnung zerschlagen, ehe man eine neue Ordnung an die Stelle setzen konnte. Die Sozialisierung ist kein Akt der Gewalt, sondern das Ergebnis einer organischen Entwicklung. Man kann die neue Ordnung nicht im Handumdrehen an die Stelle der alten setzen. Der organische Entwicklungsprozeß aber darf nicht gestört werden. Man sagt, die Wahlen zur Nationalversammlung würden keine sozialistische Mehrheit bringen. Ich verstehe diesen Kleinmut nicht. Die Wahlen, die seit der Revolution stattgefunden haben, beweisen, daß die Massen uns in hellen Scharen zuströmen. Je eher die Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden, desto sicherer werden sie eine sozialistische Mehrheit bringen. Gerade weil der größte Teil des deutschen Volkes im Augenblick gegenüber dem alten System von einer völligen Hoffnungslosigkeit erfüllt ist, werden die Massen für uns stimmen. Erst wenn sich herausstellen sollte, daß wir der Desorganisation nicht Herr werden, werden die Massen wieder den Argumenten der anderen Seite zugänglich sein. Wir dürfen niemals übersehen, daß wir bei den Wahlen auch auf die Schich-

ten angewiesen sind, die nicht aus Überzeugung, wohl aber aus Sympathie für uns stimmen. Im Augenblick ist die überwiegende Mehrheit unseres Volkes davon durchdrungen, daß nur wir Sozialisten den Neuaufbau bewerkstelligen können. Ich verstehe überhaupt nicht, daß es Parteigenossen geben kann, die zum Volke ein so geringes Vertrauen haben. Wir haben uns stets als die Erben der klassischen deutschen Philosophie bezeichnet und haben immer an die Kraft auch moralischer Ideen geglaubt. Da dürfen wir nicht kleinmütig sein. Die Kreise der Unabhängigen, die in dieser Frage auf unserem Boden stehen, müssen bei den Wahlen mindestens mit uns zusammengehen. Aber wir brauchen auch die Unterstützung bürgerlicher und intellektueller Kreise. Den Einfluß dieser Kreise dürfen wir nicht unterschätzen. In Rußland hat der Streik der Intelligenz im November 1917 die ganze Revolution lahmgelegt. Bei uns wäre die Folge eines solchen Streiks der völlige Zusammenbruch und Einmarsch der Entente. Es kann nicht bestritten werden, daß dieser Einmarsch erfolgen wird, wenn die Entwicklung sich nicht im Rahmen der Ordnung bei uns vollzieht. Björn Björnson hat mir erst jetzt mitgeteilt, daß der französische Gesandte in Christiania sich dieser Tage so geäußert hat: „In Berlin stehen die Dinge günstig für uns. Wenn es so weiter geht, können wir in vier Wochen dort sein." In Rußland geht die Entente gegen die Diktatur der Räte mit Waffengewalt vor und hätte sie vermutlich längst erledigt, wenn es nicht Winter wäre. Glauben Sie wirklich, daß die Entente die Räteherrschaft in Deutschland dulden würde, wo sie militärisch hier ein viel leichteres Spiel hätte? Meine Gegner setzen ihre Hoffnungen auf die Völker der Entente. In diesen Wein muß doch sehr viel Wasser gegossen werden. Im Augenblick spricht gar nichts für eine Revolution bei den Ententevölkern. Auf diesen Sandhaufen können wir keine Häuser bauen. Aber selbst wenn es in Frankreich und Italien zu Revolutionen käme, könnten wir vielleicht bessere Friedensbedingungen bekommen, niemals aber das Wichtigste, was wir brauchen, nämlich Nahrungsmittel und Rohstoffe.

Diese Dinge bekommen wir von England und Amerika, und wie kann man ernsthaft glauben, daß diese antisozialistischsten Länder der Welt jetzt nach einem siegreichen Kriege Revolution machen werden? Bei den letzten Wahlen in England hat Lloyd George eine große Mehrheit erreicht. Die Folge wäre nur, daß auch Frankreich und Italien wie wir zugrunde gehen würden, und England und Amerika würden unumschränkt herrschen. Wir Sozialdemokraten müssen daher auf das entschiedenste und nachdrücklich uns dagegen wehren, daß unsere reine, klare, gute sozialistische Gedankenwelt durch bolschewistische Verschrobenheiten sabotiert und diskreditiert wird.

Das kann nicht so weiter gehen, soll unsere gute Sache nicht in der ganzen Welt Schaden erleiden. Wir setzen unseren guten Namen aufs Spiel, wenn wir mit dieser bolschewistischen Sabotage an der großen Gedankenfülle der sozialistischen und demokratischen Ideen auch nur die geringsten Berührungspunkte haben. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind besser als ihr Ruf, und ein Geschichtschreiber wird günstiger über sie urteilen als es die Gegenwart tut. Sie mögen Geld verschwendet haben, aber sie haben auch Milliardenwerte gerettet, und ohne die Arbeiter- und Soldatenräte wäre die Katastrophe über uns hereingebrochen. Aber die Aufgaben, die die Nationalversammlung erfüllen soll, können die Räte nicht erfüllen. Sie müssen für diese Aufgaben der gesetzgebenden Nationalversammlung Platz machen. Für ihre eigenen Aufgaben mögen sie weiter bestehen und können viel Gutes stiften. Im Augenblick stützen sie ihre Macht doch nur auf die Bajonette, und ich muß sagen, daß diese Stellung doch etwas unsicher ist. Es kommt dann nachher der stärkere Demagoge und entreißt ihnen die Bajonette und dann wieder einer und so fort, und wir haben dann den Kampf hier in Deutschland, den Bürgerkrieg. Wir treten für die Nationalversammlung ein im Interesse unseres deutschen Volkes, das wir aus tiefster Seele lieben, und dem wir auch in seiner größten Not die Treue halten wollen. Wir brauchen die Nationalversammlung aber auch im Interesse unserer Arbeiterschaft und

im Interesse der Demokratie und des Sozialismus. Die Nationalversammlung allein kann dem Willen des ganzen Volkes Ausdruck verleihen. Weil die Gefahr so groß und so nahe ist, bitte ich Sie, mit großer Mehrheit für meinen Antrag zu stimmen, der verlangt, daß die Wahlen für die deutsche Nationalversammlung am 19. Januar stattfinden sollen. Sorgen Sie bitte bis dahin für Aufklärung der Massen im sozialistischen Sinne. Es ist ja wirklich nicht schwer, im gegenwärtigen Augenblick dem Sozialismus zum Siege zu führen. Ein neues und besseres Deutschland wollen wir unseren Kindern hinterlassen."

Diese Rede führte die Entscheidung herbei, und es kam noch hinzu, daß der Volksbeauftragte Dittmann sich energisch auf die Seite derer stellte, die für die Nationalversammlung eintraten. Ein Satz von geradezu schlagender Wirkung fing die Stimmung des Kongresses ein: „Die Massen wollen die Nationalversammlung, darüber kann gar kein Zweifel bestehen, die Führer müssen Werkzeuge der Massen sein."

Ein grundlegender Beschluß wurde dann mit der Annahme des Antrags Lüdemann gefaßt, der besagt:

„Die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, die die gesamte politische Macht in Deutschland repräsentiert, überträgt bis zu anderweitiger Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten. Der Kongreß bestellt ferner einen Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der die Überwachung des deutschen und preußischen Kabinetts ausübt; ihm steht das Recht der Berufung und Abberufung der Volksbeauftragten des Reiches und, bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse, auch der Volksbeauftragten Preußens zu. Zur Überwachung der Geschäftsführung in den Reichsämtern werden von dem Rat der Volksbeauftragten Beigeordnete der Staatssekretäre bestellt. In jedes Reichsamt werden

zwei Beigeordnete entsandt, die aus den beiden sozialdemokratischen Parteien zu entnehmen sind. Vor Berufung der Fachminister und der Beigeordneten ist der Zentralrat zu hören."

Damit war der Wille zur Nationalversammlung seitens des Kongresses ausgedrückt, und in der Tat wurde mit überwältigender Mehrheit (vierhundert gegen fünfzig Stimmen) die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 beschlossen. Bezüglich der Befugnisse des nach Lüdemann zu wählenden Zentralrates kam es zu einem stürmischen Zwischenfall; die Unabhängigen verließen demonstrativ den Saal, so daß nur Mehrheitssozialisten in den Zentralrat gewählt wurden.

Dies gab Veranlassung zu einer heftig einsetzenden Agitation gegen die Regierung, an der sich auch in der gewohnten Weise die Spartakusbündler beteiligten. Sie wandten sich nunmehr mit einer bisher nicht erhörten Schärfe gegen die Unabhängigen, und den Höhepunkt bezeichnete ein Ultimatum, das vom Zentralsekretariat des Spartakusbundes unterzeichnet war und im wesentlichen die Einberufung eines Parteitages der Unabhängigen bis spätestens Ende Dezember 1918 und rücksichtslose proletarisch-revolutionäre Politik forderte.

Dies Ultimatum wurde von den Unabhängigen abgelehnt, aber, und das charakterisiert die Uneinigkeit in der Partei, nur aus formellen Gründen. Man verschanzte sich hinter Verkehrsschwierigkeiten und die Kürze der Zeit bis zur Nationalversammlung, die vollständig von der Wahlagitation in Anspruch genommen werde.

Gleichzeitig, aber scheinbar nicht in ursächlichem Zusammenhang mit der Spartakusbewegung, ging ein Aufstand der Matrosendivision, der sogenannten Volks-Marinedivision, die im königlichen Schloß untergebracht war. Zwei Matrosen erschienen am Nachmittag des 23. Dezember vor den Volksbeauftragten Ebert und Landsberg und erklärten, daß sie von ihrem Kommandanten den Befehl erhalten hätten, die Tore des Reichskanzlerpalastes zu schließen und niemand weder aus- noch einpassieren zu lassen.

Auch die Telephonzentrale wurde besetzt und so die Regierung von dem Verkehr mit der Außenwelt abgesperrt. In Eile wurden Gardetruppen, die im Grunewald einquartiert waren, zum Entsatz der Regierung herangezogen, und man entschloß sich zu Verhandlungen. Ebert hielt an die Truppen folgende Ansprache:

„Ich will im Augenblick auf die Vorgänge nicht eingehen, die sich heute abgespielt haben. Ich will nur die Tatsache feststellen, daß die Regierung eine Zeitlang im Reichskanzlergebäude durch ihre eigene Wache festgehalten wurde und niemand das Haus verlassen durfte. Die Telephonzentrale war besetzt, so daß alle Telephongespräche unmöglich waren. Später ist es mir gelungen, die Matrosen zu bewegen, abzuziehen. Wir haben weiter festgestellt, daß die Matrosen das Haus verließen. Gleichzeitig müssen aber auch die anderen Truppen jetzt fortgehen. Ich bitte Sie, alles zu tun, um ein Blutvergießen zu vermeiden. Wir haben in diesem Kriege so viel Blut vergossen, daß es einfach Wahnsinn wäre, noch neues Blutvergießen herbeizuführen, wofür niemand die Verantwortung übernehmen könnte. Ziehen Sie also in Ihre Quartiere."

Nach dieser Ansprache zogen Regierungstruppen und Matrosen ab, letztere begaben sich zur Kommandantur Unter den Linden, gegenüber dem Zeughause. Die Matrosen hatten die Absicht, mit dem Kommandanten Wels zu verhandeln, da erschien ein Panzerauto, das von der Straßenwache der Matrosen angerufen wurde. Statt zu halten fuhr das Auto weiter und erhielt von der zweiten Postenkette Feuer, und nun entspann sich ein Gefecht. Die aufgeregten Matrosen drangen in die Kommandantur ein, verhafteten Wels und seine Adjutanten und führten sie nach dem Marstall ab.

Am Morgen des 24. Dezember waren von den regierungstreuen Truppen die Matrosen im Marstall eingeschlossen und wurden nun durch Parlamentäre zur bedingungslosen Kapitulation aufgefordert. Als sie sich weigerten, begann der Angriff mit Artillerie und Maschinengewehren. Bald hißten die Matrosen die

weiße Fahne, aber es kam nicht zu einer Einigung, und das Gefecht wurde nach einer halbstündigen Waffenruhe wieder aufgenommen. Nun aber zogen etwa dreihundert Spartakusleute heran, drangen in das Schloß ein und begannen zu plündern, sie wurden jedoch von den Truppen mit der blanken Waffe vertrieben.

Über den traurigen Vorfall, dem etwa siebzig blüh'ende Menschenleben zum Opfer fielen, gab der Rat der Volksbeauftragten einen amtlichen Bericht, dem ich folgende Stellen entnehme:

„Die Regierung, obwohl aufs ungeheuerlichste vergewaltigt und durch die eigenen Volksgenossen bloßgestellt, kam den von dunklen Elementen mißbrauchten Matrosen in jeder Weise entgegen und war zu jeder Verständigung bereit, wenn nur Blutvergießen vermieden werde. Den auf die Republik vereidigten Truppen, die zum Schutz der Regierung herbeigeholt waren, ward jede gewaltsame Handlung verboten. Schließlich kam es am späten Abend noch einmal zu einer Einigung: die Matrosen verpflichteten sich zur Freilassung Wels' und seiner Adjutanten und zur Räumung des Schlosses, in dem nach dem Bericht des unabhängigen Finanzministers Simon, seit der Besetzung durch die Marine außerordentliche Werte des Volksvermögens vernichtet wurden und verschwunden sind.

Um elf Uhr, um zwölf Uhr, um ein Uhr nachts wurde mit Schloß und Marstall telephoniert. Immer noch war Wels nicht freigelassen. Die Regierung wartete; Truppen, die aus Potsdam im Anzuge waren, wurden zurückgeschickt, überall zur Ruhe gemahnt. Um ein Uhr morgens kam von einem Führer der Volksmatrosendivision aus dem Schloß die telephonische Meldung:

‚Ich kann für das Leben von Wels nicht mehr garantieren!‘

Auf diese Nachricht hin, daß ein Mann, den die Regierung auf den schwersten Posten gestellt hatte, von feigem Meuchelmord bedroht sei, daß die besonnenen Führer und Kameraden von der Marine nicht mehr die Herrschaft hätten über die,

welche auch vor einem verbrecherischen Totschlag nicht zurückschrecken, gaben die drei allein noch anwesenden Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg die Weisung an die zuständige militärische Kommandostelle, das Nötige zu veranlassen, um das Leben des Genossen Wels zu retten und ihn zu befreien."

Der Bericht stellt weiter folgende Tatsachen fest:

„'Die Volksbeauftragten wollten, wie immer, jedes bewaffnete Vorgehen vermeiden. Das ist ihnen ja oft genug und nicht nur aus weitesten Kreisen der Arbeiter vorgeworfen worden.

Die Führer der Volksmarinedivision, die mit der Regierung verhandelten, wollten die Einigkeit herstellen und haben das nach dem Straßenkampf aufs neue durch die Zusicherung bewiesen, sich an keinerlei Aktion mehr gegen die Regierung zu beteiligen.'

Trotzdem die Mißhandlung, die Todesdrohungen, ja das Todesurteil gegen Wels! Die Schuld an dem Unheil tragen die Leute, die kein anderes Wort mehr kennen als ‚Bluthund' und selbst im Blute waten! Die angeblich für die Revolution kämpfen und nichts anderes wollen als Vernichtung, Anarchie, Terror! Denen die russische Wüste und ihr verhungerndes Volk noch nicht genug sind, die noch eine Wüste anstreben: Deutschland! Die Weltrevolution predigen und nur eines erreichen werden: Weltuntergang!"

Die Regierung, die sich zu gleichen Teilen aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen zusammensetzte, war durch diese Parität lahmgelegt. Es mußte unbedingt eine Änderung herbeigeführt werden. Innere Widersprüche zerklüfteten auch die Partei der Unabhängigen. Eduard Bernstein trat aus ihrer Gemeinschaft aus und begründete seinen Austritt mit einer trefflichen Darstellung der wirkenden Gegensätze:

„Durch den Eintritt von drei ihrer Vertreter in die Regierung der Republik und die Annahme von Regierungsämtern

von seiten anderer ihrer Mitglieder sieht sie (die Partei der Unabhängigen) sich zur Mitarbeit an der Befestigung der Republik verpflichtet, und hat sie die Mitverantwortung zu tragen für die Gestaltung des politischen, wirtschaftlichen und allgemeinsozialen Lebens im Republik gewordenen Deutschland. Mit den Mehrheitssozialisten, von denen das gleiche gilt, trägt sie gemeinsam die Verantwortung für denjenigen Grad von Sicherheit und Ordnung, der unerläßlich ist, soll die schwere wirtschaftliche Notlage, in der sich Deutschland zur Zeit befindet, nicht bis zur Unerträglichkeit gesteigert werden. Das weist sie auf ein möglichst kollegialisches Zusammenarbeiten mit den Vertretern der Mehrheitssozialisten in Regierung und Regierungsämtern hin. Organisatorisch aber ist sie mit der Spartakuspartei verbunden, welche eine Politik verfolgt, die das Gegenteil davon bedeutet und, konsequent fortgesetzt, zum blutigen Bürgerkrieg mit unvermeidlicher weiterer Zerrüttung des Wirtschaftslebens hintreiben muß.

Das ist ein unhaltbarer Widerspruch... Die Führer der Partei sind gezwungen, abwechselnd gegen rechts oder links sich zu wenden, und ihre Mitgliedschaften führen an verschiedenen Orten den Kampf in entgegengesetzter Richtung. Hier stellen sie sich grundsätzlich auf den Boden der Einberufung der Nationalversammlung, und dort erklären sie dieser von vornherein den Krieg, hier schließen sie Verträge mit den Mehrheitssozialisten zum Kampf auf Grund gemeinsamer oder verbundener Kandidatenlisten, und dort erklären sie, unter keinen Umständen mit jenen zusammengehen zu wollen.

Wohin soll das führen?

Der geschilderte Gegensatz bringt nicht nur Mitgliedschaft gegen Mitgliedschaft in Widerspruch, er hat auch beständige innere Reibungen im Schoße der Mitgliedschaften selbst zur Folge und züchtet fortzeugend die seltsamsten Auswüchse."

Und nun rief die sozialdemokratische Partei zu einer Massenkundgebung für die Regierung ihrer Freunde und gegen den Terror des Spartakusbundes auf. Der kommende Sonntag,

13*

29. Dezember, sollte eine Straßendemonstration von ungeheurer Eindringlichkeit bringen. Im Kabinett fanden lange Verhandlungen statt, die um halb ein Uhr in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag zum Austritt der drei Unabhängigen Haase, Dittmann und Barth aus der Regierung führten. Gewaltig war die Willensäußerung der Berliner Bevölkerung auf der Straße, nie vorher hat die Hauptstadt solch eine Kundgebung erlebt. Endlose Züge mit Fahnen und Inschriften kamen auf dem Königsplatz vor dem Reichstag zusammen. Wenigstens vierhunderttausend Männer und Frauen, dazu etwa fünfzigtausend Anhänger der neugegründeten demokratischen Partei, hatten sich eingefunden, um der Regierung ihr Vertrauen auszudrücken. Die Aufschriften der Schilder redeten eine deutliche Sprache: „Demokratie nicht Anarchie." „Nieder mit Liebknecht!" „Nieder mit Spartakus!" „Wilhelm Liebknecht, nicht Karl Liebknecht!" So und ähnlich äußerte sich der Wille der Bevölkerung.

Die nächste Aufgabe war nunmehr, das Rumpfkabinett zu ergänzen, und diese Aufgabe fiel dem Zentralrat zu. Er entledigte sich ihrer, wie nicht anders zu erwarten, im Sinne seiner Partei, indem er drei Mehrheitssozialisten an Stelle der ausgeschiedenen Unabhängigen in die Regierung berief. Gustav Noske, Rudolf Wissell und ein sechstes Mitglied, der Redakteur der Breslauer Volkswacht Löbe, der aber den Ruf ablehnte.

Gustav Noske ist am 9. Juli 1868 in Brandenburg a. H. als Sohn eines Webers geboren, wurde Holzarbeiter und ist seit frühester Jugend in der Arbeiterbewegung tätig. Er war Redakteur in Brandenburg, in Königsberg, in Chemnitz an der „Volksstimme", deren Chefredakteur er wurde, und war seit 1906 Mitglied des Reichstags, wo er sich als Fachmann auf dem Gebiet der Militär- und Marinefragen bemerkbar machte. Seit dem 6. November 1918 wirkte er als Gouverneur in Kiel.

Rudolf Wissell ist am 8. März 1869 in Göttingen geboren. Er war Metallarbeiter, trat in die gewerkschaftliche Bewegung ein, wurde 1901 Arbeitersekretär, dann Mitglied der Bürgerschaft in Lübeck und kam schließlich als Zentralarbeitersekretär nach Berlin.

In der Reichstagsersatzwahl für Stadthagen in Niederbarnim, errang er über den unabhängigen Kandidaten einen glänzenden Sieg. Wissell ist seit Herbst 1916 ständiger sozialpolitischer Mitarbeiter des „Vorwärts".

Zur Erklärung der Vorgänge, die zum Austritt der Unabhängigen geführt hatten, ließ die Reichsregierung unter den demonstrierenden Massen folgendes Flugblatt verteilen:

An das deutsche Volk!

Arbeiter, Bürger, Soldaten!

Die Regierungskrise hat die Lösung gefunden, die das deutsche Volk erwartet hat. Die Unabhängigen sind ausgeschieden, die Reichsregierung wird aus den Reihen der Mehrheitssozialisten ergänzt werden und, von inneren Hemmungen frei, an die Lösung ihrer großen Aufgaben gehen: die Wahlen zur Nationalversammlung und den Frieden vorzubereiten und bis dahin die Aufrechterhaltung einer freiheitlichen Ordnung sicherzustellen.

Die Vertreter der Unabhängigen sind ausgetreten, weil der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik gegen sie entschieden hat. Der Zentralrat hat erklärt:

‚Die Volksbeauftragten Ebert, Landsberg und Scheidemann haben lediglich den Auftrag erteilt, das Nötige zur Befreiung des Genossen Wels zu veranlassen. Das ist aber auch erst geschehen, nachdem den drei Volksbeauftragten von dem Führer der Volksmarinedivision telephonisch mitgeteilt worden ist, daß er für das Leben des Genossen Wels nicht mehr garantieren könne. Das billigt der Zentralrat.'

Nach diesem Schiedsspruch von der höchsten Instanz, von den Vertrauensleuten sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, sind die Unabhängigen aus der Regierung geschieden. Sie haben sie in einem Augenblick verlassen, wo alles in Frage gestellt ist: Waffenstillstand, Frieden, Ernährung, Bestand des Reiches. Wo zum erstenmal vom französischen Be-

vollmächtigten General Foch die unzweideutige Äußerung vorliegt: ‚Mit einer bolschewistischen Regierung verhandeln wir nicht!‘ Wo keiner sich der Pflicht entziehen darf, den völligen Untergang abzuwehren!

Obwohl viele Stunden lang die Berechtigung der Notwehr bewiesen wurde, in der Ebert, Landsberg und Scheidemann gehandelt haben, und diese vom Zentralrat anerkannt wurde, haben die Unabhängigen ihren Austritt wieder mit der angeblichen „Schuld“ der sozialdemokratischen Volksbeauftragten begründet.

Auf die Frage des Zentralrats, ob die Volksbeauftragten bereit seien, die öffentliche Ruhe und Sicherheit, insbesondere auch das private und öffentliche Eigentum gegen gewaltsame Eingriffe zu schützen, und mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihre eigene Arbeitsmöglichkeit und die ihrer Organe gegen Gewalttätigkeiten, ganz gleich von welcher Seite, zu gewährleisten — auf diese Frage haben die Unabhängigen geschwiegen!

Vor der Beantwortung dieser Lebensfrage des deutschen Volkes haben sie sich gedrückt! Damit haben sie bewiesen, daß sie die erste Pflicht jeder Regierung nicht erfüllen wollen: Die Sicherheit innerhalb des Staates zu gewährleisten!

Die Revolution ist nicht Anarchie, sondern erhöhte Sicherheit, gestützt auf den freien Willen gleichberechtigter Staatsbürger!

Indem die Unabhängigen die Mittel zur staatlichen Sicherung ablehnten, haben sie sich als regierungsunfähig erwiesen.

Für uns ist die Revolution keine Parteiparole, sondern das kostbarste Gut des ganzen schaffenden Volkes.

Wir übernehmen ihre Aufgaben als Beauftragte des Volkes mit dem Schwur: Alles für die Revolution, alles durch die Revolution! Aber auch mit der festesten Absicht, jedem unerbittlich entgegenzutreten, der aus der Revolution des Volkes den Terror einer Minderheit machen will.

Hunderttausende demonstrieren heute für die neue Regierung, um den skrupellosen Mißbrauchern der Straße zu beweisen, wo die Mehrheit steht. Auf ihrer Solidarität beruht unser Auftrag und unser Amt. Die Massen sind unsere Rechtfertigung, ihr Wille gibt uns die Kraft zu der Riesenaufgabe! Arbeiter, Bürger, Soldaten! Mit einer Demonstration allein ist es nicht getan! Habt einen Willen und zeigt einen Willen. Dann ist der Abzug der Unabhängigen weiter nichts als die langersehnte Handlungsfreiheit einer einheitlich gebildeten Regierung.

Keine unfruchtbare Parteizänkerei mehr, sondern einheitliche Arbeit in eurem Sinn, im republikanischen, sozialistischen demokratischen Sinn!

Hoch die deutsche Volksrepublik!

Die Reichsregierung."

Die erste programmatische Äußerung der mehrheitssozialistischen Einheitsregierung war ein Aufruf an das deutsche Volk, den ich im Wortlaut gebe:

„Arbeiter! Soldaten! Bürger! Bürgerinnen!

Die Unabhängigen sind aus der Regierung ausgeschieden. Die verbleibenden Mitglieder des Kabinetts haben dem Zentralrat ihre Mandate zur Verfügung gestellt, um ihm vollkommen freie Hand zu lassen. Einstimmig sind sie von ihm aufs neue bestätigt worden. Die lähmende Zwiespältigkeit ist überwunden. Die Reichsregierung ist neu und einheitlich gebildet. Sie kennt nur ein Gesetz des Handelns: Über jede Partei das Wohl, der Bestand, die Unteilbarkeit der deutschen Republik. Zwei Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind auf einstimmigen Beschluß des Zentralrates an Stelle der ausgeschiedenen drei Unabhängigen getreten: Noske und Wissell. Alle Mitglieder des Kabinetts sind gleichberechtigt. Vorsitzende sind Ebert und Scheidemann. Und nun an die Arbeit! Im Innern gilt es: die Nationalversammlung vorzubereiten und ihre un-

gestörte Tagung sicherzustellen, für die Ernährung ernstlich Sorge zu tragen, die Sozialisierung im Sinne des Rätekongresses in die Hand zu nehmen, die Kriegsgewinne in der schärfsten Form zu erfassen, Arbeit zu schaffen und Arbeitslose zu unterstützen, die Hinterbliebenenfürsorge auszubauen, die Volkswehr mit allen Mitteln zu fördern, die Entwaffnung Unbefugter durchzusetzen. Nach außen: den Frieden so schnell und so günstig wie möglich herbeizuführen und die Vertretungen der deutschen Republik im Ausland mit neuen, von neuem Geist erfüllten Männern zu ersetzen. Das ist in großen Zügen unser Programm bis zur Nationalversammlung.

In enger Fühlung mit den deutschen Freistaaten soll es verwirklicht werden. Seine Ausführung im einzelnen wird nicht in Kundgebungen, sondern in Taten zum Ausdruck kommen. Jetzt haben wir Arbeitsmöglichkeit! Es wäre unsere Schuld allein, wenn wir sie nicht zur Arbeit benützen würden! Uns die Arbeit! Euch allen aber die Mitarbeit! Der neue Freistaat ist unser aller Besitz. Helft ihn sichern! Auch an euch ist die Frage des Zentralrats gerichtet:

‚Seid ihr bereit, die öffentliche Ruhe und Sicherheit gegen gewaltsame Eingriffe zu schützen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Arbeitsmöglichkeit der Regierung gegen Gewalttätigkeiten, ganz gleich von welcher Seite, zu gewährleisten?'

Ihr müßt diese Frage mit einem Ja! beantworten. Die Reichsregierung bekennt sich ohne Einschränkung zu diesem Ja. Ohne dieses Ja! bleibt jedes Programm Papier und Worte! Wir aber wollen über den Aufruf zum Aufbau! Wir gehen ans Werk! Wir glauben an euch und an uns! Wir kommen durch!

Berlin, den 29. Dezember 1918.

Die Reichsregierung:

Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske. Wissell."

Die Verteilung der Ressorts ist dahin entschieden worden, daß Ebert das Innere, Scheidemann das Äußere, Noske Armee und Marine, Landsberg Finanzen und Wissell die Sozialpolitik übernahmen. Über die zukünftige Verfassung ist zu sagen, daß die Einheitsregierung an die Spitze der deutschen Republik einen vom Volke gewählten Präsidenten zu setzen gedenkt, also eine Direktorialrepublik, ähnlich der der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Der Präsident soll dann ein parlamentarisches Ministerium ernennen, wobei nicht unbedingt erforderlich sein soll, daß jeder Minister auch Parlamentarier sei, er muß nur das Vertrauen der gesetzgebenden Parlamente besitzen.

Als Parlamente sind in Aussicht genommen ein Volkshaus und Staatenhaus, die Abgeordneten zu dem letzteren sollen von den bundesstaatlichen Parlamenten entsandt werden und die Zahl von neunundsechzig nicht überschreiten. Um das Übergewicht Preußens zu brechen, das vierzig Vertreter im Staatenhaus, entsprechend seiner Bevölkerungsziffer, zu verlangen hätte, ist beabsichtigt, Preußen zu zerlegen und zu verkleinern, indem die hanseatischen Republiken preußische Landesteile erhalten, um ein größeres Hinterland zu gewinnen. Ebenso sollen den als Republik Groß-Thüringen vereinigten thüringischen Staaten die eingeschlossenen preußischen Regierungsbezirke angegliedert werden. Auf diese Weise würde Preußen nur dreiundzwanzig Sitze im Staatenhaus belegen.

Das sind natürlich nur Gedanken der Regierung, die Ausführung wird noch manchen Schwierigkeiten begegnen, aber es soll ja die ganze Neueinteilung des Deutschen Reiches der Initiative der Bevölkerung überlassen bleiben, und da werden sich ganz andere Einteilungsgründe bemerkbar machen. In Hannover, Hessen und Nassau lebt trotz der Borussifizierungstätigkeit von mehr als fünfzig Jahren der alte Volksgeist noch fort. Und es ist gut und heilsam, ihn zu pflegen, denn der Deutsche hängt an seiner Stammeseigentümlichkeit. Es werden sich leichter nach Stämmen als nach provinziellen Wünschen größere Komplexe zusammenschließen lassen, so dürften das ehemalige Großherzogtum Hessen

mit dem alten Kurhessen und dem Herzogtum Nassau sich trefflich zu einer Republik Hessen-Nassau zusammenfinden. Ihre Grenzen springen allenthalben ineinander ein und umschließen das Gebiet der alten freien Reichsstadt Frankfurt, das eine prächtige Hauptstadt des geeinten hessischen Stammes werden würde. Ganz ähnlich verhält es sich mit den welfischen Landen.

Hier liegt eine große Aufgabe für die Einheitsregierung, es gilt alte Vergewaltigungen und Zerreißungen urdeutscher Stammesterritorien aufzuheben und das wieder zu vereinigen, was seit Jahrhunderten in Kultur, Religion, Sitte und Mundart zusammengehörte.

Die wahre Einheit der deutschen Republik liegt in der Wiedervereinigung der deutschen Stämme, das sind die starken Wurzeln unserer Kraft.

3. Die Januarrevolution

Es war vorauszusehen, daß der Sieg der Mehrheitssozialisten auf dem Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte eine starke Gegenbewegung der Linksradikalen auslösen würde. Und es kam bald an verschiedenen Orten des Reiches zu bewaffneten Aufständen der Spartakusgruppe, aber auch zu ebenso kraftvollen Erklärungen von Anhängern der Regierung Ebert-Scheidemann, die jedoch in vielen Fällen, da sie unbewaffnet waren, ihren Willen nicht durchsetzen konnten. Dabei fanden die Spartakuskommunisten, zum Teil äußerlich, sehr stark aber innerlich Unterstützung bei den Unabhängigen, die eine klare Stellung noch nicht gefunden hatten.

Als die wichtigste Erscheinung dieses Zeitpunktes der Revolution darf die sichere Tatsache angesehen werden, daß die russische Sowjetregierung die linksradikale Gruppe nicht nur mit Propagandabroschüren, sondern auch mit Geld und Waffen ausgestattet hatte. Schon im Dezember waren in der russischen Botschaft Rechnungen gefunden worden, die Aufschluß über den Ankauf von Waffen und Munition ergaben. Der russische Botschafter J o f f e hatte erklärt, daß er mehrere hunderttausend Mark im

Einverständnis mit den damaligen, im Kabinett sitzenden Unabhängigen Haase und Barth zur Unterstützung der deutschen Revolution hergegeben habe. Demgegenüber äußerten sich die beiden genannten Staatssekretäre, daß sie niemals russisches Geld zum Zwecke der Revolution erhalten hätten, und es liegt kein Grund vor, dieser bündigen Erklärung Zweifel entgegenzusetzen. Die Zwiespältigkeit der Aussagen erklärt sich vielleicht so, daß russisches Geld auf anderem Wege Eingang nach Deutschland gefunden hat, nämlich über Liebknecht und Rosa Luxemburg, die ihrerseits ja die starke Anlehnung an Rußland zu keiner Zeit bestritten hatten. Jedenfalls darf als ganz sicher angenommen werden, daß der Polizeipräsident Eichhorn in russischem Sold gestanden, denn es ist nachgewiesen, daß er noch in den ersten Tagen des Jahres 1919 von der Petersburger Telegraphenagentur in einem Einschreibebrief vierzehnhundert Mark erhalten hatte. Um die Person Eichhorns dreht sich überhaupt im Anfang der ganze Streit, und von ihm nahm die neue Revolution des Spartakusbundes im Januar ihren Ausgang. So viel steht jedenfalls fest, daß Eichhorn die Revolution des Spartakusbundes dadurch vorbereitet hat, daß er die Rekruten der Kommunisten im Polizeipräsidium selbst bewaffnet hatte, und zwar nicht erst im Januar, sondern bereits Ende Dezember, und daß er einen Befehl, allerdings nicht schriftlich, aber von Mund zu Mund, ausgab, Personen, die auf der Straße bewaffnet angetroffen würden, zu entwaffnen, falls sie nicht einen Ausweis des Spartakusbundes bei sich trügen. Die revolutionierten Arbeiter der Firmen Schwartzkopff und Daimler erhielten im Lichthof des Polizeipräsidiums Gewehre und Maschinengewehre. Nachdem der Regierung diese Beweise erbracht waren, verfügte der preußische Minister des Innern die Absetzung Eichhorns als Polizeipräsident. Eichhorn aber weigerte sich, sein Amt niederzulegen. Dies war das Zeichen zum Ausbruch der Unruhen, denn die Regierung konnte sich unter keinen Umständen gefallen lassen, daß der von ihr bestellte Hüter der Sicherheit im Dienste der umstürzlerischen Minderheit stand und die Kämpfer dieser Minderheit mit Waffen versah.

Die Stimmung in Berlin hatte eine Schwüle angenommen, die den Ausbruch des Gewitters jeden Augenblick erfolgen lassen konnte. Und am 5. Januar, einem Sonntag, rief das Organ des Spartakusbundes, „Die rote Fahne", und das der Unabhängigen, „Die Freiheit", zu großen Demonstrationen in der Siegesallee auf. Die Arbeiter erschienen in bedeutenden Massen, und sowohl Liebknecht wie Eichhorn und Ledebour hielten aufreizende Ansprachen. Die Regierung Ebert-Scheidemann wurde in der üblichen Weise als verbrecherische Bluthunde charakterisiert und heftig gegen die Nationalversammlung Stimmung gemacht. Trotzdem verlief der Sonntagnachmittag ohne gewalttätige Äußerungen der Massen. Erst als der Abend hereindunkelte, begann ganz im russischen Stil der Angriff der Spartakusleute gegen die großen Zeitungsbetriebe. Man wollte die Bevölkerung nicht nur durch Waffengewalt erschrecken und zur Unterwerfung unter die Spartakusdiktatur zwingen, sondern sie auch von der Beeinflussung durch ihre Zeitungen freimachen. Keine Meinung durfte in der Reichshauptstadt durchdringen als die der aufrührerischen Minderheit. Für die Bewegung zeichneten einmal die revolutionären Obmänner und Vertrauensleute der großen Betriebe Berlins, dann die Zentralvorstände der sozialdemokratischen Wahlvereine der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands, des Spartakusbundes.

Zunächst bemächtigten sich die Rebellen des Regierungsorgans der Mehrheitssozialisten, des „Vorwärts", wobei bemerkt werden muß, daß die achtzig Mann Sicherheitstruppen sich ohne Widerstand von den Spartakusleuten entwaffnen ließen. Darauf wurde das Wolffsche Telegraphenbureau besetzt und schließlich das Verlagshaus Mosse in der Jerusalemerstraße, um auch die Meinungsäußerung des Berliner Tageblattes und der im gleichen Verlage erscheinenden Blätter lahmzulegen. Ganz zuletzt in der Nacht um einhalb zwölf erschienen die Leute des Spartakusbundes auch im Hause Ullstein, um das Erscheinen der „Vossischen Zeitung" und der „Berliner Morgenpost" zu verhindern.

Berlin war also vollkommen auf die Meinungsäußerung der linksradikalen Blätter und der ganz rechtsstehenden Zeitungen angewiesen, die von den Spartakusleuten nicht besetzt worden waren.

Und nun erschien die Morgenausgabe des „Vorwärts“ als Organ der revolutionären Arbeiterschaft Großberlins und brachte folgenden Aufruf!

„Arbeiter! Parteigenossen!

Schon einmal war es uns geglückt, unseren ‚Vorwärts‘ zurückzuerobern.

Die Toleranz unserer Führer, unsere eigene Disziplin bewogen uns damals am ersten Weihnachtsfeiertage, nach Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Parteigenossen den ‚Vorwärts‘ nochmals freizugeben.

Wie euch allen bekannt, erschien am nächsten Tage eine Bekanntmachung an der Spitze des Blattes, in der wir gegen die Schreibweise der alten, verbürgerlichten Redaktion schärfsten Protest einlegten.

Gleichzeitig gaben wir der Hoffnung Ausdruck, durch unser Vorgehen endlich eine anständigere Haltung des ‚Vorwärts‘ zu erzielen.

Aber wie schon so oft, so auch diesmal, mußten wir einsehen, daß von dieser korrumpierten Gesellschaft keine anständige, den proletarischen Interessen entsprechende Schreibweise zu erwarten ist.

Ihr alle kennt die Ereignisse der letzten Zeit, die Hetze, die von diesem Blatte ausging gegen alle wahrhaft revolutionären Elemente.

Ihr alle habt in ehrlicher Entrüstung dagegen protestiert.

Zu Tausenden folgtet ihr dem Rufe, der an euch erging, als es galt, die Opfer der machthungrigen Ebert-Scheidemann zu Grabe zu tragen.

Wie wurde da in der bürgerlichen Presse, mit dem ‚Vorwärts‘ an der Spitze, gegen euch gehetzt, euer Ehrgefühl in

den Schmutz getreten mit Ausdrücken, die jeden anständigen Menschen anekeln mußten.

Wie wenig der ‚Vorwärts‘ revolutionären Gedankengängen zugänglich war, zeigt allein schon seine Schreibweise über die Auslandspolitik, bei der ihm jede noch so hanebüchene Lüge gut genug war, um seiner verbrecherischen Taktik den Schein der Wahrhaftigkeit zu geben.

Denkt nur daran, wie unsere russischen Genossen, die Bolschewiki, in der gemeinsten Art und Weise täglich beschimpft und verhöhnt wurden, trotzdem auch der ‚Vorwärts‘ wußte, daß die Menschewiki und Sozialrevolutionäre sich den Bolschewiki angeschlossen haben, weil sie einsehen mußten, daß die von den Bolschewiki vertretene Politik die einzig richtige und zum Ziel führende ist.

Bis jetzt endlich das Maß voll wurde.

Eichhorn sollte von seinem Posten als Polizeipräsident entfernt werden.

Man wußte in der Wilhelmstraße sehr gut, welches Ansehen der Genosse Eichhorn bei der revolutionären Arbeiterschaft besaß und auch weiterhin besitzen wird.

Man wußte auch, daß dieser Mann alles daransetzen würde, jede Verflachung und Hinausschiebung der Ziele der Revolution mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen.

Aber diese niederträchtige Sippe, einschließlich der um ihr Eigentum bangenden Bourgeoisie, hatte sich gründlich verrechnet.

Ihr, Arbeiter, demonstriertet am Sonntag in ungeheuren Massen gegen die geplante Schandtat und habt durch euer geschlossenes Auftreten diesen Putsch verhindert.

Ihr wolltet euer Werk nicht unvollendet lassen, ihr marschiertet in geschlossenem Zuge zum ‚Vorwärts‘, wohl wissend, daß dieses ‚Regierungsorgan‘ zu neuen Putschversuchen aufrufen, von neuem seine Lügenflut ausgießen würde.

Aber jetzt habt ihr den ‚Vorwärts‘ zum zweiten

Mal erobert. Jetzt haltet ihn fest, kämpft mit Nägeln und Zähnen für ihn. Laßt ihn euch nicht entreißen, macht ihn zu dem Organ, das er sein soll: Einen Vorkämpfer auf dem Wege zur Freiheit. Und nun: Frisch auf zu neuen Kämpfen und Siegen!"

Die klar ausgesprochene Forderung der Rebellen war: Entwaffnung aller gegenrevolutionärer Elemente, Bewaffnung der proletarischen Massen, Bildung einer roten Armee, Zusammenschluß aller revolutionstreuen Truppen zu gemeinsamer Aktion mit der Arbeiterschaft, sofortige Machtergreifung durch die Arbeiter- und Soldatenräte, Niederwerfung der „Reichsverräter" Ebert-Scheidemann. Für den 6. Januar war die Absetzung der Regierung beschlossen. Im Kriegsministerium trafen etwa dreihundert Bewaffnete unter Führung eines Marstallmatrosen ein, um das Kriegsministerium zu besetzen. Sie legten ein Schriftstück vor, das in nachstehender genauer Abbildung erscheint und verlangten von dem anwesenden Offizier die Übergabe des Kriegsministeriums. Der Offizier lehnte diese Forderung mit der Bemerkung ab, das Schriftstück trage die Unterschriften der neuen Regierung Ledebour, Liebknecht, Scholze in Maschinenschrift; er könne sich auf nichts einlassen, bevor er nicht die handschriftliche Unterfertigung des Revolutionsausschusses in Händen habe. Die Matrosen begaben sich nach dem Marstall zurück und brachten nach einiger Zeit das handschriftlich unterfertigte Aktenstück.

Nun war es klar, welche Absichten Liebknecht und der Spartakusbund verfolgten, und nun mußte auch die Stunde des Handelns für die Regierung gekommen sein, wenn sie nicht die Reichshauptstadt und das ganze Reich dem blutigen Terror des Spartakusbundes ausliefern wollte. Die erste Tat war, daß der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik die Reichsregierung mit diktatorischen Vollmachten ausstattete.

In Verfolg dieser Verfügung ernannte die Regierung den Staatssekretär Noske zum Oberbefehlshaber in den Marken und zum Gouverneur von Berlin, und es war zu erwarten, daß der

energische Mann, dessen Ruhe und Umsicht schon bei der Matrosenrevolution in Kiel ein unnötiges Blutvergießen verhindert hatte, die Ordnung in Berlin wiederherstellen würde.

Zunächst kam es zu einer gewaltigen Straßendemonstration der regierungstreuen Arbeiter in der Wilhelmstraße, die sich zu einem riesigen Menschenknäuel vor dem Reichskanzlerpalast stauten. Die eisernen Gittertore waren geschlossen, Maschinengewehre drohten in dem Vorgarten, und Truppen im Stahlhelm, das Gewehr schußbereit in der Hand, Handgranaten am Koppel hängend, waren bereit, die Regierung vor allen Angriffen der Spartakusleute zu schützen. Die Menge verlangte stürmisch ein Mitglied der Regierung zu sehen, und ein vieltausendstimmiger Ruf: Regierung, gib uns Waffen! drang an den verschlossenen Fenstern empor. Endlich folgte Staatssekretär Scheidemann dem Ruf seiner Getreuen. Er hielt eine kurze Ansprache, die in den Worten ausklang: „Wir werden alle waffenfähigen Mannschaften herbeirufen, und es ist selbstverständlich, daß wir ihnen keine Regenschirme in die Hand geben.“ Bald darauf erschien Noske und beruhigte in kurzen, kraftvollen Worten die Menge. „Seid brav, Kinder,“ schloß er, „wir bringen Berlin schon wieder in Ordnung.“

Aber nun gingen auch die Anhänger des Spartakusbundes zum Angriff vor. Rücksichtslos bahnte sich ein Panzerautomobil mit bewaffneten Spartakusleuten einen Weg durch die Menschenmenge nach dem Reichskanzlerpalast, und sofort entspann sich ein Kampf zwischen diesem und den regierungstreuen Truppen. Das unheimliche Zischen der Geschosse erfüllte die Wilhelmstraße, unterbrochen von dem Knallen der explodierenden Handgranaten. Auch an anderen Stellen, so am Leipziger Platz, an der Ecke Friedrichstraße und Unter den Linden kam es zu blutigen Zusammenstößen, bei denen es auf beiden Seiten zahlreiche Tote und Verwundete gab.

Mit Anbruch der Dunkelheit besetzten die Spartakusleute noch die Eisenbahndirektion Berlin am Schöneberger Ufer, wo die schwache Besatzung schnell kapitulieren mußte.

Kameraden! Arbeiter!

Die Regierung Ebert - Scheidemann hat sich unmöglich gemacht. Die ist von dem unterzeichneten Revolutionsausschuss der Vertretung der revolutionären sozialistischen Arbeiter und Soldaten (Unabhängige sozialdemokratische Partei und kommunistische Partei) für abgesetzt erklärt.

Der unterzeichnete Revolutionsausschuss hat die Regierungsgeschäfte vorläufig übernommen.

Kameraden! Arbeiter!

schliesst Euch den Massnahmen des Revolutions-Ausschusses an.

Berlin, den 6. Januar 1919

Der Revolutions - Ausschuss

i. V. Ledebour. Liebknecht, Scholze.

i. A. Paul Scholze. Liebknecht

i. V. des ungenannten abwesenden
Ledebour
Liebknecht

Daß die ganze Bewegung von Rußland beeinflußt war, war nicht mehr zu bezweifeln, denn der Leiter der russischen Propaganda, Radek, fuhr in einem Automobil des Polizeipräsidiums Unter den Linden auf und ab, um den Erfolg der Revolution zu beobachten. Der Versuch, die Volksmarinedivision im Marstall auf die Seite der Rebellen zu ziehen, mißlang, denn die Truppen erinnerten sich an das Versprechen, das sie gegeben hatten, nichts gegen die Regierung zu unternehmen.

Der Besetzung der Zeitungen und der Eisenbahndirektion folgte die der Reichsdruckerei und des Schlesischen Bahnhofs.

Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, boten die Unabhängigen der Regierung ihre guten Dienste an, und es begannen Verhandlungen, an denen sich in erster Linie Dittmann, Kautsky und Dr. Breitscheid beteiligten. Die Verhandlungen scheiterten an dem Widerstand der Spartakusleute, denn die Regierung hatte vor allem die Freigabe der besetzten Gebäude verlangt, worauf diese unter keiner Bedingung eingehen wollten. Indessen gingen die Demonstrationen auf der Straße weiter. Berlin war in einer ungeheuren Aufregung. Der Straßenbahnverkehr stockte vollkommen, die Stadtbahn stellte den Betrieb ein, kein Bürger wagte sich auf die Straße, denn unvermutet knallte es bald an dieser, bald an jener Ecke, und abirrende Geschosse trafen gänzlich Unbeteiligte, darunter auch Frauen und Kinder. Die Stimmung grenzte an Verzweiflung.

Der Führer der ganzen Bewegung, Karl Liebknecht, war auf dem Höhepunkt der Kämpfe in Gefahr, gelyncht zu werden. Er fuhr in einer Droschke durch die Leipziger Straße, und plötzlich wurde der Ruf laut: „Liebknecht sitzt im Wagen." Die Menge fiel dem Pferd in die Zügel und war drauf und dran, den Volkstribunen zu richten. Sein Leben hing an einem Faden. Da stürmte eine Truppe bewaffneter Spartakusleute heran. Es kam zu einem heftigen Zusammenstoß, der Wagen wurde befreit, und Liebknecht war für dieses Mal gerettet.

Nun aber begann sich das Kriegsglück zu wenden. Gouverneur Noske zog von allen Seiten Truppen heran und umstellte Berlin

vollkommen mit seinen Leuten. Die Regierung, die es bisher vermieden hatte, Gewalt anzuwenden, war nunmehr fest entschlossen, mit aller Energie vorzugehen und erließ folgenden Aufruf:

„Mitbürger!

Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen zehn Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen. Seine Stimme soll unterdrückt werden. Die Erfolge habt ihr gesehen. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben. Die Presse ist unterdrückt, der Verkehr lahmgelegt. Teile Berlins sind die Stätte blutiger Kämpfe, andere sind schon ohne Wasser und Licht. Proviantämter werden gestürmt, die Ernährung der Soldaten- und Zivilbevölkerung wird unterbunden.

Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um die Schreckensherrschaft zu zertrümmern und ihre Wiederkehr ein für allemal zu verhindern. Entscheidende Handlungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es muß aber gründliche Arbeit getan werden, und die bedarf der Vorbereitung. Habt nur noch kurze Zeit Geduld. Seid zuversichtlich, wie wir es sind, und nehmt euren Platz entschlossen bei denen, die euch Freiheit und Ordnung bringen werden. Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. Die organisierte Gewalt des Volkes wird der Unterdrückung und der Anarchie ein Ende machen. Einzelerfolge der Feinde der Freiheit, die von ihnen lächerlicherweise aufgebauscht werden, sind nur von vorübergehender Bedeutung. Die Stunde der Abrechnung naht!

Berlin, 8. Januar 1919.

Die Reichsregierung:

Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske. Wissell.

Die Abrechnung kam furchtbar und blutig. Sie endete mit dem Tode des Tribunen und seiner Egeria.

Vorläufig verhandelten die beiden kriegführenden Parteien wieder, die Unabhängigen Haase und Dr. Breitscheid bemühten sich ernsthaft und ehrlich, einen Vergleich herbeizuführen, aber sie hatten keine maßgebende Gefolgschaft mehr hinter sich. Ihre Partei schien völlig zerklüftet, der eine Teil verhielt sich neutral und nahm am Kampfe nicht mehr teil, wie die Volksmarinedivision, der andere war mit fliegenden Fahnen in das Lager des Spartakusbundes übergegangen.

So scheiterten auch die erneuten Verhandlungen, denn die unverhüllt als Bedingung gestellte Entfernung der Regierung Ebert-Scheidemann konnte nicht angenommen werden, sie wäre auch auf den Widerstand des größten Teils der Berliner und der deutschen Arbeiterschaft sowie auch des Bürgertums gestoßen. Während der Verhandlungen war ein Waffenstillstand verabredet worden, der aber von den Kämpfern des Spartakusbundes nicht innegehalten wurde, und infolgedessen entbrannten allenthalben die Gefechte von neuem.

Hauptsächlich wurde im Zeitungsviertel gekämpft. Am Abend des 8. Januar kam ein Panzerautomobil der Regierung, um das Kampftheater aufzuklären. Es fuhr vom Dönhoffplatz durch die Jerusalemerstraße und erhielt, als es sich dem Verlagshaus von Rudolf Mosse näherte, heftiges Maschinengewehrfeuer aus dem Hauptportal, das durch Papierrollen verbarrikadiert war. Am nächsten Morgen begann mit zahlreichen Truppenverbänden der Angriff, der nicht nur auf ebener Erde, sondern auch von den Dächern und dem Turm der Jerusalemer Kirche geführt wurde. Gegen Eintreten der Dunkelheit hißten die Spartakusleute die weiße Fahne und erbaten eine halbstündige Feuerpause, um ihre Toten und Verwundeten zu bergen. Nach Ablauf des Waffenstillstandes begann der Angriff von neuem. Das Feuergefecht hielt die ganze Nacht über an und erreichte am 10. Januar seinen Höhepunkte und die Leute des Spartakusbundes boten im Gefühl der Aussichtslosigkeit ihres Widerstandes einen

Waffenstillstand an, der um 6 Uhr 30 Min. abends unterzeichnet wurde.

Der Abschluß dieser Verhandlungen wurde dann sofort den draußen harrenden Menschenmengen bekanntgegeben, wobei es zu lauten Freudenkundgebungen kam.

Am nächsten Morgen, es war ein Sonnabend, wurde der Angriff auf die starke Spartakusfestung, das Haus des „Vorwärts" in der Lindenstraße, eingeleitet, Oberst Reinhardt und Major von Stephani hatten die Führung. Zunächst wurde das besetzte Haus in weitem Umfang abgesperrt, und in der Morgendämmerung fuhren drei 10,5 cm-Geschütze auf, die von verschiedenen Seiten das Grundstück unter Feuer nahmen. Noch war kaum das Dunkel gewichen, als die schweren Maschinengewehre zu spielen begannen. Es tackte aus allen Ecken, und selbst von den Dächern feuerten die Spartakusschützen. Aber sie konnten den Geschützen nichts anhaben, die nun bald ein gewichtiges Wort im Kampfe mitredeten. Zielsicher schlugen die Granaten ein, und nach etwa zwei Stunden versuchten die Verteidiger Verhandlungen anzuknüpfen. Die Regierungstruppen lehnten alles ab und verlangten Ergeben auf Gnade und Ungnade. Als darauf keine Antwort erfolgte, gingen die Regierungstruppen mit leichten Minenwerfern und Flammenwerfern vor, und nun erfolgte die bedingungslose Unterwerfung. Über dreihundert Gefangene wurden gemacht und reichliches Kriegsmaterial, darunter sechs neue Lastautomobile, erbeutet.

Mit dem Fall des „Vorwärts" waren auch die übrigen Zeitungspaläste erledigt, teils ergaben sich die Besatzungen, teils flohen sie über die Dächer, oder in der Dunkelheit drückten sie sich auf den Straßen aus der Gefahrzone. In den besetzten Häusern hatten sie zum Teil übel gehaust. Alle Schreibtische erbrochen, die Eßwaren der Kantinen aufgebraucht, Bücher und Akten als Barrikadenmaterial benutzt, Schreibmaschinen und andere Gegenstände gestohlen. Auch in die benachbarten Häuser waren die Rebellen eingedrungen und hatten die Wohnungen ausgeraubt. Freilich fallen diese ruchlosen Taten nicht denen

zur Last, die irregeleitet glaubten, einem politischen Zwecke zu dienen, nicht den Fanatikern der Idee, die mit ihrer ganzen Person sich zu opfern bereit waren, sondern lichtscheuen Verbrechern, die jede Unordnung der Hauptstadt benutzen und jeder Hetze sich anschließen, um ihr Gewerbe zu betreiben.

Im Polizeipräsidium hatte die Eroberung des „Vorwärts" einen tiefen Eindruck gemacht, Eichhorn verlegte sein Hauptquartier nach einer Brauerei im Norden Berlins, und er hatte die richtige Witterung, denn am Sonntag, den 12. Januar, früh um ein viertel nach ein Uhr begann der Angriff auf das stark armierte und stark besetzte Polizeipräsidium, nachdem schon in der Vornacht planmäßig alle Zufahrtsstraßen mitsamt dem Alexanderplatz, auf den die Seitenfront des Präsidialgebäudes blickt, abgesperrt waren. Die Verteidigung des Polizeipräsidiums zeigte die völlige Unfähigkeit der Spartakustruppen und ihrer Führer. Sie ließen sich wie in eine Falle einsperren. Nicht nur, daß sie den Alexanderplatz nicht besetzt hatten, auch den gefährlichen Untergrundbahntunnel hatten sie dem Gegner überlassen. Sie hatten sich nur auf die Verteidigung des Gebäudes beschränkt, das mit fünfundfünfzig Brennzündergranaten aus 10,5 cm-Haubitzen sturmreif gemacht worden war. Vom Untergrundbahnschacht begann der Angriff, der schließlich einen vollen Erfolg hatte.

Nach dem Fall dieser Spartakusfestung hatte der Polizeipräsident Eichhorn Berlin verlassen, und nun räumten seine bedrohten Söldlinge auch das letzte Bollwerk, den Schlesischen Bahnhof. Damit war im wesentlichen die Ruhe in Berlin, bis auf kleine Kämpfe mit versprengten Spartakusleuten, wieder hergestellt.

Der Umfang, den die kommunistische Bewegung bereits angenommen hatte, mag danach beurteilt werden, daß in allen Teilen des Deutschen Reiches Spartakuserhebungen erfolgten. In Bremen war die kommunistisch-sozialistische Republik ausgerufen und die bürgerlichen Zeitungen unter Vorzensur gestellt worden. Ein stark mit Spartakusideen durchsetzter Arbeiter- und

Soldatenrat hatte in Cuxhaven eine eigene Republik gegründet und alle Banken, Sparkassen und Kreditanstalten in Verwaltung genommen. In Hamburg hatte der dem Spartakusbunde sehr nahestehende linksradikale Dr. Lauffenberg einen Streik der Werftarbeiter in Szene gesetzt und die Parole ausgegeben: Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten. Die Gewerkschaftsführer wurden abgesetzt, die Gewerkschaftskassen beschlagnahmt und das Hamburger „Echo", das Organ der Mehrheitssozialisten, in Besitz genommen. In Oberschlesien hatten Abgesandte des Berliner Spartakusbundes im dortigen Bergwerksrevier Unruhen angezettelt. Einige Gruben wurden von den Spartakusleuten mit Maschinengewehren besetzt und so zur Einstellung der Arbeiten gezwungen. Am tollsten ging es in Düsseldorf zu, wo alle Zeitungen von dem Spartakusbunde besetzt wurden. Das Düsseldorfer Gefängnis wurde erstürmt und hundertsiebzig Häftlinge befreit, die Polizeitruppe war zum größten Teile zu den Kommunisten übergegangen, angesehene Bürger wurden als Geiseln festgenommen. In Dresden kam es nach einer Versammlung, in der Rühle gesprochen hatte, zu einem Angriff auf die „Volkszeitung", wo die Maschinengewehre und Handgranaten Feuer gaben, es waren etwa dreißig Tote zu verzeichnen, Rühle wurde verhaftet. In Leipzig hatte man sich mit einer Entschließung gegen die Regierung und einem Sympathiestreik zugunsten der kämpfenden revolutionären Arbeiterschaft Berlins begnügt. Auch in Erfurt und Wilhelmshaven gewann die Bewegung an Boden.

Fackel und Heerhorn der ganzen Bewegung waren Dr. Karl Liebknecht und Frau Dr. Rosa Luxemburg. Sie leiteten die Aktion in Berlin und schickten ihre Beauftragten in das Reich hinaus, auch dort den bolschewistischen Brand zu entzünden. Als nun der Aufstand in Berlin niedergeschlagen war, verbreitete sich das Gerücht, die beiden Führer seien geflohen, aber an der holländischen Grenze zurückgewiesen worden, weil sie keine gültigen Pässe gehabt hatten. Das schien, wenigstens in dieser Fassung, durchaus unglaubhaft, denn Polizeipräsident Eichhorn

hätte seinen Freunden doch sicher die richtigen Papiere zu verschaffen gewußt. Die Bestätigung blieb nicht aus, denn die „Rote Fahne" brachte einen Leitartikel aus Liebknechts Feder, in dem es hieß:

„O, gemach! Wir sind nicht geflohen, wir sind nicht geschlagen. Und wenn sie uns in Bande werfen — wir sind da und wir bleiben da! Und der Sieg wird unser sein. Denn Spartakus — das heißt Feuer und Geist, das heißt Seele und Herz, das heißt Wille und Tat der Revolution des Proletariats. Und Spartakus — das heißt alle Not und Glücksehnsucht, alle Kampfentschlossenheit des klassenbewußten Proletariats. Denn Spartakus — das heißt Sozialismus und Weltrevolution. Noch ist der Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet — aber der Tag der Erlösung naht."

Es hätte auch gar nicht in das Charakterbild der beiden Fanatiker ihrer Idee gepaßt, wenn sie feige vom Schauplatz geflüchtet wären. Was hatten sie auch bei einer Gefangennahme zu fürchten. Den Spartakusleuten, die mit der Waffe in der Hand gefangengenommen worden waren, war von dem Volksbeauftragten Ebert zugesichert worden, daß sie als Kriegsgefangene behandelt würden, die Regierung sah sie nicht als Rebellen an, also mußte sie ihre Führer mit demselben Maße messen.

Das Tribunenpaar hielt sich verborgen, aber es war von Berliner Kriminalbeamten aufgespürt worden. Es befand sich in Wilmersdorf, im Hause Mannheimerstraße 43, bei einem Verwandten Liebknechts. Das Haus liegt ziemlich frei von Feld und Laubenkolonien umgeben, eines der Vorposten der Weltstadt. In der Nacht vom 15. auf den 16. Januar wurden Liebknecht und Rosa Luxemburg in der Wohnung des Verwandten festgenommen. Durch einen Brief, den man in Liebknechts Wohnung beschlagnahmt hatte, war man den beiden auf die Spur gekommen. Sie wurden dann in das Stabsquartier der Garde-Kavallerie- (Schützen-) Division ins Edenhotel gebracht, von wo aus sie ins Untersuchungsgefängnis nach Moabit über-

führt werden sollten. Auf dem Wege dahin versuchte Liebknecht angeblich, den Wachleuten zu entfliehen, und wurde dabei erschossen, während Rosa Luxemburg von einer vertierten Menschenmenge grausam ermordet wurde. Die amtliche Darstellung des Falles lautet folgendermaßen:

„1. Am Mittwoch, den 15. Januar, gegen neun Uhr dreißig Minuten abends, wurde durch Mannschaften der Wilmersdorfer Bürgerwehr der in Wilmersdorf, Mannheimerstraße 43 vorläufig festgenommene Dr. Karl Liebknecht und gegen zehn Uhr die gleichfalls dort vorläufig festgenommene Frau Rosa Luxemburg beim Stabe der Garde-Kavallerie- (Schützen-) Division eingeliefert.

Nach kurzer Vernehmung der vorläufig Festgenommenen zur Feststellung ihrer Personen wurde zunächst Dr. Liebknecht eröffnet, daß er sich weiterhin als vorläufig festgenommen anzusehen habe und auf Anordnung der vorgesetzten Dienststelle (Abt. Lüttwitz) in das Moabiter Untersuchungsgefängnis geschafft würde, wo die Weiterverfügung über ihn die Reichsregierung zu treffen habe.

Die Nachricht von der Verhaftung und dem Aufenthaltsort von Liebknecht und Rosa Luxemburg hatte sich schnell in der Umgebung des Hotels verbreitet. Die Folge davon war eine große Menschenansammlung vor dem Edenhotel. Teile des Publikums drangen sogar bis in die Halle des Hotels ein.

Von der Garde-Kavallerie- (Schützen-) Division erhielt der Führer der in Aussicht genommenen Begleitmannschaft daher den ausdrücklichen Befehl, von der Menge unbemerkt Dr. Karl Liebknecht durch einen Seitenausgang aus dem Hause zu schaffen und ihn in einem Dienstautomobil nach Moabit zu bringen. Der Führer machte Dr. Liebknecht ausdrücklich darauf aufmerksam, daß er bei einem Fluchtversuch von seiner Waffe Gebrauch machen werde.

Inzwischen hatte sich aber bereits auch am Seitenausgang eine zahlreiche Menschenmenge versammelt, so daß es der Begleitmannschaft nur mühsam gelang, sich einen Weg zu bahnen.

Als Liebknecht und die Begleitmannschaften gerade im Wagen Platz genommen hatten und der Wagen im Begriff war, anzufahren, erhielt Liebknecht aus der den Wagen umdrängenden Menge von hinten von einem unbekannten Täter einen wuchtigen Schlag über den Kopf, durch den er eine stark blutende Kopfverletzung davontrug. Der Führer der Begleitmannschaft ließ daraufhin das Automobil so schnell wie möglich anlaufen, um Liebknecht vor der Menge zu schützen.

Zur Vermeidung von Aufsehen wählte der Führer der Begleitmannschaft einen Umweg durch den Tiergarten nach Moabit. Am Neuen See blieb der Kraftwagen stehen, der offenbar durch das schnelle Anfahren in Unordnung geraten war. Als auf Befragen der Kraftwagenführer angab, daß die Wiederherstellung der Maschine einige Zeit erfordern würde, fragte der Führer der Begleitmannschaft Dr. Liebknecht, ob er sich kräftig genug fühle, die Charlottenburger Chaussee zu Fuß zu erreichen. Hierbei leitete ihn die Absicht, sich eines Mietswagens zu bedienen, falls der Dienstwagen nicht bald wieder fahrbereit gemacht werden könne. Als sich die Begleitmannschaften etwa fünfzig Meter vom Wagen entfernt hatten, machte sich Liebknecht von ihnen los und rannte eiligst in gerader Richtung von ihnen fort. Der eine Begleitmann wollte ihn halten, erhielt aber von Liebknecht einen Messerstich in die rechte Hand. Da Liebknecht auf mehrfaches Anrufen nicht stehen blieb, schossen mehrere Leute der Begleitmannschaften hinter ihm her; einige Augenblicke später stürzte Liebknecht zusammen und war anscheinend sofort tot.

2. Auf Befehl der Garde-Kavallerie- (Schützen-) Division wurde etwa um zehn Uhr abends einer zweiten Begleitmannschaft befohlen, Frau Rosa Luxemburg in das Untersuchungsgefängnis zu überführen. Da sich wegen des Abtransportes von Karl Liebknecht durch den Seitenausgang gerade dort eine große Menschenmenge angesammelt hatte, versuchte der Führer der Begleitmannschaften die Menge dadurch zu zerstreuen, daß er mit lauter Stimme vor dem Seitenausgang rief, der Ab-

transport der Rosa Luxemburg sei bereits erfolgt. Der Führer ließ dann das Automobil abfahren und erteilte dem Wagenführer zur weiteren Irreführung der Menge mit lauter Stimme den Befehl, nach Hause zu fahren. Der Wagen fuhr dann in einem Bogen an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche vorbei und wieder zurück vor den Haupteingang des Hotels. Zur Zeit des Vorfahrens war der Haupteingang menschenleer.

Der Führer der Begleitmannschaften forderte die in einem Zimmer des ersten Stockwerkes befindliche Frau Luxemburg auf, ihm schnell nach dem Wagen zu folgen, und ging selbst zu ihrem Schutze vor ihr her, während die Begleitmannschaften sie umringten. Innerhalb der wenigen Minuten zwischen der Vorfahrt des Wagens und der Abholung der Frau Luxemburg hatte sich aber eine zahlreiche Menschenmenge vor dem Hotel und in der Halle des Hotels angesammelt. Die Menge nahm eine drohende Haltung gegen Frau Luxemburg ein, es fielen Verwünschungen, und es wurde mehrfach der Versuch gemacht, gegen Frau Luxemburg tätlich zu werden. Den Begleitmannschaften gelang es, Frau Luxemburg bis zum Wagen zu bringen und den Eingang des Wagens freizuhalten. Da sich aber auch auf der Straßenseite eine erregte Menschenmenge angesammelt hatte, welche gleichfalls dem Wagen zudrängte, so befand sich die Begleitmannschaft vorübergehend in einem erregten Menschenknäuel und wurde auseinandergerissen. In diesem Augenblick schlug die Menschenmenge auf Frau Luxemburg ein. Diese wurde von dem Führer der Begleitmannschaften aufgefangen und bewußtlos von ihm und seinen Leuten in den Wagen gebracht. Frau Luxemburg lag halb zurückgelehnt auf dem Vordersitz des Wagens. Als sich dieser, der Menge wegen, langsam in Bewegung setzte, sprang plötzlich ein Mann aus der Menge auf das Trittbrett und gab auf Frau Luxemburg einen Pistolenschuß ab.

Auf Befehl des Führers der Begleitmannschaften versuchte der Wagen daraufhin in schneller Fahrt den Kurfürstendamm in Richtung Berlin hinunterzufahren, wurde aber in der Nähe

des Kanals plötzlich durch Haltrufe zum Anhalten aufgefordert. In der Annahme, daß es sich um eine kontrollierende Patrouille handle, hielt der Wagenführer.

In diesem Augenblick drängte sich eine zahlreiche Menschenmenge an den Wagen heran, sprang auf die Trittbretter und zerrte unter den Rufen: Das ist die Rosa! den Körper der Frau Luxemburg aus dem Wagen heraus.

Die Menge verschwand mit ihr in der Dunkelheit. Es ist anzunehmen, daß die Leute, die das Automobil zum Anhalten brachten, aus der vor dem Edenhotel versammelten Menschenmenge waren. Da sich der Kraftwagen vom Hotel aus nur langsam hatte in Bewegung setzen können, war es den Leuten möglich gewesen, dem Wagen vorauszueilen, und ihm den Weg zu verlegen.

Bisher konnte noch nichts über den Verbleib der Leiche ermittelt werden, trotzdem sofort der Landwehrkanal mit Stangen abgefischt wurde.

Zur Feststellung, ob die beiden Führer der Begleitmannschaften von Dr. Liebknecht und Frau Rosa Luxemburg ihre dienstliche Pflicht erfüllt haben, ist die kriegsgerichtliche Untersuchung eingeleitet worden. Der die Begleitmannschaft der Frau Rosa Luxemburg befehlende Offizier ist vom Dienst suspendiert, bis klargelegt worden ist, warum er zum Schutze der Frau Luxemburg nicht gegen das Publikum von der Waffe Gebrauch gemacht hat."

Gegen diese Darstellung wurde sofort von seiten der Unabhängigen Widerspruch erhoben und behauptet, Liebknecht sei gar nicht geflüchtet, sondern unter dem Vorgeben einer Flucht ermordet worden. Dies sollte aus dem Leichenbefund hervorgehen. Unter der Überschrift: „Der Meuchelmord an Karl Liebknecht" veröffentlichte die „Freiheit" folgende Mitteilung vom 17. Januar:

„Die Leiche des Genossen Karl Liebknecht ist heute im Auftrage des Vollzugsrates von einem Mitglied desselben in Gemeinschaft mit zwei anderen zuverlässigen Personen, darunter

einem bekannten hiesigen Arzte, besichtigt worden. Über das Ergebnis wird uns mitgeteilt:

Es ist nicht zutreffend, daß Genosse Liebknecht von hinten erschossen worden ist. Es steht vielmehr fest, daß er erstens einen Stirnschuß hat. Dieser Schuß hat die Stirn getroffen und ist am Hinterkopf wieder herausgekommen. Zweitens hat er einen rechtsseitigen Brustschuß und schließlich einen rechtsseitigen Oberarmschuß. Die Ausschüsse des Oberarm- und des Brustschusses sind am Rücken. Alle drei Schüsse haben also von vorn getroffen. An den Einschußstellen ist bemerkenswert, daß sich dort Brandstellen zeigen. Das läßt auf eine kurze Entfernung des Abschusses schließen. Von der Stirn nach dem Hinterkopf zu zieht sich eine verfärbte, von einem Schlag mit einem stumpfen Instrument herrührende Stelle.

Liebknecht ist am 15. dieses Monats, abends elf Uhr zwanzig Minuten, als ‚unbekannter Mann' tot in die Rettungswache 7 am Kurfürstendamm abgeliefert worden, und zwar von einem Leutnant Liepmann. Dieser hat auch die Wertsachen in Empfang genommen, wie aus dem Erkennungsbuch der Rettungswache hervorgeht. Er ist von der Garde-Kavallerie- (Schützen-) Division, deren Stab sich im Edenhotel befindet."

Gegenüber dieser Mitteilung, die eine ungeheure Aufregung unter der Berliner und der Bevölkerung des Reichs verursachte, hat die gerichtsärztliche Untersuchung folgendes ergeben:

„1. Der Verstorbene hat drei Schußverletzungen erlitten, von denen eine die Lunge und eine das Gehirn durchbohrt hat; der dritte Schuß hat schwerere Verletzungen nicht verursacht. Der Tod ist auf die Hirn- und Schädelverletzungen zurückzuführen.

2. Der Schuß durch den Kopf hat zuerst den Scheitel getroffen, ist an der Stirn ausgetreten. Es spricht nichts dagegen, daß die Schüsse in den Rumpf am Rücken eingetreten und vorne ausgetreten sind. Der Befund unterstützt sogar diese Annahme.

3. Die vorgefundene Schädelzertrümmerung wird durch den Schuß vollkommen erklärt. Anhaltspunkte für eine schwere Verletzung durch stumpfe Gewalt sind nicht vorhanden.

4. Auf Befragen: Die Lage der Schußöffnung am Rumpf spricht dafür, daß die Schüsse in schräger Richtung dabei von links nach rechts gefallen sind.

5. Über die Entfernung, aus der die mit rauchschwachem Pulver abgegebenen Schüsse gefallen sind, läßt sich nur sagen, daß sie aller Wahrscheinlichkeit nach nicht aus nächster Nähe, das heißt unter fünfundzwanzig Zentimeter, abgegeben worden sind.

6. Auf die von Dr. Theodor Liebknecht gestellte Frage, ob die Schüsse abgegeben sind, während der Verstorbene stand, ging oder lief, antworteten die Sachverständigen: ‚Hierauf läßt sich aus der Leichenöffnung kein Schluß ziehen.'

Diesem vorläufigen Gutachten haben sich die zugezogenen Sachverständigen, Geheimrat Professor Bier und Oberstabsarzt Voigt, angeschlossen. Das Mitglied der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Wegmann vom Berliner Vollzugsrat, hat gleichfalls seine Unterschrift auf das Protokoll gesetzt."

Das Organ der Unabhängigen hält trotzdem an der Auffassung fest, daß Karl Liebknecht ermordet worden sei, und es stützt seine Auffassung durch allerlei unkontrollierbare Zuschriften und Äußerungen. In Fällen, die so tief im Dunkel liegen, wie der Tod Liebknechts, muß der Geschichtschreiber aus den Reihen der Zeitgenossen ungemein vorsichtig zu Werk gehen. Er weiß aus den Quellen der Geschichte aller Zeiten, wie sehr der politische Parteikampf das Urteil trübt, und vor allem, daß die Aussagen der Augenzeugen meist nur relative Bedeutung haben.

Nach allen Zeugnissen aus den Reihen der Soldaten hat Liebknecht einen Fluchtversuch gemacht. Diesen Zeugnissen aber widerspricht die ganze Psychologie des Tribunen. Er war doch auf eine Gefangennahme vorbereitet und hätte ihr, wenn er ge-

wollt, rechtzeitig entgehen können, aber er war geblieben und hatte der Verhaftung getrotzt. Als Rechtsgelehrter mußte er auch wissen, daß ihm, nachdem Ebert die Spartakusleute als Kriegsgefangene erklärt hatte, nichts geschehen konnte. Ein Fluchtversuch ist also nicht recht glaublich und nur dann anzunehmen, wenn ein völliger Nervenzusammenbruch Liebknechts erfolgt war.

Trotzdem machen die Aussagen der Soldaten einen durchaus glaubwürdigen Eindruck. Sie sind offenbar des Glaubens gewesen, daß Liebknecht zu flüchten beabsichtigte und haben aus diesem Glauben heraus von der Waffe Gebrauch gemacht. Wäre es anders, so hätte sich aus dem Kreise der Beteiligten sicher schon eine Stimme erhoben. Erfahrungsmäßig wird ein Geheimnis, das unter so vielen Personen besteht, nicht lange bewahrt.

Damit wuchs der Fall Liebknecht ins Tragische hinein, und auch die Schuld fehlte nicht. Seine Schuld war seine Veranlagung. Er war kein Theoretiker, sondern ein Mann der Tat, die geboren wurde aus einer fanatischen Überzeugung. Er glaubte, die kommunistische Gesellschaftsordnung nur nach radikaler Zerstörung alles bestehenden aufrichten zu können und sah in der kommenden Weltrevolution das einzige Heil für Deutschland. Aber er verkannte, wie auch seine Gegner, daß die Idee keinerlei Gewalt verträgt, weder zu ihrem Emporkommen noch zu ihrer Unterdrückung. Jede große Menschheitsidee setzt sich durch auf dem Wege der Entwicklung ohne Gewalt und gegen die Gewalt.

Rosa Luxemburg war ihrem Partner an Verstand und Wissen bedeutend überlegen, sie sprach mit einer dialektischen Schärfe von ganz ungewöhnlicher Eindringlichkeit und hatte eine Kraft des Hasses gegen ihre Feinde zur Verfügung, die nur noch ihrer Liebe und Barmherzigkeit gegen die Armen und Enterbten der Erde gleichkam. Zwei Seelen wohnten in ihrer Brust, beide aber wurden getrieben von einer glühenden Hingabe an die sozialistische Weltanschauung. Sie wollte nichts für sich, alles für die Idee,

darin war sie vielleicht konsequenter als Liebknecht. Ihr Fall liegt ganz klar, sie wurde brutal ermordet und ihr Leichnam mit tierischer Roheit verschleppt. Um dieser Tat willen soll das ganze deutsche Volk sein Haupt verhüllen, es ist eine Schmach des deutschen Namens. Die beiden Volkstribunen haben gefehlt, ihr maßloser Fanatismus hat sie bis zur Entflammung des Bürgerkriegs geführt, aber sie haben gesühnt durch einen grauenvollen Tod. Und, was für alle Zukunft bedeutungsvoll ist, sie haben ihre Idee zum bleibenden Leben erweckt. Der Kommunismus, der Bolschewismus wird nicht mehr untergehen, denn er hat seine Märtyrer gefunden. Aber er ist ein Ideal und wird ein Ideal bleiben, was von diesem Ideal der Erde angehört und erreichbar ist, wird erreicht werden.

Die Wilsonsche Völkerbundidee ist die erste Stufe. Die Entente hat den Kampf gegen den Bolschewismus auf ihre Fahnen geschrieben, und ihr geistiger Führer legt den ersten Grundstein dazu. Spottet ihrer selbst und weiß nicht wie.

4. Der Aufmarsch der Parteien und die Nationalversammlung

Sobald der Beschluß gefaßt war, die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 stattfinden zu lassen, begann sofort die Wahlagitation der Parteien.

Es war klar, daß die alten politischen Parteien des bürgerlichen Blocks nicht mehr zeitgemäß waren, daß sie ihr Programm von Grund aus ändern mußten, wenn sie der Volksstimmung der neuen Zeit Rechnung tragen wollten. Daß sie alle auch ihre Namen änderten, war eine große Unklugheit, denn sie boten der allein in ihren programmatischen Zielen unverändert gebliebenen Sozialdemokratie eine willkommene Angriffsfläche, und diese nützte ihre Position nicht ungeschickt aus. In einem Aufsatz „Wahlmaskerade" äußerte sich der „Vorwärts" folgendermaßen:

„Kein Mensch (um nicht einen andern, militärischen Ausdruck zu gebrauchen) kennt sich mehr mit den bürgerlichen Par-

teien aus. An allen Mauern kleben Plakate: „Wählt die deutschnationale Volkspartei!‘ ‚Wählt die deutsche Volkspartei!‘ ‚Die christliche Volkspartei‘, die ‚Deutschen Demokraten!‘ Niemand weiß genau, was das ist.

Im alten Reichstag gab es einen Haufen bürgerlicher Parteien, deren Namen dem politisch Unterrichteten bekannt waren. Es waren dies: die Konservativen, die deutsche Reichspartei, das Zentrum, die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei.

Was sind nun die ‚neuen‘ Parteien? Gar nichts anderes als die alten Parteien, neu geklebt und frisch auflackiert.

Die Konservativen haben sich mit den Reichsparteilern und dem reaktionärsten Teil der Nationalliberalen verbunden und nennen sich jetzt: ‚Deutschnationale Volkspartei‘. Deutschnationale Volkspartei ist also das, was man vordem als Junker, Reaktionäre, Alldeutsche, Vaterlandsparteiler und Scharfmacher bezeichnete.

Ein Teilchen der Nationalliberalen, das weder rechts noch links Anschluß gefunden hat, ist in der Mitte hängen geblieben und nennt sich jetzt ganz stolz: ‚Deutsche Volkspartei‘. Führer ist Herr Stresemann, der wegen der allzu wüsten alldeutschen Indianertänze, die er während des Krieges aufführte, nicht einmal bei den ‚Deutschen Demokraten‘ ankommen konnte.

Die ‚Deutsche Demokratische Partei‘ ist nichts anderes als die ‚Fortschrittliche Volkspartei‘ plus einigen Nationalliberalen. Ihre Gründer wollten eine ehrlich demokratische Partei aus ihr machen, sahen sich aber schließlich gezwungen, Elemente in sie aufzunehmen, die sie am liebsten der ‚Deutschnationalen Volkspartei‘ gratis abgegeben hätten. Vor allem hat sich das mobile Kapital unter die schützenden Fittiche dieser Partei geflüchtet, die damit in Gefahr geraten ist, aus einer wenigstens ehrlich bürgerlich-demokratischen Partei, wie ihre Gründer sie wollten, zu einer bloßen Geldsackpartei zu werden.

Die ‚Christliche Volkspartei‘ schließlich ist weiter nichts als das alte Zentrum, das jetzt auch in evangelische Kreise Eingang zu finden sucht.

Warum haben alle diese Parteien ihre Namen geändert, obwohl sie im Grunde noch dieselben geblieben sind? Sie haben es deshalb getan, weil sie sich mit ihrem alten Namen gar nicht mehr vor die Wähler trauten. Nimmt man noch die ‚Unabhängigen‘ hinzu, die gleichfalls Kriegsware sind, so findet man, daß es eine einzige Partei gibt, die sich ihres alten Namens nicht zu schämen braucht, die an dem großen politischen Maskenball nicht teilnimmt, sondern offen ihr Gesicht zeigt. Das ist die Sozialdemokratie. Die andern sind Wässerlein, die unter verschiedenen Namen bald auftauchen und wieder verrinnen. Sie ist der Strom, der bleibt und wächst!“

Diesen Angriff haben die bürgerlichen Parteien selbst verschuldet. Aus welchem Grunde auch haben sie ihre historisch gewordenen Namen geändert und in einer unbegreiflichen Liebedienerei demokratisch adjustiert. Daß die alten Parteien ihr Programm ändern mußten, war ganz klar. Die Konservativen konnten sich nicht mehr auf die Verteidigung von Thron und Altar als Parteigrundsatz stützen, der Thron war umgestürzt, und der Altar weiß sich schon selbst zu verteidigen, er hat es zu allen Zeiten getan und er wird es auch in Zukunft tun. In einem freien deutschen Volksstaat wird jede Meinung freien Ausdruck finden dürfen. Die Deutschnationalen hätten daher ohne Sorge ihren alten Namen beibehalten können, ohne ihr Bekenntnis zur neuen Zeit zu verleugnen. Das war ein klares, unangreifbares Verhältnis und ein ehrliches obendrein. Sich Volkspartei mit dem schmückenden Beiwort zu nennen, ist ungeschickt, denn unter Volk versteht man nun einmal die große Masse, und diese haben die Deutschnationalen nicht hinter sich, wollen sie auch nicht hinter sich haben, das sagt schon ihr Programm, das jede Diktatur verwirft. Die monarchische Gesinnung wird stark betont, Privateigentum und Erbrecht sollen gesichert werden. Sozialpolitisch steht die Partei auf dem Stand-

punkt des Angestellten- und Arbeiterschutzes und einer vernünftigen Sozialisierung der Produktionsmittel. Ferner wird gefordert Pflege der christlichen Ethik durch Religionsunterricht der Jugend und wirtschaftliche Sicherstellung der Geistlichkeit.

Das ist ein Standpunkt, der auch ohne die Maskierung durch den neuen Namen seine Werbekraft bewährt hätte. Das ist ehrliche Opposition, die auch der politische Gegner versteht und billigt, und die sicherlich schöpferische Arbeit zu leisten vermag.

Das frühere Zentrum nennt sich nunmehr Christliche Volkspartei. Es wäre auch hier klarer und offener gewesen, den alten Namen beizubehalten, und die Partei hatte um so weniger Grund dazu, als sie ja schon früher eigentlich eine Volkspartei war, die unter ihrem Programm so ziemlich alle Volkskreise einigte. Sie hatte sich allerdings, aus dem Kulturkampf entstanden, entgegen ihrem Urprogramm etwas zu sehr in rein katholischem Geiste entwickelt, aber seitdem die Kölner Richtung mehr und mehr herrschend geworden war, erklang immer vernehmlicher der Ruf: „Heraus aus dem Turm!" und die Aufnahme evangelischer Mitglieder in die Partei wurde entschiedener gewünscht als früher.

Nun hat die Revolution den Anschluß einiger evangelischen Gruppen zur Tatsache werden lassen, und es ist damit der erste Anfang gemacht, auch die konfessionellen Gegensätze einer Nachprüfung dahin zu unterziehen, ob sie wirklich so unüberbrückbar sind, daß evangelische und katholische Männer sich nicht vereinigen könnten, um am Wiederaufbau unseres niedergebrochenen Vaterlandes zu wirken.

Der Aufruf des neuen Zentrums jedenfalls läßt die Vereinigung der beiden Konfessionen zur politischen Arbeit durchaus zu. Die christliche Volkspartei tritt in ihrem Programm offen für den demokratischen Staat ein, wobei sie die Frage ob Republik oder Monarchie offen läßt. Sie verlangt Schutz des Privateigentums und ist gegen die Verstaatlichung der Produktionsmittel; Boden- und Wohnungsreform, Stärkung des Handwerks und

15*

des Bauernstandes werden gefordert; freie Religionsübung, konfessionelle Volksschule, Gleichberechtigung aller Bekenntnisse vertritt die Partei.

An dritter Stelle des Rechtsblocks steht die Deutsche Volkspartei, die hervorgegangen ist aus der alten nationalliberalen Partei, und sie hat lediglich ihren rechten Flügel übernommen, während der linke sich der deutsch-demokratischen Partei angeschlossen hat. Auch sie hätte besser getan, ihren alten Namen beizubehalten, der schon durch seine geschichtliche Vergangenheit wirkte. Sie ist die Partei der maßvollen liberalen Entwicklung und verdient keineswegs den Vorwurf der Charakterlosigkeit ohne weiteres. Sie ist stark nach rechts angelehnt, aber sie verschließt sich auch nicht den freiheitlichen Forderungen der neuen Zeit. Alle Extreme erscheinen ihr nachteilig für die Entwicklung des Staatswesens, und die Erhaltung der deutschen Eigenart gegenüber ultramontaner und internationaler Orientierung ist ihr vornehmster Grundsatz. Dafür tritt sie mit Entschiedenheit ein. So ist sie für den Anschluß der Deutsch-Österreicher und für die kulturelle Verbindung mit den Deutschen im Auslande.

Die Deutsche Demokratische Partei ist ein Zwischenglied zwischen dem Rechtsblock und der Sozialdemokratie, eine Übergangspartei, und sie scheint dazu bestimmt zu sein, mit ihr eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden. Was sie von der Sozialdemokratie grundsätzlich trennt ist der Wille, das Kapital zu erhalten. Sie erstrebt eine bürgerliche Republik, nicht eine sozialistische, und sie muß sich deshalb den Vorwurf einer Geldsackschutztruppe gefallen lassen. Aus ihrem Programm spricht ein sozialer Geist bis zu der Grenze, wo die Vergesellschaftung beginnt.

Von allen Parteien hat allein die Sozialdemokratie ihr altes Erfurter Programm aus dem Jahre 1891 beibehalten, und ihre führende Gruppe, die Mehrheitssozialisten, wollen durch maßvolle Durchführung ihrer Ideen eine Art Übergangswirtschaft ermöglichen, die ihnen die Mitarbeit auch weiter Kreise

des Bürgertums, vor allem der bürgerlichen Beamtenschaft, sichert.

Aber das Maßhalten ist nicht nach dem Geschmack aller. Der radikale Flügel, die Kommunistische Partei Deutschlands, der Spartakusbund will mit nackter Gewalt die letzten Forderungen des sozialistischen Programms durchsetzen, während das sozialdemokratische Zentrum, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, ein schnelleres Tempo wünscht. Die beiden stärksten geistigen Potenzen der Unabhängigen, Karl Kautsky und Eduard Bernstein — der letztere hat sich der Mehrheitspartei inzwischen wieder angeschlossen —, nähern sich stark der maßhaltenden Mehrheit. Kautsky ist ganz vom Spartakusbund abgerückt.

Gegen diese zerstörenden Tendenzen einer entschlossenen Minderheit ist die Nationalversammlung aufzutreten berufen. Die Wahl der Volksvertreter für diese staatsaufbauende Körperschaft zu verhindern, hatten Liebknecht und Eichhorn die Januarrevolution entfacht.

Aber es hat sich bei dieser Bewegung gezeigt, daß man gegen das Übergewicht eines ganzen Volkes keine Diktatur aufzurichten vermag. Die Regierung hatte lange gezögert, Gewalt anzuwenden, weiten Kreisen zu lange. Sie kann jedoch mit gutem Gewissen sagen, daß sie alles versucht hat, um Blutvergießen zu vermeiden. Sie hat lediglich Gewalt abgewehrt, dies Zeugnis muß ihr die Geschichte ausstellen. Und sie hat es auch durchgesetzt, daß die Wahlen zur Nationalversammlung ungestört stattfinden konnten.

Die Nationalversammlung war vom Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte beschlossen und die Wahl auf den 19. Januar 1919 festgesetzt worden.

Das Wahlgesetz sieht achtunddreißig Wahlkreise vor, in denen die Zahl der Abgeordneten schwankt, es soll auf hundertfünfzigtausend Seelen ein Abgeordneter kommen. Die Wahlkreise und die Zahl der Abgeordneten sind aus folgender Tabelle zu ersehen:

	Wahlkreis	Zahl der Abgeordneten		Wahlkreis	Zahl der Abgeordneten
Ostpreußen	1	14	Köln—Aachen	20	13
Westpreußen	2	11	Koblenz—Trier	21	12
Berlin	3	14	Düsseldorf-Elberfeld	22	12
Potsdam 1—9	4	10	„ „ 6—12	23	11
Potsdam 10	5	9	Oberbayern—Schwaben	24	15
Frankfurt a/O.	6	8	Niederbayern-Pfalz	25	9
Pommern	7	11	Franken	26	15
Posen	8	14	Pfalz	27	6
Breslau	9	12	Sächsischer Wahlkreis 1—9	28	12
Oppeln	10	15	„ „ 10—14	29	8
Liegnitz	11	8	„ „ 15—23	30	12
Magdeburg—Anhalt	12	11	Württemberg	31	9
Halle—Merseburg	13	9		32	8
Schleswig-Holstein	14	11	Baden	33	14
Aurich—Osnabrück—Oldenburg	15	7	Hessen	34	9
Hannover—Hildesheim	16	16	Mecklenburg-Schwerin	35	6
Münster—Minden	17	13	Thüringen	36	14
Arnsberg	18	16	Hamburg—Bremen	37	12
Hessen-Nassau	19	15	Elsaß-Lothringen	38	12

Wähler ist jeder Deutsche männlichen und weiblichen Geschlechtes, der am Wahltage das zwanzigste Lebensjahr vollendet hat. Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der seit mindestens einem Jahre Deutscher ist. Die Wahl ist unmittelbar und geheim und findet nach dem Verhältniswahlrecht statt, das heißt, die Abgeordneten werden nach der Zahl der Stimmen unter den Parteien verteilt.

Für den Wahlkampf der Parteien blieben nach dem Beschluß der Reichskonferenz nur kaum vier Wochen, und diese mußten ausgenutzt werden. So setzte der Wahlkampf mit einer ganz ungewöhnlichen Schärfe ein, und er nahm Formen an, die den sprichwörtlich gewordenen Sauherdenton noch weit überboten.

Die Wähler wurden mit Flugblättern überschüttet, jeder freie Zaun, jedes leere Schaufenster, jede Straßenecke wurde mit Anschlägen beklebt. Und wütend riß eine Partei die Ankündigung der andern herunter oder überklebte sie derart, daß der Sinn in Unsinn verkehrt wurde. Alle politischen Leidenschaften wachten auf, und nicht nur die Versammlungen waren ihr Tummelplatz. Auf den Straßen, an den Ecken scharten sich Gruppen zusammen, es wurden Reden gehalten, und besonders taten sich die Sendlinge des Spartakusbundes hervor, die überall ihre Ideen an den Mann brachten.

Es wäre ein Werk für sich und ein verdienstliches dazu, allein die Flugblätter aus jenen Tagen politischer Hochflut zu sammeln und für den Geschichtschreiber der Zukunft aufzubewahren.

Den Höhepunkt erreichte die Wahlbewegung durch den Aufstand der Spartakusleute am 6. Januar 1919, der mit dem verabscheuenswerten Totschlag der beiden Führer endete. Dann trat Ruhe ein, und der Wahlkampf konnte ungehindert seinen Fortgang nehmen.

Endlich kam der 19. Januar heran, das Wetter, das anfangs trocken und klar war, wich in den Nachmittagsstunden einem leichten Schneefall, aber die Wähler ließen sich an ihrer Bürgerpflicht nicht hindern. Nur ganz vereinzelt kamen Nachrichten von Wahlstörungen. So versuchten Spartakusleute sich in Berlin hier und da der Wahllisten zu bemächtigen, auch in Hamborn und dem Ruhrrevier kam es zu Ausschreitungen, und in Kassel wurden die Nachtragslisten gestohlen.

Die Wahlbeteiligung war allenthalben sehr stark, etwa achtzig bis neunzig Prozent aller Wahlberechtigten erschienen an der Urne.

Das amtliche Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung brachte in 37 Wahlkreisen — Elsaß-Lothringen durfte nach dem Willen der Sieger nicht wählen — folgende Gruppierung der Parteien:

Die Deutschnationale Volkspartei (einschließl. der Bayerischen Mittelpartei und der nationalliberalen Partei in Bayern und der Württembergischen Bürgerpartei und des Württembergischen Bauern- und Weingärtner-Bundes)	42
Die Deutsche Volkspartei	21
Die Christliche Volkspartei (einschließl. der Bayerischen Volkspartei und der katholischen Volkspartei Oppeln)	88
Die Deutsche Demokratische Partei (einschließl. der Deutschen Volkspartei in Bayern)	75
Die Sozialdemokratische Partei	163
Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei	22
Der Bayerische Bauernbund	4
Die schleswig-holsteinische Bauern- und Landarbeiter Demokratie	1
Der braunschweigische Landeswahlverband	1
Die deutsch-hannoversche Partei	4
zusammen	421

Es besteht also die Möglichkeit aus dem Zusammenschluß der Sozialdemokraten und Demokraten eine regierungsfähige Mehrheit zu schaffen. Damit ist die Zukunft des Reiches als sozialistisch festgelegt.

Als Sitz der Nationalversammlung wurde Weimar von der Reichsregierung bestimmt und trotz Einspruchs von verschiedenen Seiten festgehalten. Man hat sich für Weimar entschlossen einmal, um den Wünschen der süddeutschen Regierungen Rechnung zu tragen, dann um ein möglichst ungestörtes Arbeiten zu ermöglichen.

Mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung am 6. Februar hat die Revolution ihr Ende erreicht. Der Aufbau des neuen Deutschland beginnt.

